

DGB Region Südniedersachsen-Harz (Herausgeber)

**Gottfried Christmann / Jürgen Kädler**

# **Northeim im Kaiserreich**

**Zur Alltags- und Sozialgeschichte einer  
niedersächsischen Kleinstadt 1871 bis 1914**

Göttingen 1990/2003

## Einleitung: Methoden und Begriffe

Im Herbst 1984 finden sich im Northeimer Gewerkschaftshaus einige Kolleginnen und Kollegen zu einem Arbeitskreis zusammen, dessen Ziel es ist an der Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung im Raum des DGB-Kreises Northeim zu arbeiten. Der Arbeitskreis stellt nicht die erste Bemühung um die regionale Geschichte der Arbeiterbewegung dar, aber mit seiner Orientierung am schwedischen Modell „Grabe, wo Du stehst“ handelt es sich hier um die erste Initiative, die nicht von der Universität Göttingen in die Kleinstadt getragen wurde. Es handelt sich vielmehr um wissenschaftliche Anstrengungen aus dem Bereich der Gewerkschaften, die von akademischen Teamern flankiert und gestützt werden. So ist die vorliegende Dokumentation zur Frühzeit der Northeimer Arbeiterbewegung im Rahmen dieses Arbeitskreises entstanden auf der Basis eines zweimonatigen Praktikums, finanziert durch die Hans-Böckler-Stiftung.

Ziel des Praktikums war die quellenmäßigen Grundlagen für die Arbeit des Arbeitskreises auszuloten und an die Quellenarbeit heranzuführen. Nach einer ersten Durchsicht der Literatur zur Lokalgeschichte und nach ersten Gesprächen mit Funktionären und alten Mitgliedern von SPD und Gewerkschaften ergab sich ein merkwürdiger Eindruck: zugespitzt liefen alle Aussagen darauf hinaus, dass es in Northeim vor 1918 eine Arbeiterbewegung nicht gegeben habe, dass eine Beschäftigung mit der Frühgeschichte der Northeimer Arbeiterschaft also die Mühe nicht lohne. Die spärlichen Hinweise in der Literatur schienen diesen Eindruck zu unterstreichen. Sie gaben in ihrer Widersprüchlichkeit und Undeutlichkeit aber auch Anlass zu Zweifeln. W. S. ALLEN legte die Gründung der Northeimer „SPD in der Zeit vor der Jahrhundertwende“<sup>1</sup> und ADOLF HUEG sprach etwas undeutlich von einer Entfaltung der Partei „auch in der Stadt seit 1890“<sup>2</sup> WOLFGANG SCHÄFER und MANFRED BISCHOF, die sich neben dem Studium der schriftlichen Quellen auch auf Interviews stützten, kamen zu anderen Ergebnissen. Beide bestätigten als Zeitpunkt der Gründung der sozialdemokratischen Partei das Jahr 1918, wiesen gleichzeitig aber auf Spuren anderer Organisationen der Arbeiterbewegung wie Gewerkschaften und Vereine hin.<sup>3</sup> Außer bei A. HUEG richtete sich das Erkenntnisinteresse aller Autoren auf die Zeit nach 1918.

Eine nach diesen Vorergebnissen eher aus Gründen systematischer Sorgfalt vorgenommenen Durchsicht der Findbücher des städtischen Archivs brachte dann Aktenmaterial ans Licht, das unter diesen Umständen nicht erwartet werden konnte.

Zwar ist es – um es vorwegzunehmen – zweifellos richtig, dass sich der Ortsverein der SPD erst am 02.12.1918 dauerhaft gründen konnte. Trotzdem erschien es aus mehreren Gründen wichtig, sich auf die Suche nach den Spuren der Arbeiterbewegung vor 1918 zu machen und das Ergebnis in der vorliegenden Form vorzustellen.

---

<sup>1</sup> W. S. ALLEN, Das haben wir nicht gewollt, Gütersloh 1966, S. 25 (allerdings ohne die Angabe eines Beleges für seine Behauptung).

<sup>2</sup> A. HUEG, Northeim im Wandel der Zeit, Northeim 1928, S. 282.

<sup>3</sup> Vgl. W. SCHÄFER (Hrsg.), Eure Bänder rollen, nur wenn wir es wollen, Göttingen 1979, S. 59 f.; M. BISCHOF, Gründung, Zerschlagung und Wiederaufbau der Northeimer SPD (masch./unveröffentlichte Examensarbeit), Göttingen 1974, S. 8 – 12.

## Alltags-, Lokal- und Gesellschaftsgeschichte

Die Gefahren einer Beschäftigung mit der Alltagsgeschichte liegen in erster Linie darin, dass man sich in der Art der vielerorts zu beobachtenden Heimatvereinsgeschichtsschreiberei in unzusammenhängenden Details verliert, vor letztlich unerklärlichen Phänomenen kapitulieren muss oder in Spekulationen ausweicht. Zwei Beispiele zu unserem Thema mögen das verdeutlichen: 1.) Bei einer Stichwahl des Jahres 1898 erhielt die sozialdemokratische Partei in Northeim 436 Stimmen, der gegnerische Kandidat des Bundes der Landwirte erhielt 616 Stimmen.<sup>4</sup> (Das Verhältnis der abgegebenen gültigen Stimmen betrug also 41 % zu 59 %.) Im Kreis Northeim gab es bei der gleichen Wahl 1.325 sozialdemokratische und 3080 konservative Stimmen. 2.) Als sich im Jahre 1903 die Baufacharbeitergewerkschaft gründete, hatte sie aus dem Stand heraus 120 Mitglieder aufzuweisen und war stark genug mit einem Streik einen aufs Ganze zielenden Angriff der Unternehmer abzuwehren und eine 10%ige Lohnerhöhung durchzusetzen.<sup>5</sup> Diese Phänomene passen nicht in das Bild einer im Kaiserreich schwachen Northeimer Arbeiterschaft. Sie müssten für sich allein betrachtet unverständlich bleiben.

Ein Erklärungsansatz muss also zwangsläufig nach Einordnungsmöglichkeiten suchen, die es erlauben die spezifischen Northeimer Bedingungen von einer dem Untersuchungsgegenstand angemessenen Fragestellung aus zu erfassen. In diesem Sinne ist der über die „Bildungsgemeinschaft Arbeit und Leben“ aus Schweden importierte „Grabe, wo Du stehst“-Ansatz mit Vorsicht zu genießen. Dieser Aufruf eines schwedischen Kollegen sollte Mut machen, auch denjenigen, „... die sich gar nicht zutrauen mochten, immer auch selbst ihre eigene Geschichte gemacht zu haben (und sei es ganz und gar unfreiwillig) ...“,<sup>6</sup> sich selbst als Handelnde in der Geschichte ernst zu nehmen. Darin liegt sein Wert; wird er darüber hinaus ernst genommen als Forschungsperspektive an sich, kann er sehr schnell in eine schon oft warnend zitierte „Sackgasse“ führen.<sup>7</sup>

Als Blick auf einen lokal begrenzten Ausschnitt von Arbeiterleben und Arbeiterbewegung soll unser Beitrag nicht verstanden werden als eine andere Form von Heimatgeschichtsschreibung. Er zielt auf Gesellschaftsgeschichte in einem doppelten Sinn: „Zum einen geht es darum, die wechselseitigen Abhängigkeiten der regionalen Entwicklung von der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung auf nationaler Ebene herauszuarbeiten, zum anderen soll durch die Regionalgeschichte auch die gesamtgesellschaftliche Entwicklung auf nationaler Ebene genauer rekonstruiert werden. Dabei kommt es darauf an methodisch zwischen den Fragen der bloßen Verbreitung, somit der auch regionalen Gültigkeit einer überregional bereits angelegten Erscheinung, und den Fragen nach regional gegenläufigen

---

<sup>4</sup> Vg. BISCHOF, aaO, Tabelle S. 141 (einschränkende Bemerkungen im Text, analog HUEG, aaO, S. 284).

<sup>5</sup> Vgl. Kapitel IV.

<sup>6</sup> Alf und Helga LÜDTKE, Anders lebt der Zar, ... (Zur „Alltagsgeschichte“ in neueren Kinder- und Jugendbüchern), in: Buch und Bibliothek, G. BRAUNEL u. a. (Hrsg.), Nr. 9, 1985, S. 708.

<sup>7</sup> Hans-Ulrich WEHLER, Der Bauernbandit als neuer Heros, in: Die ZEIT Nr. 39, 18.09.1981, S. 4. – So gesehen, erscheint auch die Warnung vor dem Kontakt zu Akademikern, die den Kolleginnen und Kollegen bei der Bildung von Arbeitskreisen durch die Autoren der „Handreichungen“ mit auf den Weg gegeben wird, erstaunlich kurzsichtig. Vgl. Geschichte u. Kulturarbeit Heft 1, Arbeit und Leben Niedersachsen, Hannover 1983, S. 9.

Tendenzen, charakteristischen Abweichungen und Sonderformen zu unterscheiden.“<sup>8</sup>

Ob man nun „von oben“ auf die Entwicklung in Northeim blickt oder „von unten“ (von Northeim aus) auf die nationale Ebene, unumgänglich bleibt für das Verständnis der Geschichte der Arbeiterbewegung der Vergleich mit ihrer Entwicklung in anderen Städten und darüber vermittelt mit ihrer Entwicklung auf nationaler Ebene. Damit werden aber auch Reduktionen des Untersuchungsgegenstandes vorgenommen. Die Entwicklung der Northeimer Arbeiterbewegung ist nicht deckungsgleich mit der Entwicklung der städtischen Gesellschaft. Auch eingebettet in die Geschichte der Arbeiterbewegung auf regionaler und nationaler Ebene bleibt ihre Darstellung ausschnitthaft.

Es handelt sich dabei um ein grundlegendes Dilemma: „Die große Lücke zwischen historischen Detailstudien und Globalentwürfen zu schließen, wirft bisher nicht gelöste methodische Probleme auf. PEUKERT führt diese Schwierigkeiten darauf zurück, dass sich in ihnen der Konflikt zwischen lebensweltlicher Erfahrung des Einzelnen und dem Systemcharakter der modernen Gesellschaft widerspiegelt.“<sup>9</sup> Wie dem auch sei, wird hiermit auf ein Spannungsverhältnis aufmerksam gemacht, das die Widersprüchlichkeiten und Ungleichzeitigkeiten zwischen allgemeiner Entwicklung und Entwicklung im Detail aufeinander beziehen und somit nutzbar machen hilft. Eine Lösung des grundlegenden Problems ist nicht in Sicht. Es kann also vorläufig nur darum gehen, sich des Problems bewusst zu sein.

## **Die „sozialdemokratische Provinz“**

Einen Ausweg aus diesem Dilemma und zugleich die Chance, das Besondere der Northeimer Entwicklung aus der allgemeinen Entwicklung heraus zu erkennen, bietet der von Adelheid von SALDERN vorgestellte Begriff der „sozialdemokratischen Provinz“.<sup>10</sup> Ihr Untersuchungsgegenstand ist der Parteialltag der Sozialdemokraten in Göttingen 1870 – 1920.

„Eine solche Parteiprovinz entstand seit den 90er Jahren und besonders seit der Jahrhundertwende im Zuge der Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei zu einer Massenpartei nie gekanntem Ausmaßes.“<sup>11</sup> Während sich die Mitgliederzahlen in den Zentren der Arbeiterbewegung nach 1890 rasch steigerten, betrug

---

<sup>8</sup> Adelheid von SALDERN, *Auf dem Weg zum Arbeiterreformismus*, Frankfurt a. M. 1984, S. 15.

<sup>9</sup> Heiko HAUMANN, aaO, S. 4; vgl. dort auch Detlev PEUKERT, *Arbeiteralltag – Mode oder Methode?*, S. 8 ff.

<sup>10</sup> Adelheid von SALDERN, aaO, S. 14 f. und an anderer Stelle; nützlich für Fragen nach dem Stadt-/Land-Gegensatz und nach unterscheidbaren Verhaltensweisen (Arbeiterradikalismus) in Abhängigkeit von Geschwindigkeit und Intensität der Industrialisierung ist auch der von Klaus TENFELDE entwickelte Begriff der „proletarischen Provinz“. Vgl. Klaus TENFELDE, *Proletarische Provinz. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900 – 1945*, in Martin BROSZAT, u. a. (Hrsg.), *Bayern in der NS-Zeit IV*, München/Wien 1981, S. 1 – 382, hier besonders S. 2 ff. Vgl. auch für die Typisierung unterschiedlicher Verhaltensweisen: Erhard LUCAS, *Arbeiterradikalismus*, Frankfurt a. M. 1976.

<sup>11</sup> V. SALDERN, aaO, S. 14.

im Göttinger Wahlkreis (Göttingen, Duderstadt, Hann. Münden) der Anteil der Parteimitglieder an der Wählerschaft noch um die Jahrhundertwende nur 4 %.<sup>12</sup>

„Die Diskrepanz kann mit der Provinzsituation erklärt werden. Eine Parteimitgliedschaft bedeutet ... das Heraustreten des Betreffenden aus der Anonymität, eine Art öffentliches Bekenntnis. Davor scheut man verständlicherweise in der Parteiprovinz meist zurück. Das feindlich gesinnte Umfeld schien übermächtig zu sein.“

Der Ortsvereinsvorsitzende der Göttinger SPD sprach 1902 über „die Furcht, die noch in einem großen Teil der Genossen steckt, sich politisch zu organisieren“. Über die in diesem Zitat angedeuteten Schwierigkeiten einer Parteiorganisation in der Provinz hinaus wird auch hier wieder bestätigt, dass die Mitgliedschaft in der Partei nicht entscheidend war für das Selbstverständnis als „Genosse“. Noch deutlicher (wenn auch etwas übertrieben bezüglich der politischen Reife der Göttinger Arbeiterschaft) bringt den Sachverhalt ein Bericht eines Göttinger Pastors aus dem Jahre 1911 zum Ausdruck: „Die Arbeiterbevölkerung nimmt teil an der Arbeiterbewegung und ist sozialdemokratisch beeinflusst. Nicht dass alle Arbeiter organisiert wären, aber die ganze Gedankenwelt bewegt sich in dem Rahmen dieser Richtung.“

Über den Begriff der „sozialdemokratischen Provinz“ und den Vergleich mit anderen Städten erhalten wir wahrscheinlich einen Schlüssel für das Verhältnis der Entwicklung in Northeim. Die Vermutung, dass die Situation in Northeim nicht so sehr aus dem Rahmen fiel, wie die Northeimer selbst annahmen, führt über die Klärung eines weiteren Begriffs (bzw. Begriffspaares) zu einer Öffnung des Blickwinkels und zur Erweiterung der Fragestellung.

## **Arbeiterbewegung, „Sozialdemokratie“ und „SPD“**

Die Ansicht, dass unter einem Sozialdemokraten ein Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu verstehen ist, bezieht sich auf eine Realität, die – vereinfacht gesehen – erst nach Ende des Zweiten Weltkrieges entstanden ist. Für die wilhelminische Zeit und für die Jahre der Weimarer Republik müssen wir vielfach von einem anderen Sachverhalt ausgehen. Schon die Polizeibehörden im Kaiserreich waren sich darüber im Klaren, dass die Zahl der Parteimitglieder nur sehr bedingt etwas über den „Stand der Sozialdemokratie“ in einer Stadt aussagen konnte.

Für die Zeit der Weimarer Republik bringt den Zusammenhang folgende Aussage eines alten Parteifunktionärs aus Norden auf den Punkt: „Wer im Arbeitergesangsverein war, der war selbstverständlich Sozialdemokrat, wer in einer Gewerkschaft war, der gehörte zur organisierten Arbeiterschaft. Die Mitgliedschaft in der Partei kam zuletzt, weil die anderen Vereinigungen unterhaltende Vereinigungen waren.“<sup>13</sup>

Beide Hinweise, der eine bezogen auf eine Zeit der Unterdrückung, der andere auf eine Zeit der freien Entfaltungsmöglichkeit, zeigen, dass wir unterscheiden

---

<sup>12</sup> Ebd., S. 83, auch die folgenden Zitate.

<sup>13</sup> J. FISCHER, in: G. CHRISTMANN, Die SPD in Norden..., (Masch., unveröffentlichte Examensarbeit), Göttingen 1978, S. 18.

müssen zwischen der Sozialdemokratie (gemeint ist damit ein durch ein Netz von verschiedenartigen Vereinen, Selbsthilfeorganisationen und Gewerkschaften strukturierter Lebenszusammenhang) und der Sozialdemokratischen Partei als einen speziellen Teil dieses Lebenszusammenhangs.<sup>14</sup>

Wenn wir uns dem Gegenstand unserer Dokumentation angemessen nähern wollen, müssen wir unseren Blickwinkel öffnen auf diesen Lebenszusammenhang. Wir müssen also suchen nach den Spuren, die die Northeimer Arbeiterschaft über ein Netz von Organisationen in den Akten der Polizeiverwaltung und den lokalen und regionalen Zeitungen hinterlassen hat. Wir müssen uns dabei vergegenwärtigen, dass die Gründe, die die Entstehung einer lokalen Parteiorganisation im Kaiserreich verhindert haben, darauf schließen lassen, dass auch in solchen Vereinen und Organisationen der Eindruck eines Zusammenhanges mit der „Sozialdemokratie“ vermieden werden musste.

Es gibt darüber hinaus Indizien, die auf eine Betätigung von Sozialdemokraten in Vereinen hindeuten, die aus der Sicht der Behörden dazu dienen sollten, den „gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ das Wasser abzugra- ben.

Wir müssen uns demnach fragen, welchen Stellenwert die Herausbildung von (sozialdemokratischen) Arbeitervereinen aus dem kleinstädtischen, bürgerlich dominierten Vereinsleben haben konnte, welche Bedürfnisse oder Zwänge dahinter standen. Wir müssen uns dann fragen, welchen Stellenwert die sozialdemokratische Partei als Organisation in einem sich bildenden Netz von lokalen Arbeiterorganisationen einnehmen konnte. Dabei sind die regionale Parteiorganisation (Wahlkreisverein) und deren Veränderungen mit ins Auge zu fassen. Es muss weder ein elementares Bedürfnis der Northeimer Arbeiterschaft noch eines der SPD als Wahlkreis- bzw. Provinzorganisation (Hannover) gewesen sein, in der Beamtenkleinstadt eine Ortsgruppe zu etablieren.

---

<sup>14</sup> Vgl. Zum Begriff des „proletarischen Lebenszusammenhangs“ die Einleitung von Erhard LUCAS, Arbeiterradikalismus, Frankfurt a. M. 1976; zur Kritik an LUCAS: Hartmut WUNDERER, Arbeitervereine und Arbeiterparteien, Frankfurt a. M. 1980.

## **Kapitel I: Das harte Pflaster der Provinz**

Für sich genommen ist das deutsche Kaiserreich nicht viel mehr als ein historisches Intermezzo gewesen: ein militaristisch geprägter Obrigkeitsstaat, der – aus einer Reihe von Fürstenkriegen hervorgegangen – nicht einmal 50 Jahre hielt, bis er im Nächsten von seinen Beherrschern angezettelten Krieg zugrunde ging.

Wenn dieser Zeitraum hier trotzdem als eigenständiger behandelt wird, so wegen der grundlegenden und zukunftsweisenden sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen, die in diesen Jahren auch vor sich gingen, und wegen der Umwälzungen, die sie für das Leben der Masse der ‚einfachen Leute‘ mit sich gebracht haben.

Mit den Reparationszahlungen aus Frankreich nach dem ‚Reichsgründungskrieg‘ von 1870/71 wurde der ohnehin schwungvolle Industrialisierungsprozess noch einmal beschleunigt. Die „Gründerjahre“ brachten den ersten richtigen Investitionsboom und mit ihm den endgültigen Durchbruch zur Industriegesellschaft, auch wenn die Landwirtschaft mit 49 % der Beschäftigten und 39 % des Sozialprodukts zunächst noch der größte Wirtschaftssektor blieb, bis sie 1890 hinsichtlich des Sozialprodukts, 1905/09 auch bezüglich der Beschäftigtenzahlen endgültig gegenüber dem produzierenden Gewerbe ins Hintertreffen geriet.<sup>15</sup>

In der Zwischenzeit aber – und das macht den Umbruch so richtig deutlich – erlebte Deutschland erstmals das konjunkturelle Auf und Ab von Boom und Krise: An die „Gründerjahre“ schlossen sich unmittelbar die „Gründerkrachs“ an mit Unternehmenszusammenbrüchen, mehrjähriger wirtschaftlicher Stagnation und mit den Folgen, die das für jene hatte und hat, die diesem Auf und Ab als Abhängige unterworfen sind.

## **Handel, Gewerbe, Politik: Wider die Industrialisierung?**

### **Der Landkreis Northeim**

Der Landkreis Northeim freilich wurde von dieser umwälzenden Entwicklung nur sehr allmählich erfasst. Während zwischen 1895 und 1907 der landwirtschaftliche Bevölkerungsanteil im Deutschen Reich von 35 % auf 28,4 % zurückging, der von Bergbau, Industrie und Handwerk von 38,5 % auf 42,2% anstieg, war die Entwicklung im Kreis Northeim moderater: Nach 45,1 % 1895 stellte die Landwirtschaft 1907 noch 39,6 % der Bevölkerung, der gewerbliche Bereich 32,4 % gegenüber 30,7 % zwölf Jahre zuvor.<sup>16</sup>

---

<sup>15</sup> Vgl. HARDACH, Gerd: Deutschland in der Weltwirtschaft 1870 – 1970, Frankfurt/Main, New York 1977, S. 33 f.

<sup>16</sup> Vgl. Statistik des Deutschen Reich(e)s, N. F. Bd. 109, Berufs- und Betriebszählung vom 14. Juni 1895, Berlin 1897, S. 241 f.; Bd. 209, Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907, Berlin 1910, S. 269 f.

Auf den ersten Blick scheint es gar, hier finde eine Verschiebung zu Gunsten der traditionellen Agrarwirtschaft statt: Von 5.539 auf 7.206 steigt zwischen 1895 und 1907 die Zahl derjenigen an, die bei den Berufs- und Betriebszählungen als hauptberuflich in der Landwirtschaft beschäftigt registriert wurden. Ihr Anteil an allen Erwerbstätigen steigt damit von 50,9 % auf 52,2 % an, während die im Bergbau, Handwerk und Industrie Beschäftigten lediglich einen Zuwachs von 3.528 auf 4.247 verzeichnen, sodass sich ihr Anteil von 32,4 % auf 30,7 % verringert.<sup>17</sup>

Hier spielt uns allerdings die Statistik einen Streich: 1907 war das statistische Befragungskonzept so geändert worden, dass die vor allem in der Landwirtschaft voll in den Betrieb eingespannten Familienangehörigen, in erster Linie also die Frauen, nunmehr als erwerbstätig erfasst und nicht einfach unter ‚Mithelfenden‘ abgebucht wurden.<sup>18</sup> In dem scheinbaren Aufschwung und in dem übergroßen Anteil der landwirtschaftlichen Beschäftigung schlägt sich somit zum einen eine kleine Veränderung der Zählweise nieder, zum anderen aber der Unterschied zwischen landwirtschaftlicher Familienökonomie und kapitalistischer Erwerbsarbeit: Erst mit der Letzteren werden Erwerbs- und Hausarbeit klar unterscheidbar, wird die statistisch eindeutige Aussonderung der Letzteren möglich.

Halten wir uns an die Gesamtbevölkerung, also an die Erwerbstätigen und ihre Angehörigen, so zeigt sich, dass auch der Kreis Northeim vom Zug der Industriegesellschaft erfasst wird, auf diesem Weg aber recht betulich vorankommt. In den 12 Jahren zwischen den beiden Zählungen nimmt die landwirtschaftliche Bevölkerung von 13.791 auf 12.388 ab; ihr Anteil verringert sich von 45,1 % auf 39,6% der Kreisbevölkerung, während er im Reich bereits von 35,0 % auf 28,4 % abfällt. Demgegenüber nimmt die Bevölkerung im Bergbau, Handwerk und Industrie von 9.390 auf 10.283 oder von 30,7 % auf 32,4 % um nicht einmal 2 % zu, während sie im Reich von 38,5 % auf 42,2 % fast 4 % zulegt. Allein im Bereich Handel, Verkehr, Gaststätten fällt Northeim aus dem Rahmen: Beträgt der Zuwachs im Reich knapp 2 % von 11 % auf 12,9 %, so verzeichnet der Kreis Northeim mit 3,4% von 12,9 % auf 16,3-% einen erheblich größeren Sprung nach vorn. Dies ist ein erster Hinweis darauf, dass die neue Zeit sich in Northeim weniger als die einer beschleunigten Industrialisierung denn als die eines zunehmenden Verkehrs- und Transportaufkommens bemerkbar machte. Denn jener Sprung geht ausschließlich auf den Ausbau der Bahnanlagen am und um den Northeimer Bahnhof zurück; aus den 466 Bahnbediensteten von 1895 waren zwölf Jahre später bereits 854 geworden, die mit weitem Abstand größte nicht landwirtschaftliche Berufsgruppe.<sup>19</sup>

Ansonsten passiert im nicht landwirtschaftlichen Bereich wenig, was aus dem agrarisch-handwerklichen Rahmen fallen würde.<sup>20</sup> Zwei Zuckerfabriken 1907 mit zusammen 135 Dauerbeschäftigten, davon rund 100 Arbeitern, gibt es Genossenschaftsgründungen der umliegenden Rübenbauern. Allein der Saisoncharakter der Produktion wird hier einer vollständigen Herauslösung der Beschäftig-

---

<sup>17</sup> Ebda.

<sup>18</sup> Vgl. Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 211, Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907, S. 2 – 5

<sup>19</sup> Vgl. Statistik des Deutschen Reich(e)s, N. F. Bd. 109, Berufs- und Betriebszählung vom 14. Juni 1895, Berlin 1897, S. 241 f.; Bd. 209, Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907, Berlin 1910, S. 269 f.

<sup>20</sup> Vgl. Zum Folgenden: Statistik des Deutschen Reich(e)s, N. F. Bd. 117/118, Gewerbliche Betriebsstatistik, S. 252 f.; Bd. 218, Gewerbliche Betriebsstatistik, Berlin 1909, S. 338 f.



ten aus dem ländlichen Umfeld schon entgegengestanden haben.<sup>21</sup> Und ganz allgemein belegt die Tatsache, dass von 13.816 Erwerbstätigen im Kreis rund zwei Drittel einem landwirtschaftlichen Nebenerwerb nachgingen, noch einmal nachdrücklich, wie stark die Beschäftigten insgesamt an den agrarischen Rahmen gebunden blieben.

Lediglich für den Baubereich gibt es noch ein paar Auffälligkeiten zu registrieren. 1895 bildeten 525 Maurer die größte, nicht landwirtschaftliche Berufsgruppe im Kreis; mit dem unter ‚Bauunternehmung‘ gefassten nichthandwerklichen Bauarbeitern stellen sie einen Block von 872 Beschäftigten. Beide Gruppen sind 1907 mit 541 und 323 bzw. zusammen 864 praktisch unverändert und haben immerhin noch denselben Umfang wie die rasant vermehrten Eisenbahner.

Wenden wir uns nun den in Northeim ansässigen Betrieben und den bei ihnen Beschäftigten zu, so ergeben sich einige bemerkenswerte Abweichungen. Zum einen: In den Maurerbetrieben und Bauunternehmen arbeiten 1895 nur 582, 1907 immerhin 747 Beschäftigte. Ein großer Teil der im Kreis wohnenden Maurer und Bauarbeiter musste weiter entfernt arbeiten; er nahm allerdings in den hier betrachteten 12 Jahren stark ab. Zum anderen: Die 582 tatsächlich im Kreis Northeim Beschäftigten verteilten sich 1895 auf 3 Bauunternehmungen, 38 Haupt- und 3 Nebenerwerbsmaurerbetriebe, zusammen 44 Betriebe. 1907 finden wir nur noch 32 Betriebe: neben wiederum 3 Nebenerwerbs- nur noch 19 Haupterwerbsmaurerbetriebe und jetzt 10 Bauunternehmen; dafür aber, wie gesehen, 165 Beschäftigte mehr. Der Anstieg der Zahl der im Kreisgebiet Beschäftigten, die erhebliche Zunahme der durchschnittlichen Betriebsgröße (von 13 auf 23 Beschäftigte) und der Trend vom kleinen Maurerbetrieb zum Bauunternehmen sind Hinweise auf eine sich erheblich ausweitende Bautätigkeit im Kreis und darauf, dass die betrieblichen Strukturen davon nicht unberührt bleiben, Baubetriebe und Bauarbeit ihr Gesicht auch im Kreis Northeim wandeln. Davon, dass das nicht nur für die Betriebsformen und -größen gilt, sondern dass sich auch bei den hier Beschäftigten etwas rührt, wird im Weiteren noch zu reden sein. Zuvor aber noch ein Blick auf die Stadt Northeim selbst, soweit sie uns durch die bruchstückhaften Quellen erkennbar ist.

### **...und die Stadt Northeim**

Was aber für den Kreis als Ganzes galt, das galt im großen Ganzen auch für die Stadt. Knapp 5.000 Einwohner bei Gründung des deutschen Kaiserreichs, nicht ganz 9.000 bei seinem Ende 1918: Northeim war in diesen Jahren eine noch recht überschaubare Provinzstadt, auch wenn die stagnierende, zeitweilig gar rückläufige Tendenz der Bevölkerungsentwicklung nunmehr von einem kontinuierlichen, insgesamt recht beträchtlichen Anstieg abgelöst worden war. Denn trotz dieser Expansion zeigte die wirtschaftliche und soziale Grundlage des städtischen Lebens wenig Veränderung: Northeim blieb, ungeachtet des gewaltigen Industrialisierungsschubes in anderen Regionen des Deutschen Reichs, eine in erster Linie ländlich geprägte Stadt, bestimmt durch die umgebende Landwirtschaft, das auf sie und den innerstädtischen Bedarf gegründete Handwerk und Gewerbe, sowie den darauf ruhenden Handel.

---

<sup>21</sup> Vgl. dazu auch unten S.

Da uns für jene Zeit die Fülle bevölkerungs-, gewerbe- und industriestatistischen Material fehlt, die in späteren Jahren erhoben worden ist, müssen wir uns hier weitgehend mit der bruchstückhaften Illustration großer Linien begnügen. Aber auch diese geben ein hinreichend deutliches Bild.

Da haben wir nach der Steuerrolle von 1871<sup>22</sup> zunächst einmal 35 selbstständige landwirtschaftliche Betriebe, darunter das verpachtete Klostergut und drei weitere landwirtschaftliche Großbetriebe. Die Bedeutung der Landwirtschaft für das Auskommen der Stadtbürger würde aber unterschätzt, wollte man sich allein an die Vollerwerbsstellen halten.

Praktisch jeder der alteingesessenen Northeimer Bürger verfügte über landwirtschaftlich genutzten Grundbesitz, gründete also seine wirtschaftliche Existenz zu einem mehr oder minder großen Teil unmittelbar auf die Landwirtschaft. Und dies nicht nur im Bereich der kleinen Einkommen: Die Hotelbesitzerin Sonne und der Ziegelfabrikant Keerl, Inhaber florierender Gewerbebetriebe, waren zugleich Inhaber zweier der größten landwirtschaftlichen Betriebe.

Die Bedingungen landwirtschaftlicher Produktion waren in Northeim gerade im Verlauf der 1860er Jahre dadurch erheblich verändert worden, dass die Gemen- gelage der Ackerflur und die kollektiv benutzten „Gemeinheiten“ beseitigt worden waren. Alles Land war nunmehr in zusammenhängende und individuell nutzbare Einzelstellen aufgeteilt. Mochte dies für die Nebenerwerbsstellen städtischer Handwerker vergleichsweise wenig Bedeutung haben – vor- wie hinterher wurde für den eigenen Bedarf produziert –, so war doch den Inhabern größerer Landwirtschaften damit die Möglichkeit gegeben, konsequenter als bisher auf markt- bezogene Überschussproduktion zu setzen und die entsprechende Bewirtschaftung zu effektivieren. Was Wunder, dass zwei der bedeutendsten Industriebetrie- be, die in diesen Jahren entstanden, hier ihre Grundlage hatten: die ehemals städtische Rhume-Mühle, die 1865 von einem Hamburger Handelshaus aufge- kauft und zu einem modernen Großbetrieb mit 70 Dauerbeschäftigten ausgebaut worden war und die 1876 als Genossenschaftsgründung der Rübenanbauer aus Northeim und Umgebung entstandene Zuckerfabrik mit ebenfalls rund 70 fest Beschäftigten, zu denen während der Kampagne etwa 200 Saisonarbeiter und –arbeiterinnen kamen. Erheblich kleiner, gleichwohl für die damaligen Verhältnisse nicht unbedeutend, war die 1888 gegründete Zentralmolkerei mit 10 Beschäf- tigten. Gegen Ende unserer Periode kam schließlich eine Konservenfabrik hinzu, die ebenfalls die Produkte des agrarischen Umlandes verarbeitete, und die sich – als Saisonbetrieb – in erster Linie auf die Vergabe von Hausarbeit stützte: 97 Namen zählt die Heimarbeiterliste vom 27.08.1914 auf, darunter nur zwei Männer.<sup>23</sup>

Im Mittelpunkt des städtischen Erwerbslebens aber standen nicht diese indus- triellen Einzelgründungen, sondern das Handwerk; eine Vielzahl mittlerer, kleiner und Kleinstbetriebe, die vielfach nur in Verbindung mit der Nebenerwerbsland- wirtschaft ihre Inhaber und deren Familien unterhalten haben dürften. Die bereits herangezogene Steuerrolle von 1871 zählt nicht weniger als 272 selbstständige Handwerksbetriebe auf, vom gutgehenden Maurerbetrieb der Brüder Franken- berg mit allein 26 Gesellen und einer unbekanntem Anzahl Lehrlingen, über die

---

<sup>22</sup> Die folgenden Ausführungen zur Erwerbsstruktur der Stadt Northeim stützen sich vor allem auf die Auswertung der Steuerrolle von 1871 bei Ruth Eickhoff, *Wie sie lebten – wie viel sie verdienten*, Wissenswertes über die Lebens- und Einkommensverhältnisse der Einwohner der Stadt Northeim nach Aufzeichnungen der Klassensteuer-Rolle für das Jahr 1871, Semesterarbeit (masch., unveröffentlicht.), Göttingen 1960.

<sup>23</sup> Vgl. StAN 410/413/21, Hausarbeit specialia, Bl. 25 – 27.

große Zahl von Familienbetrieben mit wenigen oder ganz ohne familienfremde Arbeitskräfte bis hin zum alleinstehenden Goldschmied, Kammacher oder Putzmacher, die ungeachtet ihres Status als selbstständige Gewerbetreibende ein ausgesprochen karges Leben geführt haben werden. Jedenfalls klassifiziert die Steuerrolle diese ‚Betriebe‘ durchweg als „sehr gering“ oder gar „ärmlich“, wie übrigens die weitaus überwiegende Zahl der Handwerksbetriebe als „gering“ oder darunter eingestuft wird.

Unter den vertretenen Gewerbebezweigen findet sich kaum Bemerkenswertes, das Northeim von einer anderen Stadt gleicher Größenordnung und Lage unterschieden hätte und über den normalen städtischen Bedarf an Lebensmitteln, Kleidung, Einrichtungsgegenständen usw. hinausgegangen wäre: über 50 Schuster, jeweils zwischen 15 und 20 Bäcker, Schlachter, Tischler, Schneider ...; es lohnt nicht, sie alle aufzuzählen. Bemerkenswert vielleicht die immerhin 8 Schmieden, Ausdruck des entsprechenden landwirtschaftlichen Bedarfs, sowie ein Zigarrenfabrikant und zusammen 20 Zigarrenmacher und Tabakspinner zur Verarbeitung des bescheidenen örtlichen Tabakanbaus, der – wie der Göttinger Handelskammerbericht von 1876 vermerkt – „namentlich von den kleinen Leuten gepflegt (wird), denen dieser Betrieb Gelegenheit gibt, ihre und der Ihrigen Handarbeit zu verwerthen, da die Arbeiten vorzugsweise von Frauen und Kindern geleistet werden können.“<sup>24</sup>

Allzu weither kann es mit der wirtschaftlichen Bedeutung dieses Nebenerwerbstabakanbaus um Northeim aber nicht gewesen sein, denn die ‚Fabrik‘ des Tabakfabrikanten Hueg entpuppte sich mit Jahreserträgen von 400 Talern als eher bescheidener Betrieb, in dem außer den Familienmitgliedern ebenfalls ein paar Arbeitskräfte Anstellung und Lohn gefunden haben könnten. Von etwas größerem Zuschnitt war scheinbar die knapp 40 Jahre später nachweisbare Rauch-, Kautabak- und Zigarrenfabrikation Sonntag und Duisberg, die laut Streikbericht der Polizeiverwaltung Northeim im 3. Quartal 1910 30 Arbeiter beschäftigte.<sup>25</sup> Da sich aber in der einschlägigen Wirtschaftsberichterstattung sonst keinerlei Hinweise auf diesen Betrieb finden lassen, scheint auch er nur durch den Streik von 1910,<sup>26</sup> nicht aber durch industrielle Dynamik aus dem Rahmen gefallen zu sein. Dessen handwerklich-kleingewerblicher Zuschnitt wird noch einmal dadurch unterstrichen, dass der im selben Jahr abgeschlossene erste Northeimer Tarifvertrag im Tabakbereich mit einem ‚Fabrikanten‘ vereinbart wurde, der uns sonst nur noch einmal begegnet: 3 Jahre vorher als Leiter der wieder gegründeten Northeimer Zahlstelle des Tabakarbeiterverbandes.

Eine richtige Tabakfabrik im heutigen Sinne, mit rund 200 Beschäftigten für die damalige Zeit ein ausgesprochen großer Betrieb, wurde zwar 1900 von einem Hamburger Fabrikanten eingerichtet. Dies aber nicht des Northeimer Tabaks wegen, sondern dank der günstigen Steuer- und Lohnkostenbedingungen, die hier bestanden. Auf das mehrjährige Tauziehen zwischen dem ansiedlungswilligen Unternehmer und dem Northeimer Magistrat, das dieser Betriebsgründung vorausging, wird noch zurückzukommen sein.

Ansonsten blieben es zunächst recht wenige Betriebe aus dem handwerklichen Bereich, die sich in gewerblich-industrielle Größenordnungen hinein entwickelten: Zu dem Maurerbetrieb der Gebrüder Frankenberg, der bereits 1871 allein 20 Gesellen beschäftigte und sich im Laufe der folgenden Jahrzehnte zu einem be-

---

<sup>24</sup> Jahresberichte der Handelskammer zu Göttingen, 1876, Göttingen 1877, S. 26.

<sup>25</sup> Vgl. StAN 410/413/3 und 4, gewerbliche Arbeitseinstellungen, Streiks und Aussperrungen pp.

<sup>26</sup> Vgl. Dazu unten S.

deutenden Mietwohnungsbauunternehmen entwickelte, hatte sich in den ersten Jahren unseres Jahrhunderts als zweiter bauindustrieller Betrieb der Warn-  
ecke'sche gesellt. Beide zusammen hatten im Laufe der Zeit – nicht zuletzt der  
vergleichsweise niedrigen Löhne wegen, die sie zahlten – eine regionale Be-  
deutung erlangt, die bis in den Harzraum reichte. Um so bedeutsamer war es,  
dass es 1903 gerade hier zu einer heftigen Auseinandersetzung um die Anhe-  
bung der Bauarbeiterlöhne kam.

Zu diesen Baubetrieben kamen als Ansätze einer Bauindustrie die beiden kurz  
vor der Jahrhundertwende gegründeten Ziegeleien Vogt und Keerl, die im Weite-  
ren zu modernen Dampfziegeleien ausgebaut wurden, und die sich einerseits auf  
die Northeimer Tonvorkommen, andererseits auf die schwungvolle Baunachfrage  
stützten, die vor allem von dem – entsprechend der steigenden Einwohnerzahl –  
zügigen Stadtausbau ausging.

In keinerlei Hinsicht aus dem traditionellen Rahmen fiel schließlich der Handel  
und die Bedeutung, die Kaufleuten innerhalb der städtischen Gesellschaft und für  
das Stadtre Regiment zukam: 39 Kaufleute zählt die Steuerrolle von 1871; davon 8  
in der klassifizierten Einkommenssteuer, der höchsten Steuerklasse, andererseits  
mehr als die Hälfte Klein- und Kleinsthändler.

Es liegt auf der Hand: Weder im Inneren der städtischen Wirtschafts- und Sozial-  
struktur noch von außen herein sind Tendenzen am Werke, die unmittelbar auf  
eine dynamische industrielle Entwicklung hintreiben würden und damit geeignet  
wären, das überkommene Gefüge durcheinander zu bringen. Dies dokumentiert  
auch die Zusammensetzung der städtischen Oberschicht: Unter den 35 Angehö-  
rigen der höchsten Steuerklasse finden sich 1871 1 Handwerker, 1 Industrieller,  
aber 8 Kaufleute, 9 Militärs und 11 Beamte, daneben noch ein paar Landwirte,  
Freiberufler und Rentiers. Ganz überwiegend also Leute, die auf der Basis tradi-  
tioneller Verhältnisse ihr solides Auskommen hatten und auf eine tiefergreifende  
Umwandlung der städtischen Verhältnisse nicht unmittelbar angewiesen waren.

Entwicklungsmöglichkeiten über den handwerklich-agrarischen Bereich hinaus  
gab es in Northeim nämlich auch noch andere als die, das überkommene Wirt-  
schaftsgefüge von den Kräften der Industrialisierung durcheinander wirbeln zu  
lassen. Traditionell die Garnison, die im Kreis der Stadthonoratioren wie gesehen  
deutliche Spuren hinterlassen hat. Seit Mitte des Jahrhunderts die schwungvoll  
expandierende Eisenbahn, die in Northeim 1867 35 Personen beschäftigt,<sup>27</sup> An-  
fang der 90er Jahre dagegen schon über 500 bei weiter steigender Tendenz, und  
die damit allein schon den Verlust der 300 bis 400 Militärpersonen mehr als wett  
machte, den der Abzug der Garnison im Jahre 1890 mit sich brachte. Hinzu kam  
– ebenfalls in der ‚Honoratiorenliste‘ bereits angedeutet – ein erheblicher Beam-  
ten- und Verwaltungsapparat, auch schon vor und unabhängig von dem Eisen-  
bahnausbau. Die Bedeutung der Stadt als Behörden- und Schulzentrum fand hier  
ihren Niederschlag; sie dauerte auch in den hier betrachteten Jahren fort: Anfang  
der 90er Jahre wurde – gleichsam als ‚Ersatz‘ für die abgezogene Garnison – die  
Errichtung eines Lehrerseminars betrieben, das 1892 mit seiner Arbeit begann.  
Und in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts konnte das bereits recht ausdiffe-  
renzierte Northeimer Schulwesen mit dem Gymnasium ‚gekrönt‘ werden.

---

<sup>27</sup> Vgl. Körber, Friedrich Wilhelm: Beiträge zur Geschichte der Northeimer Bürgerschaft  
vor 100 Jahren, Eine wirtschafts- und sozialgeschichtliche Auswertung auf Grund einer  
Personenstands-Nachweisung aus dem Jahre 1867, Semesterarbeit (Masch. Unverfö-  
fentlicht), Göttingen 1960

Es ist nun wichtig sich vor Augen zu halten, dass weder diese Konservierung einer durch Landwirtschaft, Handwerk und eine Kaufmannschaft ohne weitere Ambitionen bestimmten, allein auf den engen lokalen Umkreis bezogenen Wirtschaftsstruktur, noch die Konzentration der Stadtentwicklung im öffentlichen Dienstleistungs- und Verwaltungsbereich allein das Produkt objektiver Gegebenheiten waren, die eben keine andere Entwicklung hergaben. Hier war vielmehr auch der absichtsvolle, zielbewusste Gestaltungswille der Northeimer Stadtberechtigten am Werke, die im Rahmen einer organisch gewachsenen und fest gefügten Cliquenwirtschaft ihre Interessen wohl durchzusetzen wussten und dabei – war er nicht willig – auch mehr als einen Bürgermeister verschlissen. Elf Jahre nach seiner Wahl räumte R. Rose, dem auch der sozialdemokratische ‚Volkswille‘ bescheinigt, er stehe „in gutem Andenken..., weil er für die Interessenwirtschaft nicht zu haben war,<sup>28</sup> das Feld, nachdem ihm ein Vertreter der Stadthonoratoren in öffentlicher Sitzung erklärt hatte: „Wenn sie es nicht thun wollen..., dann thut es ein Anderer.“<sup>29</sup> Sein Nachfolger Domino, mit dem H. Eggeling „ein(en) neue(n) Geist in das Northeimer Rathaus ein(ziehen sah)“,<sup>30</sup> nahm bereits nach zweieinhalb Jahren seinen Hut und ließ sich anderwärts zum zweiten Bürgermeister wählen.<sup>31</sup> Sein bereits gewählter Nachfolger schließlich wollte über die Annahme der Wahl noch einmal nachdenken – und wurde daraufhin vom Magistrat abgelehnt.<sup>32</sup>

Die Northeimer Honoratioren wussten aber nicht nur, wen sie nicht wollten; sie wussten auch, was sie wollten – und vor allem wiederum: was nicht!

Um dies genauer zu erfassen, wollen wir noch einmal auf die bereits angesprochene Wolff'sche Zigarrenfabrik zurückkommen; mit rund 200 Arbeitsplätzen die spektakulärste Northeimer Industrieansiedlung jener Jahre.<sup>33</sup>

Im Jahre 1892 errichtete der Hamburger Zigarrenfabrikant L. Wolff in Northeim einen kleinen Sortier-, Verpackungs- und Lagerbetrieb, in dem die in einer Reihe mitteldeutscher Produktionsbetriebe der Firma hergestellten Zigarren handelsfertig gemacht werden sollten. Den Hintergrund bildet das Bestreben der Hamburger und Bremer Tabakunternehmer, die durch die Steuergesetzgebung verursachten Kostensteigerungen soweit als möglich dadurch auszugleichen, dass auf ländlich-provinzielle Arbeitsmärkte mit ihren geringeren Lohnniveaus zurückgegriffen wurde. Die Wahl Northeims als Ort für einen Sortier- und Verpackungsbetrieb ergab sich aus seiner günstigen Lage sowohl zu den anliefernden Produktionsbetrieben als auch an den Wasser- und Schienenverbindungen zu den städtischen Absatzmärkten.

Mit einem Kleinbetrieb war L. Wolff indessen auf Dauer nicht geholfen; es handelte sich schließlich um ein recht umfangreiches Unternehmen. Die Verpackungskapazität musste der Produktion angepasst werden; und dazu braucht man Leute und für diese wiederum Platz. Den schien es in der Rückingskaserne zu geben, die nach dem Abzug der Garnison nur behelfsweise, auf wechselnde und wenig einträgliche Weise hatte genutzt werden können – zuletzt als Obdachlosenasyll. L. Wolff machte der Stadt also ein recht lukratives Angebot für die

---

<sup>28</sup> ‚Volkswille‘ vom 05.02.1903

<sup>29</sup> ‚Volkswille‘ vom 05.02.1903.

<sup>30</sup> Vgl. Eggeling, Hans-Hennig, Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Northeim i. Hann., Northeim 1960, S. 81.

<sup>31</sup> Vgl. ‚Volkswille‘ vom 05.02.1903.

<sup>32</sup> Vgl. ebda.

<sup>33</sup> Vgl. Eggeling, H.-H., aaO

Vermietung der Kaserne. Die städtischen Kollegien stimmten auch im Grundsatz zu – und lehnten dann doch ab, mit der Begründung an der Nutzung der Kaserne als städtisches Armenhaus festhalten zu wollen. L. Wolff hatte nach mit einem für die Stadt höchst vorteilhaften Angebot und konnte damit offenbar auch die Mehrheit der Bürgervorsteher überzeugen. Der Magistrat indes blieb fest und mit dem Votum des Bezirksausschusses als der übergeordneten Instanz setzte er sich durch. L. Wolff bekam die Kaserne erst einmal nicht und musste sich fünf weitere Jahre so behelfen, bis schließlich im August 1900 doch noch ein Mietvertrag zustande kam.

Die Gründe, die den Magistrat veranlassten, unter Vorschützung fadenscheiniger Begründungen ein für den Stadtsäckel ungemein lukratives Angebot so hartnäckig auszuschlagen, legte der Bürgermeister gegenüber dem Bezirksausschuss mit hinreichender Deutlichkeit dar:

„Die Gründe, welche den Magistrat zur Ablehnung des Antrages bestimmt haben, liegen zunächst in der Erwägung, daß mit der Errichtung der Fabrik ein Zuzug unsicherer Elemente verbunden sein wird. ... Bislang hat die hiesige Bevölkerung sich durchweg von allen Umsturzbestrebungen ferngehalten. Wir möchten nicht die Hand dazu bieten, hier Änderungen herbeizuführen. Auch fürchten wir, daß das Auftauchen unsicherer Elemente gar bald in mehr als eine Beziehung der Stadt um Nachteil gereichen möchte. Wir hegen die Besorgnis, daß jedenfalls der Besuch des Schullehrerseminars abnehmen dürfte. Ein Gleiches ist auch beim Real-Progymnasium nicht ausgeschlossen, soweit es sich um die zahlreichen auswärtigen Schüler handelt. Auch ist die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, daß eine Versetzung zahlreicher Beamten leicht eintreten könnte. Insbesondere kommen die Eisenbahnbeamten hier in Frage. Für viele derselben wird es ohne dienstliche Nachteile sein, wenn sie statt hier in einem benachbarten Orte ihr Domicil haben. Endlich noch besteht das Bedenken, daß zahlreiche Pensionäre, Rentner usw., welche sich im Laufe der Zeit hier niedergelassen haben, von hier fortziehen möchten, und Jedenfalls in Zukunft ein Zuzug derartiger und überall gern gesehener Personen unterbleiben dürfte.“

Nicht die Industrie als solche die mit dieser notwendig verbundene Arbeiterschaft war es die schreckte. Sie drohte in das harmonische politische Leben der Northeimer Provinzidylle den Keim des Umsturzes zu tragen, gar den besser gestellten Kreisen das soziale Stadtbild zu verderben, die sich dann anderswohin orientieren würden. Dieser schlechte Tausch „überall gern gesehener Personen“ gegen ‚unsichere Elemente‘ war es, was um alles in der Welt vermieden werden sollte.

Da aber Stadtentwicklung allein durch Zuwachs bei den ‚besseren Kreisen‘ nicht zu machen war, bedurfte es zur Erhaltung und Stärkung der städtischen Wirtschaftskraft stets eines gewichtigen anderen Wirtschaftssektors: die Garnison zunächst, im Weiteren der Ausbau der Eisenbahn. Beides offenkundig Möglichkeiten wirtschaftliche Wachstumsimpulse von der allgemeinen deutschen Wirtschaftsentwicklung mitzunehmen ohne deren Schattenseite: die Entstehung einer aufsässigen Lohnarbeiterschaft, die das Provinzidyll stören, gar infrage stellen könnte.

## Lohnabhängige unter Kontrolle

Nicht dass es in Northeim nur Selbstständige, Beamte und Soldaten gegeben hätte: 884 in abhängiger Stellung Beschäftigte zählt bereits die Steuerrolle von 1871, den ganzen öffentlichen Bereich nicht gerechnet. Die Zahl der Nichtverbeamteten unter den 86 Eisenbahnern und den Beschäftigten der kommunalen und staatlichen Behörden lässt sich nicht feststellen. Man greift aber sicherlich nicht zu hoch, wenn man insgesamt gut die Hälfte der 1.875 erfassten Steuerzahler den abhängig Beschäftigten ohne Beamtenstellung zurechnet. (Und nur nebenbei sei bemerkt, dass unter den Beamten nicht nur der Amtmann und der Amtsrichter mit jeweils 1.000 Talern Jahresgehalt rangierten, sondern auch der Briefträger und der Bahnhofsschreiber, die mit 150 bzw. 120 Talern auskommen mussten.) Und mit dem Ausbau der Bahnhofsanlage und der Errichtung einer Schwellentränke sowie mit den angesprochenen Fabrikgründungen dürfte sich der Anteil der Arbeiter und Arbeiterinnen noch vergrößert haben.

Nicht das Fehlen eines nennenswerten Lohnabhängigenanteils also war es, was den herrschenden Kreisen der Stadt die Verhältnisse fest gefügt und frei von ‚unsicheren Elementen‘ erscheinen ließ. Die Enge und Übersichtlichkeit der allgemeinen sozialen und gerade auch der Arbeitsverhältnisse und die damit verbundenen mittelbaren oder auch handfest-unmittelbaren Abhängigkeitsbeziehungen waren es, die das ganze Sozialgefüge im Lot zu halten versprachen. Das fing schon bei der Größe von Stadt und Betrieben an. Das Ganze war so übersichtlich, der Arbeitsmarkt so wenig anonym, dass man, einmal aufgefallen, auch gezeichnet war. Innerhalb der einzelnen Handwerke war allgemein bekannt, wer wohin gehörte und wer gegebenenfalls aus welchem Grunde wechseln musste. Mochten da vielleicht persönliche Querelen mit dem Meister noch hingehen; ein Rausschmiss wegen Aufsässigkeit bei sozialer und wirtschaftlicher Interessenvertretung hätte einen Gesellen oder gar Lehrling mit Sicherheit um jegliche Chance gebracht in der Stadt noch einen Arbeitsplatz zu finden. Der konnte nur noch den Ort wechseln, wie sicherlich jener Schlossergeselle, der es gewagt hatte, aufmüpfige Liederbücher mitzubringen und zu verbreiten.<sup>34</sup> Darüber hinaus sei auf jenen Handwerker verwiesen, dem die Vergabe seiner Scheune als Lokal für eine sozialdemokratische Wahlversammlung postwendend den Ausschluss aus dem (bürgerlichen) Handwerkerbildungsverein einbrachte, an dessen Arbeit er maßgeblichen Anteil gehabt hatte.<sup>35</sup>

Aber nicht allein die lokale Übersichtlichkeit bot die Gewähr dafür, dass mehr oder weniger alles unter Kontrolle war und entsprechend sanktioniert werden konnte. Recht handfeste Instrumente kamen hinzu. Denn nicht nur die 300 Soldaten, die bis 1890 hier lebten, unterlagen sehr weitgehenden Einschränkungen ihrer persönlichen Verhaltens- und Bewegungsfreiheit. Vergleichbares galt für Knechte, Mägde und Lehrlinge, die 1871 mit ca. 400 kaum weniger waren als Arbeiter, Tagelöhner und Gesellen mit 440 Personen.

Blieben die Arbeiter und Arbeiterinnen der Hand voll größerer Betriebe, die zwar auch der allgemeinen sozialen Kontrolle des kleinstädtisch-provinziellen Lebens unterlagen, die sich aber immerhin in weniger persönlich gefärbten Abhängigkeitsbeziehungen befanden als die übrigen. Sorgte schon die geringe Zahl entsprechender Betriebe und die damit verbundene beschränkte Möglichkeit des Arbeitsplatzwechsels dafür, dass der einmal innegehabte Arbeitsplatz als wertvolles und nicht einfach zu ersetzendes Gut gelten musste, das man nicht so

---

<sup>34</sup> Vgl. unten S. 90.

<sup>35</sup> Vgl. unten S.

leicht aufs Spiel setzte, so kam ein weiteres hinzu, um Arbeiterselbstbewusstsein in Grenzen zu halten: der hohe Anteil von Saisonbetrieben.

Sowohl die beiden Ziegeleien wie die Zuckerfabrik waren Saisonbetriebe; und dies zeitlich versetzt, so dass die Beschäftigten hin- und herwechselten. Die begrenzte Zeit, die man jeweils in einem Betrieb war, und der Zwang, alle Jahre wieder um die Einstellung nachzusuchen, war geeignet, kollektive betriebliche Interessenpositionen und deren Vertretung erst gar nicht aufkommen zu lassen. Nicht zuletzt dieser Gesichtspunkt wird es gewesen sein, der den Besitzenden bereits in den 70er Jahren die Gefahr begrenzt erscheinen ließ, die mit dem Betrieb der Zuckerfabrik auf Dauer verbunden sein würde:

„Es soll ... nicht geleugnet werden, daß die Uebelstände, welche eine Großindustrie in socialer Beziehung in ihrem Gefolge zu haben pflegt, auch bei der Rohzuckerproduktion nicht gänzlich fehlen und nach und nach bei dem weniger soliden Theile unserer ländlichen Arbeiterbevölkerung in die Erscheinung treten werden; doch scheint speziell die Arbeiterbevölkerung dieses Bezirkes wenig zu Ausschreitungen geneigt zu sein.“<sup>36</sup>

Als ganz besonders unbedenklich konnte in dieser Hinsicht auch die Konservenfabrik gelten, die in erster Linie auf der Heimarbeit in ihrer Vereinzelung belassener Frauen beruhte. Entsprechendes dürfte für L. Wolffs Zigarrenfabrik gegolten, gar deren schließliche Zulassung erst ermöglicht haben. Denn mindestens ebenso sehr wie der mit einem neuen Bürgermeister aufgekommene „neue Wind“, den Eggeling am Werke sah,<sup>37</sup> wird hier die Tatsache gewogen haben, dass es sich um einen fast reinen Frauenbetrieb handelte. Eingebunden in das kleinbürgerlich-provinzielle Sozialgefüge und in die patriarchalischen Familienverhältnis ländlicher Prägung konnten Frauen als Gruppe gelten, die – wie sonst auch – in der Fabrik ‚unter Kontrolle‘ zu halten war. Die Wolff’schen Arbeiterinnen haben sich in der Folgezeit auch nie organisiert.

Was blieb, waren einmal die Eisenbahner, denen ein elitärberufsständisches Bewusstsein als kaiserlich-deutsche Eisenbahner offenbar recht wirksam vermittelt und erhalten werden konnte, und die mit ihren ausschließlich staatstragenden Verbindungen recht wohl in den Northeimer Provinzfrieden passten. Und dann gab es eben noch die Maurer: jahrelang schlechter bezahlt als anderswo und damit Bedrohung und Ärgernis für die Kollegen im weiteren Umkreis; dann aber kampfstarker Gewerkschaftszusammenschluss, gleichsam im Handumdrehen aus dem scheinbar so gründlich befriedeten Northeimer Boden gestampft. Aber das ist ein anderes Kapitel.<sup>38</sup>

---

<sup>36</sup> Jahresberichte der Handelskammer zu Göttingen, 1879, Göttingen 1880, S. 54.

<sup>37</sup> Vgl. Eggeling, H.-H., aaO

<sup>38</sup> Vgl. unten Kap. IV



## **Soziale Verhältnisse: Abhängigkeit in der Provinz – einige Schlaglichter**

Auf den folgenden Seiten soll das, was im einleitenden Kapitel über die soziale Enge und die herrschaftliche Kontrollierbarkeit der Northeimer Verhältnisse und über die schlechten Aussichten autonomer Abhängigeninteressenvertretung gesagt worden ist, in einigen Schlaglichtern illustriert werden: Armut, Krankheit und Wohnverhältnisse; Lehrlingswesen; Wanderarbeit; und schließlich einer Arbeitsordnung.

### **Wohnverhältnisse – die Arbeiterschaft als Gesundheitsrisiko**

Der oben zitierte Kommentar des Handelskammerberichts zur Gründung der Zuckerfabrik hat es schon deutlich gemacht: „die Uebelstände, welche eine Großindustrie in socialer Beziehung in ihrem Gefolge zu haben pflegt“,<sup>39</sup> galten solange als durchaus erträglich als man halbwegs sicher sein konnte, dass „die Arbeiterbevölkerung dieses Bezirks wenig zu Ausschreitungen geneigt zu sein (schien)“.<sup>40</sup> Wo nicht sozialer Druck die Folge war, fanden somit auch miserable Lebens- und Arbeitsbedingungen wenig Beachtung bei den maßgeblichen städtischen Vereinen, es sei denn, sie würden zum Ausgangspunkt für Seuchen, die – einmal aus Armut entstanden – an den Grenzen der Elendsquartiere nicht Halt machten und auch in den besseren Vierteln ihren Tribut forderten. Nicht die Sorge um menschenwürdige Lebensbedingungen für die unteren Schichten der Bevölkerung, sondern Diphtherie, Scharlach, Typhus und vor allem die ‚Proletarierkrankheit‘ TBC waren es, die die Aufmerksamkeit der staatlichen Verwaltungsinstanzen auf die Wohnverhältnisse der Arbeiterschaft richteten.

Wie wenig diese von jener eng gefassten ‚medizinischen Indikation‘ zu erwarten hatten und wie ‚großzügig‘ die Verwaltungsbehörden selbst mit dieser noch hantierten, mögen die folgenden Beispiele zur Kontrolle von Massenquartieren verdeutlichen, die unter dem Gesichtspunkt der Seuchengefahr besonders neuralgische Punkte darstellten.

### **Das Recht aufs eigene Bett<sup>41</sup>**

Im Amtsblatt der königlichen Regierung zu Hildesheim, ausgegeben am 11. März 1892, wurde den nachgeordneten Behörden eine Polizeiverordnung

„... betreffend die Unterkunftsräume der in gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben, sowie bei Bauten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen“

---

<sup>39</sup> Vgl. oben S.

<sup>40</sup> Ebda.

<sup>41</sup> Vgl. Für die folgende Darstellung StAN 400/28/21, 22, 26 und 27.

bekannt gegeben. In zwei Paragraphen vermochte man sicherzustellen, dass die nach damaligem medizinischen Kenntnisstand unbedingt nötigen hygienischen und sanitären Forderungen eingehalten wurden, so zum Beispiel die Meldepflicht ansteckender Krankheiten und die Isolierung der Kranken aus dem Massenquartier. In § 1c dieser Verordnung ist zu lesen:

„Die Bettgestelle müssen leicht zu reinigen sein und dürfen nicht aus ungehobeltem Holze bestehen. Für jedes einzelne Bett, davon jeder Arbeiter oder jede Arbeiterin eines für sich haben muß, ist eine Matratze oder ein Strohsack, ein Kopfkissen und eine hinreichend wärmende Decke zu beschaffen. Das unmittelbare Hintereinanderbenutzen derselben Lagerstelle durch verschiedene Arbeiterschichten darf nicht gestattet werden. Jedem neu eintreffenden Arbeiter ... ist eine frische Lagerstätte zu geben. Das Bettstroh ist mindestens alle 4 Wochen zu erneuern, auch sind die Strohsäcke sowie die Bettbezüge mindestens alle 8 Wochen und die Decken alle 6 Monate zu waschen oder sonst zu reinigen.“

Die Reaktion der Northeimer Polizeiverwaltung ist in den Akten leider nicht vorhanden, wohl aber das Antwortschreiben des Regierungspräsidenten auf den Brief aus Northeim:

Transcription: „Die städtische Polizei-Verwaltung ersuche ich in Erwiderung auf den gefälligen Bericht vom 22. Juli d. J. No. 2215, betreffend das Gesuch des Oberamtsmanns Falkenhagen um Dispensation von dem § 1c der Polizei-Verordnung vom 27. Februar 1892 enthaltenem Verbote bezüglich des Schlafens von zwei Arbeitern in einem Bette ergebenst, vorerst von der Durchführung dieses Verbotes gefälligst Abstand zu nehmen, da hier auf Grund anderweitig beschafften tatsächlichen Materials beabsichtigt wird, die neue Polizei-Verordnung einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen und demnächst generelle Verfügung zu erlassen.“

In der überarbeiteten Fassung der Verordnung, die am 21. Mai 1893 nach Northeim geschickt wurde, war die Bestimmung in § 1c, wonach jedem Arbeiter ein Bett für ihn allein vorgeschrieben wurde, schlicht aufgehoben worden. Die Probleme des Oberamtsmanns Falkenhagen hatten auf diese Weise ihre Erledigung gefunden.

## **Landarbeiterquartier – inhaltend revidiert**

Lange Zeit wurden die Quartiere der landwirtschaftlichen Betriebe revidiert, ohne dass aus der Sicht der Polizei Grund zu Beanstandungen gegeben war. Erst 1901 fiel dem Polizeiwachtmeister Müller auf, dass beim Oekonom Franz Keerl einiges nicht stimmte: in dessen Arbeiterunterkunftsräumen waren die Wände nicht gekalkt, es fehlten die vorgeschriebenen Spuknäpfe, es fehlten Krankenzimmer. Dass auch

„männliche und weibliche Personen, welche nicht verheiratet sind, in einem Bette schlafen, sowie Wohn- und Schlafräume miteinander theilen.“,

wiederholte Müller in seinem überarbeiteten Bericht zwei Tage später nicht mehr. Am 26. Mai berichtete er stattdessen:

„Zwei Aborte, welche unverschlossen gehalten wurden, werden von etwa 36 Personen, Männer, Frauen + Kinder u. dgl. (!) gemeinschaftlich benutzt. Die Ordnung und Sauberkeit läßt viel zu wünschen übrig, es scheint somit nicht ausgeschlossen, daß leicht Krankheiten auftreten können.“

Die Verfügung, die den Ökonom Keerl aufgrund dieser Missstände und des beschriebenen Elends zugestellt wurde, war überaus milde und bestand nicht einmal auf Einhaltung der Vorschriften.

Es kam dem Ökonomen Franz Keerl ganz offensichtlich nicht darauf an menschenwürdige Lebensbedingungen für die bei ihm beschäftigten Arbeiter zu schaffen. Gleichfalls scheint die Polizei ihre Arbeit mit einer gewissen Lässigkeit nachgekommen zu sein. Anfang Mai 1903 wurden unter Aufsicht des Kreisarztes Dr. Müller kurz hintereinander die Unterkunftsräume der Keerlschen Ziegeleiarbeiter und die Unterkunftsräume der landwirtschaftlichen Arbeiter revidiert. Wiederum enthüllten sich grauenhafte Zustände.

Bei den Ziegeleiarbeitern starrten die Betten vor Schmutz und waren aus ungehobelten Brettern zusammengehämmert. Der aus Gips hergestellte Fußboden des Schlafräums war „mit starken Löchern“ versehen. Bei den landwirtschaftlichen Arbeitern war zu wenig Luft pro Person vorhanden. Nach Geschlechtern getrennte Schlafräume gab es auch 1903 nicht. Die Polizei forderte Keerl auf, die beanstandeten Mängel zu beseitigen, sprach in ihrer Aufforderung aber nur von den landwirtschaftlichen Arbeitern, worauf in der Nachrevision festgestellt wurde, dass Keerl sich um die Unterkunftsräume der Ziegeleiarbeiter nicht gekümmert hatte.

### **Ziegeleiarbeiterunterkunft – Dauermisere zum Billigtarif**

Die Verhältnisse im Arbeiterwohnhaus des Ziegeleibesitzers Vogt unterschieden sich kaum von denen bei Keerl wie ein Revisionsbericht aus dem Jahre 1912 recht anschaulich verdeutlicht:

„Northeim, den 4. Juni 1912.

Bei der am 31. Mai d. J., nachmittags 5 \_ Uhr, vorgenommenen Revision der Unterkunftsräume der Arbeiter beim Ziegeleibesitzer Adolf Vogt hierselbst wurde folgendes festgestellt:

1. Auf dem Fußboden und den Tischen im Speiseraum sowie in sämtlichen Schlafräumen lagerte derartig viel Schmutz und Unrat, daß die Benutzung der Räume gesundheitsschädlich erscheint.
2. Bei mehreren Bettstellen waren die Seitenwände aus ungehobelten Brettern, das Bettstroh seit dem Eintreffen der Arbeiter noch nicht erneuert, /gestrichen: die Strohsäcke ebenfalls seit dieser Zeit weder gewaschen noch sonst gereinigt./ Die Betten waren weder tagsüber gemacht noch der unter den Strohsäcken dick lagernde Staub beseitigt.
3. Im Speise- und Wohnraum fehlte eine angemessene Anzahl Spucknapfe.
4. Im Schlafräum war die Decke nicht undurchlässig.
5. Die Wände waren mit Staub beschmutzt und durch Rauch geschwärzt, so daß ein etwaiger Neuanstrich oder eine Reinigung nicht zu erkennen war.
6. Ein der Arbeiterzahl entsprechend großes und vorschriftsmäßiges Krankenzimmer stand nicht zur Verfügung.

7. Vor dem Abortraum fehlte die Tür. Das Abflußrohr im Waschraum war verstopft, so daß das Schmutzwasser in demselben zurückstaute, auch waren weder Handtücher noch Seife vorhanden.

R.  
Pol.Com.“

Dass dergleichen grundsätzliche Missstände zu einem so späten Zeitpunkt noch bestanden, obgleich hier wie in den anderen Massenquartieren bei Vogt, dem Klostergut, der Frau Sane und dem Ackerbürger Wendt auch Jahr für Jahr in der ersten Maihälfte Revisionen stattfanden, zeigt eindrucksvoll ein Zusammenwirken von Behörden und Unternehmern, bei denen die Arbeiter für ihre Wohnbedingungen wenig zu hoffen hatten.

So stellt die im vorliegenden Fall erlassene Verfügung zwar ausdrücklich fest, „Vogt ist schon verschiedentlich auf die Befolgung der Pol. Verordnung betr. der Unterkunftsräume der in gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter hingewiesen“. Dass die mit dieser Feststellung verbundene Strafverfügung über 10 Mark daran aber viel geändert haben wird, erscheint durchaus fraglich.

Was das Verhalten der Arbeiter zu ihrer Wohnumgebung im vorliegenden Fall angeht: Wir haben es hier mit einem Saisongewerbe zu tun, in dem vielfach Wanderarbeiter beschäftigt wurden und in der Saison Arbeitszeiten von bis zu 16 Stunden üblich waren. Unter diesen Bedingungen sorgte der Unternehmer oder niemand für die primitivsten Wohnbedingungen in den Unterkünften.

## **Die Mietwohnungen**

Gab es hinsichtlich der Massenquartiere (mehr als 6 Personen) somit immerhin Kontrollen, aus denen freilich wenig folgte, so gerieten die Mietwohnungen der normalen Arbeiterfamilien erst spät in den Blick einer systematisch betriebenen Aufsicht der Behörden. Zwar gab es in der Stadt seit Februar 1901 eine Gesundheitskommission, die sich im Rahmen der allgemeinen Hygieneaufsicht auch um den Zustand der Wohnungen zu kümmern hatte. Indessen war dieses aus je zwei Mitgliedern des Magistrats und des Bürgervorsteherkollegiums, dem Stadtbaumeister, dem Krankenhausarzt und – mit beratender Stimme – dem Kreisarzt bestehende Gremium nur noch einmal, im Juli 1905, zusammengetreten, bevor dann im Herbst 1906 ein vierteljährlicher Sitzungsturnus eingeführt wurde.

Ein Tätigkeitsbericht aus dem Jahre 1907 nennt als Anlässe für das Tätigwerden der Kommission neben der Aufsicht über die Sauberkeit der Höfe (Aborte, Dungstätten), die Revision der Bäckereien und Schlachtereien, Milchkontrolle, Müllbeseitigung, die Diphtherie-Epidemie auch „die Gesundheitsverhältnisse schlechter Wohnungen“<sup>42</sup>. Sie scheint hier aber nur dann tätig geworden zu sein, wenn Missstände unmittelbar bekannt gemacht worden waren. Während für den Zustand der Höfe eine Besserung festgestellt wurde, hieß es mit Bezug auf die Wohnungen lapidar:

„Die Beseitigung der Mißstände in den Wohnungen muß noch erfolgen.“

---

<sup>42</sup> Vgl. StAN 424/62/2. Bl. 37/38.

Wie berechtigt diese Feststellung war, mögen die folgenden Revisionsprotokolle einiger Northeimer Arbeiterwohnungen verdeutlichen. Sie sind in Verbindung mit den Kommentierungen des Kreisarztes auf dem Rand darüber hinaus auch ein Beleg für das, was an Wohnbedingungen – weil eben nicht gesundheitsschädlich – auch weiterhin ertragen werden musste.

1. Beispiel: Landwirt Daniel Voß, Breitestr. 43

„Northeim, den 8. Januar 1908

Die Wohnungen im Hause des  
Landwirt Daniel Voß, hier Breitestraße No. 43

sind nicht mehr bewohnbar und in gesundheitlicher Beziehung als solche nicht geeignet. Die Küchen sind sämtlich dunkel, so daß die Mieter den ganzen Tag Licht brennen müssen. Die Korridore sind so eng und schmal, daß man sich nicht frei bewegen kann, außerdem sind dieselben dunkel. Die in der ersten Etage gelegenen Räume haben nur eine Höhe von 1,92 bzw. 1,85 Meter, - von der Balkenlage angerechnet nur 1,67 Meter -. Auch scheint das ganze Gebäude baufällig zu sein. Eine Aufforderung zur Räumung des Hauses dürfte in hygienischer Hinsicht in Erwägung zu bringen sein.

Sebode  
Polizei-Sergeant

Kommentierung des Kreisarztes auf dem Rand:

„Kreisarzt Dr. Müller  
Northeim 2/2 08

Mit der Mitteilung zugesandt, daß es sich um eins der von der Gesundheitskommission besichtigten Häuser handelt. Die Parterre gelegene Wohnung ist in baulicher Beziehung so schlecht und so unsauber, daß sie polizeilich geschlossen werden kann, bis eine gründliche Renovierung stattgefunden hat. Der (...) ist auf jeden Fall zu beseitigen. Die Schließung der im I. Stock gelegenen Wohnung wird anzudrohen sein, falls nicht durch Umbau soviel Licht geschaffen wird, daß Treppen, Flur und Küche am Tage ohne künstliche Beleuchtung gefahrlos zu benutzen sind.

Müller  
Kreisarzt

2. Beispiel: Schuhmachermeister Heinrich Bode, Kurze Str. 11

Northeim, den 11. August 1908

„Die Wohnung in dem Hause des  
Schuhmachermeisters Friedrich Bode, hier Kurzestraße No. 11

ist nicht mehr bewohnbar und in gesundheitlicher Beziehung als solche nicht geeignet.

Ein Hofraum ist nicht vorhanden, die Stallungen und Abortanlagen befinden sich dicht am Wohnhause, wodurch das Haus, welches nur aus 3 Vorderzimmern besteht, durch den üblen Geruch erheblich beeinträchtigt wird.

Der Treppen-Aufgang ist so schmal und steil, daß man nur mit Mühe die Etage erreichen kann, außerdem fehlt der Handläufer. Die Zimmer haben nur eine Höhe von 2,20 Meter. Eine Revision des Hauses durch die Gesundheitskommission dürfte in hygienischer Hinsicht in Erwägung zu bringen sein.

Sebode  
Polizei-Sergeant

Kommentierung des Kreisarztes auf dem Rand:

„P. N. 10.11.09

Die Besichtigung hat am 5.11.09 stattgefunden; Veranlassung zur Schließung wird als nicht gegeben angesehen.

P.“

### 3. Beispiel: Kaufmann Emil Goeke, Breitenweg 1

„Northeim, den 19. August 1912.

Am 15. d. M. ist seitens der Gesundheitskommission das Ihnen gehörige, am Breitenwege belegene Mietswohnhaus einer Besichtigung unterzogen. Es sind dabei folgende Mängel festgestellt:

1. die Schornsteine wie auch die Herde sind nicht den feuerpolizeilichen Vorschriften entsprechend angebracht; es gehen sogar die Rohre nicht allein durch die Wände, sondern auch durch die Decke;
2. der Abort befindet sich in einem baufälligen Zustande.
3. der Brunnen entspricht nicht den Anforderungen, welche in gesundheitlicher Beziehung an ihn zu stellen sind;
4. die Wasserabführung ist gesundheitsschädlich;
5. Kanalanschluß ist nicht vorhanden.

Zur Beseitigung dieser Mißstände wird Ihnen hiermit folgende Auflage gemacht:

1. binnen 14 Tagen sind ordnungsmäßige Schornsteine unter Beseitigung der unzulässigen Schornsteinröhren zu errichten;
2. der Abort ist binnen der gleichen Frist ordnungsmäßig instand zu setzen; zugleich ist eine vorschriftsmäßige wasserdichte Grube von mindestens 1 cbm Inhalt herzustellen, falls sie den Abort nicht an den Kanal anschließen;
3. der Brunnen ist zu beseitigen und binnen 14 Tagen der Anschluß an die städtische Wasserleitung nachzuweisen;
4. das Gebäude ist binnen 14 Tagen an den Kanal anzuschließen.

Sollten Sie dieser Aufforderung nicht nachkommen, so bin ich genötigt im Wege des Zwangsverfahrens gegen Sie vorzugehen.

D. P.-V.  
P.“

## Zur regelmäßigen Wohnungsaufsicht

Die Grenzen dieser Art der einzelfallbezogenen und an einen engen Northeimer Begriff von Gesundheitsgefährdung gebundenen Wohnungskontrolle waren auch der Polizeiverwaltung bewusst, die auf eine entsprechende Anfrage des Regierungspräsidenten erklärte:

„Im hiesigen Bezirke wird durch die Gesundheitskommission überwacht, daß die Wohnungen, insbesondere die Mietwohnungen, den notwendigen gesundheitlichen Anforderungen entsprechen. Diese Art der Überwachung hat bereits recht gute Erfolge gezeitigt. Gleichwohl wird der Erlaß einer allgemeinen Polizeiverordnung für zweckmäßig erachtet, weil bisher eine den Verhältnissen angemessene ordnungsgemäße Instandhaltung der Wohnung seitens des Vermieters kaum zu erreichen war, wenn nicht direkt Gefährdung der Gesundheit der Mieter anzunehmen war.“<sup>43</sup>

Und der Kreisarzt Dr. Müller, zu diesem Zusammenhang befragt, empfahl eine regelmäßige Aufsicht aller Mietwohnungen von 60 Thaler Jahresmiete abwärts.<sup>44</sup>

„Vielfache eigene Beobachtungen zeigen, daß kinderreiche Familien schwer Wohnungen bekommen und es vermeiden, Forderungen in Bezug auf Instandsetzung der Wohnung zu stellen. Es geschieht häufig nichts, selbst dann nicht, wenn Ausmachungen stattgefunden haben. Der Mieter hat dann weder Zeit u. Geld, noch Lust etwas zu thun. Es wäre deshalb eine Pol.Ver. erwünscht, wonach jeder Vermiether den Wechsel der Miether anzuzeigen hätte. Vor Einzug des neuen Miethers wäre die Wohnung in jedem Falle zu prüfen u. in Stand zu setzen.

Die bisherigen erl.-Pol.Verordnungen treffen mit ihren Bestimmungen zu wenig die innere Beschaffenheit der Wohnungen (Aborte, Fenster, Öfen, Keller, Beschaffenheit der Wände, Türen etc.). Die Küchen sind z. Th. unbrauchbar.

Mietwohnungen, die den Miether nicht wechseln, werden alle 2 – 3 Jahre zu besichtigen sein.

Die Zahl der in Frage kommenden Wohnungen dürfte nicht erheblich sein. Die Besichtigung könnte durch einen Beamten des Bauamts oder durch den Polizei-Revier-Beamten geschehen. Bei Meinungsverschiedenheiten oder in schwierigen Fällen käme eine Besichtigung durch die Ges. Kommission oder durch mich in Frage.

In der Pol.Ver. müßten Mindest-Forderungen inbezug auf Sauberkeit, Größe u. wohnliche Beschaffenheit gestellt werden.

Ich empfehle die angeführte Zahl der Mietwohnungen von 60 Thl. abwärts feststellen zu lassen.

Müller“

---

<sup>43</sup> Vg. StAN 424/62/3.

<sup>44</sup> Ein Thaler entsprach 3 Mark.

Am 29. September desselben Jahres erhielt Dr. Müller von der Polizeiverwaltung die betreffende Aufstellung, die nicht weniger als 502 Wohnungen in 299 Privathäusern aufführte. Seine Stellungnahme beleuchtet noch einmal schlaglichtartig die Grenzen der von ihm vertretenen medizinisch-hygienischen Wohnaufsicht:

Northeim, 21.9.12

Die von mir vorgeschlagene Grenze (180 M), von welcher abwärts die Mietswohnungen einer regelmäßigen Aufsicht zu unterwerfen wären, ist anscheinend etwas hochgegriffen u. es scheinen zunächst Wohnungen von 140 M. abwärts in Frage zu kommen, von denen eine große Zahl – 116 – von den Pol. Beamten als minderwertig bezeichnet sind. Ob und wie weit diese Wohnungen den gesundheitlichen Anforderungen noch entsprechen, ist noch nicht bekannt u. müßte erst näher untersucht werden. Es ist auch nicht ausgeschlossen, sogar wahrscheinlich, dass auch einzelne Wohnungen bis zu 180 M. minderwertig sind (... , Göke, Fricke).

Die bisher geübte Wohnungsaufsicht durch die Ges.-Commission entspricht kaum den Anforderungen, weil es erstens nicht Aufgabe der Commission ist, die regelmäßige Aufsicht auszuüben, sondern nur dann, wenn begründet Veranlassung zu der Annahme vorliegt, daß die Beschaffenheit der Wohnungen den Anforderungen nicht entspricht oder daß dadurch das Auftreten von Krankheiten zu befürchten ist.

Die Unterlagen waren ferner bislang, z. T. zufällig beschafft durch Mitteilungen von meiner Seite, von Pol. Beamten, auch durch gelegentliche Beobachtung von Neubauten (...) etc.

Die Zahl der besichtigten Wohnungen konnte deshalb nur auf eine beschränkt sein. Ein Fortschritt ist allerdings jetzt geschehen, insofern als eine größere Anzahl Wohnungen als minderwertig bezeichnet sind.

Es kann aber zweifelhaft bleiben ob diese einfachen Angaben ohne nähere Begründung als genügende Unterlagen betrachtet werden können, um eine regelmäßige Wohnungsaufsicht gesetzlich zu rechtfertigen.

Andernorts funktionieren die Ges.K. gar nicht oder mangelhaft und es ist nicht ausgeschlossen, daß bei einem Wechsel der sich interessierenden Persönlichkeiten auch hier die Sache erlahmt.

Wünschenswert ist m. E. ein Gesetz, wonach die Wohnungsaufsicht auf eine feste Basis gesetzt wird u. auch der Polizei sichere Handhaben zum Eingreifen geboten werden. (...)"

Immerhin scheint die Initiative Dr. Müllers nicht folgenlos geblieben zu sein. Während im Jahre 1910 für die Desinfektion von 23 Wohnungen 11,50 Mark aufgewendet worden waren, 1911 für 15 Wohnungen 13,59 Mark, waren es im Jahr 1912 98,27 Mark bzw. 7- bis 9-mal soviel wie in den Vorjahren. Da weder von explosionsartig gestiegenen Formalinkosten, noch von einer Seuche etwas bekannt ist, die diese Ausgabenentwicklung erklären könnten, bleibt nur der Schluss, dass hier mit der Gesamterhöhung durch die Polizei erstmals die ganze Wohnungsmisere – wohlgemerkt: nur unter seuchenmedizinischen Gesichtspunkten – in den offiziellen Blick geriet mit der Folge einer umfangreichen prophylaktischen Desinfektionsaktion. Damit wurde nochmals nachdrücklich unterstrichen, wie wenig effektiv die bisherige Arbeit der Gesundheitskommission in diesem Punkt gewesen war.



## Ein erzwungener Einzug

Ein letztes Beispiel zu den Wohnbedingungen von Northeimer Arbeitern in diesen Jahren mag verdeutlichen, in welchem Maße Arbeitgebermacht über die Arbeit hinaus und in die Lebens-, sprich Wohnbedingungen, ‚ihrer‘ Beschäftigten hinein ausgeübt werden konnte.

„Rep. Northeim, 12.II.1912

Erscheint der Arbeiter Heinrich Denecke von hier, Kurzestr. 2, und trägt Folgendes vor:

Der Landwirt August Ude hierselbst, bei dem ich seit dem Monat November v. J. als Schäfer in Arbeit stehe, hat mich im Monat Dezember v. J. wiederholt aufgefordert, in sein Wohnhaus „Häuserstr. 20“ einzuziehen. Ich habe mich jedoch bislang geweigert, weil ich von verschiedenen Leuten gehört habe, daß das Haus kalt und feucht und deshalb gesundheitsschädlich wäre. Auch ist mir ärztlicherseits dringend geraten worden, wegen meines schlechten Gesundheitszustandes in keine feuchte Wohnung zu ziehen.

Nun hat mich Ude am 10. d. Mts. und auch heute wieder aufgefordert und gesagt: falls ich die fragl. Wohnung nicht im Laufe dieser Woche bezogen hätte, hätte er keine Arbeit mehr für mich.

Ich bitte, eine Besichtigung dieser Wohnung anordnen zu wollen.

Bemerke noch, daß der Knecht Riemenschneider zu mir geäußert hat, die Leute, welche früher die Wohnung innegehabt hätten, wären froh gewesen, wenn sie dieselbe hätten verlassen können, da dieselbe sehr gesundheitsschädlich sei. Ich selbst habe die Wohnung noch nicht gesehen.

v.p.u.

Heinrich Denecke”

(Randnotiz:)

“N.16.2.12

Gesundheitsgefährlichkeit der Wohnung liegt nicht vor (...).”

Wir wissen nicht, ob Heinrich Denecke schließlich eingezogen ist. Wenn nicht, hat er sich eine andere Arbeit suchen müssen. Denn kein maßgeblicher Mensch fand offenbar etwas dabei, dass er mit Entlassungsdrohung in eine Wohnung hineingepresst wurde, solange diese nicht eine unmittelbare Gefahr für Leib und Leben darstellte.

## Zum Lehrlingswesen

Der Einstieg ins Berufs- und Erwerbsleben ist ohne Zweifel eine entscheidende Phase. Dabei werden nicht nur Tätigkeiten erlernt, die im weiteren Leben die Voraussetzungen für den Broterwerb bilden. Hier wird vielfach auch die Grundlage dafür gelegt, ob Bestehen auf den eigenen Interessen oder Zurückstecken, aufrechtes Gehen oder Abducken das weitere Verhalten bestimmen.

Mangels anderer Arbeitsmöglichkeiten erfolgte dieser Einstieg ins Erwerbsleben für Northeimer Arbeiterjugendliche in dem von uns betrachteten Zeitraum im Rahmen einer Handwerkslehre, jedenfalls soweit es die Jungen betraf. Dabei handelte es sich nach den formalrechtlichen Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung um ein beide Seiten verpflichtendes Vertragsverhältnis: Der Lehrherr bekam Lehrgeld und durfte dem Lehrling – soweit er nicht in seinem Familienhaushalt aufgenommen wurde – nicht mit berufsfremden Tätigkeiten beschäftigen, sondern nur so, dass dabei unmittelbar etwas für den Beruf gelernt werden konnte. Der Lehrling unterlag dafür einem sehr weitgehenden Weisungsrecht des Lehrherrn - und nicht nur das.

Einmal in die Lehre eingetreten, durfte er sie aus eigenem Willen nicht mehr verlassen und konnte, wo er es dennoch versuchte, polizeilich zurückgeführt werden. Er legte sich damit also nicht nur mit seinem Lehrherrn an, sondern geriet auch direkt in die Mühlen staatlicher Disziplinierungs- und Strafmaßnahmen. Eine rechtliche Zwangslage, zu deren Fortdauer auch die Tatsache beitrug, dass gewerkschaftliche Interessenvertretung die Lehrlinge bis über den Ersten Weltkrieg hinaus weitgehend außen vor ließ.

Die organisierten Facharbeiter waren wohl vielfach selbst der Meinung der Meister, dass Unterordnung unter eine harte Hand ein notwendiger Schritt auf den Weg ins Leben sei. In der Praxis machte es freilich einen beträchtlichen Unterschied, welche der beiden Seiten ihre Verpflichtungen verletzte. Das mögen die beiden im Folgenden dokumentierten Fälle illustrieren: Der eines bei sogenannter „Lehrlingszüchtere“ ertappten Schlossermeisters und der eines Lehrlings, der wegen ungerechter Behandlung und ausbildungsfremder Beschäftigung das Lehrverhältnis aufkündigen wollte.

### Ein Fall von „Lehrlingszüchtere“

Am 22.11.1911 erhält die Northeimer Polizeiverwaltung folgendes Schreiben der Göttinger Gewerbeinspektion vom 18. desselben Monats:<sup>45</sup>

„Der Schlossermeister Franz Otto, Mühlenstr. 5, beschäftigt einen Gesellen und 8 Lehrlinge. Wie mir Otto mitteilte, hat die Handwerkskammer die Zahl der Lehrlinge auf 4 für den Meister und auf einen für jeden regelmäßig beschäftigten Gesellen festgesetzt. Ob die Bestätigung des Herrn Regierungs-Präsidenten bereits eingegangen ist, konnte mir Otto nicht mitteilen.

---

<sup>45</sup> StAN 409/411/25, Bl. A.

Außerdem fand ich einen Lehrling damit beschäftigt, Stiefel zu putzen. Dies ist gemäß § 127 R.G.O. verboten, da der Lehrling nicht in die häusliche Gemeinschaft des Meisters aufgenommen ist.

Ich halte es für erforderlich, gemäß §§ 128 R.G.O. gegen Otto vorzugehen. Da er Ostern 3 Lehrlinge entlässt, könnte ihm untersagt werden neue aufzunehmen und in Zukunft (gestrichen: nicht) mehr als 5 Lehrlinge zu halten.

Um eine gefl. Rückäußerung bitte ich.  
Dr. Rannert<sup>46</sup>

Am 30.12.1911 erhält die Gewerbeinspektion darauf die nachstehende Antwort, die noch am selben Tag mit der erbetenen Angabe und der Bitte um weitere Unterrichtung urschriftlich zurückgesandt wird.<sup>47</sup>

„Urschr. an  
den Herrn Gewerbe-Inspektor  
in  
Göttingen

Mit dem ergebenen Ersuchen um Angabe des Tages, an welchem die Uebertretung des § 127 R.G.O. wahrgenommen ist. Gleichzeitig bemerke ich, daß ich gegen Otto gemäß § 128 R.G.O. vorzugehen beabsichtige, sobald entschieden ist, wie viel Lehrlinge auf den Meister und wie viel auf den Gesellen entfallen. Wie von einem Mitglied der Handwerkskammer mitgeteilt wird, ist diese Angelegenheit dem Herrn Minister zur Entscheidung unterbreitet.“

Am 9.10.1912, also gut 9 Monate später, fragt die Gewerbeinspektion wegen der ergriffenen Maßnahmen sowie der aktuellen Lehrlingszahlen nach.<sup>48</sup>

Am 11.10.1912 geht aus Northeim die Antwort ab, dass Otto derzeit 6 Lehrlinge beschäftigt und dass die Handwerkskammer eine Entscheidung über die zulässigen Lehrlingszahlen „in nächster Zeit“ in Aussicht gestellt habe.<sup>49</sup>

In der Zwischenzeit hatte die Polizeiverwaltung am 07.02., am 16.03., am 17.05. und am 22.08.1912 beim Schlachtermeister Frieze in dieser Angelegenheit angefragt und jedes Mal die Auskunft zu Protokoll genommen, die Handwerkskammer habe noch nicht entschieden, beim letzten Termin mit dem Hinweis, die entsprechende Vollversammlung finde im Oktober statt.<sup>50</sup>

Entsprechende Anfragen der Polizeiverwaltung nach diesem Termin erbrachten nun aber nicht die erhoffte Klarheit, sondern am 05.11.1912 und am 05.02.1913 die Auskunft Schlachtmeister Frieses, der Minister habe noch nicht entschieden.<sup>51</sup>

---

<sup>46</sup> StAN 409/411/25, Bl. I.

<sup>47</sup> Ebda., Bl. I, Rückseite.

<sup>48</sup> StAN 409/411/25, Bl. 2.

<sup>49</sup> Ebda., Bl. 2, Rückseite.

<sup>50</sup> Ebda., Bl. 3.

<sup>51</sup> Vgl. ebda.

Am 19.03.1913 schließlich teilte die Handwerkskammer zu Hildesheim auf Anfrage mit, dass die Regierung eine Entscheidung abgelehnt habe, da die kommunale Aufsichtsbehörden nach § 128 R.G.O. vorgehen könnten.<sup>52</sup>

Am 07.10.1913, also knapp 22 Monate nach der Initiative des Gewerbeinspektors, ergeht eine Verfügung an den Schlossermeister Otto, die sich inhaltlich mit der nachfolgend abgedruckten an seinen Kollegen Mattern deckt und auch ausdrücklich auf diese Bezug nimmt:

„Anschrift !  
Der Magistrat  
der Stadt Northeim (i. Hann.)  
I.-Nr. 1860 A

Northeim (Hann.), den 29. September 1913.

Es ist zu unserer Kenntnis gekommen, daß Sie in Ihrem Betriebe gegenwärtig 9 Lehrlinge beschäftigen. Da von Ihnen ein Gehülfe nicht beschäftigt wird, halten wir 9 Lehrlinge für Ihren Betrieb zu hoch. Auf Grund des § 128 R.G.O. geben wir Ihnen hiermit auf, von jetzt ab Lehrlinge vorläufig nicht anzunehmen, bis die Anzahl der von Ihnen gehaltenen Lehrlinge durch Abgang auf 5 gesunken ist. Sofern künftig Gehülfen von Ihnen nicht beschäftigt werden, wird Ihnen das Halten von mehr als 5 Lehrlingen hiermit untersagt.

Nichtbefolgung vorstehender Verfügung wird nach § 148 R.G.O. mit Geldstrafe bis zu 15 M. und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 4 Wochen bestraft.

(gez.:) Peters.

An Herrn Schlossermeister Johann Mattern hierselbst.

Northeim (Hann.), den 29. September 1913

Abschrift erhält

die Polizei-Verwaltung  
hierselbst

Zur Kenntnisnahme.

Peters“

Es dauerte somit – das belegt der ‚Fall Otto‘ – unter Umständen so lange bis überhaupt etwas geschah, dass die behördliche Reaktion nur mehr als Farce erscheint. Die abgedruckte Verfügung, wie andere an den Gelbgießermeister Plötz und den Schlossermeister Junge aus denselben Tagen belegen, dass überhöhte Lehrlingszahlen keine Ausnahme, sondern weit verbreitet waren. Der Inhalt der Verfügungen macht schließlich deutlich, dass die Meister mit dieser ‚Lehrlingszüchtere‘i‘ zunächst einmal gar nichts riskierten; denn ihnen wurde nur auferlegt, mit dem Auslaufen der überzähligen Lehrverhältnisse allmählich zum rechtmäßigen Zustand überzugehen. Erst im Wiederholungsfalle hatten sie mit Strafmaßnahmen zu rechnen.

---

<sup>52</sup> Vgl. ebda., Bl. 4.

## Ein Versuch, die Lehre abubrechen

Dass die Behörden nicht immer so langsam und nachgiebig waren, dass sie auch zupacken und Härte zeigen konnten, belegt der im Folgenden aus den Polizeiakten kommentarlos nachgezeichnete Fall:

„Herrn B. Bäuke, Tischlermeister

Hier

Northeim, den 28. August 1913

Da es wiederholt vorgekommen ist, daß mein Sohn „Hermann“ von dem Tischlergesellen Blumenhagen geschlagen, sogar mit Füßen getreten ist, ohne daß sie meinen Sohn von derartigen Ungehörigkeiten schützen, beabsichtige ich, ihn aus der Lehre zu nehmen bis Blumenhagen aus Ihrer Arbeit entlassen ist.

Ferner hat Ihr Sohn den v. Blumenhagen aufgewiegelt Hermann auf der Straße zu verprügeln. 3. Es ist wiederholt vorgekommen, daß mein Sohn Gegenstände aus der Werkstätte gestohlen sind, so z. B. eine Schürze, Zollstock pp. Anstatt dafür zu sorgen, eine Aufklärung zu ermöglichen, hat Ihr Sohn zu dem früheren Gesellen Perus gesagt: „Was braucht so ein Bengel schon solch einen Zollstock, den behalten sie nur.“

4. Hermann hat keinen Abend Zeit, vor der Gewerbeschule etwas zu essen, weil er erst gegen 6 \_ Uhr aus der Arbeit entlassen wird.

5. Sie benutzen meinen Sohn zum Schuttfahren und allerlei Hausarbeiten. Auch muß er jeden Sonntag bis Mittag in Ihrer Werkstätte arbeiten bzw. Sachen reinigen...

Ich erwarte die vorgenannten Angaben zu beachten, evtl. das Gewerbe-Gericht zur Entscheidung anzurufen.

Hochachtungsvoll  
Hermann Sebode“

„Northeim, den 29. August 1913.

Der Tischlerlehrling Hermann Sebode, zur Sache befragt, erklärt:

In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß ich von dem Tischlergesellen Blumenhagen, der bei Bäuke in Arbeit ist, geschlagen und getreten bin. Von den Mißhandlungen habe ich den Meister Bäuke jun. Mitteilung gemacht, trotzdem wurde ich aber von Blumenhagen weiter geschlagen. Blumenhagen hat mich auch wiederholt bedroht und gesagt, diesen Sommer bekäme ich noch manches mit ihm zu tun. Ferner hat Bäuke jun. eines Tages zu Blumenhagen gesagt, er sollte mich mal ordentlich durchprügeln. Zeuge dieser Äußerung ist der Tischlergeselle Karl Küsel von hier, der ebenfalls bei Bäuke in Arbeit steht. Auch wurde ich des Abends immer solange beschäftigt, daß ich nicht mehr vor dem Schulbesuch essen konnte. Weiter werde ich jeden Sonntag bis gegen Mittag in der Werkstätte mit Schmierarbeiten der Maschinen oder sonstigen Arbeiten beschäftigt und muß auch in der Woche sehr viel Haus- und Gartenarbeit verrichten. Außerdem haben Bäuke jun. und Blumenhagen wiederholt in der Werkstätte in Gegenwart sämtlicher Mitarbeiter gesagt, ich würde später mal ein Vagabund und endete im Zuchthaus. Zeuge dieser Äußerung ist ebenfalls der Tischler Küsel. Ferner sind mir wiederholt Sachen bei Bäuke weggekommen, u. a. auch ein 2 m Zollstock. Diesen Zollstock hatte ich eines Morgens auf die Hobelbank gelegt. Als Bäuke jun. den Zollstock dort liegen sah, sagte er zu dem ebenfalls anwesenden

Tischlergesellen Pertus, er solle den Zollstock an sich nehmen, so ein Bengel wie ich brauche solch einen Zollstock nicht. Der Tischlergeselle Küsel wird auch diesen Vorfall bestätigen können. Weiter kann ich noch als Zeugen den Tischlergesellen Gerhard Reiners z. Zt. in Lehrte angeben. Bemerkten möchte ich noch, daß der Meister Bäuke sen. von allen diesen Vorgängen wenig oder gar nicht erfahren hat.

\*

\*

\*

Der Lehrling Hermann Sebode ist heute nach Mittag 2 Uhr aufgefordert, innerhalb 24 Stunden in die Lehre zurückzukehren, widrigenfalls seine zwangsweise Zurückführung erfolgen wird.

Meyer, Pol. Sergt.“

„Northeim, den 30. August 1913

Der Tischlermeister Bernhard Bäuke sen. erklärt:

Ich kann keine Erklärung, soweit es sich um Mißhandlung des Lehrlings Sebode handelt, abgeben. Sebode hat des Abends 6 Uhr Feierabend bei mir gehabt und hatte Pause bis 7 Uhr abends, wo er zur Fortbildungsschule mußte, genügend Zeit zum Essen. Ich habe Sebode wiederholt (wenn er zur Fortbildungsschule mußte) zwischen 6 und 7 Uhr abends auf der Straße herumlaufen sehen wo er Wege pp. für seine Eltern besorgen mußte und habe ihn dann angehalten pünktlich zum Besuch der Fortbildungsschule zu gehen. Es ist un wahr, daß S. Sonntag morgen bis Mittag mit dem Schmieren von Maschinen u. sonstigen Arbeiten in der Werkstelle beschäftigt ist. Das Reinigen der Werkstelle und Schmieren der Maschinen wird nicht jeden Sonntag morgen vorgenommen, wenn S. diese Arbeit zu verrichten hatte, es ist nur von Ostern d. J. ab (wo ich ihn nur allein als Lehrling hatte) geschehen. Er konnte sie in \_ - 1 Stunde vollkommen erledigen. Gartenarbeit hat S. nur vor 8 Tagen und nur etwa eine Stunde lang bei mir verrichtet. Häusliche Arbeiten hatte S. mit Ausnahme meiner Stiefel, welche er zu putzen hatte, nicht verrichtet. Wenn Sebode eine ungerechte Behandlung von Seiten meiner Leute wiederfahren ist, so hätte er mir, um ihn entsprechend schützen zu können, davon sagen müssen. Ich halte meinen Antrag auf Zurückführung des Lehrlings aufrecht.

v.p.u.

B. Bäuke

gegl.  
Peek

Pol.Kom.“

“Der Tischlermeister Bernhard Bäuke, (jun.) hier ...hofstraße wohnhaft, erklärt:

Ich kann mich nicht entsinnen, daß Sebode sich bei mir beschwert hat, daß er von Blumenhagen geschlagen bzw. getreten sei.

Wenn Sebode mit irgend einem Gesellen Streit gehabt hatte und zu mir kam, um sich zu beschweren, so habe ich ihn stets zu meinem Vater geschickt.

Desgleichen kann ich mich nicht entsinnen, zu Blumenhagen gesagt zu haben, daß er Sebode ordentlich durchprügeln solle. Da ich von meinem Gesellen Blumenhagen darauf aufmerksam gemacht wurde, daß Sebode öfter bis des Nachts 1 Uhr in den Wirtschaften säße, auch sogar mit Kellnerinnen tanze und auch während der Arbeit Zigaretten rauche, mag ich wohl gesagt haben, daß er mal ordentlich Prügel haben müßte. Was die Sonntagsarbeit des Sebode anbetrifft, so erwähne ich, daß er z. Bsp. am Sonntag, den (24.) August d. J. ohne beauftragt zu sein, gekommen ist, trotzdem ich ihm am Tage vorher gesagt hatte, er brauche nicht zu kommen. Ferner habe ich durch meinen Gesellen Küsel erfahren, daß Sebode im Besitz eines Revolvers, Schlagringes und mehrerer Dolche sei. Deswegen habe ich auch einmal zu Sebode gesagt, daß, wenn er seine Lebensweise so wie bisher fortsetze, er einmal im Zuchthaus enden würde.

Eines Tages sagte mir Sebode, daß ihm ein 2 m langer Zollstock abhanden gekommen sei. Ich erwiderte Sebode, daß er auch einen solchen nicht gebrauchen könne. Ich bestreite aber, dem Tischlergesellen Pertus gesagt zu haben, daß er den Zollstock an sich nehmen solle. Ich habe mich noch vielmehr bemüht, des Zollstockes wieder habhaft zu werden. Meine Mühe war jedoch vergebens. Wer den Zollstock an sich genommen hat, konnte ich nicht in Erfahrung bringen. Nach meinem Dafürhalten geht Sebode nur drauf aus, durch Verdächtigungen es dahin zu bringen, daß er aus der Lehre entlassen wird. Dieses beweist auch eine Äußerung des Sebode in der Werkstatt: ‚Ich würde 50 Liter Bier zum Besten geben, wenn ich aus der Werkstatt entlassen würde.‘

\*

\*

\*

Der Tischlergeselle Karl Blumenhagen, hier Breitestraße 47 wohnhaft, erklärt:

Ich bestreite, den Tischlergesellen Sebode getreten zu haben; wohl gebe ich zu, ihm einen kleinen Schlag mit der Hand auf den Rücken gegeben zu haben. Auch ist es unwahr, daß ich Sebode gedroht habe.

Ferner ist es unwahr, daß der Meiser Bäuke jun. zu mir gesagt hat, daß ich Sebode ordentlich durchprügeln solle. Vielmehr hat er mir stets gesagt, wenn ich mich bei ihm über Sebode beschwerte, ich solle ihn mit Verachtung strafen. Als ich eines Tages dem Meister Bäuke jun. erzählte, daß Sebode öfter bis des Nachts 1 Uhr in den Wirtschaften säße, machte Bäuke die Äußerung in Gegenwart der anderen Gesellen: ‚Er (Sebode) muß mal für die Nachtschwärmerei in den Wirtschaften eine ordentliche Tracht Prügel haben.‘

Ferner bestreite ich, zu Sebode gesagt zu haben, er würde später mal ein Vagabund werden und im Zuchthaus enden.

Ich habe Sebode nur gewarnt und ihm – weil er im Besitz eines Revolvers und Schlagringes war und auch regelmäßig bis spät in die Nacht hinein in den Wirtschaften schwärmte – gesagt, daß er, wenn er so fortführe, dann vielleicht im Zuchthaus endete.

Ich bin erst zirka 1 Jahr bei Bäuke in Arbeit und kann daher über den Verbleib des Zollstockes, welcher Sebode schon vor meiner Zeit entwendet ist, keine Angaben machen. Nach meinem Dafürhalten sucht Sebode nur einen Grund, aus der Lehre entlassen zu werden.“

\*

\*

\*

„Der Tischlergeselle Karl Küsel, hier Häuserstraße 19 wohnhaft, erklärt:  
Ich habe nicht gesehen, daß Sebode von dem Tischlergesellen Blumenhagen getreten ist, wohl hat Blumenhagen ihm mit der Hand einen kleinen Schlag in den Rücken gegeben.

Ferner habe ich nicht gehört, daß der Tischlergeselle Blumenhagen dem Sebode gedroht hat, nur daß der Meister Bäuke jun. gesagt hat, daß Sebode mal ordentlich Prügel haben müsse. Auch haben der Meister Bäuke jun. und der Geselle Blumenhagen nur zu Sebode gesagt, wenn ‚er so dran bliebe‘, so endete er noch mal im Zuchthaus. Daß der Meister Bäuke jun. zu dem Tischlergesellen Pertus gesagt haben soll, daß er Sebode den Zollstock wegnehmen solle, habe ich ebenfalls nicht gehört.

Northeim, den 1. September 1913.

Beglaubigt  
Vollbrecht,  
Polizei-  
Sergeant“

„P.N. 2285

1. Nach einer Mitteilung des Tischlermeisters Bäuke ist Sebode bislang nicht in die Lehre zurückgekehrt.
2. Schreiben an Sebode

Auf Grund des § 127 d R.G.O. werden Sie hierdurch aufgefordert, bis zum 4. d. Mts. Mittags 12 Uhr in die Lehre des Tischlermeisters Bernhard Bäuke zurückzukehren, widrigenfalls Sie in eine Geldstrafe von 30 M. ers. 3 Tage Haft verfallen.

Gegen diese Verfügung ist binnen 2 Wochen vom Tage der Zustellung an gerechnet die Beschwerde beim Herrn Regierungs-Präsidenten oder die Klage beim Bezirks-Ausschuß in Hildesheim zulässig.

3. R.B.z.Zust.

N. 3.9.13  
DPV.  
P.

Gleiches Schreiben habe ich heute dem Tischlerlehrling Hermann Sebode ausgehändigt.

Northeim, den 3. September 1913.

Vollbrecht, Pol.Sergt.“

(8.9.1913: Festsetzung der angedrohten Strafe mit dem Vermerk, sie werde bei Rückkehr in die Lehre nicht vollzogen; Aushändigung der Verfügung an die Mutter des Lehrlings.

11.9.1913: Beschwerde Sebodas gegen die Strafverfügung)

„Der Tischlermeister Bernhard Bäuke sen. erklärt auf die von Sebode gemachte Beschwerde noch Folgendes:

‚Es ist richtig, daß ich meinen Lehrling Sebode im Jahr 1912 zum Äpfelpflücken mitgenommen habe. Es kam mir zu Ohren, daß er während des Krankseins bei seinen Eltern Gartenarbeit verrichtete. Da ich später Hülfe



beim Pflücken der Äpfel nötig hatte, fragte ich Sebode, ob er mitwolle, was er freudestrahlend bejahte. Ob Sebode in der Zeit noch krank war, kann ich nicht sagen, Daß dem Sebode aus der Werkstatt eine Schürze gestohlen sein soll, ist mir nicht bekannt, da Sebode mir dieses nicht gemeldet hat. Auch glaube ich nicht, daß ihm eine Schürze gestohlen ist, da in der Werkstatt noch mehrere Schürzen von den früheren Gesellen und Lehrlingen liegen, unter denen sich auch die Sebode'sche finden könnte.'

\*

\*

\*

Der Tischlergeselle Karl Blumenhagen erklärt:

„Ich bestreite, dem Lehrlinge Sebode eine Ohrfeige gelegentlich der Zubereitung von Leim gegeben zu haben. Ich habe Sebode nur einmal, wie ich bereits in meiner Vernehmung vom 1. September d. J. angegeben habe, einen kleinen Schlag mit der Hand in den Rücken gegeben. Dieses habe ich deshalb getan, weil er zu den anderen Gesellen, die vor ihm bange waren ‚Du‘ gesagt hatte, was ich ihm schon mehrere Male verboten hatte. Auch war er sehr frech und herausfordernd gegen die anderen Gesellen.

Es ist ferner unwahr, daß ich Sebode, als er einige Schraubenzwingen des Gesellen Steinberg benutzt hatte, geschlagen habe. Diese Sache ist mir überhaupt nicht erinnerlich, desgleichen auch nicht, daß ich ihn mit den Füßen an sein Bein getreten haben soll.

Auch ist es nicht wahr, daß ich Sebode einen goldenen Ring veruntreut habe. Ich weiß nicht einmal, daß Sebode überhaupt einen Ring gehabt hat. Wenn ich wirklich Sebode einen Ring weggenommen hätte, so hätte ich doch sicherlich dem Meister Bäuke davon Mitteilung gemacht.'

Northeim, den 18. September 1913

Begl.

Vollbrecht, Pol.Sergt.

Über eine Anzeige seitens Sebode gegen den Tischlergesellen Blumenhagen wegen Entwendung eines Holzhammers äußere ich mich folgendermaßen:

Am 1. September erstattete mir der Gastwirt Herman Sebode, Vater des Tischlerlehrlings Hermann Sebode, die Anzeige gegen Blumenhagen. Als ich den Lehrling Sebode über den Diebstahl näher befragte, erklärte mir derselbe in der Werkstatt in Gegenwart der Gesellen Blumenhagen, Steinberg, Küsel und Knocke sowie des Meisters Bäuke jun., daß er (Sebode) den fragl. Holzhammer mit dem übrigen Werkzeug auf einen Handwagen getragen und nach einem Neubau, woselbst Blumenhagen zu arbeiten hatte, gefahren habe.

Ferner erklärte mir Sebode, daß ihm bekannt gewesen sei, daß Blumenhagen den Hammer auf dem Neubau benutze. Dieses habe er auch seinem Vater so mitgeteilt. Auf Geheiß seines Meisters hat Sebode seinen Hammer von dem Neubau holen und mit seinen übrigen Werkzeugen, die er in der Werkstatt gebraucht hat, nach der Wohnung seines Vaters bringen müssen, um fernerhin die Gesellen vor weiteren Verdächtigungen des Sebode zu schützen.

Da hiernach ein Diebstahl seitens Blumenhagen nicht vorlag, ist s. Z. eine Anzeige unterblieben, weil Blumenhagen die Absicht, sich den Holzhammer rechtswidrig anzueignen nicht gehabt hat. Diesen Grund, weshalb ich die Anzeige nicht machen konnte, habe ich dem Sebode sen. durch seinen Sohn nach dessen Vernehmung mitteilen lassen.'

Vollbrecht,  
Pol.Sergt.

Northeim, den 25. September 1913

Der Tischlergeselle Karl Blumenhagen erklärt:  
In der Werkstatt der Tischlermeisters Bäuke wird regelmäßig jeden Abend 6 Uhr Feierabend gemacht. Während sich die Gesellen anziehen, haben die Lehrlinge die Werkstatt oberflächlich zu reinigen, was etwa 10 Minuten in Anspruch nimmt. Am Sonntag morgen wird überhaupt nicht gearbeitet, weder von Gesellen noch Lehrlingen. Allerdings sind alle 6 Wochen an den Sonntagvormittagen die Maschinen von den Lehrlingen geschmiert worden, und zwar unter Aufsicht des Meisters Bäuke jun. Diese Arbeit, die auch von dem Lehrling Sebode verrichtet ist, dauert etwa 1 Stunde. Sie wird so früh ausgeführt, daß die Lehrlinge noch hinreichend Zeit haben, um den Gottesdienst zu besuchen. Das Schmieren von Maschinen muß an Sonntagen vorgenommen werden, weil hiervon die Wiederaufnahme des vollen werktätigen Betriebes abhängig ist.

v.p.u.  
Karl Blumenhagen  
Bgl.  
Pol.Comm.

Northeim, den 27. September 1913

Die Tischlermeister Bernhard Bäuke sen. und jun., sowie die Gesellen:  
1.Karl Knoke, 2. Karl Küsel u. 3. Franz Steinberg erklären übereinstimmend folgendes:  
,Die Aussage des Tischlergesellen Karl Blumenhagen ist in allen Punkten der Wahrheit entsprechend...'  
Wir haben zu der Aussage nichts hinzuzufügen.

(Unterschriften)“

Der Rest lief dann gleichsam automatisch:

- 30.09.1913 Bericht an den Regierungspräsidenten mit den Ermittlungsergebnissen und der Feststellung, ein Grund für die Auflösung des Lehrverhältnisses liege nicht vor.
- 08.10.1913 Entscheidung des Regierungspräsidenten, die Beschwerde Sebo-des abzuweisen.
- 15.10.1913 Aushändigung der Entscheidung
- 24.10.1913 Pfändungsversuch beim Vater. Dieser leistet den Offenbarungseid: keine pfändbaren Vermögensteile.

- 29.10.1913 Bitte Sebodes um Aufschub, da die Sache einem Göttinger Rechtsanwalt übergeben worden sei.
- 30.10.1913 Aufforderung an Sebode, bis zum 03.11. seine Haft anzutreten.
- 03.11.1913 Tischlermeister Bäuke erklärt vor der Polizei, Sebode habe am selben Morgen die Lehre wieder aufgenommen. Er bitte um Rückgabe des Lehrvertrages.

Zugegeben: Wir wissen nicht, was für ein Mensch der Lehrling Hermann Sebode gewesen ist und was an den gegen ihn erhobenen Vorwürfen vielleicht dran gewesen sein mag.

Aber darauf kommt es nicht an. Denn das ganze Verfahren hätte ihm überhaupt keine Gelegenheit geboten, die Berechtigung seines Standpunktes zu beweisen. Denn einmal werden sich die übrigen Gesellen und Lehrlinge wohl überlegt haben, was sie aussagten. Wurde doch das Aussageprotokoll erst ganz am Schluss von allen unterschrieben, sodass der Meister genau sehen konnte, was jeder seiner Untergebenen dem Beamten berichtet hatte. Zum anderen aber lief der Pfändungs- und Inhaftierungsautomatismus, einmal in Gang gekommen, so unaufhaltsam, dass den Betroffenen angesichts der Wirkungslosigkeit von Rechtsmitteln kaum anderes blieb, als sich zähneknirschend in ihr Los zu fügen.

## **Wanderarmen – ein flexibles Arbeitssystem**

Northeim wurde, das ist im einleitenden Überblickskapitel deutlich gemacht worden, nur ganz allmählich und von Randbereichen her vom Sog der Industrialisierungsdynamik erfasst. Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse blieben in den hier behandelten Jahren frei von abrupten Umbrüchen; insbesondere die ‚Gründerkrise‘ anfangs der siebziger Jahre und die an sie anschließende Stagnationsphase betraf den Gang der Northeimer Geschäfte kaum. Und doch kamen die von jenen wirtschaftlichen Turbulenzen ausgelösten Krisenerscheinungen auch hier an, wenn auch in unscheinbarer, am Rande gehaltener Gestalt: als Wanderarme in der ‚Herberge zur Heimat‘ angeschlossenen Naturalverpflegungsstation. Und es waren nicht wenige: Bis zu 12.000 von ihnen wurden hier in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg pro Jahr gezählt.<sup>53</sup>

### **Herberge zur Heimat- Von der ‚Walz‘ zur neuen Wanderarmut**

Nicht das Wandern als solches war eine neuartige, beunruhigende Erscheinung. Für die Handwerksgehlen bedeutete es vielmehr traditionell eine obligatorische Fortbildungsphase, die nach dem Erwerb der beruflichen Grundfertigkeiten nun die möglichst vielseitige Berufserfahrung erbringen sollte, die als Voraussetzung selbstständiger Ausübung des Handwerks galt. Darüber hinaus diente es dem Ausgleich zwischen den Ortschaften und Städten, die ja jeweils nur eine begrenzte Anzahl von Meistern und Gesellen zuließen. Schließlich war es auch ein Mittel in Auseinandersetzungen mit den Meistern um Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen: Auszug der Gesellen aus einer Stadt und deren Sperre für den Zuzug anderer Gesellen als Form des Arbeitskampfes. In der Tradition von Wanderunterkünften und Nachrichtenbörsen dieses Gesellenwanderwesens stand auch die Northeimer ‚Herberge zur Heimat‘.

Neben den wandernden Gesellen mit ihrer festen Perspektive, von Arbeitsstelle zu Arbeitsstelle zu ziehen, um schließlich als Handwerker sesshaft zu werden, hatte es stets auch andere auf den Straßen gegeben: arme Bettler und Vagabunden, die sich ohne längerfristige Perspektive und ohne Bleibe von einem Tag zum anderen durchschlagen mussten. Indessen hatte diese Wanderarmut mit der sich beschleunigenden Industrialisierung und dem von ihr per saldo ausgehenden zusätzlichen Arbeitskräftebedarf an Bedeutung verloren und war zu einer Randerscheinung geworden: Je nach dem Anlass für Misstrauen oder mitleidig gegebene Almosen, auch zuweilen für polizeiliche Maßnahmen gegen ‚verdächtige Elemente‘; keinesfalls aber Anlass für nachhaltige Beunruhigung oder gar besondere sozialpolitische Maßnahmen.

Dies änderte sich schlagartig als mit den Gründerkrachs der frühen 70er Jahre das bis dahin halbwegs stabile Gleichgewicht auseinanderbrach, das zwischen dem Aufbrechen traditioneller Wirtschafts- und Lebensverhältnisse und der Ausweitung neuer Arbeitsmöglichkeiten bestanden hatte: Der Einbruch und die anschließende Stagnation der industriellen Entwicklung führte dazu, dass die aus ihren traditionellen Lebenszusammenhängen herausgebrochenen Menschen keine Zugang zum ‚modernen‘ Erwerbsleben fanden und massenhaft auf der

---

<sup>53</sup> Vgl. StAN, 424/62/3, Bl. 4.

Straße standen. Über 200.000 vagabundierende Arme und Obdachlose sollen es Anfang der 80er Jahre gewesen sein,<sup>54</sup> Grund genug dafür, dass die „Vagabunden-Noth“ bzw. die „Vagabundenfrage“ zu einem sozialpolitischen Problem ersten Ranges wurde,<sup>55</sup> das neben generellen Lösungen auch die unmittelbare Bewältigung ganz alltagspraktischer Fragen verlangt: Wo konnte dieses Heer von Wanderarmen untergebracht werden?

## **Die Gründung der Northeimer Naturalverpflegungsstation im Jahre 1888**

Im November wurde zwischen der Stadt Northeim, vertreten durch den Stadtsyndikus Rose, und dem Vorstand der ‚Herberge zur Heimat‘ der im Folgenden dokumentierte Vertrag über die Errichtung einer Naturalverpflegungsstation abgeschlossen. Der Vertrag wie die daran anschließend wiedergegebene Hausordnung der Station machen deutlich, welche Ziele hier verfolgt wurden: die Konzentration von Unterbringung und Verpflegung an einem überschaubaren und kontrollierbaren Ort sowie die Nutzung der hier zusammengefassten Arbeitskraft im Rahmen städtischer Arbeiten. Insbesondere der städtische Verkauf von so gespaltenem Holz ist offenbar eine ständige Einrichtung gewesen.

Abschrift:

### V e r t r a g zwischen

dem Vorstände der Herberge zur Heimat in Northeim als Inhaber der mit der Herberge verbundenen Verpflegungsstation  
und  
dem Stadtsyndicus Rose ebendasselbst als Vertreter des Kreis-Ausschusses des Kreises Northeim

Der Vorstand der Herberge zur Heimat in Northeim übernimmt die Haltung einer Verpflegungsstation für Reisende und hat darüber mit dem Stadtsyndicus Rose zu Northeim folgenden Vertrag abgeschlossen:

### § 1

In dem nordwärts gelegenen Teile des Hauses nahe dem Bahnhofs in Northeim, in dessen südlichen Teile der Herberge zur Heimat ist, werden die unteren Räume, 2 Stuben und 3 Kammern, mit den nötigen Mobilien und Betten versehen, sowie auch ein kleiner Raum im Nebengebäude und eine Bedürfnisstätte unentgeltlich für die Verpflegungsstation zur Verfügung gestellt, wovon die eine Stube genügend erwärmt und beleuchtet ist. Die Verwaltung der Verpflegungsstation führt im Auftrage des Herbergsvorstandes der Herbergsvater, zur Zeit August Buchheister. In den benannten Räumen ist der Zutritt und der Verkehr mit den Stationsgästen anderen Personen als dem Herbergsvater, dessen Hausgenossen, den Vorstands-Mitgliedern der Herberge zur Heimat, dem Stadtsyndicus Rose oder den von diesem legitimierten Personen und Gendarmen nur mit besonderer Erlaubnis gestattet.

---

<sup>54</sup> Vgl. Wohnsitz Nirgendwo, hrsg. vom Künstlerhaus Bethanien, Berlin 1982, S. 80.

<sup>55</sup> Vgl. aaO, S. 59 - 68

## § 2

Der Herbergsvater als Stationswirt verpflichtet sich, alle bedürftige Reisenden aufzunehmen, welche die Verpflegungsstation in Anspruch nehmen. Nur solche, welche betrunken oder mit einer ekelhaften Krankheit behaftet ankommen, oder sich frech und widerspenstig benehmen, darf er abweisen.

Reisende, welche vor 1 Uhr mittags eintreffend, erhalten Mittagessen, Abendessen, Nachtquartier und Frühstück. Diejenigen, welche nach 1 Uhr sich einstellen, Abendessen, Nachtquartier und anderen Morgens Frühstück und Mittagessen. Das Mittags- bzw. Abendessen muss in einer Quantität gereicht werden, wie sie ein Arbeiter auf dem Lande beanspruchen kann, im übrigen nahrhaft und gut zubereitet sein. Butter zum Brot und Zucker zum Kaffee soll nicht verabreicht werden.

Als Vergütung für die Leistungen der Verpflegungsstation wird bis auf weiteres Folgendes festgesetzt:

- |   |        |
|---|--------|
| 1) Für ein Mittagessen                          | 25 Pf. |
| 2) Für ein Abendessen, Nachtlager und Frühstück | 50 Pf. |

In der Regel muss der Reisende die Verpflegungsstation nach empfangenem Frühstück, oder, wenn er abends eingetroffen ist, am anderen Mittag nach geleisteter Arbeit und genossener Mahlzeit wiederum verlassen.

Für Sonn- und Festtage werden besondere Bestimmungen vorbehalten.

## § 3

Jeder Reisende, welcher die Verpflegungsstation in Anspruch nimmt, ist zu einer Arbeitsleistung verpflichtet, so fern nicht körperliche Gebrechen hindernd im Wege stehen.

In jedem Falle hat der Stationswirt den Reisenden durch Vorenthalt seiner Legitimationspapiere und seiner Sachen zur Erfüllung der Arbeitsleistung anzuhalten.

## § 4

Die zur Arbeitsleistung verpflichteten Stationsgäste werden jeden Morgen um 8 Uhr und jeden Mittag um 1 Uhr von dem städtischen Vorarbeiter von dem Stationshause abgeholt und zu dem jeweiligen Arbeitsplatze geführt.

## § 5

Der Stationswirt ist verpflichtet, nach Anweisung eines ihm gegebenen Formulars ein Kontrollbuch über sämtliche bei ihm logierende Personen zu führen.

## § 6

Nach Ablauf eines jeden Monats ist ein Auszug aus dem Kontrollbuche in doppelter Ausfertigung dem Stadtsyndicus Rose zu übergeben. Letzterer veranlasst die Zahlung des Beitrages der richtig befundenen Monatsvergütung, gibt auch das eine Exemplar des Auszuges an den Stationswirt zurück, welches dieses dem Herbergsvorstande überliefert.

## § 7

Der Stationswirt hat dafür zu sorgen, dass die festgestellte Hausordnung, welche im Gastzimmer ausgehängt ist, pünktlich innegehalten wird. Insbesondere ist ihm die Verabreichung von Spirituosen, sowie die Duldung

von Branntwein trinken streng untersagt. Insoweit eine ernste Hinweisung auf die Hausordnung bei Uebertretung derselben durch die Reisenden ohne Erfolg bleibt, ist der Stationswirt nicht nur befugt, sondern verpflichtet, den oder die Uebertreter der Hausordnung aus dem Hause zu entfernen und bei weiteren Unordnungen den Polizisten oder Gendarmen davon Anzeige zu machen.

#### § 8

Der Stationswirt und mit ihm der Vorstand der Herberge zur Heimat unterwirft sich hiermit ausdrücklich bezüglich der vorstehenden Bestimmungen einer jederzeit auszuführenden Kontrolle des Stadtsyndicus Rose oder der Polizeiorgane.

Der Herbergsvorstand verpflichtet sich, jede ihm etwa zur Anzeige gebrachte Ordnungswidrigkeit, Pflichtversäumnis oder Uebertretung des Stationswirtes gebührender massen zur Kenntnis zu nehmen und abzustellen.

#### § 9

Der vorstehende, vom Stadtsyndicus Rose wie auch vom Stationswirt und dem Vorstande der Herberge zur Heimat unterschriebene Kontrakt gilt vom 1. November dieses Jahres bis 31. März nächsten Jahres als abgeschlossen.

Von beiden Seiten, sowohl von Seiten des Syndicus Rose als Vertreter des Kreis Ausschusses, als auch von Seiten der Herbergsvorstandes ist eine monatliche Kündigung des Vertrages vorbehalten.

Northeim, den 4. November 1888.

Der Vorstand.  
I. A.  
(gez: Tölke.

Der Herbergsvater.  
(gez:) Buchheister.

(gez:) Rose,  
Stadtsyndicus.

Abschrift:

Hausordnung  
für  
die Naturalverpflegungsanstalt in der Stadt  
N o r t h e i m .

#### § 1

Jeder Reisende ist verpflichtet, beim Eintritt in das Stationshaus seine Legitimationspapiere und Sachen an den Stationswirt abzugeben und die zur Eintragung in das Kontrollbuch erforderlichen Fragen dem Stationswirt wahrheitsgetreu zu beantworten.

#### § 2

Jeder Reisende, der mittags vor 1 Uhr eintrifft, erhält Mittagessen, Abendessen, Nachtquartier und Frühstück, wogegen er verpflichtet ist, während der Nachmittagsstunden die ihm zugewiesene Arbeit zu verrichten. Jeder Reisende, der nach 1 Uhr mittags eintrifft, erhält Abendessen, Nachtquartier, Frühstück und Mittagessen, wogegen er verpflichtet

ist, am Vormittage die ihm zugewiesene Arbeit zu verrichten; die Arbeitsleistung besteht im Holzhacken, Verrichtung von Erdarbeiten, Eistragen usw.

Für Sonn- und Festtage werden besondere Bestimmungen vorbehalten.

### § 3

Der Stationswirt ist befugt, die Reisenden auf etwaige Unreinlichkeiten oder Krankheiten zu untersuchen und die erforderlichen Massregeln darnach zu treffen.

### § 4

Jeder Reisende hat sich in der für die Verpflegungsanstalt bestimmten Stube aufzuhalten und darf die für die Verpflegungsstation nicht bestimmten Räume des Hauses ohne Erlaubnis nicht betreten. Er hat sich ordentlich und anständig aufzuführen, sich alles Lärmens und Zankens zu enthalten und jede Verunreinigung und Beschädigung der Stuben, der Geräte, der Betten usw. zu vermeiden.

### § 5

Spielen um Geld und Geldeswert, das Mitbringen von Spirituosen – Branntwein, Rum, Liquere usw. -, sowie jeder Genuss von Spirituosen ist untersagt.

### § 6

Die Nachtgäste haben auf Verlangen des Stationswirtes um 9 Uhr, spätestens aber um 10 Uhr auf die ihnen angewiesenen Nachtlager sich zu begeben.

### § 7

Niemand darf das vom Stationswirt ihm angewiesene Bett mit einem anderen vertauschen. Die Schlafräume müssen des morgens spätestens um 7 \_ Uhr von sämtlichen Gästen verlassen sein.

Alles Waschen, Kleiderreinigen und Fusszeug putzen darf nur an den dazu bestimmten und angewiesenen Räumen vorgenommen werden.

### § 8

Zu widerhandlungen gegen diese Hausordnung werden, vorbehaltlich der etwa verwirkten gerichtlichen Bestrafung, mit Entziehung des Anspruches auf Verpflegung und mit Ausweisung aus dem Stationshause bestraft.

N o r t h e i m , den 15. Oktober 1888.

Der Herbergsvorstand

im Einverständnis mit der städtischen Polizei-Verwaltung.



## Von der Wanderarmenfürsorge zur flexiblen Zwangsarbeit

Dem Konzept der Wanderarmenfürsorge, wie es als Reaktion auf das Anschwellen der Wanderarmut vor allem von Seiten der Inneren Mission und dabei maßgeblich von dem Betheler Pastor Bodelschwingh entwickelt und vorangetrieben wurde,<sup>56</sup> bestand von vornherein in einer Mischung aus ‚Mildtätigkeit‘ und Zwang und zielte darauf, ‚unverschuldet‘ in Not geratende Arbeitsfähige und nicht Arbeitsfähige von den ‚Arbeitsscheuen‘ zu scheiden. Diesem Ziel diene neben den Durchgangsstationen der Wanderarbeitsstätten, wie der Northeimer Naturalverpflegungsstation, vor allem die sogenannten ‚Arbeitskolonien‘, deren erste Bodelschwingh 1882 in Wilhelmsdorf/Senne gründete; 24 weitere sollten allein während der folgenden zehn Jahre dazukommen. Unterhalten wurden sie in erster Linie aus Spenden, die vor allem in reichsweiten Kollekten der Inneren Mission, Sammlungen einschlägiger Vereine gegen die Bettelei usw. aufgebracht wurden. In diesen Kolonien konnten Wanderarme für längere Zeit (mindestens ein halbes Jahr) Kost und Logis erhalten gegen die Verpflichtung zu harter Arbeit (Holz hacken, Steine klopfen, landwirtschaftliche Aushilfsarbeiten) und zur Unterwerfung unter ein rigides Disziplinarregime. Wer sich diesen vorab festgelegten Verpflichtungen entzog, kam auf eine ‚schwarze Liste‘ und fiel aus der gesamten Wanderarbeitslosenfürsorge heraus, fand also auch in den Wanderarbeitsstätten keine Aufnahme mehr.

Hinter der Wanderfürsorge aber lauerte die Gefahr, als Vagabund angetroffen, verhaftet, ins Gefängnis gesteckt und – und das war das eigentlich Dramatische – zur Nach- bzw. Konzentrationshaft ins Arbeitshaus gesteckt zu werden; die rüdeste Einrichtung staatlicher Nichtsesshaftenrepression.

Indessen schien maßgeblichen und gesellschaftlichen Kreisen das Moment der Fürsorge offenbar noch zu ausgeprägt, der Zwang noch zu lückenhaft zu sein. Eine Resolution der Reichstagsmehrheit vom 29. Mai 1908 ersuchte den Reichskanzler:

- „1. Ermittlungen dahin anzustellen, welche Mängel dem öffentlichen Armen- und Fürsorgewesen, insbesondere den Arbeitshäusern, den Asylen für Obdachlose, Verpflegungsstätten usw. anhaften und das Ergebnis darüber dem Reichstage baldigst vorzulegen;
2. Wanderarmen vornehmlich aus § 28 des Unterstützungswohnsitzgesetzes ergeben; beseitigt werden.“<sup>57</sup>

Im Gefolge dieser Initiative wurden die kommunalen Polizei- und Verwaltungsbehörden um Stellungnahmen gebeten. Am 15. Januar 1909 äußerten sich Northeimer Magistrat und Polizeiverwaltung:

„Der rege Verkehr, den die hiesige Verpflegungsstation aufzuweisen hat, lässt die Bedenken aufsteigen, dass eine grosse Anzahl der Gäste ohne die ernste Absicht Arbeit zu suchen von einer Station zur anderen zieht und sich dort aus öffentlichen Mitteln verpflegen lässt, dass also die Einrichtung missbraucht wird. Diese Erwägung veranlasst uns folgende Abänderung vorzuschlagen:

<sup>56</sup> Vgl. dazu: Jürgen Scheffler: Die Vagabundenfrage, in: Wohnsitz: Nirgendwo..., S. 59 ff.

<sup>57</sup> Zitiert nach: Schreiben des Regierungspräsidenten zu Hildesheim vom 31. Dezember 1908, StAN 435/90/6, Bl. 4.

Die Verpflegungsstationen (in jedem Kreise eine) werden in Arbeitsstationen umgewandelt, eine Centralarbeitsstation erhält jede Provinz.

Wer ohne Mittel ist und deshalb der öffentlichen Armenpflege zur Last fällt, wird von der Polizei-Behörde des Ortes nach der nächsten Arbeitsstation dirigiert eventl. befördert. In dieser Station tritt für ihn eine Zwangsarbeit von vielleicht 6 Tagen (1 Woche) ein. Nach dieser Zeit wird er mit seinem Verdienst entlassen und kann weiter wandern. Die Arbeitszeit ist von der Station mit Zeugnis zu bescheinigen. Wird durch die Bescheinigung erwiesen, dass der betreffende Wanderer keinerlei Arbeit bei Privaten gefunden hat, also arbeitsscheu umherwandert, so wird er in die Centralstation eingeliefert, wo er je nach Fleiss 1 Monat oder mehrere Monat Arbeit zu leisten hat, bevor er wieder entlassen wird. Bei Verlust der Bescheinigung, welche wohl am besten in einer Art von Legitimationsbuch eingetragen werden müsste, ist der Nachweis für die Arbeitszeit im letzten Jahre zu liefern, andernfalls die Einstellung in die Centralstation erfolgen müsste. Die Centralstelle muss mit den Stationen einen Arbeitsnachweis unterhalten und eventl. auch mit Centralstellen anderer Provinzen in Verbindung treten, um Arbeitswillige nach Möglichkeit unterbringen zu können.

Für Wanderer über 60 Jahre muss von der Centralstelle eine besondere Aufnahmestation errichtet werden, in welcher sie freiwillig bis an ihr Lebensende bleiben können. Solche Wanderer würden jedoch an andere Centralstellen überwiesen werden müssen, soweit ihre Zugehörigkeit zu einer anderen Provinz oder einem anderen Bundesstaat festgestellt wird.

Wenn auf den Stationen und vor allem auf den Centralstationen ein strenger Arbeitszwang durchgeführt wird, dann werden nach unserer Meinung sehr bald die Vorteile zur Geltung kommen. Diese liegen auf der einen Seite darin, dass das ziellose Wandern aufhört, dass jeder Wanderer, um nicht in eine Station und vor allem nicht in die Centralstation gesteckt zu werden, sich ernstlich um Arbeit bemüht, auf der anderen Seite darin, dass die Wanderer durch den Arbeitsnachweis den Arbeitgebern, insbesondere Landwirten, zugewiesen werden können. D. P.-V.<sup>58</sup>

Die in jeder Stellungnahme geforderte Intensivierung von Erfassung und Zwang im Rahmen der Wanderarmenfürsorge scheinen um so dringlicher geboten, als in angrenzenden Ländern entsprechende Maßnahmen unmittelbar bevorstanden. In diesem Sinne äußerte sich der Northeimer Kreisausschuss auf ein Schreiben des Bürgermeisters zur Notwendigkeit, die Verpflegungssituation in eine Wanderarbeitsstätte umzuwandeln:

„Auf das Schreiben vom 2. Dezember 1909

Die seitens des Herrn Bürgermeister Peters in Vorschlag gebrachte polizeiliche Kontrolle derjenigen Wanderer, die in der Herberge zur Heimat aus öffentlichen Mitteln verpflegt sein wollen, halten wir nicht nur für wünschenswert, sondern, mit Rücksicht auf die ständig steigenden Kosten und die für die Einwohner nicht nur der Stadt Northeim, sondern der an den in Frage kommenden Strassenbelegenen Orten bestehende grosse Unsicherheit durch Landstreicher, für unbedingt notwendig, denn nur

---

<sup>58</sup> Brief vom 15. Januar 1909, aus StAN 435/90/6.

durch eine scharfe Kontrolle ist es möglich, den arbeitsscheuen Elementen wirksam entgegen zu treten.

Eine Aenderung des Vertrages vom 10. November 1888 ist nicht erforderlich.

Wir wollen hierbei nicht verschweigen, dass diesseits schon bisher die Annahme bestanden hat, dass eine regelmässige und durchgreifende Kontrolle der Wanderer auch früher schon ausgeübt worden sei. Wie die wiederholten Feststellungen und auch die letzten Beratungen mit dem Beauftragten des niedersächsischen Herbergsverbandes ergeben haben, haben die Verpflegungsstationen nicht nur ihre Aufgabe verfehlt sondern sogar zum Anwachsen des Landstreichertums wesentlich beigetragen, in welchem Sinne sich die Unterzeichnete bei der letzten Beratung im Provinzialausschusse auszusprechen genötigt sah.

Die Mitglieder dieser Behörde stimmten dann überein, dass nur durch die Zuführung einer strengen Beaufsichtigung der die Verpflegungsstation aufsuchenden Wanderer die unter allen Umständen zu erreichende Scheidung der wirklichen Bedürftigen von den arbeitsscheuen Landstreichern zu erreichen sei, und dass solche Massnahmen umso dringender seien, als in den Nachbarprovinzen von Westfalen, Hessen-Nassau und Sachsen die Errichtung von Wanderarbeitsstätten erfolgt bzw. bevorsteht, in Folge welcher Einrichtungen eine starke Vermehrung der Verpflegungsgäste und der Landstreicher besonders im Süden der Provinz sich bemerkbar gemacht hat und noch zu erwarten steht.

Vom Provinzialausschusse ist eine Kommission, der der Unterzeichnete angehört, niedergesetzt, um Vorschläge für eine einheitliche Regelung der in Wanderarbeitsstätten umzuwandelnden Verpflegungsstationen zu machen.

Der Vorsitzende.  
Gez. Kricheldorf.  
Geheimer Regierungs-Rat.<sup>59</sup>

Das schließliche Ergebnis der Bemühungen um die Lösung des Problems der Wanderarmen war ein hermetisches Zwangssystem, in dem die Betroffenen zwar dauernd unterwegs waren, in dem sie sogar – solange sie keine normale Arbeitsstelle gefunden hatten – andauernd in Bewegung gehalten werden, aus dem sie aber nicht einen einzigen Tag entkommen konnten, ohne empfindliche Strafmaßnahmen bis hin zur Überstellung an das Arbeitshaus zu riskieren.

Den Rahmen dieses Systems bildeten eine Wanderkarte und ein Wanderplan amtliche Vorschriften, in denen festgelegt wurde, welche Straßen allein benutzt werden durften und wie viel Zeit für die jeweiligen Wegstrecken zu veranschlagen war. Wer abseits der vorgeschriebenen Wege angetroffen wurde, oder wer zwar auf dem richtigen Weg, aber nicht in der Zeit war, galt grundsätzlich als der Landstreicherei verdächtig und konnte nur in wenigen, eng gefassten Ausnahmefällen den Kopf aus der Schlinge ziehen.

---

<sup>59</sup> Brief vom 27. Dezember 1909, nach: StAN 435/90/4.

Dafür aber, dass das Erwischtwerden nicht vom Zufall abhing, sorgten die rigiden An- und Abmeldebestimmungen bei den Wanderarbeitsstätten und Arbeiterkolonien, die in Verbindung mit den obligatorischen Wanderpapieren eine lückenlose Kontrolle sicherstellten, die sich – das wird aus Ziffer 9 der unten abgedruckten Anweisung für die Vorsteher der Wanderarbeitsstätten in der Provinz Hannover deutlich – weit über die Landesgrenzen hinaus erstreckte.

Die Bestimmungen über die zu verrichtenden Arbeiten schließlich, die die zuletzt angesprochene Anweisung enthält (vgl. dort Ziffer 13), machen ein Weiteres deutlich: Die Umwandlung der Naturalverpflegungsstationen in Wanderarbeitsstätten beinhaltete mehr als eine bloße Namensänderung in Verbindung mit der Einführung schärferer Kontrollen. Die Wanderarbeitsstätte sollte mehr sein als eine individuell einsetzende Fürsorge- und Disziplinierungseinrichtung. Sie sollte vielmehr die funktionale Eingliederung der Wanderarbeiter in das Beschäftigungssystem leisten, und zwar gerade als Wanderarbeiter: Sie, denen die Gesellschaft dauerhafte, anständige Arbeit nicht zu verschaffen vermochte, sollten als abrufbare Arbeitskräfte für kurzfristig anfallende Arbeiten dauerhaft verfügbar gehalten werden.

In Ausführung des § 12 der Wander- und Arbeitsordnung für die Provinz Hannover wird folgende

Hausordnung  
für die Wanderarbeitsstätten in der Provinz Hannover  
erlassen.

1.

Jeder in die Wanderarbeitsstätte aufgenommene Wanderer hat sich eines anständigen, ordentlichen Betragens zu befleißigen. Innerhalb der Wohnräume der Wohnarbeitsstätte ist die Kopfbedeckung abzunehmen. Lärmen und Schreien, Gesang schlechter Lieder, unanständige Reden, Karten- und sonstiges gewinnsüchtiges Spiel, grobe Späße sowie das Zuwerfen der Türen ist untersagt.

2.

Jeder Wanderer muß sich gefallen lassen, daß man sich von seiner Reinheit und seinem Gesundheitszustand überzeugt, sowie davon, wieviel Geld er bei sich hat.

3.

Den Befehlen oder Aufträgen der Beamten und Angestellten der Wanderarbeitsstätte ist unbedingt Folge zu leisten; durch Annahme der Verpflegung verpflichtet sich der Wanderer zur Ausführung eines jeden ihm zugewiesenen Arbeit, die er unweigerlich nach besten Kräften verrichten muß.

4.

Jeder Wanderer darf seine Sachen nur an dem ihm dafür angewiesenen ort aufbewahren und hat selbst auf sie zu achten, jedoch kann er sie auch dem Aufsichtsbeamten zur Aufbewahrung übergeben. Die Wanderarbeitsstätte ist nicht verpflichtet, verlorene oder entwendete Sachen zu ersetzen, noch auch zurückgelassene aufzubewahren oder nachzusenden.

5.

Das Rauchen in der Wanderarbeitsstätte ist nur während der Feierstunden erlaubt, im übrigen aber, insbesondere in den Werkstätten und in den Schlafräumen, verboten. Die Lampen dürfen nicht aus ihren Behältern genommen werden, auch ist es untersagt, an ihnen Pfeifen, Zigarren, Papier, Hölzchen oder dergleichen anzuzünden.

6.

Das Beschmutzen und Beschädigen der Wände, Fenster, Türen, Tische, Stühle, Bänke, Öfen usw., das Ausklopfen von Tabakspfeifen und Ausspucken auf den Fußboden, Hinwerfen von Papier, Streichhölzern und anderen Abfällen, sowie jede andere Verunreinigung der Räume ist streng untersagt.

7.

Wer Gebäude oder Inventarstücke beschädigt oder unbrauchbar macht, hat den Schaden zu ersetzen, vorbehaltlich der Strafverfolgung wegen Sachbeschädigung aus § 303 des Reichsstrafgesetzbuchs.

8.

Niemand darf das ihm vom Aufsichtsbeamten zugewiesene Bett eigenmächtig mit einem anderen vertauschen. Jeder ist für den Zustand seines Bettes verantwortlich. Niemand darf sich außer der dazu bestimmten Zeit auf die Lagerstätte legen. Vor dem Niederlegen sind Kleider, Unterkleider, Schuhe und Strümpfe auszuziehen. Eine jede Unterhaltung in den Schlafräumen ist untersagt.

9.

Morgens um 5 Uhr im Sommer und um 6 Uhr im Winter – an den Sonntagen und Feiertagen jedoch eine Stunde später – wird das Zeichen zum Aufstehen gegeben. Jeder Wanderer verläßt dann seine Lagerstätte, bettet diese ordnungsmäßig auf, wäscht und reinigt sich und kleidet sich vollständig an.

10.

Waschen, Kleiderreinigung und Stiefelputzen darf nur an dem dafür bestimmten Ort geschehen.

11.

Jede Entledigung von Bedürfnissen an anderen als an den vorgeschriebenen Plätzen ist verboten.

12.

Jeder Wanderer ist verpflichtet, die ihm zur Arbeit übergebenen Geräte und Werkzeuge schonend zu behandeln und in Ordnung zu halten. Sollte ein Zerbrechen derselben dennoch vorkommen, so hat er die einzelnen Teile, gleichviel ob sie Wert haben oder nicht, dem Vorsteher oder dessen Vertreter abzugeben.

13.

Zum Verlassen der Grenzen der Wanderarbeitsstätte bedarf es der Genehmigung des Verwalters.

14.

Der Genuß von Alkohol ist in den Wanderarbeitsstätten unbedingt verboten. Branntweinflaschen, gefüllt oder leer, werden unnachsichtlich weggenommen. Wer sich dem nicht fügen will, hat sofort die Wanderarbeitsstätte zu verlassen und verliert den Anspruch auf Verpflegung, auch wenn er bereits gearbeitet hat.

15.

An den täglichen Morgen- und Abendandachten teilzunehmen haben die Wanderer das Recht.

16.

Die Reinigung, Heizung und Beleuchtung der Hausräume ist nur Sache des vom Verwalter damit Beauftragten.

17.

Das Betreten der Küche ist nur dem Küchenpersonal gestattet.

18.

Übertretung dieser Hausordnung kann mit sofortiger Entlassung aus der Wanderarbeitsstätte bestraft werden, vorbehaltlich etwaiger strafrechtlicher Verfolgung. Auf Verlangen des Verwalters oder dessen Vertreters ist jeder Wanderer verpflichtet, die Wanderarbeitsstätte sofort und unweigerlich zu verlassen, bei Meidung der Anzeige wegen Hausfriedensbruch aus § 123 des Reichsstrafgesetzbuches.

Hannover, den 6. Mai 1910.  
Das Landesdirektorium.

Hannover, den 6. Mai 1910.  
Der Vorstand  
des Niedersächsischen Herbergsverbandes.  
von Campe.

Gekürzter Text:

Anweisung  
für die Vorsteher der Wanderarbeitsstätten  
in der Provinz Hannover.

1. In eine hannoversche Wanderarbeitsstätte dürfen wandernde Personen nur aufgenommen werden, welche
  - a) männlich,
  - b) mittellos (weniger als 1 M und ohne ausreichende Wanderunterstützung),
  - c) arbeitsfähig,
  - d) 16 Jahre alt sind,
  - e) außerhalb ihres Wohnorts Arbeit suchen,
  - f) ein ausreichendes Legitimationspapier führen (Nr. 2).
2. Als ausreichendes Legitimationspapier gilt nur:
  - a) ein von einer für Hannover zuständigen Stelle (Nr. 3) ausgefertigter Wanderschein oder sonstiges zugelassenes Legitima-

tionspapier, welche den Wanderstempel einer hannoverschen Abgangsstation von demselben Tage haben, wenn der Wanderer nicht wesentlich später in der Zielstation eintrifft, als nach der Entfernung der Abgangsstation und der in dem Wanderschein eingetragenen Abgangsstunde aus der letzteren möglich ist.

Wenn der Wanderer zwischendurch nachweislich ständig gearbeitet hat oder nachweislich krank gewesen ist, so kann er auch auf einen Wanderschein der hier fraglichen Art mit älterem Wanderstempel aufgenommen werden.

- b) ein von einer auswärtigen – nicht hannoverschen – zuständigen Stelle ausgefertigter Wanderschein oder sonstiges zugelassenes Legitimationspapier, aus dem mit Sicherheit zu ersehen ist, daß der Wanderer an demselben Tage aus der auswärtigen Grenzstation entlassen ist, und dass er nicht wesentlich später in der hannoverschen Wanderarbeitsstätte eintrifft, als nach der Entfernung der Abgangsstation und der Stunde der Entlassung aus der letzteren möglich ist (vergl. jedoch Abs. 4 unten).

Die in lit. A. Abs. 2 gemachte Ausnahme gilt auch hier.

Ist das von außerhalb mitgebrachte Legitimationspapier ein Wanderschein oder sonstiges zugelassenes Legitimationspapier des auch in Hannover üblichen Musters, so ist es dem Wanderer zu belassen und wie ein in Hannover ausgefertigter Wanderschein etc. zu behandeln. In diesem Falle ist dem Wanderer ein Druckblatt mit den hannoverschen Vorschriften auszuhändigen; nur solange dieses Druckblatt sich bei dem Wanderschein befindet, gilt dieser als ausreichend für die weitere Wanderung in Hannover.

Ist das von außerhalb mitgebrachte Legitimationspapier anderer Art, so ist es dem Wanderer abzunehmen und ihm dafür ein Wanderschein etc. für Hannover ohne weiteres einzuhändigen. Weigert der Wanderer den Tausch, so ist ihm die Aufnahme in die Wanderarbeitsstätte zu verweigern.

(...)

3. Zur Ausstellung eines hannoverschen Wanderscheins etc. befugt ist allein der Hausvater einer hannoverschen Wanderarbeitsstätte.
4. Die Papiere sind den Wanderern bei ihrer Ankunft in der Wanderarbeitsstätte abzunehmen und ihnen erst beim Verlassen der Wanderarbeitsstätte nach der Abstempelung wieder einzuhändigen vorbehaltlich indessen der Bestimmungen in Ziffer 6 lit. b – d. Die Abstempelung erfolgt mit dem offiziellen Stempel.
5. Die Zureise oder Abreise auf einer im Wanderplan nicht vorgesehenen Straße ist – vorbehaltlich der Bestimmungen in Ziffer 6 – verboten. Kommt der Wanderer nachweislich auf einer nicht im Wanderplan vorgesehenen Straße zugewandert, so muß ihm die Aufnahme verweigert werden, will er auf einer solchen Straße abwandern, so ist ihm

die Aushändigung und Abstempelung des Wanderscheins zu versagen.

6. Ausnahmen von der in Ziffer 5 gemachten Vorschrift sind in folgenden Fällen zugelassen:

- a) Glaubhafte Benutzung der nichtoffiziellen Straße infolge von Arbeit oder Krankheit oder aus sonstigen vom Hausvater als triftig anerkannten Gründen (z. B. Versäumnis eines Eisenbahnzuges infolge Unfall oder elementarer Ereignisse);

(...)

7. Zur Erläuterung des Abs. 1 des § 3 der Wander- und Arbeitsordnung wird bemerkt:

Wenn hier vorgeschrieben ist, daß der Wanderschein neben der Vorlegung der daselbst im Absatz 2 genannten Papiere durch Zahlung von 50 Pfg. oder eintägiger Arbeit erworben wird, so ist zu betonen, daß diese eintägige Arbeit neben der für die Verpflegung zu leistenden gefordert werden muß.

Bei Wanderern also, welche zwar die im Abs. 2 des § 3 der Wander- und Arbeitsordnung genannten Papiere, nicht aber 50 Pfg. Bargeld besitzen, ist behufs Erwerbung des Wanderscheins erforderlich:

- a) 1 Tag Arbeit als Ersatz der 50 Pfg.,  
b) \_ Tag Arbeit nach Maßgabe des § 5 der Wander- und Arbeitsordnung als Ersatz für die Verpflegung etc.

Für die Verpflegung des zu a genannten Tages soll eine besondere Arbeitsleistung nicht verlangt werden.

Da nach Ziffer 10 Aufnahmen in die Wanderarbeitsstätten nur am Spätnachmittage oder Abends zu der von jeder Wanderarbeitsstätte näher zu bestimmenden Zeit stattfinden dürfen, so sind solche Wanderer (d. h. solche mit den Ausweisen des Abs. 2 oder § 3 der Wander- und Arbeitsordnung, aber ohne Wanderschein und ohne 50 Pfg.) erst am übernächsten Tage Mittags mit dem Wanderschein auszustatten und zu entlassen.

8. Zur Erläuterung des Abs. 3 des § 3 der Wander- und Arbeitsordnung sei bemerkt, daß diese Bestimmung nur den Sinn hat, daß der Hausvater einen ihm vorgelegten nicht ordnungsmäßigen Wanderschein, soweit ihm dies – etwa durch telephonische Anfrage bei der Abgangstation etc. – möglich ist, zu berichtigen hat. Ist ihm dies nicht möglich und beruht die Ordnungswidrigkeit des Wanderscheins nicht auf einem offenbaren Versehen, so hat er den Wanderschein einzuziehen und den Wanderer so zu behandeln, als wenn dieser ohne Wanderschein zugewandert sei.

9. Die Behandlung derjenigen Wanderer, welche weder im Besitz eines Wanderscheins und der Ausweise des Abs. 2 des § 3 der Wander- und Arbeitsordnung noch im Besitze allein der letzteren sind, regelt der § 4 der Wander- und Arbeitsordnung.



Diese, die „unordentlichen“ Wanderer, müssen soweit sie nicht etwa von der Polizei in Beschlag genommen werden, „gesund“ gemacht, d. h. ihre Papiere müssen in Ordnung gebracht werden.

Dies geschieht, je nach dem, ob zwischen dem Ortsarmenverbände und der Wanderarbeitsstätte hinsichtlich dieser Wanderer eine Vereinbarung besteht oder nicht, in verschiedener Weise, und zwar

- a) für den Fall einer entsprechenden Vereinbarung: Zunächst ist der Wanderer protokollarisch (Formular Nr. 2) auf § 361 nr. 7 des Strafgesetzbuchs zu verweisen (vergl. § 4 Abs. 2 – 4 der Wander- und Arbeitsordnung). Alsdann erhält er in der Wanderarbeitsstätte Abendbrot und hartes Nachtlager; dann muß er 2 \_ Tag arbeiten, wogegen er in der Arbeitsstätte Verpflegung und Obdach erhält; hierbei ist aber sowohl die Verpflegung, als auch das Nachtlager und die Arbeit möglichst differenziell von derjenigen der „ordentlichen“ Wanderer zu gestalten, d. h. es ist ihnen weniger gute Kost, hartes Nachtlager und möglichst solche Arbeit zuzuweisen, welche bei den Wandernern nicht beliebt ist.  
Hat der Wanderer 2 \_ Tag auf diese Weise gearbeitet, so ist ihm – also am Mittage des 3. Tages nach seinem Eintreffen – ein Wanderschein auszufertigen. Nunmehr ist er als „ordentlicher“ Wanderer anzusehen und zu entlassen.
- b) für den Fall, daß zwischen dem Ortsarmenverbände und der Wanderarbeitsstätte keine Vereinbarung besteht: Der Wanderer ist in der Wanderarbeitsstätte ab- und an den Ortsarmenverband zu verweisen. Wenn er am Mittage des 3. Tages nach dieser Verweisung mit einer Bescheinigung der Ortsbehörde, wonach er 2 \_ Tag in deren Auftrage fleißig gearbeitet hat, wieder erscheint, wird ihm ein Wanderschein ausgestellt und dieser mit dem Abfertigungsvermerk versehen.

In diesem Zusammenhange wird bemerkt, daß zwischen den Provinzialverbänden Westfalen, Sachsen, Hessen, Hannover Verhandlungen schweben und wahrscheinlich zum Anschluß gelangen werden, wonach sich diese Verwaltungen verpflichten, die innerhalb ihrer Gebiete zuständiger Weise ausgestellten Wanderscheine gegenseitig anzuerkennen, wenn der Inhaber außer dem Wanderschein auch die zur Erlangung desselben nötigen Papiere (Quittungskarte, Arbeitsbescheinigung, Personenausweis) vorlegen kann (wobei aber die Arbeitsbescheinigung über freie Arbeit – also nicht über solche in der Wanderarbeitsstätte – ausgestellt sein muß). – Es wird deshalb den Hausvätern anheim gegeben, wenn möglich auch diese Papiere in der unter 9 a angegebenen Zeit zu besorgen. – Die nach Ziffer 9 erlangten Wanderscheine werden also zunächst nur in Hannover Gültigkeit haben. Nur der Bezirksverband Cassel hat bisher die hannoverschen Wanderscheine rückhaltlos anerkannt.

10. Aufnahmen in die Wanderarbeitsstätte werden nur am späteren Nachmittage oder Abends bis zu einer vom Ortsvorstande unter Berücksichtigung des Wanderplans und der örtlichen Verhältnisse festgesetzten Stunde erfolgen können.

11. Über die Einrichtung und Handhabung des mit der Wanderarbeitsstätte zu verbindenden Arbeitsnachweises werden besondere Bestimmungen ergehen.
12. Soweit aus dem Wanderplan sich ergibt, dass für die Zurücklegung bestimmter Strecken die Benutzung der Eisenbahn vorgesehen ist, ist dem Wanderer ein Ausweis nach Formular Nr. 3 mitzugeben. Das Nähere über das hierbei zu beobachtende Verfahren ergibt das Formular. Außer den im Wanderplan vorgesehenen Strecken darf die Eisenbahn nur in wirklichen Notfällen (Krankheit etc.) genutzt werden.

Die Abrechnung über die entstandenen Eisenbahnkosten nebst Belegen ist monatlich an den Schriftführer des Niedersächsischen Herbergsverbandes zu senden, welcher für die Bezahlung Sorge tragen wird.

13. Die Beschäftigung der Wanderer soll eine ernste, nicht eine Scheinarbeit sein. Der Hausvater hat der Stationsarbeit seine fortgesetzte Sorge und Obacht zu schenken. Je nach den lokalen Verhältnissen muß und wird es gelingen, Arbeit zu beschaffen. Unablässig wird der Hausvater zu forschen haben, ob nicht neben der als Füllarbeit immer wohl in erster Linie einzurichtenden Holzerkleinerungsarbeit andere Arbeit (als Haus- und Gartenarbeit, Straßenreinigung, Aufräumarbeiten, Sandschütten, landwirtschaftliche Arbeiten, Herstellung von Baumpfählen und Blumenstöcken, Kulturarbeiten, Grabenreinigungen, Handlangerdienste bei in der Nähe vorkommenden Straßen- und sonstigen Bauten, in Bauhöfen und Wagenparks, bei Handwerkern und sonstigen Gewerbetreibenden usw.), wenn auch nur zeitweise, zu beschaffen ist. Der Preis für solche Arbeiten ist je nach der Leistungsfähigkeit der Wanderer möglichst stundenweise zu berechnen; doch steht es in dem pflichtmäßigen Ermessen des Hausvaters auch Akkordarbeiten ausführen zu lassen. Zu beachten bleibt immer, daß einerseits den heimischen Arbeitern die Arbeit nicht genommen, andererseits aber den Wanderern das Gefühl gegeben wird, etwas Nützliches und der gewährten Verpflegung Gleichwertiges zu leisten. Die Schwierigkeit der Arbeitsbeschaffung wird nicht verkannt, sie kann nur überwunden werden, wenn die Hausväter bei allen sich bietenden Gelegenheiten die Bevölkerung bittet und auffordert, jede nur denkbare passende Arbeit der Wanderarbeitsstätte zuzuweisen und auf diese Weise mitzuhelfen, dem unleidlichen Bettel energisch und erfolgreich zu steuern. Nach Möglichkeit ist auch die Lokalpresse immer und immer wieder zu bitten, auf diesen Punkt hinzuweisen.

(...)

Hannover, den 13. Juni 1911.

Das Landesdirektorium der  
Provinz Hannover.  
von der Wense.

Der Vorstand des  
Niedersächsischen Herbergsverbandes.  
von Campe.

## **Fabrikverhältnis: Eine Arbeitsordnung**

Am 15. April 1892 erließ die Geschäftsleitung der Northeimer Rhume-Mühle eine Arbeitsordnung. Sie hatte vorher den Arbeitsausschuss anhören müssen, der mit dem Betriebskrankenvorstand identisch war. In diesem saßen zwar mehrheitlich Arbeiter; durch die Besetzung der Funktionsämter durch Fabrikherren und Meister war aber ein dominierender Einfluss der Unternehmerseite sichergestellt. Und außerdem: Die Geschäftsleitung musste den Ausschuss eben nur anhören. Von einer Verpflichtung, möglichen Einwänden Rechnung zu tragen, konnte keine Rede sein.

Ein Blick auf die bis zu 18 Stunden dauernden Schichtarbeitszeiten (§ 5), die Normalität von Sonntagsarbeit (§ 6), die einseitig verhängbaren Strafen (§§ 14, 16) sowie die Ausschließlichkeit, mit der Geschäftsleitung und Vorgesetzte in allen Fällen zu entscheiden hatten, zeigt, wie untergeordnet und abhängig auch die Fabrikarbeiter Northeims in dieser Zeit gehalten wurden – und wie viel einer Northeimer Arbeiterbewegung noch zu tun blieb.

## Kapitel II: Arbeiterparteien und Wahlkämpfe

### Die November-Revolution ging von Northeim aus

Am Nachmittag des 9. November 1918 setzte sich in Northeim eine mit Maschinengewehren bewaffnete Abteilung Unteroffizierschüler unter Führung von Mitgliedern des Northeimer Arbeiter- und Soldatenrates (ASR) in Richtung Einbeck in Marsch. Die revolutionären Soldaten wurden in Einbeck von Jugendlichen begrüßt, die sich ihnen anschlossen. Der Trupp zog unter Führung eines Matrosen sofort zum Landrat und entwaffnete anschließend die Polizisten der Landjägerschule. Die Northeimer Soldaten richteten am Bahnhof und an der Landjägerschule Posten ein und stellten an beiden Plätzen Maschinengewehre auf. Noch am selben Tag bildete sich auf Veranlassung der Soldaten der Einbecker Arbeiter- und Soldatenrat.<sup>60</sup>

In Uslar fand die Revolution etwa eine Woche später statt. Auch dort gab den Anstoß für die Bildung des „vorläufigen Arbeiter- und Soldatenrates“ ein Northeimer Soldat. Der Northeimer Landsturmmann Ebeling hatte in der Bildungsphase des Uslarer ASR eine beratende und leitende Funktion. Er betätigte sich als Referent, Versammlungsleiter und hatte Zeichnungsberechtigung, ohne gewähltes Mitglied des Uslarer ASR zu sein.<sup>61</sup>

Viele der gestandenen Funktionäre der Uslarer und Einbecker Sozialdemokratie werden im November 1918 überrascht gewesen sein, dass die revolutionären Ereignisse in ihren Städten ausgerechnet von Northeim ausgingen, war doch diese Stadt in den zurückliegenden Jahrzehnten das „Schmerzenskind“ der sozialdemokratischen Wahlkreisorganisation gewesen, das ohne Betreuung von außen nicht lebensfähig zu sein schien.

Wurde dieser ‚Revolutionsexport‘ tatsächlich von der Northeimer Arbeiterbewegung getragen? Welche Erklärungen lassen sich für die Novemberereignisse im 11. hannoverschen Reichstagswahlkreis finden? Auf welche Geschichte konnte die Northeimer Arbeiterbewegung damals zurückblicken?

### Liberale, Lassalleaner und Eisenacher

Die Lähmung der nationalen und demokratischen Vereinsbewegung in den deutschen Staaten, die nach dem Scheitern der Revolution von 1848/49 durch polizeiliche Überwachungs- und Repressionsmaßnahmen erreicht worden war, wurde gegen Ende der 50er Jahre durch eine Welle erneuter nationaler Begeisterung überwunden. Die Gründung des „Deutschen Nationalvereins“ (1859), der „Deutschen Fortschrittspartei“ im Preußen der „Neue(n) Aera“, das Turnfest 1860 in Coburg, die Gründung des „Gewerbliche(n) Bildungsverein(s)“ in Leipzig (1861) waren zugleich Ausdruck der neuen nationalen und demokratischen Dy-

---

<sup>60</sup> Vgl. Eberhard Koch, Die Geschichte der SPD in Einbeck und Uslar (Masch. Examensarbeit), Göttingen 1976, S. 106 f. Diese Aktion scheint von den Soldaten ausgegangen zu sein, denn der Northeimer ASR wurde erst am Abend des gleichen Tages – ebenfalls nach einer militärischen Aktion des Soldatenrates gebildet. In der Nacht vom 10. auf den 11.11. verhaftete eine Abordnung des Northeimer ASR die am Vortag in Einbeck eingrückte Abteilung, da diese auf eigene Faust gehandelt habe. Vgl. Koch, aaO, S. 108 und Bischof, aaO, S. 18.

<sup>61</sup> Vgl. Koch, aaO, S. 118.

namik und Impulsgeber für die massenhafte Gründung von Turn- und Bildungsvereinen meist unter Führung liberaler bürgerlicher Initiatoren.<sup>62</sup>

In vielen der neuen Vereine war man unter den Arbeitern aber der Meinung, dass die bürgerlichen Bündnispartner den Kampf um demokratische Volksrechte nicht mehr entschieden zu führen gewillt waren und dass es für die wachsende Zahl der kleinen Handwerker, Handwerksgesellen und besonders der Industriearbeiter an der Zeit sei, aus der bürgerlichen Bevormundung herauszutreten und ein eigenständiges Profil zu zeigen. Diesen Weg beschritten zuerst die im „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ (ADAV) zusammengeschlossenen Lassalleaner (Anhänger Ferdinand Lassalles), die die erste deutsche Arbeiterpartei 1863 als Abspaltung von der Arbeitervereinsbewegung in Leipzig gegründet hatten. August Bebel und Wilhelm Liebknecht, die später bekanntesten Führungspersönlichkeiten der deutschen Arbeiterbewegung, blieben damals im „Vereinstag Deutscher Arbeitervereine“ (VDAV), der im gleichen Jahr als Reaktion auf die Parteigründung der Lassalleaner gebildet wurde. Die Mehrheit der Arbeitervereine folgte dem vorsichtigeren Weg von Bebel (und Liebknecht), der ebenso wie Marx und Engels das Vorgehen der Lassalleaner für verfrüht und deshalb für falsch hielt. 1868 kam es im VDAV unter dem Vorsitz von Bebel zum Anschluss an die „Internationale Arbeiter-Assoziation“ (IAA) und damit zur Abspaltung u. a. der hannoverschen Arbeiterbildungsvereine, die weiterhin die Ziele des liberalen „Deutschen Nationalvereins“ vertreten wollten. 1869 folgte dann die Gründung einer zweiten Arbeiterpartei in Eisenach. Die Partei nannte sich „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“. Obwohl sich die beiden Parteien in ihren programmatischen Vorstellungen kaum voneinander unterschieden, bekämpften sie sich anfangs, konkurrierten später und fanden erst nach der Gründung des Deutschen Reichs (1871) und der beginnenden Verfolgung und Unterdrückung im neuen deutschen Staat zu gemeinsamen Aktionen. Nachdem man für die Reichstagswahlen 1874 auf der lokalen Ebene im Herbst 1873 zu gemeinsamen Aktionen zusammengefunden hatte, beschleunigte das Verbot des ADAV in Preußen im Juli 1874 die organisatorischen Einigungsbemühungen der beiden Parteien. Im Mai 1875 kam es in Gotha mit der Gründung der „Sozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ (SDAP) zum Zusammenschluss.<sup>63</sup>

1873 waren es die Einbecker und Göttinger Mitgliedschaften des ADAV, die im südniedersächsischen Gebiet neben den Osteroder und Mündener Sozialdemokraten eine rege Versammlungstätigkeit entfalteten. In Einbeck waren die Sozialdemokraten seit 1869 in einer Ortsgruppe des ADAV organisiert, die sich fast ausschließlich aus Zigarrenmachern zusammensetzte und aus einer Abspaltung des Arbeitergesangvereins „Lassallia“ vom Einbecker Arbeiterbildungsverein entstanden war.<sup>64</sup> Die Göttinger Ortsgruppe des ADAV muss kurz vor dem Reichstagswahlkampf gegründet worden sein. Ein aus Bremen kommender Schuhmacher namens Ernst Strecker hatte sie in diesem Jahr mit Hilfe einiger auswärtiger Agitatoren aufgebaut. Sie zählte 50 Handwerker und Arbeiter als ihre Mitglieder.<sup>65</sup>

---

<sup>62</sup> Vgl. Helga Grebing, *Geschichte...*, München 1975, S. 61 ff. Einen kurzen Abriss mit Blick auf die Turnbewegung gibt J. D. von Pezold (Hrsg.), *Geschichte des Männerturnvereins von 1860 bis 1906*, Hann. Münden 1985, S. 9.

<sup>63</sup> Vgl. Grebing, aaO, S. 58 – 66.

<sup>64</sup> Vgl. Koch, aaO, S. 24 und S. 33; dort S. 19 ff. weitere Angaben zum ADAV

<sup>65</sup> Siehe Adelheid von Saldern, *Auf dem Weg zum Arbeiterreformismus*, Frankfurt/M. 1984, S. 41 f.

In Northeim hatte der ADAV keinen Stützpunkt. Hier gab es seit 1865 einen Handwerkerbildungsverein, der 1868 etwa 20 Mitglieder aufzuweisen hatte. Da sich in diesem Jahr nach dem Nürnberger Vereinstag sämtliche hannoverschen Arbeiterbildungsvereine zum Austritt aus dem VDAV entschlossen, weil sie den Anschluss an die IAA nicht mitvollziehen wollten, gehörte zu diesen 24 Vereinen auch der Northeimer Handwerkerbildungsverein, der auf den Gautagungen der Vorjahre allerdings stets durch Abwesenheit aufgefallen war.<sup>66</sup> In den 70er Jahren stand der Verein unter der Leitung des Direktors der Rhume-Mühle und des Redakteurs der lokalen, nationalliberal ausgerichteten „Göttingen-Grubenhagenschen Zeitung“ (GGZ). Wir können zwar davon ausgehen, dass im Northeimer Verein (ebenso wie in den anderen Vereinen der Provinz Hannover) das Interesse „an sozialen und politischen Fragen im demokratischen Sinne“ wach blieb, zur entstehenden politischen Arbeiterbewegung blieb er aber auf Distanz.<sup>67</sup> In späteren Jahren fügten sich die Arbeiterbildungsvereine der Region sogar in ein Konzept, mit dem von Regierungspräsident und Magistraten die sozialdemokratische Arbeiterbewegung bekämpft wurde.<sup>68</sup>

Im Spätsommer 1873 initiierten die Einbecker Lassalleaner eine Totenfeier zum Gedächtnis Ferdinand Lassalles in Northeim.

Zu der Feier fanden sich mehr als 20 Sozialdemokraten aus Einbeck und Northeim ein; auch ziemlich viele Northeimer füllten den Saal, um die Festrede des Direktors der Einbecker Maschinenbauschule, des Einbecker ADAV-Vorsitzenden und Kandidaten des 11. hannoverschen Reichstagswahlkreises, Dr. Kirchner, zu hören.<sup>69</sup> Vermutlich sahen die Northeimer bei dieser Veranstaltung zum ersten Mal in ihren Mauern die rote Fahne, das Symbol der Arbeiterbewegung, mit der die Rednertribüne geschmückt war.

Besondere Aufmerksamkeit widmete der Redakteur der GGZ der Resonanz, die die Feier unter den Northeimer Arbeitern fand:

„Aus Northeim beteiligten sich in Folge öffentlicher Einladung ziemlich viele Personen aus allen Kreisen, namentlich auch Arbeiter an der Versammlung, dieselben verließen das Lokal fast sämtlich wieder, ehe die Feier ihr Ende erreicht hatte, wie wir denn überhaupt bezweifeln, dass durch letztere auch nur ein Northeimer für den allgemeinen deutschen Arbeiterverein gewonnen ist.“<sup>70</sup>

Anders als in Uslar schlug der ADAV-Gründungsversuch in Northeim fehl.<sup>71</sup> Bei den Reichstagswahlen am 10.01.1874 erhielt Dr. Kirchner lediglich 4 Stimmen aus der Stadt Northeim. Im 11. hannoverschen Reichstagswahlkreis wurden insgesamt 623 sozialdemokratische Stimmen gezählt, davon allein in Einbeck und

---

<sup>66</sup> Vgl. Karl Birker, Die deutschen Arbeiterbildungsvereine 1840 – 1870, Berlin/W. 1973, S. 111.

<sup>67</sup> Birker, aaO, S. 112

<sup>68</sup> Vgl. Koch, aaO, S. 10. Im Vorfeld des Sozialistengesetzes wurde der Handwerkerbildungsverein vom Northeimer Magistrat verteidigt.

<sup>69</sup> Dr. Kirchner war vor seiner Arbeit in Einbeck Lehrer an der Müllerschule in Hildesheim und leitete dort den mitgliederstarken Arbeiterbildungsverein. Politisch lag Kirchner quer zu allen eindeutigen Einordnungsversuchen. Er war gleichzeitig Mitglied des ADAV und der IAA und Verfechter der Einigungsbemühungen. August Bebel schrieb über ihn: „Kirchner war sozusagen die erste Schwalbe, die es wagte, aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein zu uns herüberzufliegen.“ Quellenangaben bei Koch, aaO, S. 24.

<sup>70</sup> GGZ vom 02.09.1873 zit. N. Bischof, aaO, S. 8.

<sup>71</sup> Vgl. Koch, aaO, S. 24 f.

Uslar 330. Angesichts dieser offenkundigen Schwäche der Arbeiterbewegung in der Stadt Northeim gilt allerdings Folgendes zu bedenken:

Zum einen wohnten viele der in Northeim beschäftigten Arbeiter auf den Dörfern des Landkreises, wählten also nicht in der Stadt, zum anderen drückten viele Arbeiter und Handwerker in diesen Jahren ihren Protest und ihre oppositionelle Haltung noch durch Stimmabgabe für die „Welfen“ aus.<sup>72</sup> Da der ADAV im Gegensatz zu der Eisenacher Partei (SDAP) eine preußenfreundliche Haltung vertrat, stellte er auf der politischen Ebene nicht unbedingt eine klare Alternative zur dominierenden Nationalliberalen Partei dar. Die Annexion des Königreichs Hannover und seine Umwandlung in eine preußische Provinz (1866) lag noch keine 10 Jahre zurück und die Wunden, die dieser Krieg in vielen Arbeiter- und Handwerkerfamilien hinterlassen hatte, waren noch keine bloße Erinnerung. In der Provinz Hannover sollte es noch einige Zeit dauern, bis der seit 1871 aufgebaute nationale Pathos mit Kriegsvereinen und Kaiserverehrung den alten Kult um das Könighaus Hannover verdrängen konnte. Da die „Welfen“ selbst in der Gefahr standen, als staatsfeindlich bezeichnet und als Partei verboten zu werden,<sup>73</sup> waren sie Gegner jeglicher Ausnahmegesetzgebung und damit nach den Verboten des ADAV im Juli 1874 und der SAPD am 31.03.1876 in Preußen, besonders aber nach den Diskussionen um das Sozialistengesetz 1878 für Arbeiterwähler zusätzlich attraktiv. Als mit den Wahlen des Jahres 1890 die SPD zu einer starken politischen Kraft wurde, gehörte es zur Politik des „kleineren Übels“ in den Stichwahlen der hannoverschen Reichstagswahlkreise offiziell zur Stimmabgabe für die welfischen Kandidaten aufzurufen.<sup>74</sup>

Vorbehaltlich einer exakteren Wahlanalyse zeigt aber schon eine oberflächliche Betrachtung der Wahlergebnisse im 11. hannoverschen Reichstagswahlkreis den Zusammenhang zwischen Ansteigen und Abfallen der welfischen und sozialdemokratischen Stimmen. Besonders deutlich wurden diese Zusammenhänge bei den Wahlen des Jahres 1878, als die Sozialdemokraten im Wahlkreis von vornherein den „Welfen“ wählten. Die rund 750 sozialdemokratischen Stimmen der Wahlen des Jahres 1877 kamen jetzt dem Welfen zugute, wodurch dieser zum ersten Mal seinen nationalliberalen Gegenkandidaten überflügeln konnte.<sup>75</sup>

In den 70er Jahren scheint es in Northeim zu keinen weiteren Versammlungen der Arbeiterbewegung gekommen zu sein.

Von einem Versuch, im Januar 1877 eine öffentliche Versammlung zustande zu bringen, erfahren wir durch den folgenden Anmeldezettel. Da in der entsprechenden Akte jedoch kein Polizeibericht darüber vorhanden ist, steht zu vermuten, dass sie ausgefallen ist oder verboten wurde.

„An das wohllobliche Königliche Preussische Amt zu Northeim  
Unterzeichnet meldet den wohlloblichen Behörden an, dass am Donnerstag, dem 4. Januar 1877 Abends 7 Uhr in der Gastwirthschaft des Herrn /Fiebel/korn eine öffentliche Versammlung stattfindet.  
L. Lingner, Gastwirth“<sup>76</sup>

---

<sup>72</sup> Vgl. Gö Volksblatt vom 27.10.1928, Hedemünden. Die Welfenpartei erstrebte die Wiederherstellung des Königreichs Hannover.

<sup>73</sup> Siehe z. B. ‚Volkswille‘ vom 20.08.1891, Verbot von 2 Welfenklubs in Hann. Münden.

<sup>74</sup> Vgl. A. v. Saldern, Vom Einwohner zum Bürger, aaO, S. 94 f.

<sup>75</sup> Vgl. Tabelle bei Bischoff, aaO, S. 141. Den Welfen wählten allerdings auch konservative Bauern und Katholiken.

<sup>76</sup> StAN, „Acta betreffend die Sozialdemokratie“, R XIIIb, F. 86 d.

## Unter dem Sozialistengesetz

Als am 21. Oktober 1878 das Sozialistengesetz in Kraft trat, gab es in Northeim keinen Verein, der den Bestimmungen des Gesetzes gemäß hätte aufgelöst werden müssen. Der Amtshauptmann (später: Landrat) meldete in diesem Jahr nach Hildesheim:

„..., dass in hiesigem Bezirk die sozialdemokratische Bewegung überall noch keinen Fuß gefasst hat und es ihr auch, da Fabriken nicht vorhanden sind, an Boden fehlt.“<sup>77</sup>

Solche Meldungen bezogen sich allerdings nur auf organisatorisch erfassbares „Fußfassen“. Wie viel Sozialdemokraten sich unter den Handwerksgesellen in Stadt und Amt (Landkreis) Northeim damals befunden haben mögen, ist nicht bekannt. Handwerksgesellen, Arbeiter und sogar arbeitslos gewordene Kleinmeister in Not geratener Gewerbe (wie z. B. Schneider und Schuster) befanden sich massenhaft in Bewegung und zogen zwischen den Städten auf der Suche nach Arbeit hin und her. Dort, wo – wie der Northeimer Amtshauptmann berichtete - sichere Arbeitsplätze durch aufblühende Industriebetriebe keine Kontinuität bieten konnten, hatten Gründungsversuche von Arbeitervereinen immer etwas Vorläufiges, Instabiles. Oft hingen solche Initiativen an einzelnen Personen, mit deren Wegzug aus einer Stadt Gründungen wieder zusammenbrachen oder ein-schliefen. Ein Übriges taten die Repressionsmaßnahmen.

Handwerksgesellen verschiedenster Berufe bewahrten in ihren Traditionen aber viele Verhaltensweisen, die dem Grundbedürfnis nach Solidarität entsprachen und mit Unterdrückungsmaßnahmen nicht bekämpfbar waren. So konnte z. B. in den Gastwirtschaften, die den Gesellen als Herbergen dienten, durch Polizei-maßnahmen zwar ein Klima der Unsicherheit und der Angst verbreitet werden, ihr Charakter als Informationsbörse darüber z. B. wo welche Handwerksmeister bestreikt wurden oder über politische Nachrichten blieb trotzdem erhalten. Auch hörten die Versuche, vereinsmäßige Zusammenschlüsse zu gegenseitige Unterstützung im Krankheitsfall, im Fall eines Arbeitskampfes, auf der Reise oder im Todesfall (für die Hinterbliebenen) zu gründen, niemals auf. Elementare menschliche Bedürfnisse standen hinter diesen Zusammenschlüssen und kaum war ein Verein verboten, suchten die Handwerker und die Arbeiter schon wieder nach Möglichkeiten, sich anderen bestehenden Kassen anzuschließen. Zahlstellen solcher Unterstützungsvereine konnten allerdings nur dort entstehen, wo ein ortsansässiger Personenkreis für Beständigkeit sorgen konnte. Sozialdemokraten als Vereinsmitglieder dienten den städtischen und staatlichen Behörden regelmäßig zur Begründung von Verboten und Zwangsaufösungen.<sup>78</sup> Neben solchen Unterstützungseinrichtungen gab es eine Fülle von Tarnvereinen.

Von einem Gründungsversuch in Northeim und seinem Scheitern erfahren wir aus dem Jahr 1880. Fremde Handwerksgesellen hatten sich bei einem ortsansässigen Wirt des Öfteren getroffen und versuchten nun einen festen Zusammenschluss im satzungsmäßig abgesicherten Verein „Kosmopolit“. Schon der Name des Vereins wird die Behörden alarmiert haben. Da die Vereinsgründung in die Phase der „harten Praxis“ des Sozialistengesetzes fiel, brauchten die Behörden keine besonderen Anstrengungen zu unternehmen, um ihn zu unterdrü-

<sup>77</sup> NSTA Hann. 80 Hild. II/I, Akte Nr. 571 zit. n. Bischoff, aaO, S. 8.

<sup>78</sup> Vgl. hierzu: G. Christmann, Gründung und Aufbau, in: H. Grebing/H. O. Hemme/G. Christmann (Hg), Das Holzarbeiterbuch – Geschichte der Holzarbeiter und ihrer Gewerkschaften, Köln 1993, S. 13 – 37.



cken. Der Verdacht, in diesem Verein könnten sozialdemokratische Bestrebungen verfolgt werden, reichte bis etwa 1881 ohne weiteres aus, ihm durch Nichtgenehmigung seiner Satzung die Existenzgrundlage zu entziehen. Der Northeimer Magistrat machte in diesem Fall keine halben Sachen: Dem Gastwirt wurde klargemacht, dass er mit unangenehmen Folgen zu rechnen haben würde, falls er Mitglieder des Vereins weiterhin einen Raum zu Verfügung stellen sollte. Damit war dem Verein „Kosmopolit“ in Northeim das Lebenslicht ausgeblasen.<sup>79</sup>

Die Sozialdemokraten hüteten sich zunehmend, ihre politische Gesinnung den Spitzeln der Verfolgungsbehörden preiszugeben. Allerdings hat man sich unter den Ordnungskräften der damaligen Zeit auch nicht solch ausgebaute Überwachungsapparate vorzustellen, wie sie das 20. Jahrhundert hervorgebracht hat. Erhöhte Aufmerksamkeit zog im November 1881 der wegen „sozialdemokratischer Untriebe“ aus Hamburg ausgewiesene Zigarrenmacher Bornemann auf sich. Bornemann war mit zwei oder drei Kollegen<sup>80</sup> nach Northeim gekommen. Er mietete von der Stadt ein Arbeitslokal, meldete sich als Zigarrenfabrikant zur Steuer an und betrieb mit zwei Arbeitern die Zigarrenfabrikation.

Der Magistrat der Stadt berichtete fortlaufend nach Hildesheim, doch trotz aufmerksamster Beobachtungen konnten keine Aktivitäten entdeckt werden, die ein Eingreifen ermöglicht hätten. So meldete man z. B. am 19. April 1882:

„..., dass die Sozialdemokraten Bornemann, Schulte und Scharnweber bislang hier ganz ruhig sich verhalten und wir bislang keine Spur entdeckt haben, daß dieselben demokratische Wühlereien treiben oder Verbindungen nach außen unterhalten.“

Dann scheinen Bornemann und seine Kollegen Northeim verlassen zu haben. Von diesem Wegzug berichtete der Magistrat dem Regierungspräsidenten im Frühjahr 1883.<sup>81</sup> Manfred Bischoff zog daraus und aus fehlenden weiteren Nachrichten das folgende Fazit:

„Nach dem Wegzug Bornemanns und seiner Arbeiter im Frühjahr 1883 geschieht bis 1890 nichts, was auf eine sich entwickelnde sozialdemokratische Bewegung am Ort hindeutet. Aber auch nach 1890 (...) kam es in Northeim bis zum Ausbruch des 1. Weltkrieges zu keiner Gründung eines sozialdemokratischen Wahlvereins.“<sup>82</sup>

Dieses Fazit und die erkenntnisleitende Sichtweise sind aus mehreren Gründen problematisch. Zum einen handelten Sozialdemokraten unter den Bedingungen des Sozialistengesetzes illegal und mussten ihre Kommunikationsstrukturen vor der Polizei verbergen. Zum anderen sind „sozialdemokratische Bewegung“ und „sozialdemokratische Partei“ weder in diesen Jahren noch für die Zeit des Kaiserreichs insgesamt gleichzusetzen.

Auch nach dem Fall des Sozialistengesetzes im Jahr 1890 hatte die Gründung eines Wahlvereins zur Voraussetzung, dass neben den Statuten Mitgliederverzeichnisse bei der Polizeiverwaltung eingereicht werden mussten. Zudem hatte die Polizeiverwaltung das Recht, einen Beamten in die Versammlungen des

---

<sup>79</sup> Bischoff, aaO, S. 9, Anm. 1.

<sup>80</sup> Ebda., S. 9 nennt 2, W. Lechte nennt in seinen Erinnerungen 1928 den Namen „Schiele“.

<sup>81</sup> Bischoff, aaO, S. 9.

<sup>82</sup> Ebda.

Wahlvereins zu schicken und jede Äußerung mitzuschreiben. Einen Datenschutz gab es nicht. Von den Erkenntnissen der Polizei wurde in Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern Gebrauch gemacht. Für den einzelnen Arbeiter oder Handwerker war das Risiko, das er mit einer Einzeichnung in die Mitgliederliste eines sozialdemokratischen Wahlvereins einging, relativ genau abschätzbar. Ob man seine Existenzgrundlage durch Verbannung aus einer Stadt verlor – diese Praxis der Behörden zurzeit des Sozialistengesetzes war den Norheimern ja am Beispiel des Hamburger Zigarrenarbeiters Bornemann vor Augen geführt worden – oder ob man nach 1890 das gleiche Schicksal ohne förmliche Ausweisung zu erleiden hatte, machte für den betroffenen Arbeiter keinen großen Unterschied. Die gefürchteten „schwarzen Listen“ der Unternehmen bedeuteten für einen zum Fabrikator hinaus gemäßregelten Arbeiter, dass er auch bei keinem anderen Arbeitgeber der Stadt und oft auch der Region keine Arbeit mehr bekommen konnte. Nur dort, wo sich unter den Massen der Arbeiter im Rahmen etwa der sozialdemokratischen Bewegung Solidarstrukturen ausgebildet hatten, die einen derart gemäßregelten Genossen auch ökonomisch auffangen konnten, verlor das angesprochene Kampfmittel der Unternehmer etwas von seiner Schärfe.

Im nahen Hann. Münden z. B., das eine in unserem südniedersächsischen Raum ungewöhnlich große Zusammenballung von Industriearbeitern beherbergte, konnte ein aus seiner Arbeit in der Fabrik geworfener Schuhmacher immerhin noch eine Zeitlang versuchen, sich ‚über Wasser‘ zu halten, indem er die Schuhe seiner Genossen und ihrer Familien reparierte. Aber auch dort stellte sich das, angesichts der bitteren Armut der meisten Industriearbeiter Anfang der 90er Jahre, noch als Sackgasse heraus.<sup>83</sup>

Oft war der Verlust der Wohnung der nächste Schritt auf der Leiter des sozialen Abstiegs. Viele Arbeiterfamilien schätzten sich in den 80er Jahren noch glücklich, wenn mildtätige Seelen in der Stadt wenigstens soviel Gefühl für das unter ihren Augen geschehene Unrecht behielten, dass sie ihnen durch Spenden ermöglichten fortzuziehen oder „transatlantisch zu werden“, d. h., nach Amerika auszuwandern.<sup>84</sup>

In Norheim gab es damals keine Arbeitermassen. Die herrschenden Kreise der Stadt setzten in ihren ökonomischen Überlegungen auf das Beamtentum der Eisenbahn, der staatlichen Behörden, auf die Offiziere der kaiserlichen Armee, bestenfalls noch auf Lehrer, auf reiche Rentiers oder Pensionäre. Handwerker und Arbeiter sollte es in ihrer Stadt nur so viele geben, wie auch in schlechten Zeiten ohne größere Probleme unterstützt werden konnten. Brauchte man vorübergehend mehr Arbeitskräfte, konnte man diese aus den umliegenden Dörfern und kleinen Städten anwerben. War die Arbeit getan, sollten die Arbeitskräfte wieder verschwinden. Die herrschenden Kreise waren hier in besonderem Maße arbeiterfeindlich eingestellt und sahen in jeder größeren Ansammlung von Arbeitern die Gefahr des Umsturzes der Gesellschaftsordnung. Wer sich in dieser Stadt als Sozialdemokrat engagierte, sich also öffentlich als Staatsfeind zu erkennen gab, musste wirtschaftlich unabhängig sein von der städtischen Gesell-

---

<sup>83</sup> Erst der Aufbau der Mündener Konsumgenossenschaft nach der Jahrhundertwende mit den entsprechenden Arbeitsplätzen entzog die sozialdemokratischen Funktionäre dieser Bedrohung.

<sup>84</sup> Vgl. z. B. die vielen erwähnten Auswanderungen in den Erinnerungen im Volksblatt, Oktober 1928. Wilhelm Lechte konnte sich nach „Abschiebung“ aus der Zigarrenfabrik, getragen vom Wunsch seiner Genossen, in Bovenden selbstständig machen. Er eröffnete einen Zigarrenladen.

schaft oder er musste jung und ohne familiäre und sonstige Verpflichtungen sein.<sup>85</sup>

## Erinnerungen an „Allgäuer“ und „Schweizerkäse“

Die illegale Parteiarbeit der Sozialdemokraten während der 12 Jahre des Sozialistengesetzes blieb den Northeimer Behörden verborgen. Lösen wir uns also vom Blickwinkel der städtischen Polizeiverwaltung und des Landrates, denen es in ihren Berichten „nach oben“ in erster Linie darauf ankam, ihre Tüchtigkeit bei der Verhinderung „sozialdemokratischer Bestrebungen“ in ihrem Zuständigkeitsbereich zu belegen. Der Zigarrenarbeiter Wilhelm Lechte aus Bovenden (bei Göttingen) erinnerte sich 1928 an diese schweren Zeiten:

„Mit den Genossen in Northeim, Einbeck, Osterode und Münden hielten wir regen Verkehr. In Northeim waren es die aus Hamburg ausgewiesenen Genossen Bornemann und Schiele, aus Einbeck Genosse A. Müller, aus Osterode der später nach Amerika ausgewanderte Genosse Schulenberg und in Münden der ebenfalls nach Amerika ausgewanderte Genosse Adolf und dann Jean Kaldaue...“<sup>86</sup>

Northeim nahm in der illegalen Parteiorganisation der südniedersächsischen SPD also einen festen Platz ein. Aus den Erinnerungen eines Northeimer Sozialdemokraten erfahren wir hierzu weitere Details:

„War in früheren Jahren nach außen hin auch noch keine feste Verbindung unter den Parteigenossen, so hat es doch nicht an Genossen gefehlt, die jederzeit für die Partei tätig waren und auch auf gewerkschaftlichem Gebiet ihren Mann standen. Die Sammelstelle aller Parteigenossen war in den 80-er und 90-er Jahren bei dem Zigarrenmacher Bornemann, der am Münster einen kleinen Laden inne hatte und für sein Eintreten für die Partei zuletzt aus Hamburg ausgewiesen war. Ihn und seine Frau deckt schon lang der grüne Rasen. Die heute noch lebenden Parteigenossen Könecke und Battermann haben unter dem Sozialistengesetz manchen Sturm mitgemacht und sich als einzige Anhänger der „Roten Feldpost“ mit betätigt und manche Kiste „Allgäuer“ oder „Schweizerkäse“ an den Mann bringen helfen. Mußten sie doch ständig der Gefahr ins Auge sehen, erwischt zu werden und in das Gefängnis zu wandern, so hatten sie um so größere Freude, wenn sie die Aufmerksamkeit der Polizei täuschen konnten und ihre Arbeit gut gelungen war.“<sup>87</sup>

Eine Interpretation dieser Erinnerungen ist schwierig, doch deuten die Aussagen Wilhelm Lechtes und die unseres Northeimer Gewährsmannes darauf hin, dass es mindestens zwei Organisationsstrukturen gegeben haben muss, die die illegale Parteiarbeit unabhängig voneinander trugen. Das war einmal das Netz der sich in den 80er Jahren legal (re)organisierenden Tabakarbeiterunterstützungsvereine, das war zum anderen die illegale Organisation der „Roten Feldpost“.

---

<sup>85</sup> Vgl. hierzu VB, 21.10.1928 (2. Beilage), Erinnerungen W. Lechtes.

<sup>86</sup> Vgl. hierzu VB, 21.10.1928 (2. Beilage), Erinnerungen W. Lechtes.

<sup>87</sup> Göttinger Volksblatt, 23.10.1928 (Kopiensammlung D. Kropp, Bl. 338).

Die „Rote Feldpost“ war eine seit Ende 1879 aufgebaute Organisation zum Versand und zur Verteilung des „Sozialdemokrat“. „Der Sozialdemokrat“ wurde im Herbst 1879 als neues Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie gegründet, bis zum September 1888 in Zürich und dann bis September 1890 in London als Wochenzeitung erarbeitet.<sup>88</sup> Der Vertrieb des sozialdemokratischen Zentralorgans basierte auf einem Netz von Vertrauensleuten, an die die Zeitung durch die Briefpost oder den Frachtversand über verschiedene Zwischenstationen gebracht wurde und die dann die Verteilung vor Ort organisierten. Anfänglich war nicht der Erhalt des „Sozialdemokrat“ als Abonnement strafbar, sondern nur dessen Weiterverbreitung. Das änderte sich mit dem „Freiberger Geheimbundprozess“ vom August 1886, mit dem jegliche Verbindung zu der Zeitung für strafbar erklärt wurde. Eine nachweisbare direkte Verbindung hatte die „Rote Feldpost“ nach Osterode am Harz.

Nach dem Freiberger Prozess, bei dem mehrere führende Sozialdemokraten zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden waren, pflanzte sich eine Welle ähnlicher Prozesse im Reichsgebiet fort. 1887 z. B. mussten sich im sogenannten „Osteroder Geheimbundprozess“ neun Tabakarbeiter aus Osterode vor einem Göttinger Gericht verantworten. Sie wurden verurteilt und 1888 begnadigt.<sup>89</sup>

Die Ausdrücke „Schweizerkäse“ und „Allgäuer“ als Tarnnamen für die Agitationschriften der „Roten Feldpost“ bezogen sich wohl auf den Herstellungsort des „Sozialdemokrat“ Zürich in der Schweiz. Der Name „Allgäuer“ könnte auf einen anderen ‚Herstellungsweg‘ der Zeitung hinweisen, der über Nürnberg lief, wo in den letzten Jahren der Illegalität im Unternehmen von Karl Grillenberger die Matern hergestellt wurden.<sup>90</sup>

Für das Vertriebssystem der „Roten Feldpost“ hatte der Eisenbahnknotenpunkt Northeim offensichtlich eine gewisse Bedeutung. Die Äußerung unseres Gewährmannes, die Tätigkeit der Parteigenossen Könecke und Battermann habe darin bestanden, „...manche Kiste „Allgäuer“ oder „Schweizerkäse“ an den Mann bringen (zu) helfen...“, deutet darauf hin, dass Northeim eine Art Durchgangsstation gewesen ist.

Es ist jedenfalls angesichts der geringen Zahl von Arbeitern in der Kleinstadt Northeim schwer vorstellbar, an wen dort kistenweise illegales Agitationsmaterial hätte verteilt werden können.

Über die beiden Northeimer Mitarbeiter der „Roten Feldpost“ liegen uns leider keine weiteren Informationen vor. Ein Maschinenputzer namens Könecke war 1906 Mitglied der Sterbekasse des Ortsvereins deutscher Eisenbahn-Handwerker und –Arbeiter, ein Werkhelfer gleichen Namens wurde 1918 Mitglied des Northeimer „Volksrat/es“. Ob der dreimal auftauchende Name sich auf dieselbe Person bezieht, konnte nicht geklärt werden.<sup>91</sup>

---

<sup>88</sup> Vgl. hierzu Dieter Fricke, Die deutsche Arbeiterbewegung 1869 – 1914 (Handbuch), Berlin 1976, S. 391 ff.

<sup>89</sup> Zum Freiberger Prozess, siehe Fricke, aaO, S. 151; zum Zusammenhang S. 395; zum Osteroder Prozess vgl. GÖVB 21.10.1928 und Koch, aaO, S. 55

<sup>90</sup> Siehe Fricke, aaO, S. 393 f. zu Karl Grillenberger.

<sup>91</sup> Vgl. StAN 439/66/32 und Bischof, aaO, S. 19, Anm. 1. Die Schreibweise des Namens variiert.

## **Die Organisation der Tabakarbeiter als Stützpunktnetz der illegalen Parteiarbeit**

Neben den Aussagen Wilhelm Lehtes zur Rolle der Tabakarbeiter Südniedersachsens in der illegalen Parteiarbeit, erhellte auch der „Osteroder Geheimbundprozess“ das besondere Engagement der Arbeiter dieses Industriezweiges.

In Einbeck hielten die Zigarrenarbeiter den Kontakt untereinander über einen berufsspezifischen Gesangverein, dessen Vorsitzender August Müller war. Mit anderen ortsansässigen Sozialdemokraten konnte man sich gelegentlich im Rahmen kleinerer Feiern des Vereins verständigen, die in Wirklichkeit getarnte politische Versammlungen waren. In Uslar wurde im Frühjahr 1886 eine „Filiale des zu Bremen beheimateten Reise-Unterstützungs-Vereins deutscher Tabakarbeiter“ gegründet, „die das Wiederaufleben gewerkschaftlicher Organisation unter den Zigarrenarbeitern anzeigte und der Vorläufer des späteren ‚Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes‘ war“.<sup>92</sup>

Ein solcher Fachverein bildete sich im November 1886 auch in Northeim. W. Engelhardt meldete am 11. November die Bildung einer örtlichen Mitgliedschaft und gab als vom Vorstand in Bremen mit der örtlichen Geschäftsführung beauftragte Vorstandsmitglieder – neben sich selbst als Vorsitzenden – die Kollegen Dempewolf, Schultze, Mönning, Behrens und Schumacher an. Eine Anfrage der Northeimer bei der Bremer Polizei erhärtete zwar den Verdacht, dass in dem Verein auch sozialdemokratische Bestrebungen verfolgt werden könnten, da man in Bremen Beweis für diesen Verdacht nicht hatte finden können, gab sich auch die Northeimer Polizei erst einmal zufrieden und ließ die Tabakarbeiter gewähren. Die Northeimer Mitgliedschaft entwickelte sich gut, so dass im August 1887 bereits die Voraussetzungen zur Bildung einer Zahlstelle erfüllt waren. Dritter Bevollmächtigter der neuen Zahlstelle wurde Wilhelm Bornemann, dessen Laden uns als Anlaufstelle der illegalen Parteiorganisation vorgestellt worden ist. Der Tabakfabrikant Bornemann muss also irgendwann zwischen 1883 und 1887 nach Northeim zurückgekommen sein. Die illegale Parteiarbeit der organisierten Northeimer Tabakarbeiter war gut getarnt. Die Polizei konnte über die Versammlungen des Unterstützungsvereins nichts politisch Bemerkenswertes berichten. Treffpunkt der Vereinsmitglieder war während der Jahre des Sozialistengesetzes die Northeimer „Schneider Herberge“ in den 90er Jahren trafen sie sich im Lokal des Herrn Nolte.<sup>93</sup> Gradmesser für den Erfolg der Agitationsarbeit waren die Ergebnisse der Reichstagswahlen: 1887 stimmten in der Stadt 16 Einwohner sozialdemokratisch, 1890 gaben bereits 205 Northeimer ihre Stimme dem sozialdemokratischen Kandidaten.

### **Aufbruchstimmung 1890**

Noch vor der Aufhebung des Sozialistengesetzes zeigte sich auch in Northeim im Frühling des Jahres 1890, dass die Arbeiterbewegung trotz scharfer Beobachtung und Repression auf dem Vormarsch war. Im 11. Wahlkreis verstärkten die Sozialdemokraten ihre Agitationsarbeit für die Reichstagswahlen. In vielen Landorten des Wahlkreises fanden Versammlungen statt, Tausende von Flugblättern

---

<sup>92</sup> Zu Einbeck und Uslar vgl. Koch, aaO, S. 51 ff., zum Hintergrund S. 55

<sup>93</sup> StAN 441/69/48 Unterstützungsverein deutscher Tabakarbeiter.

wurden verteilt, auch in der Nähe Northeims wurde eine Veranstaltung durchgeführt, in der der Redner Brey aus Hannover für den sozialdemokratischen Kandidaten Magnus warb.

Über die Stimmung in der Stadt berichtete der Magistrat der Stadt Northeim an den Regierungspräsidenten:

„Durch Verbreitung von Druckschriften und durch Agitatoren ist seitens der sozialdemokratischen Partei gewirkt und erreicht worden, dass sozialdemokratische Ideen bei einem Theile der niederen Bevölkerung Eingang gefunden haben. Mögen nun auch diese Ideen sich nicht gerade in der Richtung bewegen und damit zum Ausdruck gelangt sein, dass eine Beseitigung der besitzenden Klassen und eine Vertheilung der Eigenthümer anzustreben sei, so ist es doch Thatsache, dass die Agitatoren (gestrichen: und in Wahlversammlungen auch die Redner) es an Angriffen auf die besitzenden Klassen nicht haben fehlen lassen und damit eine Saat ausgestreut haben, welche mit der Zeit schon ihre Früchte bringen wird.“<sup>94</sup>

Der Kandidat der SPD erhielt in der Stadt Northeim 18 % der gültig abgegebenen Stimmen, lag nach der dreimal stärkeren „Nationalliberalen Partei“ immerhin gleichauf mit der Welfenpartei und hatte sich damit als ernst zu nehmende politische Kraft in der Stadt angekündigt. Die Northeimer Sozialdemokraten unterstrichen ihre Bereitschaft, den Empfehlungen der Arbeiterpartei zu folgen, indem sie bei der Stichwahl am 20. Februar der Parole folgten, ihre Stimmen nur dem Welfen zu geben. Das Ansteigen der für den Welfen abgegebenen Stimmen von 216 auf 413 entsprach fast genau dem einige Wochen vorher festgestellten sozialdemokratischen Stimmenanteil (205). Mit Hilfe der SPD-Stimmen eroberte der Kandidat der Welfen im 11. Wahlkreis das Reichstagsmandat.

Der 1. Mai des Jahres 1890 wurde von der Öffentlichkeit überall mit großer Spannung erwartet. Der Internationale Arbeiterkongress des Jahres 1889 in Paris hatte vorgeschlagen, den 1. Mai 1890 als internationalen Tag der Arbeitsruhe zu begehen, um für die Forderung nach dem Achtstundentag in möglichst vielen Ländern zu demonstrieren. Die Art der Demonstration wurde den einzelnen Organisationen überlassen, da die Frage der Arbeitsruhe zu einer Machtfrage mit den Unternehmern zu werden drohte und Aussperrungen angekündigt worden waren.<sup>95</sup> In Hamburg kam es im Anschluss an die Maifeier zu einem monatlangen Arbeitskampf.

Für den Regierungsbezirk Hildesheim meldete der Regierungspräsident nach Hannover:

„Auch der 1. Mai hat hier keine Unterbrechung zustande zu bringen vermocht. Nur vereinzelte gewerbliche Arbeiter haben an diesem Tag gefeiert und nur aus vereinzelten Orten wurden am Abend des 1. Mai kleine Versammlungen und Festlichkeiten abgehalten.“<sup>96</sup>

---

<sup>94</sup> StAN, R VIII b, Fach 86 d, Acta betr. Socialdemokratie. Bericht vom 14.03.1890.

<sup>95</sup> Vgl. Arno Klönne, Die deutsche Arbeiterbewegung, Düsseldorf/Köln 1981\*, S. 83 f. Zur Kampf Stimmung unter den Bergarbeitern 1889, siehe H. Grebing, Arbeiterbewegung, München 1985, S. 9 ff. Als Beispiel für Aussperrungsdrohungen in Südniedersachsen vgl. ‚Mündensche Nachrichten‘ vom 30.04.1890; für Göttingen vgl. A. V. Saldern, Vom Einwohner..., aaO, S. 145 f.

<sup>96</sup> \* HstA-Hannover, Hann. Des. 122 a I 104 Vol. 6, 2. Quartal 1890.

Für eine politische Machtprobe fehlten den Arbeitern in der Region die Mittel. Die zusammenfassende Aussage des Regierungspräsidenten für den Regierungsbezirk traf auch für Northeim zu. Aus einem Bericht des Magistrats der Stadt erfahren wir Einzelheiten:

„Einige als Socialdemokraten bekannte Zigarrenarbeiter hatten allerdings die Veranstaltung einer Kundgebung in die Hand genommen und den Versuch gemacht, die hiesigen Arbeiterkreise zur Theilnahme zu veranlassen. Der Versuch ist indessen kläglich gescheitert, und sahen sich die gedachten Agitatoren schließlich genöthigt, von allen Kundgebungen abzusehen und für sich allein zu feiern. So machten sie denn am gestrigen Nachmittage in Stärke von fünf Mann mit zwei Frauen und einigen Kindern einen Ausflug und vergnügten sich im Freien bei einem Glase Bier.

Es mag noch erwähnt werden, dass gestern Morgen auf dem Wieterberge eine rothe Fahne wehte, welche von den Polizeibeamten sofort entfernt worden ist.“<sup>97</sup>

Die fehlende Bereitschaft der Arbeiter in der Provinz, dem Aufruf zur Maifeier zu folgen, mag auf die politisch aktiven Northeimer Zigarrenarbeiter ernüchternd gewirkt haben, den Schneid ließen sie sich trotzdem nicht abkaufen. Auch darf aus der mangelnden Resonanz auf die Maiaufrufe nicht auf die Kampfbereitschaft der Arbeiter schlechthin geschlossen werden. Die Lohnbewegungen der Jahre 1889 und 1890 führten auch in Südniedersachsen zu einem Ansteigen der Löhne um 5 – 15 %. In den meisten Fällen genügten Streikdrohungen, so z. B. ausgehend von den Maurern und Zimmerleuten in Hildesheim und Hann. Münden. In Uslar und Einbeck kam es 1889 aber auch zu Streiks. In Wiebrechtshausen, Moringen und Höckelheim setzten die Arbeiter im September 1890 ihre Lohnforderungen durch.<sup>98</sup>

Während sich die Arbeiter unter den günstigen konjunkturellen Bedingungen Ende der 80er Jahre mit gewerkschaftlichen Mitteln weitgehend durchsetzen konnten, blieben ihre Möglichkeiten, sich politisch zu organisieren und zu artikulieren auch nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes mehr oder weniger eng umgrenzt.

Eine symbolische Aktion, die vermutlich wieder von den Northeimer Tabakarbeitern ausging und noch den Regeln der konspirativen Arbeit folgte, macht das indirekt deutlich:

„Northeim. Am Morgen des ersten Oktober flatterte von einer hohen Linde in der Nähe des Schießhauses auf dem Mühlenanger eine große rothe Fahne, welche unzweifelhaft von hiesigen Socialdemokraten zur Feier der Aufhebung des Sozialistengesetzes dort angebracht worden ist. Die Polizei ließ die Flagge alsbald entfernen.“<sup>99</sup>

Von den begrenzten Möglichkeiten, sich in sozialdemokratischen Wahlvereinen organisieren zu können, gingen offensichtlich auch die hannoveraner Parteifunktionäre aus, wenn sie mit Blick auf Südniedersachsen empfahlen, dem Beispiel

---

<sup>97</sup> StAN 410/413/3 Gewerbliche Arbeitseinstellungen...

<sup>98</sup> Vgl. HstA-Hannover, Hann. Des. 122 a I 104 Vol. 6 und 'Volkswille', 1. Ausgabe 13.09.1890

<sup>99</sup> 'Volkswille' vom 04.10.1890.

der Holtenser Arbeiter zu folgen. Der ‚Volkswille‘, das sozialdemokratische Parteiorgan der Provinz Hannover, brachte in seiner ersten Ausgabe diese Meldung:

„In dem bei Northeim gelegenen Holtensen bildete sich ein ‚Arbeiterverein zur Wahrung der Arbeiterinteressen und Verbreitung von Aufklärung‘, es wäre sehr wünschenswerth, wenn diesem Vorgehen noch mehrere Orte folgten.“<sup>100</sup>

Allerdings war zum Zeitpunkt dieser Empfehlung das Sozialistengesetz noch offiziell in Kraft. Es zweifelte indes nach dem überwältigenden Wahlsieg der sozialdemokratischen Partei kaum noch jemand daran, dass dieses Gesetz keine Verlängerung mehr finden würde. Dem Vorbild der Holtenser Arbeiter scheint in der Region niemand gefolgt zu sein. Der Geschichte des Holtenser „Arbeitervereins“ ist bisher niemand nachgegangen. In dem nahe bei Northeim gelegenen Dorf lebten viele Bauarbeiter und –handwerker, die zusammen mit ihren Familien kleine Landwirtschaften betrieben. Beide ökonomische Standbeine dürften dazu beigetragen haben, dass die Holtenser Bauarbeiter über eine relative Unabhängigkeit und ein entsprechendes Selbstbewusstsein verfügten. Allerdings war es auch hier nicht einfach, dem Druck der dörflichen Größen auf Dauer zu widerstehen, wenn die Arbeitsmöglichkeiten auf den Baustellen der umliegenden Städte abnahmen. Nach der Gründung im September 1890 hören wir von dem Verein erst wieder im Dezember des Jahres. Der Verein hatte sein erstes Fest gefeiert:

„...trotzdem die besser situierten Einwohner den jungen Verein sehr scheel ansehen und mit allerlei Malicen bedenken, nahm das Fest einen für das Dorf sehr glänzenden Verlauf. Wir wünschen dem Verein eine stets rege Beteiligung der Arbeiter Holtensens, dann wird der Erfolg: Aufklärung und Klassenbewusstsein, nicht fehlen.“<sup>101</sup>

Für die Folgezeit finden sich keine Berichte über weitere Aktivitäten des Vereins. Möglicherweise musste man sich den „Malicen“ der besseren Kreise beugen. Dass es unter den Arbeitern des Dorfes trotzdem nicht an Klassenbewusstsein fehlte, zeigten die Ereignisse 13 Jahre später, als sich die Maurer organisierten und um höhere Löhne kämpften.

Es mögen diese spektakulären Ereignisse des Jahres 1890 in Northeim und Holtensen gewesen sein, die in der Öffentlichkeit Beunruhigung und Fehleinschätzungen bezüglich der Stärke der Arbeiterbewegung in Northeim hervorriefen. Auf einer Tagung der Generaldiözese Göttingen am 22.04.1891 z. B. berichteten die Superintendenten über den Stand der sozialdemokratischen Partei in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen. In der Tagung kam man zu dem Schluss, dass Northeim neben Einbeck, Weende, Bovenden, Göttingen und Osterode als ein Zentrum der Arbeiterbewegung in Südniedersachsen anzusehen sei.<sup>102</sup> Wie wir gesehen haben, handelte es sich in Northeim aber bestenfalls um bescheidene Anfänge der Arbeiterbewegung. Die beschriebenen Aktivitäten und Aktionen stützten sich – mit Ausnahme der Vereinsgründung in Holtensen – auf einige unverdrossene Einzelkämpfer.

---

<sup>100</sup> ‚Volkswille‘ vom 13.09.1890, Beilage.

<sup>101</sup> ‚Volkswille‘ vom 13.12.1890.

<sup>102</sup> Vgl. A. v. Saldern, Vom Einwohner ..., aaO, S. 99 f.; vgl. auch Bischof S. 10, Anm. 1.



## Nach dem Sozialistengesetz

### Initiativen und ‚Malicen‘

In den Erinnerungen vieler südniedersächsischer Sozialdemokraten bildete das Jahr 1890 nicht einen solchen tiefen Einschnitt wie wir das rückblickend annehmen möchten. Für unseren Northeimer Berichterstatter beispielsweise bildeten die 80er und 90er Jahre eine Einheit.<sup>103</sup> Das Ende der Illegalität im Oktober 1890 erweiterte zwar den Handlungsspielraum der sozialdemokratischen Parteiorganisation, das weiter bestehende Vereinsgesetz und andere Gesetze (wie z. B. die Sabbatordnung) und die Verfügungsgewalt über Versammlungsräume und Arbeitsplätze bildeten zumindest in den Klein- und Mittelstädten Instrumente in den Händen der Koalition aus Stadtverwaltung, kirchlichen und staatlichen Autoritäten und Arbeitgebern, die den Mitteln des Sozialistengesetzes an Wirksamkeit kaum nachstanden.<sup>104</sup>

So erfahren wir von einer Versammlung am 21.12.1890 im Saal des Gasthofs „Zum Stern“, die zahlreich besucht war. August Brey, der Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes, hielt einen längeren Vortrag über die neugeschaffene Alters- und Invalidenversicherung, mit der die 1884 eingeleitete Sozialreform ihren Abschluss finden sollte. Brey bezeichnete das „Gebäude“ der Sozialreform, bestehend aus der Krankenversicherung, der Unfallversicherung und der Alters- und Invalidenversicherung, als „für die Arbeiter gänzlich unzulänglich...“. Der gute Kern der Sozialgesetze werde von den Sozialdemokraten anerkannt, sie seien aber „nichts weiter geworden als eine veränderte Form der Armenpflege“. Eine Resolution gleichen Inhalts, die die SPD-Reichstagsfraktion aufforderte, Abänderungsanträge im Reichstag einzubringen, wurde von der Northeimer Volksversammlung angenommen. Die Versammlung schloss – laut Bericht des ‚Volkswillen‘ – mit einem dreifachen, begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.<sup>105</sup>

Dieser optimistisch gehaltene Versammlungsbericht zeigte nur eine Seite der Medaille. Dass die große Volksversammlung noch ein gerichtliches Nachspiel hatte, erfahren wir aus einem späteren Zeitungsbericht weitere Einzelheiten, die für das Verständnis der Entwicklung der Northeimer Arbeiterbewegung nicht unwesentlich sind. Der Vorsitzende der Versammlung am 21.12.1890 hatte nämlich die Teilnehmer zu einer Geldspende aufgefordert, mit der die Tagungskosten (also Saalmiete, Fahrtkosten für den Referenten) gedeckt werden sollte. Da dem Einberufer seitens der Polizei schon vorher klargemacht worden war, dass eine Tellersammlung nicht geduldet werden würde, versuchte er es mit einer Sammlung, deren Überschuss dem städtischen Krankenhaus zugute kommen sollte. Aber auch hier griff der Polizeibeamte ein mit der Bemerkung, dass auch eine solche Geldsammlung nicht erlaubt sei. Der ‚Volkswille‘ berichtete:

„Durch dieses Vorgehen der überwachenden Beamten wurde natürlich die Mehrzahl der Anwesenden eingeschüchtert und dadurch die Spende gestört. Heute nun (30.12.1890) erhält der Vorsitzende jener Versammlung

<sup>103</sup> Vgl. den oben zitierten Bericht aus dem Göttinger Volksblatt vom 23.10.1928.

<sup>104</sup> Mit der Sabbatordnung, die die Störung des Gottesdienstes unter Strafe stellte, wurde von vielen Landräten die sonntägliche Flugblattverteilung der Sozialdemokraten bekämpft. Bei einer 6-Tage-Arbeitswoche mit mindestens 60 Arbeitsstunden kam dem Sonntag als Agitationstag eine überragende Bedeutung zu.

<sup>105</sup> Vgl. ‚Volkswille‘ vom 25.12.1890.

ein Strafmandat von 15 Mk. event. 3 Tage Haft wegen unerlaubter Veranstaltung von Geldsammlungen.<sup>106</sup>

Diese Strafe war drakonisch. Ein Landarbeiter verdiente – wie der ‚Volkswille‘ im Anschluss an den Northeim-Artikel schilderte – damals auf der Domäne Hardeggen in 10 Tagen einschließlich Dreschakkord 5,30 Mark. Die Strafe von 15 Mark konnte ein Arbeiter damals nicht aufbringen. Ging er stattdessen ins Gefängnis, fielen drei Tagelöhne aus. Die Einschüchterung der Versammlungsteilnehmer wird vor diesem Hintergrund verständlicher. Mit der Bestrafung des Northeimer Versammlungsleiters führten Polizei und Gericht den sozialdemokratisch orientierten Arbeitern eindringlich vor Augen, welche Risiken sie mit einem offenen Eintreten für die Arbeiterbewegung auch nach dem Ende des Sozialistengesetzes eingingen. Im thematischen Zusammenhang der Volksversammlung veröffentlichte der ‚Volkswille‘ nach einer Lageschilderung zum herrschenden Kohlemangel und zur bitteren Not unter den Arbeitern bezogen auf Northeim den folgenden Artikel:

„Das Alters- und Invaliditätsgesetz ist ohne Sang und Klang empfangen; dasselbe bietet uns eine gute Propaganda für unsere Ideen. ‚Ja‘, - soll neulich ein Arbeitgeber gesagt haben – ‚weshalb haben die Sozialdemokraten sich nicht besser gegen das Gesetz gewehrt?‘ Es wurde ihm bedeutet, dass 11 Stimmen noch lange nicht die Mehrheit von 397 Stimmen sei. Er und seinesgleichen sollten das nächste Mal nur sozialistisch wählen, damit mehr Sozialdemokraten in den Reichstag kämen. Das schien ihm aber noch nicht recht zu passen. Die Vortheile, welche für die Gesamtheit von einer oppositionellen Partei errungen werden, sind selbst dem schwächlichsten Leisetreter willkommen, aber selber Opposition zu machen und noch dazu der sozialdemokratischen Partei anzugehören, dazu fehlt ihnen der Muth, wenn auch die Einsicht vorhanden ist.“<sup>107</sup>

Wir wissen nicht, ob der ‚Volkswille‘ sich mit diesem Artikel auf ein tatsächliches Vorkommnis in Northeim bezog oder ob ein erfundenes Gespräch dazu dienen sollte, gegen ein sich unter den Arbeitern allgemein ausbreitendes Gefühl der Enttäuschung und Resignation zu argumentieren. Hier wurde zwar ein Arbeitgeber angegriffen, zwischen den Zeilen aber konnte jeder sozialdemokratisch wählende Arbeiter lesen, dass mit dem schwächlichen, mutlosen Leisetreter auch er gemeint sei. Die Partei forderte zum Eintritt und zum selbsttätigen Engagement vor Ort auf.<sup>108</sup>

Wie sehr der Appell des ‚Volkswillens‘ von den Erfahrungen der Arbeiter in den großen Städten geprägt war, beziehungsweise wie sehr er an den damaligen Handlungsbedingungen sozialdemokratisch denkender Arbeiter in der Kleinstadt Northeim vorbeiging, soll das folgende Beispiel zeigen.

---

<sup>106</sup> ‚Volkswille‘ vom 03.01.1891.

<sup>107</sup> ‚Volkswille‘ vom 28.01.1891.

<sup>108</sup> Zu den Möglichkeiten und Grenzen des vordergründigen Aspekts des Artikels, der Agitation der Arbeitgeber, vgl. z. B. H. Grebing, Arbeiterbewegung – Sozialer Protest ..., aaO, S. 121 f.

## Aufregung um ein Liederbuch

Im November 1890 veröffentlichte die „Göttingen-Grubenhagensche Zeitung“ (GGZ) eine Reihe sozialdemokratischer Lieder. Um was es der bürgerlichen Zeitung dabei ging, analysierte der ‚Volkswille‘ Anfang Dezember:

„Northeim. Fast könnte es scheinen, die „Göttingen Grubenhagen’sche Zeitung“ sei sozialdemokratisch geworden; es werden in ihr eine Reihe sozialdemokratischer Lieder aus dem in London 1889 in 12. Auflage erschienen sozialdemokratischen Liederbuche zum Abdruck gebracht und eine fernere Folge derselben avisiert. Dies geschieht aber nicht, um für unsere Partei Propaganda zu machen – bei Leibe nicht -, sondern um – man höre und staune – den revolutionären Charakter, welchen die Sozialdemokratie in neuerer Zeit so behutsam verberge, daraus zu beweisen. In der Redaktion besagter Zeitung steckt wahrscheinlich noch so’n Stückchen Barrikadenkrakehler von 48 her, sonst müßte dieselbe begriffen haben, daß Revolutionen im Sinne der Sozialdemokratie sich sehr wohl im tiefsten Frieden, sozusagen im Schlafrock und mit langer Pfeife vollziehen. Der 20. Februar wurde mit einfachen Papierschnitzeln ausgefocht’n und die Folgeereignisse sind ohne Pulver und Blei eingetreten, Tinte hat es freilich gekostet und Tinte wird es noch kosten; auch ein bißchen Ueberlegung, kaltes Blut und Thatkraft gehört dazu, aber Blut braucht nicht zu fließen! (...).“<sup>109</sup>

Die Wirkung der Artikelserie der GGZ zeigte sich im Frühjahr 1891. Ein nach Northeim zugewandeter Schlossergeselle hatte zwei solche Liederbücher mitgebracht. Das Auftauchen des sozialdemokratischen Liedguts blieb der durch die GGZ geschärften Aufmerksamkeit der Bürger nicht lange verborgen. Der Schlosserinnungsmeister Junge alarmierte die Polizei. Mit Hilfe der Polizei gelang es Meister Junge, den Besitz der Liederbücher zu kriminalisieren. Die Northeimer Schlossergesellen wurden systematisch zur Rede gestellt, man forschte nach dem ‚schwarzen Schaf‘. Die verhörten Gesellen gaben den Namen des betreffenden Kollegen schließlich preis.

Dieser bekam bald darauf „Besuch von der Polizei und später die Mittheilung, daß er wegen Verbreitung verbotener Drucksachen angeklagt würde!“<sup>110</sup>

Der ‚Volkswille‘ brandmarkte Junge als Denunzianten und unterstellte ihm die Absicht, es auf eine staatliche Auszeichnung abgesehen zu haben.

„Schade nur, daß der Schlosserinnungsmeister Junge sich nicht allzu lange freuen konnte! Am 22. Juni erhielt der Bösewicht, welcher die sozialdemokratischen Liederbücher nach Northeim gebracht haben soll, die Mittheilung, dass das gegen ihn wegen Verbreitung verbotener Drucksachen eingeleitete Strafverfahren eingestellt worden ist! – Mit dem allgemeinen Ehrenzeichen ist es also nichts! Nun vielleicht – so kann sich ja Jemand trösten – vielleicht ein andermal!“<sup>111</sup>

---

<sup>109</sup> ‚Volkswille‘ vom 03.12.1890. Zum Revolutionsverständnis der SPD vgl. Grebing, aaO, S. 106 ff.

<sup>110</sup> ‚Volkswille‘ vom 13.08.1891.

<sup>111</sup> Ebda.

Die Redaktion des ‚Volkswillen‘ stellte in ihrer Berichterstattung über den Fall einen Nebenaspekt in den Vordergrund. Lediglich durch die Hilfskonstruktion der dem Schlossermeister Junge unterstellten Absicht, konnte man von einem Sieg berichten: Der sozialdemokratische Geselle war nicht gerichtlich bestraft worden, Meister Junge hatte seine Ziele nicht erreicht.

In Wirklichkeit schilderte der Artikel eine schlimme Niederlage. Die Innung hatte im Verein mit der Polizei demonstriert, dass ihr in ihrem Zuständigkeitsbereich nichts verborgen blieb. Sie hatte außerdem gezeigt, dass sie im Zweifelsfall in der Lage war, die Loyalität der Gesellen gegen eindringende ‚Störenfriede‘ zu erzwingen. Die eigentlichen Denunzianten waren die befragten Gesellen. Um den von seinen Kollegen isolierten sozialdemokratischen Schlossergesellen mundtot zu machen oder aus Northeim zu vertreiben, bedurfte es keiner durch Gerichtsbeschluss verhängten Strafe. Die Meister und Unternehmer bestimmten vorerst noch souverän, wer in ihren Betrieben Arbeit bekam und wer gehen musste.

Unter den geschilderten ungünstigen Bedingungen politischen Handelns im kleinstädtisch überschaubaren Milieu Northeims, gelang es der Arbeiterpartei Anfang der 90er Jahre nicht Fuß zu fassen. Der Aufruf zum Eintritt in die SPD fand keine Aufnahme.

Bevor wir uns den Einzelheiten der weiteren Entwicklung der sozialdemokratischen Partei in Northeim zuwenden, soll zum besseren Verständnis in einem Exkurs auf den Charakter und auf strukturelle Aspekte der sozialdemokratischen Parteiorganisation in Südniedersachsen eingegangen werden.

## Exkurs: Die SPD in Südniedersachsen

Der Kampf der „besseren Kreise“ gegen die Sozialdemokratie wurde zu Beginn der 90er Jahre fast überall in Südniedersachsen schonungslos geführt. Oberflächlich gesehen war er selbst in solchen Städten erfolgreich, die nach der Jahrhundertwende zu Hochburgen der Arbeiterbewegung und der sozialdemokratischen Partei werden sollten.

In Hann. Münden z. B. wurde den Arbeitern, die sich bald nach dem ersten Parteitag (12. – 18.10.1890) von den Genossen aus Sachsen und Thüringen davon überzeugen ließen, dass es an der Zeit sei, offen am Aufbau der SPD mitzuwirken, sehr bald einen Dämpfer versetzt. Die Unternehmer der größeren Betriebe demonstrierten nämlich ihre Bereitschaft, Initiativen der ‚staatserhaltenden Kräfte‘ durch ihre Verfügungsmacht über die Arbeitsplätze zu unterstützen: Der SPD-Vertrauensmann Hahn wurde aus einer guten Stelle als Maschinist entlassen. Ihm folgte bald ein zweiter Exponent der örtlichen SPD. Man war sich in den Krisen der sozialdemokratischen Fabrikarbeiter darüber im Klaren, dass keiner der Betriebe in Schwierigkeiten geraten würde, falls noch mehr Sozialdemokraten gefeuert würden. Ein Streik, der die Wiedereinstellung Hahns erzwingen sollte, wurde erwogen, kam aber nicht zu Stande.

Unter den Gemaßregelten, den jungen Arbeitern und den Bauhandwerkern erregte das Vorgehen der Unternehmer große Erbitterung und man war nicht gewillt, die zugefügten Demütigungen einfach hinzunehmen. Aber die Angst machte sich breit, je mehr die Auswirkungen der Wirtschaftskrise spürbar wurden.<sup>112</sup> Die Mitgliederversammlungen des SPD-Wahlvereins wurden immer schlechter besucht und immer mehr Arbeiter beugten sich dem von verschiedenen Fabrikherren ausgeübten Druck und meldeten sich beim Vorstand des Wahlvereins ab. Der Vorstand des SPD-Wahlvereins zog schließlich die Konsequenzen und löste den Verein im Oktober 1892 formell auf. Man zog sich zurück auf das alte Vertrauensleutesystem,<sup>113</sup> hielt weiterhin öffentliche Volksversammlungen ab und aktivierte die Genossen besonders für die Reichstagswahlkämpfe. In den Quartalen vor den Wahlterminen häuften sich dann die Versammlungen und die Wahlagitation in den Dörfern rund um die Stadt, bestehend in Flugblattverteilung und unterstützenden Besuch von politischen Versammlungen, belebte den informellen Zusammenhalt unter den Genossen. Die aktive Parteiarbeit wurde in erster Linie von jungen Arbeitern getragen, auch von Handwerksgesellen, für die – solange sie keine Familie zu versorgen hatten – das Weggehenmüssen aus der Stadt im Maßregelungsfall nicht einer persönlichen Katastrophe gleichkam. Von verschiedenen Versuchen und organisatorischen Hilfskonstruktionen<sup>114</sup> einmal abgesehen, gelang es der Partei erst nach der Jahrhundertwende einen stabilen Ortsverein aufzubauen.<sup>115</sup>

---

<sup>112</sup> Auf der nationalen Ebene stellte sich die Wirtschaftskrise zwischen 1890 und 1895 im Zusammenhang der „Großen Depression“ lediglich als konjunkturelle Störung dar. In einzelnen Regionen und Wirtschaftszweigen konnte die Störung allerdings schwerwiegende Ausmaße annehmen. Vgl. Grebing, Sozialer Protest, aaO., S. 66 (dort weitere Literaturhinweise).

<sup>113</sup> Vgl. Grebing, Sozialer Protest, aaO, S. 83 f. Die Vertrauensmänner bildeten während des Sozialistengesetzes die Nahtstelle des informell-illegalen Organisationsnetzes der SAPD.

<sup>114</sup> Z. B. ein „Lese- und Diskutierklub“.

<sup>115</sup> Zu den organisatorischen Aspekten des Geschilderten siehe Thom, aaO, S. 24 ff.

Ähnlich erging es den Sozialdemokraten in Einbeck. Dort schritt man zur Gründung eines Ortsvereins mit Einreichung der Mitgliederliste und Statuten nach anfänglich abwartender Haltung auch erst, als der Genosse Reißhaus aus Erfurt auf einer Versammlung Anfang des Jahres 1891 ein solches Vorgehen gefordert hatte. Der Verein wurde vom städtischen Bürgertum durch Lokalabtreibung und Restriktionen seitens der Stadtverwaltung massiv behindert.

Auch in Einbeck wurde die bei der Polizei eingereichte Mitgliederliste zur Aufstellung schwarzer Listen durch die Unternehmer benutzt, sodass die Sozialdemokraten sich bereits am Ende des Jahres gezwungen sahen, die politische Organisation wieder fallen zu lassen und den Kontakt untereinander über den Arbeitergesangverein und die im Aufbau begriffenen freien Gewerkschaften zu pflegen. Anders als in Münden gelang es den Einbecker Sozialdemokraten 1894 wieder einen Wahlverein zu gründen, dessen Mitgliederversammlungen aber nur von einem kleinen Kreis aktiver Mitglieder regelmäßig besucht wurde.<sup>116</sup>

Auch in Uslar gelang es den Sozialdemokraten erst nach der Jahrhundertwende einen Wahlverein ins Leben zu rufen, der jedoch bis etwa 1905 so schwach blieb, dass er auf ständige Hilfe aus Einbeck und Osterode angewiesen war. Die wenigen aktiven Sozialdemokraten lasen den ‚Volkswillen‘, trafen sich in Wohnungen und betrieben in erster Linie Agitation bei den Reichstagswahlkämpfen. Zwischen 1892 und 1907 war es in Uslar für Sozialdemokraten nicht möglich, ein Versammlungslokal zu bekommen, sodass sie bei Versammlungen, in denen sich der Reichstagskandidat der SPD seinen Wählern vorstellen wollte, auf Scheunen und Hinterhöfe ausweichen mussten.<sup>117</sup>

Stärker scheinen die SPD-Ortsvereine in Göttingen und Osterode gewesen zu sein, wenn auch für diese Vereine gesagt werden kann, dass sie ihre Hauptaufgaben in den Reichstagswahlkämpfen und nach der Jahrhundertwende auch in der Unterstützung der großen, reichsweit durchgeführten Aktionen gesehen haben: so z. B. in den Kampagnen gegen das „elendste aller Wahlsysteme“ (das preußische Dreiklassenwahlrecht), gegen die Schutzzollpolitik und gegen die Fleischteuerung.<sup>118</sup>

Mitgliederschwach blieben alle Ortsvereine in Südniedersachsen bis weit ins erste Jahrzehnt nach der Jahrhundertwende. Erst mit dem gewaltigen Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung nach der Wirtschaftskrise 1901/02 und mit einer Reorganisation der Sozialdemokratischen Partei, die als die entscheidende untere Organisationsebene den Wahlkreisverein durchsetzte, stiegen die Mitgliederzahlen der SPD-Ortsvereine (und die Zahl der Ortsvereine selbst) stark an. Nach der Reichstagswahl 1912 kam es zu einer gegenläufigen Entwicklung: In vielen Ortsvereinen stagnierten die Mitgliederzahlen, in einigen gingen sie zurück, einige Ortsvereine in Dörfern lösten sich sogar wieder auf.<sup>119</sup>

Ein Vergleich der Mitgliederzahlen der SPD-Wahlvereine zurzeit der Gründung mit ihrem Bestand im Jahr 1905 ergibt für Göttingen und Münden folgendes Bild:

---

<sup>116</sup> Vgl. Koch, aaO, S. 59 ff.

<sup>117</sup> Ebda., S. 61 ff.

<sup>118</sup> Für Osterode liegen bisher keine verwertbaren Ergebnisse vor, siehe jedoch Koch, aaO, S. 63. In Göttingen scheint der SPD-Ortsverein nicht unter den Schikanen der Polizei- und Stadtverwaltung gelitten zu haben. Siehe dazu A. v. Saldern, Vom Einwohner..., aaO, S. 105 f.; zu den Kampagnen dort S. 131.

<sup>119</sup> Zur SPD-Organisationsstruktur siehe Grebing, Sozialer Protest..., aaO, S. 100 f. Vgl. die Tabelle S.

	1890/91	1905
Göttingen	66	50
Münden	125	42

Die Mitgliederzahl war also 1905 geringer als zu Zeiten der Ortsvereinsgründungen 1890/91. Im Wahlkreisgebiet waren außerhalb der beiden Städte 1905 lediglich 3 Mitglieder zu finden. Die Delegierten der Wahlkreis-Konferenz des Jahres 1906 kamen aus 8 Orten des Wahlkreisgebietes, sodass selbst Delegierte also nicht Parteimitglieder sein mussten. Auch 1907 wurden in dieser Hinsicht noch Ausnahmen gemacht. Der Bericht über die Wahlkreis-Konferenz des 12. hannoverschen Wahlkreises vermerkte: „Den anwesenden, nichtorganisierten Eichsfelder Genossen wurde Stimmrecht verliehen.“<sup>120</sup>

Für den 11. hannoverschen Reichstagswahlkreis (zu dem Northeim gehörte) haben wir Zahlen, die Aufschluss über die Mitgliederstärke der SPD in einzelnen Städten und Dörfern geben, erst aus dem Jahr 1906. In diesem Jahr, in dem ein deutlicher Mitgliederanwuchs verzeichnet wurde, gab es im Wahlkreisgebiet 342 Mitglieder. Diese verteilten sich auf Einbeck (166), Osterode (148) und Uslar (28). Diese Verteilung lässt zwei Schlüsse zu: Entweder waren auch im 11. Wahlkreis Delegierte (aus Uffinghausen, Dassel und Lauenburg) nicht in der SPD organisiert oder aber Einzelmitglieder aus diesen und anderen Orten des Wahlkreisgebietes wurden stillschweigend einem der drei bestehenden Ortsvereine zugerechnet.<sup>121</sup>

Bis zum Jahr 1906 beugte sich die SPD in der Frage, wer als Sozialdemokrat zu gelten habe, den Gegebenheiten, die durch die oft unter dem Existenzminimum liegenden Einkommen vieler Sozialdemokraten diktiert wurden. Besonders in Provinzregionen, wo die Löhne im Vergleich zu den großstädtischen Zentren der Arbeiterbewegung meist extrem niedrig lagen, scheuten viele Anhänger der Sozialdemokratie wegen der Eintrittsgelder und der Mitgliedsbeiträge die politische Organisation. Sie zahlten Mitgliedsbeiträge für ihre Gewerkschaft und für die im Aufbau begriffenen kulturellen Arbeitervereine, gaben der Partei ihre Stimme, lasen die Arbeiterzeitung, besuchten die öffentlichen Volksversammlungen in Wahlkampfzeiten und verteilten unter hohem persönlichen Risiko Flugschriften der Partei.

Auf diesen Sachverhalt machte der in Hannover angestellte Parteisekretär Leinert aufmerksam, als er in einem programmatischen Artikel am 24.02.1906 auf einen Beschluss des Parteitages in Jena hinwies. In Jena war 1905 ein neues Parteistatut beschlossen worden, in dem es jedem „wirklichen Parteigenossen“ zur Pflicht gemacht worden war, dem sozialdemokratischen Verein beizutreten.

„Bist du Sozialdemokrat?“

Wer von unseren Lesern dürfte diese Gesinnungsfrage nicht mit einem kräftigen, überzeugten Ja beantworten, wenn sie ihm draußen im Leben von einem Freunde oder Kollegen forschend gestellt wird? Fast keiner. Deshalb lässt er sich ja das Arbeiterblatt ins Haus kommen, deshalb verfolgt er in ihm die Kämpfe, Leiden und Freuden seiner Kampfgenossen, weil er sich im tiefsten Herzen hingezogen fühlt in die Reihen derer, die für das Volkes Recht und Freiheit streiten. Das Arbeiterblatt ist ihm der Freund geworden, bei dem er Mut zu neuem Kampf, Aufklärung in seinen

<sup>120</sup> ‚Volkswille‘ vom 10.09.1907.

<sup>121</sup> Ein solches Einzelmitglied hatte es 1903 beispielsweise in Northeim gegeben (vgl. ‚Volkswille‘ vom 22.08.1903).

Zweifeln, Anregung zu weiterem Lernen und Denken findet, der ihn über das Fortschreiten des Klassenkampfes täglich unterrichtet und die Angriffe der Gegner mit Wucht und Begeisterung abschlägt. Wer so in ständiger Verbindung mit den politischen und wirtschaftlichen Kämpfen des Proletariats gehalten wird, der fühlt das einigende Band der Gleichgesinnten auch um sich gezogen, der bekennt sich offen und gern als Sozialdemokrat!

Doch kann das allein genügen? Ergibt sich aus der bejahenden Antwort auf die erste Frage nicht die weitere: **Hast du auch deine Pflicht als Sozialdemokrat getan?** Es genügt ja nicht allein, das Bewußtsein sozialdemokratischer Gesinnung mit sich herumzutragen, die Ueberzeugung von der Wahrheit unserer Lehren im eigenen Busen zu hegen: **ein echter Sozialdemokrat tut mehr**, er begnügt sich damit nicht! Er wird versuchen, die Erkenntnis, die sich ihm aufdrängt, den andern mitzuteilen, mit denen er im Leben in Berührung tritt, er wird die Ideen auszubreiten und so ihrer Verwirklichung näher zu führen suchen. Das kann gewiß von jedem einzelnen geschehen, wollen wir unsere Propaganda aber im großen Maßstabe betreiben, wollen wir den Kampf gegen den noch in hunderttausend Köpfen nistenden Unverstand mit einiger Aussicht auf Erfolg aufnehmen, so gehört dazu das Mittel der politischen Organisation. Nur vereint sind wir in der Lage, gegen Klerikalismus und Konservatismus, gegen liberale Indolenz und Beschränktheit den wuchtigen Angriff zu führen.

Der Parteitag in Jena hat im neuen Parteistatut dieser Tatsache verschärften Ausdruck gegeben, er hat als bindende Pflicht für jeden wirklichen Parteigenossen die Mitgliedschaft beim Sozialdemokratischen Verein verlangt. Eigentlich sollte das schon immer selbstverständlich sein. Wie wäre die Partei denn überhaupt imstande, durch Hunderttausende von Flugblättern die Massen aufzuklären, wie könnte sie Versammlungen in großen und kleinen Orten abhalten, Redner herbeiziehen, schwere Wahlkämpfe organisieren, ihre Vertreter im Reichstage unterhalten, wenn nicht ein Stamm von überzeugten Sozialdemokraten seine finanziellen Mittel in den Vereinskassen ansammelte und durch praktische Mitarbeit die ganze Agitation erst möglich machte?

Die Sozialdemokratie hat eine große, täglich wachsende Aufgabe zu erfüllen, wenn sie das Interesse der Arbeiter, das Interesse des ganzen werktätigen Volkes wahrnehmen soll gegenüber dem Unternehmer, gegenüber dem Staat. Sie soll auf allen Gebieten, in der Schule, im Heer, bei der Polizei, bei der Rechtsprechung die Wünsche des Volkes vertreten, soll in den Stadtverwaltungen wie in den Reichs- und Landesparlamenten für den Arbeiter eintreten, soll das Volk für die Ideen der neuen Zeit empfänglich machen; **alles das kann nur geschehen durch politische Organisation**. Jeden Tag wächst das Arbeitsfeld der Partei, und soll sie all die zugewiesenen Aufgaben in zufriedenstellender Weise erfüllen, dann gehört dazu die Mitarbeit aller, die sich zu unseren Ansichten bekennen.

Die Heersäulen, die unter der roten Fahne gegen Verdummung und Vermuckerung, gegen Knechtschaft und Unterdrückung kämpfen, müssen immer größer, immer zahlreicher, immer geschlossen werden! **Denn immer energischer, immer verzweifelter, immer rücksichtsloser werden die Feinde des Volkes**. Bald unter der Maske der Arbeiterfreundlichkeit, bald mit brutaler Offenheit suchen sie uns unsere schmalen Rechte aus



der Hand zu winden oder zu verkümmern, und es ist vielleicht nur eine Frage der Zeit, wenn sie sich auch ans Wahl- und Vereinsrecht wagen. Solchen Attentaten müssen wir ebenfalls gerüstet gegenüberstehen, in zweifacher Weise gewappnet: durch die Zahl der Streiter und durch den mutigen Geist, der in ihnen lebt! Es gilt nicht nur, die Reihen zu stärken, sondern die Genossen auch zu erfüllen mit klarer Ueberzeugungstreue und opferwilliger Energie. Wo könnte das besser geschehe, als im Sozialdemokratischen Verein, der die Gleichgesinnten umfaßt, der seine Mitglieder in Versammlungen schult, der die Kämpfer heranbilden soll. Darf auch nur eine Genosse versäumen, hierzu seine Hand zu reichen?

Wir können unser großes Werk nur dann vollenden, unser hohes Ziel nur dann erreichen, wenn jeder Gesinnungsgenosse vor die Entscheidung gestellt wird: **Bist du Sozialdemokrat? Dann schließe dich dem Sozialdemokratischen Verein an!**<sup>122</sup>

Über die Einzelheiten der neuen Organisationsarbeit informierte Parteisekretär Leinert in Mitgliederversammlungen und Kreiskonferenzen. Seine sehr detaillierten Vorstellungen wurden auch im ‚Volkswillen‘ verbreitet:

„Wie bauen wir unsere Organisation aus?

Ueber dieses Thema sprach auf der Generalversammlung zu Limmer am 8. Juli der Parteisekretär **Leinert**. Seine Ausführungen haben jedenfalls ein Interesse für weitere Kreise, weshalb wir diese hier vollinhaltlich zum Abdruck bringen, in der Erwartung, damit nicht nur den Genossen im 9. Wahlkreise, sondern allen Genossen einen Dienst zu erweisen. Genosse Leinert führte aus:

„Parteigenossen! Mit der Errichtung unserer neuen Organisation haben wir schon im ersten halben Jahre einen großen Schritt vorwärts getan. Der Bericht, den der Vorstand erstattete, weist gegen die vorausgegangenen Kreiskonferenzen einen bisher nicht geahnten Fortschritt auf. Freilich, auf die neue Organisationsform allein ist der Erfolg nicht zu setzen, sondern auf den Geist, der in unseren Organisationen, in unserer Bewegung überhaupt enthalten ist: der Kampfesmut, die Ueberzeugung, daß unsere gerechte Sache zum Siege geführt werden kann und muß, das ist es, was bei uns vor allem die treibende Kraft und den Ansporn zu neuer Arbeit ist. Wir haben aber auch in der Form unserer Organisation etwas geschaffen, das sich bewährt, und da unsere Organisation derjenigen unserer Gewerkschaften im wesentlichen nachgebildet ist, so werden wir, wie die Gewerkschaften groß und mächtig geworden sind, auch mit der Parteiorganisation uns politisch eine Position erobern, die selbst den verzeifelten Anstrengungen unserer Gegner gegenüber Stand hält.

Allerdings, zu dieser Organisation sind wir erst gelangt, nachdem uns die Gegner das Gewissen geschärft haben. Wir haben im vorigen Jahre bei der Nachwahl vom Reichstage in diesem Wahlkreise das Wirken des Reichsverbandes gesehen. Unsere Stimmen hatten gegen 1903 um 1.472 bei der Hauptwahl abgenommen. Diese Tatsache wird als die unerfreulichste zu bezeichnen sein, die je in unserer Parteilgeschichte bemerkenswert erscheint. An sich wäre der Rückgang der Stimmen nicht so bedenklich, wenn auch die Gegner das gleiche zu verzeichnen hätten, a-

---

<sup>122</sup> Beilage zum „Volkswille“, 24.02.1906

ber wir sahen, daß diese an Stimmen zugenommen hatten. Enttäuscht hat dabei in hohem Maße der Deister. An den königlichen Bergleuten war die beispiellose Verhöhnung der Bergarbeiter durch den preußischen Landtag spurlos vorübergegangen, bis ihnen schließlich doch der Druck zu unerträglich wurde und sie dem Staat die Arbeit vor die Füße warfen. Der Bergarbeiterstreik in Barsinghausen war das Wetterleuchten, das am Deister der Arbeiterschaft ein Gewitter ankündigte. Bei dem großen Druck zeigte sich, dass diese königlichen Bergleute noch allzusehr der politischen Schulung ermangelten; von gewerkschaftlicher Betätigung hatten sie nur entfernte Vorstellungen. Nur aus diesem Grunde auch konnten sie den Nationalliberalen bisher als wertvolles Stimmvieh gelten und der nationalliberale Generalsekretär der Partei hielt es für notwendig, bei dem Streik selbst nach Barsinghausen zu gehen, in den Bergarbeiterversammlungen zu reden und die nationalen Bergleute an ihren königlichen Charakter zu erinnern. Bei den nächsten Wahlen müssen wir nun die nationalliberale Arbeiterfeindlichkeit gerade diesen Arbeitern besonders zeigen. Und wie in Wennigsen im Jahre 1898 wegen der hohen sozialdemokratischen Stimmenzahl der Kriegerverein aufflog und bis heute noch nicht wieder errichtet ist, so wird hoffentlich 1908 auch Barsinghausen als nationalliberale Festung aufhören zu existieren. Was hat denn auch Herr Hausmann, der nationalliberale Reichstagsabgeordnete, der den Bergleuten bei der Wahl ganz besonders empfohlen ist, für die Bergleute getan? Ihm ist es nicht im Traum eingefallen, bei Beratung des Bergetats im Landtage für Lohnerhöhung der königlichen Bergleute einzutreten und an den Streik zu erinnern, er hat den Invaliden das Wahlrecht und die Wählbarkeit für Aemter in Knappschaftskassen geraubt und das geheime Wahlrecht in Trümmer geschlagen. Ebenfalls der Landtagsabgeordnete Voß Barsinghausen. Immer und immer wieder müssen wir den königlichen Bergleuten an den nationalliberalen Taten beweisen, wie sie ihre eigenen Interessen mit Füßen treten, wenn sie nationalliberal wählen. Unzufriedenheit brauchen wir in diese "nationalen" Kreise nicht erst hineinzutragen. Die höheren Löhne der Kalibergleute müssen selbst den geduldigsten königlichen Bergmann ohne unser Zutun aufreizen, nur müssen wir ihnen diesen Lohn Unterschied klarlegen, die Wirkung stellt sich dann ganz von selbst ein.

Es gibt aber noch eine Masse anderen Agitationsstoff, den wir in die Arbeitermassen tragen können, die Bilanzen der Aktiengesellschaften wirken auch aufreizend. Die Bantorfer Kohlenzechen verteilen z. B. in diesem Jahre 84500 Mk. Dividende, 15000 Mk. Tantieme an Aufsichtsrat und Direktion, 4000 Mk. Gratifikation an Beamte, das sind über 100000 Mk., und für die Arbeiter gab man ganze – 1500 Mk. und zwar an die Knappschaftskasse! So wird von den Kapitalisten das Teilen geübt. Wir müssen aufmerksam auch alle Vorgänge auf landwirtschaftlichem Gebiet verfolgen. Die Preissteigerung der Domänenpachten, die von der Not der Landwirtschaft das Gegenteil beweisen, die hohen Preise für Schweine, besonders Ferkel, die teuren Futtermittel, alles sind Agitatoren für uns. Und wo festgestellt werden kann, daß auch den Arbeitern höhere Landpachten abgenommen werden, haben wir das für uns zu verwenden. Dazu kommen die neuen Steuern! Die Biersteuer, Zigarettensteuer, die Ablehnung der sozialdemokratischen, den Arbeitern günstigen, die Reiche belastenden Anträge zur Erbschaftssteuer im Reichstage, die Ablehnung der Aufhebung der Salzsteuer, des Petroleumzolls usw. sind Bundesgenossen für unsere Agitation. Zeigen wir den Arbeitern die erschreckende Mißachtung, ja Verachtung, die ihnen von den nationalen entgegengerichtet

bracht wird, klären wir die auf über die Raffgier und Habsucht der herrschenden Klassen, über die Ausbeutung der Arbeitskraft der Arbeiter, über die Rechtlosigkeit, in der sie sich befinden, und es müsste sonderbar zugehen, wenn nicht die misshandelte Arbeiterschaft den nationalliberalen die Türe des Reichstags zumachte.

Das alles allein kann uns aber den Sieg nicht verbürgen. Was nützt es, wenn wir in einer Versammlung den Arbeiter begeistern, ihn aber nicht für uns dauernd festhalten? Wir selbst müssen an die Arbeiter herantreten und sie in der Versammlung gleich in den sozialdemokratischen Verein aufnehmen. Bei jeder Versammlung muß Gelegenheit geschaffen werden zum sofortigen Eintritt in den Verein. Auf den Tischen müssen Beitritts-scheine ausliegen; alle, der Einberufer und Redner müssen behülflich sein bei Ausfüllung der Scheine. Auch Flugblätter müssen in Versamm-lungen ausliegen und den Versammlungsteilnehmern mitgegeben wer-den; Haben die Arbeiter erst einmal Mitgliedsbücher im Hause, sind sie erst einmal Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins, dann wissen sie schon instinktiv, wohin sie politisch gehören. Sind die Arbeiter jedoch erst einmal Mitglieder, dann sollen sie auch Agitatoren werden. Deshalb ist mit gleicher Energie für das Abonnement auf den ‚Volkswille‘ zu wirken. Auch das muß in jeder Versammlung geschehen. Probenummern und Bestell-scheine müssen in Versammlungen ausliegen und der Unterschied zwi-schen der sozialdemokratischen und bürgerlichen Presse scharf betont werden. Von nichts kommt nichts, das gilt auch von unserer Agitation. Ueberläßt man es dem Arbeiter, sich selbst zum Mitglied zu melden, so wird er vielfach zögern, darum müssen wir handeln, wir müssen zu den Arbeitern gehen, nicht warten, bis diese kommen. Es kommt dabei aller-dings auch sehr viel auf den Takt der Agitation betreibenden Genossen an. Man lasse alles Wissenschaftliche in den Hintergrund treten, zeige an der praktischen Politik, wo der Hebel einzusetzen ist, und wir haben Erfolge. Sind die Arbeiter ein Mitglied, lesen sie auch den ‚Volkswille‘, dann kommt ganz von selbst das Verlangen nach theoretischer Belehrung und dazu sind die Vereinsversammlungen da, nicht aber die Agitationsver-sammlungen.

So muß planmäßig agitiert werden. Wir brauchen aber zur Agitation auch Lokale. Auch hierin muß einheitliches Handeln platzgreifen. Die Arbeiter müssen es ablehnen, Wirten ihr Geld hinzutragen, die ihnen das Lokal zu Versammlungen verweigern. Der Boykott ist ein gutes Mittel, nur muß er planmäßig, energisch durchgeführt werden. Wer kann uns einen Vorwurf machen, dass wir zum Boykott greifen, wenn wir tagtäglich sehen, wie schwungvoll die Militärbehörden boykottieren. Verbietet man uns den Boykott, bestraft man uns deshalb, nun, dann kann man ja umgekehrt verfahren, man fordert auf, den Wirten, die den Arbeitern den Saal ver-weigern, das Geld, den sauerverdienten Arbeitslohn hinzutragen. Das hat dieselbe Wirkung, und schon mancher Wirt hat sein Bier selbst trinken müssen, weil man sein Lokal jedem empfohlen hat, bis er mürbe wurde und die Arbeiter als gleichberechtigte Staatsbürger betrachtete.

Das sind alles Vorbedingungen, wichtige Voraussetzungen für das Ge-deihen der Organisation. Sie sind schon der eigentliche Kampf des Pro-letariats um Gleichberechtigung, um Freiheit und Menschentum; diese Voraussetzungen für die Organisation bilden schon ein gewaltiges Stück Klassenkampf. Haben wir aber Mitglieder gewonnen, so dürfen wir nicht erwarten, dass diese Neueingetretenen die Organisation wie unsere ge-

schulden und kampferprobten Genossen leiten können. Da muß belehrend eingegriffen werden. Nichtkommandieren darf man, sondern wie es Genossen geziemt, die brüderlich Schulter an Schulter zu kämpfen haben, muß man auch brüderlich im Verkehr sein. Die Beiträge müssen aus dem Hause geholt werden, die Hauskassierung ist das beste Mittel, um die Mitglieder im Vereine zu halten. Denn bleiben die Mitglieder erst einmal die Beiträge monatelang schuldig, dann ist das Nachbezahlen schwer, und die Erfahrung hat gelehrt, dass in demselben Maße indem die Schulden an den Verein steigen, das Interesse der Mitglieder an den Verein fällt. Das sind alles natürliche Wirkungen, die nur der nicht beachtet, der vom Arbeiterleben nichts versteht. Oft wird erklärt, die Frauen seien den Hauskassierern nicht gewogen und manchem Hauskassierer mag bei dem Widerstande der Frauen der Mut geschwunden sein. Ja, Parteigenossen, es wird immer so bleiben, dass unaufgeklärte Arbeiter uns feindlich gegenüber stehen, und es müßte sonderbar sein, wenn die Frauen anders wären. Aber auch nur die in völliger Unwissenheit gelassenen Frauen sehen den Hauskassierer nicht gern kommen, deshalb haben die Parteigenossen auch die Pflicht, ihre Frauen mit aufzuklären, damit diese einsehen, daß, wenn nicht sozialdemokratisch gewählt wird, sie bedeutend mehr für die Nahrungsmittel künftig zu bezahlen haben, als die Beiträge ausmachen.

Die Hauskassierung muß nach bestimmten Grundsätzen geschehen. Es wird sich empfehlen, Hauskassierer-Karten – auch hier – einzuführen. Bei der vierteljährlichen Abrechnung sind von den Mitgliedschaften diese Karten mit einzusehen, damit der Kreisvorstand in seiner Hauptliste eintragen kann, wer seine Beiträge bezahlt hat.

Ebenso ist die Aufnahme neuer Mitglieder zu vereinfachen. Die Bücher müssen in den Mitgliedschaften ausgestellt werden. Für jedes neue und zugereiste Mitglied ist ein Aufnahmeschein auszufertigen und dem Vorstand einzusenden. Dies ist in den Ausführungsanweisungen zum Statut, die den Vorsitzenden der Mitgliedschaften zugestellt sind, besonders ausgeführt und muß danach gehandelt werden.

Notwendig ist, daß unsere Organisation Schwungkraft erhält. Es muß Bewegung vorhanden sein, denn für keine Partei gilt das Wort: „Rast' ich, so rost' ich“, mehr als für uns. Unsere Organisation soll frei sein von einseitiger Bevormundung, aber eins muß sie auszeichnen, das ist die Disziplin. Bei allen Handlungen, die der Vorstand erfordert, bei jeder Arbeit, die gemacht werden muß, hat sich jeder immer vor Augen zu halten, dass alles getan werden muß und getan wird, um den Befreiungskampf der Arbeiter besser zu führen, und das Pflichtbewußtsein muß jeden Genossen abhalten, in kleinlicher Nörgelsucht alles kritisch zu betrachten. In der Organisation muß einheitliches Wollen und Handeln nach großen Gesichtspunkten vorhanden sein.

Es muß Gelegenheit gegeben werden, daß jeder im Kampfe erprobt werden kann, und ich bin der Meinung, daß man in allen Orten, wo es nur irgend möglich ist, eine Mitgliedschaft des Vereins errichtet. Den Wert solcher kleinen Mitgliedschaften in kleinen Dörfern soll man nicht unterschätzen. Zunächst würden dem durchaus gesunden und berechtigten Tatendrang der Genossen in den Dörfern keine Zügel angelegt. Sie müssen in jedem Orte eine Leitung haben, es bildet sich der eine aus als Kassierer, der andere als Schriftführer etc., das befähigt zu größeren Leistungen. Im

Dorfe kennen sie jeden und können viel besser agitieren, als wenn die Leitung der Mitgliedschaft in einem anderen Dorfe sich befindet. Selbstverständlich müssen auch in den kleinsten Mitgliedschaften Vorträge gehalten werden, und wenn auch die Kosten, die dadurch verursacht werden, größer sind als die Einnahmen, das kommt nicht ausschlaggebend in Betracht. Die Hauptsache ist: wir haben dort einen Stamm von Genossen, die unerschrocken tätig sind für unsere Ziele. Und im übrigen ist unsere Pflicht, die Aufklärung aller zu betreiben, das kommt uns bei der Agitation außerordentlich zu statten. Die Genossen können in ihren Dörfern Flugblätter und Kalender sehr gut verbreiten, weil sie jedes Haus kenne, die Nachbardörfer sind ihnen bekannter als Fremden. Die Verbreitung von Flugschriften wird also viel intensiver vor sich gehen können und, was auch wesentlich in Betracht kommt, schneller. Viele kleine Dörfer mit selbständigen Mitgliedschaften bilden einen ständigen Anreiz zur Werbung neuer Mitglieder, sie machen unsere Armee schlagfertiger und bilden so ein wichtiges Element zur Ausbreitung unserer Ideen. Deshalb sollte niemand hier über eine Zersplitterung der Kräfte klagen, denn hier trifft gerade das Gegenteil zu. Je mehr die Organisation in viele Orte „zersplittert“ ist, desto größer, kraftvoller und schlagfertiger ihre Betätigung.

Durch die Mitgliedschaften in den einzelnen Orten erreichen wir noch ein weiteres. Die Genossen müssen sich veranlaßt sehen, sich um die Gemeindeangelegenheiten zu kümmern. Schulvorstandswahlen und Wahlen zum Gemeindeausschuß haben die Genossen an den einzelnen Orten in den Bereich ihrer Tätigkeit zu ziehen, und in Gemeindeversammlungen haben sie als Parteigenossen sich zu betätigen, Anträge zu stellen, für Freiheit, Luft und Licht für die unteren Klassen der Einwohnerschaft zu kämpfen. Sie werden zugeben, daß die Kommunalpolitik in den Gemeinden nicht von außen hineingetragen und betrieben werden kann von Genossen, die in anderen Dörfern wohnen von innen heraus muß das in allen Gemeinden geschehen.<sup>123</sup>

Abschrift:

Hei, Vetter Gottlieb! Guten Tag! Noch so fleißig heute zum Sonntag? Immer und immer, wenn man Euch besuchen will, habt Ihr zu arbeiten. Nun schmeißt einmal die Hacke weg und kommt mit in die Stube, wollen uns was erzählen.

Ja, ja! Vetter Heinrich! Ihr Stadtleute habt gut reden. Wenn's sechs oder sieben schlägt, habt Ihr des Abends Ruh' und wenn die Woche um ist, habt Ihr Euer Geld. Aber wir armen Landleute müssen uns plagen von früh bis spät, müssen das Bischen Tagelohn auf dem Gute ehrlich und sauer verdienen und so bleibt uns nichts weiter übrig, als unser Stück Land nebenbei zu bearbeiten. Na, und den Kutschern und Gärtnern geht's auch nicht besser.

Doch Du bist ja selber mit uns aufgewachsen, wirst wohl noch nicht vergessen haben. Und nun, Willkommen! Es ist recht hübsch von Dir, daß Du uns besuchst und darum wollen wir für heute Feierabend machen. Bringst Du Neuigkeiten aus der Stadt mit?

---

<sup>123</sup> 2. Beilage zum „Volkswille“, Hannover 15.07.1906

Das gerade nicht, aber an Stoff zur Unterhaltung fehlt's nicht. Ihr habt ja bei der letzten Wahl wieder konservativ gewählt!

Nun ja, die Meisten! Aber, es waren auch einige Freisinnige dabei und, denk Dir nur Heinrich, auch ein Sozialdemokrat! Na, unser Graf und der Herr Pastor haben aber dann in der "Sonne" eine Versammlung abgehalten und uns klar gemacht, was das für Kerle sind. Was die wollen, das geht doch nicht durch!

Was Du nicht sagst! Was haben denn die Herren alles erzählt?

Theilen wollen sie, die Hallunken, die Ehe und die Familie abschaffen, den Herrgott und den Kaiser absetzen. Alle Ordnung und Sitte aufheben, alles Eigenthum beseitigen, alles gleichmachen und das geht doch nicht. ‚Arme und Reiche wird es immer geben, denn Gott der Herr hat sie erschaffen‘, so sagte der Pastor zuletzt. Wenn ich nur einmal so einen Teufelsbraten zu sehen kriegte!

Hm, nichts ist leichter als das.

Wieso, Heinrich?

Na, da sieh mich einmal recht groß und breit an, ich bin Sozialdemokrat!

Was, Du bist ein Sozialdemokrat? Das ist wohl nicht wahr! Nein, Vetter Heinrich, halte mich nicht zum Narren, so schlecht wirst Du doch nicht in der Stadt geworden sein?

Es ist aber wahr, Vetter Gottlieb, und ich bin sogar stolz darauf. Und weiter will ich Dir nur gleich sagen, daß alles, was Euch in der Versammlung gesagt worden ist, geschwindelt und erlogen war.

Aber der Herr Pastor hat's doch gesagt, da muß es doch wahr sein!

Wer weiß? Er hat's vielleicht auch nicht besser verstanden. Aber wenn Du nichts dawider hast, will ich Dir die Sache einmal von der richtigen Seite zeigen, dann kannst Du ja selber sehen, wer Recht hat.

Gewiß, Vetter Heinrich, Du bist ja immer ein braver Kerl gewesen und mein bester Freund dazu. Ich glaube es deshalb schon, daß die Sache nicht so schlimm sein kann, als sie gemacht wird.

Nun, ich danke für Deine gute Meinung, aber sage einmal Vetter Gottlieb, hast Du schon einmal darüber nachgedacht, wie es kommt, daß es so viele Menschen giebt, die Jahr aus, Jahr ein hart und schwer arbeiten müssen, dabei in elenden Wohnungen hausen, kaum satt zu essen haben, und wie eine verhältnißmäßig kleine Anzahl herrlich und in Freuden lebt, in Schlössern und Palästen wohnt, in feinen Wagen spazieren fahren und essen und trinken kann, was das Herz begehrt?

Ja nun, ich denke halt, das ist schon immer so gewesen und wird wohl auch nicht anders werden.

So, meinst Du? Da bist Du allerdings schief gewickelt. Das war nicht immer so und wird auch nicht immer so bleiben. Es ist nun allerdings schon lange her, da gehörte das ganze angebaute Land den freien deutschen Bauern, welche in den sogenannten Markgenossenschaften vereinigt waren und die Vorfahren der heutigen Großgrundbesitzer waren nichts weiter als eine Art Gendarmerie, eine höhere Polizei, welche zum Schutze der Bauern, gegen verschiedene Abgaben seitens derselben, angestellt waren. Mit der Zeit verstanden es nun diese ehrenwerthen Herren durch List, Betrug und Gewalt das Land der Bauern sich anzueignen. Die Bauern wurden zu Leibeigenen gemacht, das heißt der Bauer war vollständig in der Gewalt des gnädigen Herrn, und wenn er ihn todtschlug, so krähte auch kein Hahn darnach. Und wenn nun jetzt auch die Bauern nicht mehr leibeigen sind, so haben doch thatsächlich die Großgrundbesitzer auf dem Lande immer noch das Heft in den Händen. Nach ihrer Pfeife müssen alle tanzen.

Ja, da hast Du Recht. Das ist auch hier bei uns so. Wer dem Grafen nicht in allen Stücken folgt, der kriegt weder Gras noch Streu zu pachten. Und dann der ungeheure Schaden, den das herrschaftliche Wild alle Jahre anrichtet, der richtet die Bauern vollends zu Grunde.

Nun siehst Du, was wird denn das Ende vom Liede sein? Die Bauern verkaufen ihr Land schließlich für einen Spottpreis, um nicht den immerwährenden Schaden zu haben, an die Herrschaft, denn ein Anderer kann's ja auch nicht brauchen.

Nein! Die Bauern haben auch kein Geld dazu, ihre Höfe sind schon genug mit Schulden überladen, so daß sie im Herbst kaum die Zinsen zusammen bringen, und eine Zwangsversteigerung folgt auf die andere. Wie wollen nun die Sozialdemokraten das aber anders machen? -

Nun, wir denken eben, wenn dem Bauer früher Grund und Boden gehört haben, so soll man sie ihm auch wiedergeben. Die Herren können ja einmal eben so gut wie die Bauern sich hinter den Pflug stellen und Hacke und Mistgabel in die Hand nehmen. Wie viele Menschen würden nicht vom Ertrage eines großen Rittergutes leben können? Jetzt ist's nur einer, welcher nicht weiß, wie er das Geld todtschlagen soll, und dabei nicht eine Schwiele in die Hand bekommt.

Ja, das ist leider wahr! Unser Graf ist auch selten zu Hause. Im Winter ist er in Berlin, wo sein Sohn als Lieutenant bei der Garde steht und der auch ein schönes Stück Geld verbraucht. Im Sommer fährt er nach der Schweiz oder nach Italien. Hier läßt er sich selten einmal blicken, und wenn er hier ist, da giebt's immer große Gesellschaften, Jagden und dergleichen; der führt ein Leben wie der Vogel im Hanfsamen. Und die Dienstleute und Tagelöhner müssen für ein Lumpengeld arbeiten. Es ist kein Wunder, wenn sich dann die Leute auf unrechtem Wege ein Gericht Kartoffeln oder sonst etwas zum Leben verschaffen. Prügel giebt's auch noch manchmal obendrein. Und nun gar erst die Wohnungen der Leute! Es ist zum Gotterbarmen! Zwei Familien müssen öfter in einem kleinen Loche kampiren, wo der Graf nicht einmal seine Schweine 'rein stecken möchte, und das Schloß mit seinen vielen schönen hohen Stuben steht bald das ganze Jahr leer. Da soll doch der Teufel dreinschlagen!

Ho! Ho! Vetter Gottlieb! Du kommst ja ganz gehörig in Eifer. Ich glaube, in Dir steckt selber so ein Stück Sozialdemokrat? Aber, Du hast die Wahrheit gesprochen, es ist so, wie Du sagst. Und diese schmachvollen Zustände wollen wir ja gerade beseitigen. Daß es mit der Theilerei nicht ist, wirst Du nun wohl selbst begreifen. Was sollten wir wohl mit Euch theilen. Die großen Herren haben mit Euch schon so getheilt, daß nichts mehr übrig geblieben ist, und damit haben sie auch zugleich Euer Eigenthum beseitigt. Dazu brauchen also erst die Sozialdemokraten nicht zu kommen. Und mit den anderen Geschichten, die sie Euch dort erzählt haben, ist's genau ebenso. Die Ehe sollen wir vernichten wollen! Wer ist's denn, der in anderleuts Nester immer Kükseier legt? Sind's nicht in der Regel die Herren Junker oder ihre Beamten? Du wirst mich schon verstehen.

Na, und ob?

Mit der Religion ist's das nämliche. Die Herrschaften glauben sehr oft selber nichts und gehen nur so zum Schein der Gerechten in die Kirche. Durch ihren Lebenswandel untergraben die Reichen am allermeisten die Religion. Wegen uns kann Jeder glauben, was er will, das ist uns ganz egal. Unsere Religion ist die: 'Was Du nicht willst, das man Dir thu', das füg' auch keinem Andern zu!' Gut wär's, wenn die sogenannten Frommen auch darnach handelten.

Ja, Vetter Heinrich, wenn die Sache so ist, kann man eigentlich nichts dagegen haben.

Nun ja, ich dachte mir's doch, daß Du zur Einsicht kommen würdest. Aber weil wir nun gerade im Zuge sind, muß ich Dir auch noch etwas mehr erzählen. Du meinst ja auch, wer weiß, wie gut wir es in der Stadt haben. Das ist nun schon richtig, daß wir unseren bestimmten Feierabend und Sonnabends unseren Lohn haben. Aber die Geschichte hat doch auch seinen Haken. Meinst Du denn, es ist eine Freude, von früh bis abends in der stinkigen Fabrikluft zu stecken und mit den Maschinen zu hantieren, wo man keinen Augenblick sicher ist, daß einem die Knochen zerdrückt werden oder daß man ganz und gar ums Leben kommt. Dabei muß man sich von den Werkmeistern behandeln lassen wie ein Schuhputzer. Namen werden uns gegeben, wie sie vielleicht im Kuhstall gebräuchlich sind. Und nun erst der Lohn! Ich verdiene ja etwas mehr wie die Anderen, 10 - 11 Mk., weil ich schon zehn Jahre lang die gleiche Arbeit mache; aber die Meisten haben nur 8 - 9 Mark im Durchschnitt. Was kann man damit wohl groß anfangen in der Stadt, wenn überhaupt noch eine Familie zu ernähren ist. Miethen und Lebensmittel sind theuer und wie ein Lumpazius kann man auch nicht rumlaufen. Ich sage Dir, es ist zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel.

Den Herren Fabrikbesitzern und Direktoren geht's freilich besser. Die halten sich Reit- und Wagenpferde, gehen auf die Jagd, können ihre Frauen in's Bad schicken. Und dabei wohnen sie wie im Paradiese. Komm' nur einmal in das noble Viertel. Eine Villa und ein Garten immer schöner wie die anderen und wir müssen doch alles verdienen.

Und den kleinen Handwerkern geht's kein Haar besser. Steuern müssen sie bezahlen, daß sie schwarz werden, und dabei keine Arbeit, denn in den großen Läden und Magazinen kaufen die Leute Alles billiger, als die Handwerksmeister es liefern können. Alles wird vom großen Kapital verschlungen und das wird immer schlimmer. Einer wird nach dem Anderen bankerott. In unserer Fabrik arbeiten wenigstens 15 ehemalige Meister.



Auch hier muß es anders werden. Die Fabriken, die Bergwerke, die Eisenbahnen u.s.w., das Alles muß gemeinschaftliches Eigenthum werden und der Ertrag Allen gleichmäßig nach ihrer geleisteten Arbeit zugute kommen.'

Ja, das wäre nun schon gut, aber die Reichen werden daß ja nicht hergeben wollen?

Da müssen wir eben darnach trachten, daß wir die Mehrheit im Reichstage bekommen, wo dann Gesetze für uns gemacht werden. Allerdings muß dann auch das Wahlrecht geändert werden. Wir haben zwar jetzt schon 48 Abgeordnete. Aber auf unsere 1 \_ Millionen Stimmen müßten wir jetzt schon mindestens noch einmal so viele haben. Dann könnten wir den Herrschaften einmal zeigen wo Barthel den Most holt. Auch für den Landtag und die Gemeindevertretung wollen wir das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht, denn in diesen Körperschaften sind bis jetzt nur die Besitzenden vertreten. Und dann wollen wir auch nicht wie jetzt nur alle fünf Jahre wählen, sondern wenigstens alle zwei Jahre. Wenn dann so ein Herr Volksvertreter nicht gehalten hat, was er versprochen, und das kommt sehr oft vor, wählt man ihn einfach nicht wieder. Auch muß die Wahl Sonntags oder Feiertags stattfinden, damit auch Jeder Zeit hat, sein Wahlrecht auszuüben.

Das ist recht! Hier bei uns hat auch nur fast die Hälfte gewählt. Die Anderen arbeiten in der Stadt und konnten nicht rechtzeitig zur Wahl kommen.

Und das passirt an vielen Orten; auch das ist ungerecht, daß Leute, die einmal Armenunterstützung erhalten haben, nicht mit wählen sollen. Ist denn Armuth eine Schande?

Ja Vetter Heinrich, Du hast ja Recht mit Allem, aber wenn die Herren nun einmal drin sitzen im Reichstage oder Landtage, dann machen sie ja doch, was sie wollen!

Auch dafür haben wir ein Mittelchen. Wenn die Herren ihre Gesetze fertig haben, dann wollen wir auch noch ein Wörtchen dazu sagen, das heißt die Gesetze sollen der Volksabstimmung unterworfen werden. Was meinst Du wohl, wie es gekommen wäre, wenn das Volk über die letzte Militärvorlage zu entscheiden gehabt hätte? Nichts wäre daraus geworden!

Nun aber, Militär müssen wir doch haben!

Unter den heutigen Zuständen, gewiß! Und wir könnten noch weit mehr haben wie jetzt mit weniger Kosten, wenn man auf unsern Vorschlag, die stehenden Heere abzuschaffen, eingehen wollte und an deren Stelle ein Volksheer schaffen würde, wie es z. B. die Schweiz besitzt. Dort brauchen die Leute keine zwei und drei Jahre zu schwitzen und doch leisten sie soviel wie stehende Heere, das haben selbst deutsche Offiziere zugeben müssen.

Kostet denn unser Militär garsoviel?

Nun so höre einmal zu: Seit dem letzten Kriege sind rund 12 Milliarden, das heißt 12 Tausend Millionen Mark dafür ausgegeben worden.

Donnerwetter! das ist viel. Wo kommt denn das alles her?

Selbstverständlich aus den Steuern, die das Volk bezahlen muß. Und wenn's nicht langt, werden Schulden gemacht. So hat das deutsche Reich es jetzt glücklicherweise auf 2 Tausend Millionen Mark Schulden gebracht und bezahlt dafür ungefähr 60 Millionen Zinsen.

Das hätt' ich doch nicht geglaubt. Das kann doch kein gutes Ende nehmen.

Nur dann, wenn man uns folgt, kann's besser werden. Zu was ist überhaupt der Krieg nothwendig. Man kann ja solche Streitigkeiten zwischen den Völkern durch Schiedsgerichte erledigen. Wenn wir dann nicht mehr soviel für die Rüstungen auszugeben brauchen, können wir auch für nützlichere Zwecke etwas drauf gehen lassen, z. B. für die Schulen, die heut' auch noch sehr mangelhaft sind. Wir Sozialdemokraten sind der Ansicht, daß die Schulen, auch die höheren, für jedes dazu befähigte Kind vollständig frei sein sollen, auch die Schulbücher, Schreibhefte u.s.w. sollen von der Schule geliefert werden; dann kann auch einmal das Kind eines Armen es zu etwas bringen. Heut' ist das unmöglich. Die Armen sind überhaupt in jeder Hinsicht schlecht daran. Ist ihnen Unrecht geschehen und sie wollen klagen, fehlt ihnen das Geld; deshalb wollen wir auch, daß die Rechtsprechung unentgeltlich sei, damit auch der Arme jederzeit sein Recht suchen kann.'

Das wär' recht! Ich möchte auch gern gegen meinen Nachbar, den reichen Müller, klagen, der mir immer an der Grenze herummurkst; aber es fehlt immer am nothwendigen Geld und ohne Rechtsanwalt steht man heute vor'm Gericht wie ein Ochse.

Und bei Krankheiten ist's das Nämliche. Der Arme, vorzugsweise auf dem Lande, muß bis zum letzten Augenblick warten, bis er den Doktor in Anspruch nimmt, und dann ist's manchmal schon zu spät. Auch die Hülfsleistungen der Aerzte sollen unentgeltlich sein und diese sollen von Staatswegen entschädigt werden.

Wo soll nun aber der Staat die Gelder alle hernehmen?

Auch diese Frage will ich Dir beantworten. Diese Gelder lassen sich mit Leichtigkeit aufbringen, wenn die Steuern auf die Weise vertheilt würden, wie wir es vorschlagen. Heut' wird der größte Theil der Einkünfte des Staates durch die sogenannten indirekten Steuern gedeckt, das heißt durch Abgaben, welche auf Verbrauchsgegenstände des Volkes gelegt sind, z. B. auf Getreide, Fleisch, Tabak, Schnaps u.s.w. Da ist es nun gerade das arbeitende Volk, welches die meisten Lasten tragen muß. Diese indirekten Steuern wollen wir insgesamt beseitigt wissen und an Stelle derselben eine stufenweise steigende Einkommensteuer einführen. Die niedrigen Einkommen bis ungefähr 900 Mark im Jahr sollen steuerfrei bleiben, weil das gerade nur zum Leben langt. Dagegen sollen dann die großen Geldsäcke einmal gehörig geschröpft werden, die es aushalten können. Kann nicht Einer, der 500 Tausend Mark Einkommen hat, ganz gut 200 Tausend davon abgeben?'

Das meine ich auch; er hat ja dann immer noch genug! Aber giebt es denn überhaupt Leute, die soviel Einkommen haben?

Na natürlich, und auch solche, die noch mehr haben; dagegen giebt's zum Beispiel im schlesischen Gebirge Weberfamilien, welche zusammen von früh 5 bis 10 Uhr Abends für ganze 25 Pfennige arbeiten müssen.

Das ist ja traurig! Nein es geht doch zu ungerecht zu auf der Welt! Nun sehe ich doch ein, daß Ihr recht habt.

Was meinst Du wohl, wieviel Du eigentlich im Jahr Steuern bezahlst durch Zölle und ähnliche Abgaben? Das weißt Du nicht? Natürlich das hat Euch der Graf und auch der Pastor nicht gesagt. Nun höre einmal her. Eine Familie, die im Jahr ungefähr 400 Mark für Lebensmittel ausgiebt, zahlt die kleine Summe von ungefähr 45 bis 46 Mark Steuern pro Jahr. Nicht wahr, Gottlieb, wenn Du das Geld auf einem Brett aufzählen solltest, würdest Du doch mit dem Kopfe schütteln. So aber merkst Du es kaum und das ist für den Staat recht bequem.

's ist kaum zu glauben!

Na wart' nur, es kommt noch verrückter. Du trinkst doch auch hin und wieder einen Schluck Branntwein?

Gewiß! Warum auch nicht? Wein kann ich doch nicht trinken.

Ganz natürlich! der ist auch nur für die großen Herren. Wir wollten ihnen ja auch das edle Getränk gönnen, wenn sie es nur auch so hoch versteuern müßten wie wir unseren Fusel. Nu sieh' mal her. Der arme Teufel muß für den Liter Branntwein 26 bis 30 Pfennige Steuern zahlen. Der Reiche bezahlt für seine Flasche Wein, wenn's deutsches Gewächs ist - garnicht. Ist es ausländischer, die Flasche zu 4 bis 6 Mark, bezahlt er 24 bis 48 Pfennige und leistet sich der gnädige Herr eine Flasche französischen Champagner zu 10 Mark, vielleicht 80 Pfennige Steuern.

Verdammt! Dann bezahlen wir doch eigentlich mehr wie die Reichen!

So ist's. Ist Dir nun ein Licht aufgegangen?

Ja, aber ein dickes! Hier, gieb mir Deine Hand. Ich glaube, ich bin jetzt selbst Sozialdemokrat. Mögen sie mir, wenn's zur Wahl geht, mit Stimmentzetteln das Haus einrennen, ich stimme roth.

So ist's recht! Nun hätte ich Dir allerdings noch viel mehr zu erzählen, aber wir wollen für heute aufhören. Bis zur nächsten Wahl besuche ich Dich noch des Oefteren und freuen soll es mich dann, bei unseren Unterhaltungen noch einige andere Bekannte zu finden.

Das wird gemacht. Und das kann ich Dir jetzt schon sagen: mehr wie eine Stimme giebt's diesmal für Euch oder sagen wir grade für uns.

So, nun will ich wieder auf zu Hause zu, um morgen wieder in das alte Joch 'rein zu kriechen. Einmal wird's doch besser werden..

**Die Sozialdemokratie muß siegen!**

Der Erfolg dieser Bemühungen war beeindruckend:

Jahr	12. WK Mitglieder Gö-Mü- Du	11. WK Mit- glie- der Ei- No- Os	Ortsvereine im WK		SPD Wahl- stimmen RT-Wahlen 12. WK 11. WK	Wahl- stimmen WK	Mitglieder Wähler 12. WK	11. WK	Verhältnis Gewerkschaftsmi- 12. WK 11. WK	
			12. WK	11. WK						
1905	92	?	2	3						
1906	248	248 (342)	(8)	(6)				1816	1837	13
1907	262	361			6249	5611	4,2 %	6,4 %		
1908	256	424								
1909	335	513		10						
1910	443	659	(6)	16						
1911	511	948	12	23				2105	2757	24
1912	1091	1142	14	28	7986	8226	13,6 %	13,8 %		
1913	1056	1006	15	27						
1914	981	877	14	26						

(Zusammengestellt nach: Parteitagsprotokolle, ‚Volkswille‘, A. v. Saldern, Hirschfeld und eigene Berechnungen)

Die Tabelle macht große Unterschiede der Parteientwicklung in den verglichenen südniedersächsischen Wahlkreisorganisationen deutlich. Die Partei war im 11. Reichstagswahlkreis in jeder Hinsicht stärker als im 12. Wahlkreis. Gemeinsam war beiden Wahlkreisvereinen aber der sprunghafte Anstieg der Mitgliederzahlen zwischen 1905 und 1906. Von der SPD als einer Mitgliederpartei kann in unserer Region also erst nach 1905 gesprochen werden. Durch die immer stärkere Betonung, die nach der Jahrhundertwende auf den Ausbau der Organisation gelegt wurde, entstand auf die verantwortlichen Funktionäre ein enormer Druck zur Steigerung der Mitgliederzahlen. Die Erhöhung der Mitgliederzahlen in ihrem Zuständigkeitsbereich, die Anzahl der Abonnenten der Parteizeitung ‚Volkswille‘ und nach der Novellierung des Vereinsgesetzes 1908 auch die Zeitschrift ‚Die Gleichheit‘ (Frauen) und ‚Arbeiterjugend‘ (Jugend) waren die wichtigsten Beweise für die Tüchtigkeit der ehrenamtlichen Parteifunktionäre. Im Vergleich zu den Jahren zwischen 1890 und 1905, in denen der Gradmesser für den Fortschritt der Bewegung vorrangig in der Zahl der verteilten Flugschriften, der Anzahl der Versammlungen und entscheidend natürlich in der Zahl der für die SPD in Reichstags- und Landtagswahlen abgegebenen Stimmen gesehen worden war, hatte die Organisationsreform eine deutliche Akzentverschiebung gebracht.

Die Mitgliederzahlen sind trotzdem mit Vorsicht zu betrachten, weil sich bei Nachprüfungen durch die Provinzialorganisation der Partei immer wieder herausstellte, dass das Beitragsaufkommen der Ortsvereine mit den „nach oben“ gemeldeten Mitgliederzahlen nicht in Einklang zu bringen war. Dass die Mitglieder ihr Engagement für die Partei mit der Perspektive nach kurz- bis mittelfristiger Verbesserung ihrer Lebenslage durch gesellschaftliche Umwälzungen verbunden sahen, zeigt der Mitgliederrückgang nach den Reichstagswahlen 1912: Im 11. Wahlkreis (Einbeck – Osterode - Northeim) war der Kandidat der SPD gewählt worden. Reichsweit hatte die Partei ihren bisher größten Wahlsieg errungen. All dies konnte aber nichts daran ändern, dass die Lebensbedingungen der Arbeitermassen sich im Zuge einer erneuten Wirtschaftskrise und der Verteuerung der Lebensmittel stark verschlechterten. Resignation machte sich breit und insgesamt wandelte sich „die politische Mentalität der Partei- und Gewerkschaftsanhänger ... auf eine größere Gegenwartsorientierung hin...“<sup>124</sup> Im 11. Wahlkreis war man angesichts des rapiden Mitgliederschwundes unterschiedlicher Auffassung über dessen Ursachen. Der Besuch der Mitgliederversammlungen nahm deutlich ab, das war für jeden Funktionär unübersehbar. Auf der Generalversammlung des 11. hannoverschen Reichstagswahlkreises der Partei am 05.07.1914 in Förste am Harz brachten die Delegierten dafür einige Gründe vor: Die Repression gegen die sozialdemokratische Jugendbewegung, der Mangel an geeigneten Persönlichkeiten und der „Terrorismus der Landwirte“ wurden genannt. Es wurden aber auch deutliche Worte in eine andere Richtung gesprochen:

„Die Genossen Lohmann (Einbeck) und Müller (Berka) führen den Rückgang auf den wirtschaftlichen Niedergang, der noch nie so stark gewesen sei, zurück, wogegen Genosse Ude (Lasfelde) von einem wirtschaftlichen Rückgang nichts gemerkt haben will und die Schuld der Lauheit der Genossen zuschreibt.“<sup>125</sup>

Auch im 12. Wahlkreis war die Lauheit und Ängstlichkeit der Genossen seit den Landtagswahlen 1913 Thema teils wütender Auseinandersetzungen, wenngleich

---

<sup>124</sup> Vgl. Grebing, aaO, S. 127. Auch Protokolle der Provinzialparteitage der Provinz Hannover.

<sup>125</sup> ‚Volkswille‘ vom 10.07.1914.

sich der Mitgliederschwund hier nicht so stark ausnahm. Bei den Landtagswahlen hatte die SPD wegen der Einteilung der Wähler in drei Klassen kaum Chancen, so viele Wahlmänner gewählt zu bekommen, dass ein Landtagsmandat zu erkämpfen gewesen wäre. Vielen Anhängern der SPD mag deshalb die Argumentation der Partei, eine hohe Beteiligung an den Wahlen sei aus Agitationsgründen notwendig, nicht eingeleuchtet haben. Da die Stimmabgabe bei den Landtagswahlen zudem öffentlich erfolgen musste, scheuten viele Sozialdemokraten das Risiko. Besonders in der Stadt und im Landkreis Göttingen schnitt die SPD so schlecht ab (13 der 18 Wahlmänner kamen aus dem Kreis Münden), dass sich der ‚Volkswille‘ zu folgender Stellungnahme genötigt sah:

„Wir wollen den Arbeitern der entfernt gelegenen Ortschaften, die in der Stadt arbeiten und für die die Beteiligung vielleicht den Verlust eines ganzen Tagelohns ausgemacht hätte, keinen Vorwurf machen, aber die schwache Beteiligung unserer Genossen in Göttingen selbst und in den umliegenden Orten ist ganz und gar nicht zu entschuldigen. (...) Wir verstehen einfach nicht, daß Funktionäre der Gewerkschaften oder selbst von uns gewählte Gewerbegerichtsbeisitzer usw. es ablehnen, als Wahlmann aufgestellt zu werden oder, was noch schlimmer ist, nicht einmal zur Wahl gingen. Eine derart übertriebene Ängstlichkeit ist einfach nicht zu entschuldigen und muß einmal entschieden gerügt werden.“<sup>126</sup>

Neben der angesprochenen Ängstlichkeit davor, „offen Farbe zu bekennen“, mögen für die sinkende Moral in Göttingen auch heftige Machtkämpfe zwischen Orts- und Kreisvereinsvorstand sowie innerhalb des Gewerkschaftskartells verantwortlich gewesen sein,<sup>127</sup> insgesamt dürfte aber der Stimmung innerhalb der Partei die folgende Stellungnahme entsprochen haben, die der Reichstagsabgeordnete Heinrich Schulz anlässlich eines vom Arbeiterbildungsausschuss veranstalteten Fritz-Reuter-Abend in Münden abgab:

„Die Arbeiterschaft habe zu jener Zeit ihre gesamten Kräfte für andere Ziele und für die Organisation verwendet, denn es sei die Zeit nach dem Sozialistengesetz gewesen. Seitdem sei sie erstarkt, die Stimmenzahl habe enorm zugenommen, auch die Kriegskasse sei gefüllt worden und es seien für die Bewegung mehr Arbeiter vorhanden. Daher sei jetzt Zeit gefunden, sich auch den Bildungsaufgaben zu widmen. Er, der Redner, habe die Aufgabe erhalten, die Bildungsbestrebungen zu fördern, aus denen der kämpfende Arbeiter neue Kraft saugen könne.“<sup>128</sup>

Wilhelm Meyer, der Vorsitzende der Mündener SPD und in jungen Jahren in der Region bekannt für seine harte Kritik an der revisionistischen Strömung in der Partei, sprach am Freitag, dem 1. Mai 1914, vor einer sehr gut besuchten öffentlichen Versammlung. Aus Anlass des 25. Maifestes der Arbeiterbewegung zog er Bilanz und stellte fest, dass die Forderungen, für die man seit 25 Jahren kämpfe zum größten Teil noch nicht erfüllt seien. Er schloss mit den Worten:

„Unter solchen Umständen scheint es gar keinen Zweck zu haben, immer noch die Arbeiter-Maiforderungen zu stellen, aber andererseits sehe man doch, dass das einst so kleine Häuflein Arbeiter, das sie zuerst aufgestellt haben, zu Millionen angewachsen sei, die sozialdemokratisch wählen und für den Völkerfrieden und gegen den Militarismus kämpfen. So stark aber

---

<sup>126</sup> ‚Volkswille‘ vom 20.05.1913

<sup>127</sup> Vgl. ‚Volkswille‘ vom 17.08.1912 und 24.07.1913.

<sup>128</sup> ‚Mündener Tageblatt‘ vom 10.02.1913.

auch schon die Organisation sei, sie müsse immer weiter wachsen. Jeder Arbeiter müsse in sie eintreten und wenn auch nicht jetzt Erfolge erzielt werden, so gelte es doch für die Kinder zu kämpfen, damit es diesen besser gehe als ihren Eltern, damit wenigstens sie, an allem Guten der Erde teilnehmen können.<sup>129</sup>

Was Wilhelm Meyer kurz vor dem Beginn des Weltkrieges zum Ausdruck brachte, kann als symptomatisch für den Zustand angesehen werden, in dem sich die sozialdemokratisch orientierte Arbeiterbewegung zu diesem Zeitpunkt befand: Es handelte sich um eine Art „immobilen Schwebestand“. Man hatte sich notgedrungen eingerichtet im Kaiserreich, man baute die Organisationen aus, in die Breite, weil der Weg zur Revolution versperrt schien, man hatte jetzt mehr als nur die sprichwörtlichen Ketten zu verlieren. Eine Zeit der Kampfpause schien gekommen zu sein. Und so sehr man der Partei und ihrem Endziel auch verbunden war, „... man wollte etwas von dieser Zukunft schon gerne in der Gegenwart erleben; man wollte nicht immer nur im Klassenkampf stehen, sondern auch ein wenig leben ...“.<sup>130</sup>

---

<sup>129</sup> ‚Mündener Tageblatt‘ vom 20.04.1914.

<sup>130</sup> H. Grebing, Sozialer Protest ..., aaO, S. 127. Zur „Lauheit“ in Uslar siehe Koch, aaO, S. 89: dort mussten häufig Mitgliederversammlungen ausfallen.

## Sozialdemokratische Initiativen in Northeim 1893 – 1914

### Wahlkämpfe der 90er Jahre

Wie wir gesehen haben, war die Existenz von SPD-Wahlvereinen bis 1906 in Südniedersachsen auf die (größeren) Städte beschränkt. Das Hauptinteresse der Partei lag in der Agitation für die Reichstagswahlkämpfe und in der Steigerung der Stimmzahlen für die Kandidaten der SPD. Es verwundert daher nicht, dass sozialdemokratische Initiativen in Northeim meist um die Wahltermine herum zu finden waren.

Träger der Wahlkampfagitation war der Kreiswahlverein, in dem die Osteroder und Einbecker Sozialdemokraten die Hauptarbeit leisteten. Nach 1896 übernahm der Ortsverein Einbeck wegen seiner günstigen Lage mehr und mehr die Rolle der Zentrale:

„In der Hauptsache lag die Leitung der Wahlagitation für den gesamten 11. Wahlkreis in den Händen der Einbecker Genossen. In Einbeck und Osterode wurden die zum 11. Wahlkreis gehörenden übrigen Landkreise wie Northeim und Uslar bearbeitet. (...) Mit Flugblättern und Zeitungen bepackt ging es Sonntag für Sonntag nach Northeim – wo es eine harte Nuss zu knacken gab – bis weit in den Harz hinein, wo alle Orte mit Agitationsmaterial belegt wurden. Da für die Heimfahrt, geschweige denn für Spesen, keine Gelder in der Kasse waren, mußten unsere Genossen diese weiten Wege auf Schusters Rappen zurücklegen. So wurde zur damaligen Zeit selbst in die dunkelsten Ecken des Wahlkreises das Licht des Sozialismus gebracht.“<sup>131</sup>

Die Flugblattverteilung war in den ersten Jahren nach dem Sozialistengesetz das Hauptagitationsmittel, die Durchführung von Versammlungen war nur in Ausnahmefällen möglich. In Northeim fand sich im Wahlkampf 1893 kein Wirt, der einen Saal zur Verfügung gestellt hätte. An die Freigabe eines öffentlichen Platzes durch die Northeimer Stadtverwaltung war nicht zu denken.<sup>132</sup> Lediglich in Osterode, Katzenstein und Einbeck konnten Versammlungen im Saal durchgeführt werden. In Markoldendorf und Ellerdeggen fanden Versammlungen unter freiem Himmel statt. Der Kandidat W. Magnus und die Referenten Müller und Laufkötter kamen aus Hamburg. In Wulften bei Herzberg entgingen der Referent Müller und einige seiner ihn begleitenden Genossen aus Osterode mit knapper Not einer körperlichen Auseinandersetzung. Hier saßen eine Anzahl Bauern im Nebenzimmer und setzten den Wirt unter Druck, sodass dieser die vorher abgesprochene Saalzusage wieder zurückzog. Die Bauern verfolgten die Sozialdemokraten bis zum Bahnhof. „Unsere Genossen kamen aber glücklich mit heiler Haut davon.“<sup>133</sup> Die Sozialdemokraten benutzten zur Verbreitung ihrer Ideen unter diesen Umständen die Versammlungen der Gegner:

„Das geschah denn auch am Montag in Northeim, wo der nationalliberale Kandidat sich Nachmittags 4 Uhr den Wählern vorstellen wollte. In dieser Versammlung, die von etwa 100 bis 120 Personen aus Northeim und der Umgegend besucht sein mochte, hielt zunächst Herr Jorns seine Kandi-

<sup>131</sup> ‚Volksblatt‘ vom 23.09.1928 und vom 20.07.1929, zit. nach Koch, aaO, S. 71.

<sup>132</sup> Vgl. Bischof, aaO, S. 12 f.

<sup>133</sup> ‚Volkswille‘ vom 11.07.1893.



datenrede, worin er zunächst seinen Lebenslauf von seiner Kindheit an ausführlich schilderte und dann bei seinen Äußerungen zu den sozialpolitischen Tagesfragen immer bei jedem dritten Wort sein warmes Herz für das Vaterland und – für die Arbeiter hervorhob. Den Bestrebungen der Arbeiter um Verbesserung ihrer Lage, so behauptete er, habe er immer sympathisch gegenüber gestanden, und er würde wahrscheinlich heute noch Sozialdemokrat sein, wenn die Sozialdemokratie sich die Besserung der Arbeiterverhältnisse ernstlich angelegen sein ließe. – Dabei erklärte Herr Jorns aber auch zugleich, er sei seit 1860 Mitglied der – nationalliberalen Partei. Der Mann war also Nationalliberaler und Sozialdemokrat zugleich. Nach ihm sprach der Generalsekretär der nationalliberalen Partei, Kiepert, aus Hannover, welcher eine vor ‚Patriotismus‘ tiefende Rede hielt. Jede Diskussion war ausgeschlossen, doch erklärte sich Jorns bereit, etwa an ihn gestellte Fragen beantworten zu wollen, nur könnten dem Fragesteller nicht mehr als fünf Minuten Redezeit eingeräumt werden. Als aber von dieser wirklich liberalen Generosität der Genosse Müller Gebrauch machte und in noch nicht drei Minuten mindestens ein Dutzend auf die Militärvorlage und die bevorstehende Reichstagswahl bezügliche Fragen an Herrn Jorns richtete, da sprang dieser auf und erklärte, dass er schon von vornherein gesagt habe, er sei kein Redner, könne mithin diese Fragen nicht beantworten, zumal diese doch keinen anderen Zweck hätten, als ihn (den Herrn Jorns) zu verwirren und bloßzustellen. In diese Falle gehe er aber nicht. Diese echt nationalliberale Heldenthat wurde von den versammelten Getreuen mit brausendem Beifall begrüßt. Und als Müller darauf noch weitere Fragen stellen wollte, weil ihm ja selbst nach Ansicht des Vorsitzenden dazu noch zwei Minuten zur Verfügung standen, da ertönte allgemeines ‚Rraus‘ aus den Ordnungskehlen und die Versammlung war zu Ende. Das ist der Kampf mit geistigen Waffen. Die nationalliberalen Helden wissen, dass sie den Kürzeren dabei ziehen, wenn sie sich mit unseren Genossen in eine Diskussion einlassen und deshalb lassen sie keine freie Diskussion stattfinden; sie glauben, einer Niederlage aus dem Wege gehen zu können, wenn sie einen etwa anwesenden Gegner nur das Recht gestatten, Fragen zu stellen, und sehen sie dann ein, daß die Beantwortung der Fragen nicht im Interesse der nationalliberalen Partei liegt, daß deren Beantwortung lediglich den Gegnern zu Gute kommen muß, dann hat die Gastfreundschaft ein Ende, dann heißt es, rraus mit dem Gegner! Ein solches Vorgehen hat aber doch das Gute, die Wähler aufzurütteln und zum Nachdenken zu bewegen. Und wer erst anfängt zu denken, der ist schon halb für uns gewonnen. – Die wenigen Tage bis zur Wahl werden von unseren Genossen noch weidlich ausgenutzt und der 15. Juni wird zeigen, daß unsere Arbeit sowie das erbärmliche Vorgehen unserer Gegner von Erfolg gewesen ist.“<sup>134</sup>

Die Rechnung der Sozialdemokraten ging nicht auf. Im 11. Wahlkreis verlor die SPD ungefähr 500 Stimmen im Vergleich zu den Wahlen von 1890. In der Stadt Northeim war der Verlust minimal (205 : 199).<sup>135</sup> Zwischen den Reichstagswahlen nahm die Versammlungsaktivität der Sozialdemokraten in der Regel ab. Für Northeim ist ein Versuch dokumentiert, im Jahr 1894 eine Volksversammlung zustande zu bringen: Ein Tischlermeister aus Goslar referierte zum Thema „Sozialdemokratie und Antisemitismus“. Die Resonanz – es kamen laut GGZ etwa

---

<sup>134</sup> ‚Volkswille‘ vom 11.07.1893.

<sup>135</sup> Auf Reichsebene steigerte die SPD ihren Stimmenanteil von 19,7 % auf 23,2 %. Vgl. G. A. Ritter, Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch, München 1980, S. 40.

25 Personen, größtenteils kaum 20-jährige „Jünglinge“ – war sehr gering. Vermutlich hat man deshalb auf weitere Versammlungsversuche verzichtet.

Die Lage schien sich 1897 zu ändern, als sich der Lohgerbergeselle Emil Horn in Northeim als Parteiaktivist betätigte. Ein Schuhmacher Dahlmann zeigte der Polizei an, dass der Lohgerber Horn am 19.03.1897 Druckschriften verteilt habe. Auch Oscar Müller wurde verdächtigt, an der Verteilaktion teilgenommen zu haben. Das Flugblatt stammte aus dem „Verlag Emil Horn in Northeim, Schaafstr. 199“ und war in Berlin hergestellt worden. Die Polizei sah sich nicht in der Lage, gegen die beiden Flugblattverteiler vorzugehen, „weil die Vertheilung des Flugblattes nach diesseitigem Erachten unter ein Strafgesetz nicht fällt.“<sup>136</sup> Es handelte sich bei den inkriminierten Druckschriften um ein Werbeflugblatt für das Zentralorgan der SPD ‚Vorwärts‘ und gleichzeitig für das Provinzorgan ‚Volkswille‘ und um eine siebenseitige Druckschrift „He! Vetter Gottlieb! Guten Tag!“, die speziell auf die Rolle des städtischen Agitators unter der Landbevölkerung abgestimmt war. Emil Horn scheint von der Parteizentrale in Hannover nach Northeim geschickt worden zu sein, um für die sozialdemokratische Presse zu werben und den bevorstehenden Reichstagswahlkampf in der Region mit vorzubereiten. Jedenfalls fiel der „Redner Horn aus Northeim“ anlässlich der Einbecker 1. Mai-Versammlung 1897 durch „ziemlich heftig(e)“ Worte auf, die die Einbecker Polizei veranlasste, diese Versammlung abubrechen.<sup>137</sup> Einige Monate später rief der Kreisvertrauensmann August Müller aus Einbeck zur ersten Wahlkreis-Konferenz auf. Tagungsort sollte Northeim sein. Die Wahl der Delegierten für die Konferenz am 05.09.1897 sollte entweder in öffentlichen Parteiversammlungen oder durch Unterschriftensammlungen erfolgen. Northeim war als Tagungsort gewählt worden, um die Gründung eines Ortsvereins voranzutreiben. Leider wissen wir weder etwas über den Ausgang dieser Konferenz noch über den Verbleib von Emil Horn.

Der Wahlkampf 1898 war für die SPD ein voller Erfolg, obwohl auch diesmal von den Gegnern mit unsauberen Methoden gekämpft wurde. Der Einbecker Landrat z. B. ging mit ungesetzlichen Mitteln vor: In seiner Eigenschaft als Kreisvorsitzender des Kriegervereins unterzeichnete er einen Aufruf, in dem das Gespenst eines sozialdemokratischen oder welfischen Reichstagsabgeordneten an die Wand gemalt wurde, das nur durch Stimmabgabe für den Kandidaten des „Bundes der Landwirte“ gebannt werden könne. Den Schaden hatte der nationalliberale Kandidat Jorns, der den 11. Wahlkreis seit 1893 im Reichstag vertreten hatte. Er erreichte nicht die Stichwahl, die zwischen den sozialdemokratischen Kandidaten Fischer und dem Hofbesitzer Harriehausen ausgefochten wurde. In der Stichwahl siegte der Kandidat des „Bundes der Landwirte“, auf den sich die Stimmen aller „nationalen“ Parteien vereinigten. Der Abstand zwischen dem Ergebnis für Fischer (6261 Stimmen) zu dem für Harriehausen (8266) war jedoch nicht mehr so groß, dass eine „Eroberung“ des Wahlkreises durch die SPD in Zukunft ausgeschlossen schien. In der Stichwahl gaben 436 Northeimer dem Sozialdemokraten ihre Stimme, 616 stimmten konservativ. Mit 41 % der abgegebenen gültigen Stimmen für die SPD, erreichte die Partei in der Beamtenstadt Northeim ein Ergebnis, das niemand für möglich gehalten hatte. Sie war damit in der Stadt zur zweitstärksten Wähler-Partei geworden und der 11. Wahlkreis war in Zukunft von den „nationalen“ bürgerlichen Parteien nur so lange zu halten, wie in den Stichwahlen keine grundsätzlichen Gegensätze zu überbrücken waren.

---

<sup>136</sup> Der Vorgang ist festgehalten in StAN R XIII b, Fach 86 d Acta betr. Sozialdemokratie. Dort fanden sich auch die beiden Flugschriften.

<sup>137</sup> Koch, aaO, S. 81.

Für das überraschende Abschneiden der SPD in der Stadt Northeim ließen sich bisher keine plausiblen Erklärungen finden. Da in diesen Jahren die geheime Stimmabgabe bei den Reichstagswahlen die einzige Möglichkeit darstellte, ohne persönliches Risiko seinen Unmut auszudrücken, könnten die Gründe für den hohen Stimmanteil der Oppositionspartei auch in einem lokalen Konflikt gesucht werden: Es könnte sich um eine sogenannte ‚Denkzettelwahl‘ gehandelt haben.

Die Wahl wurde von der SPD angefochten. Eine Vertrauensmännerversammlung des Wahlkreises in Northeim beschloss, eine Materialzusammenstellung über die vorgekommenen Ungesetzlichkeiten einzuleiten, eine zweite Konferenz beschloss nach Sichtung des Materials die Anfechtung der Wahl. Der Protest führte zur Ungültigkeitserklärung der Wahl durch den Reichstag und zur Nachwahl im Sommer 1900. Der einsetzende Wahlkampf wurde mit aller Schärfe geführt, scheint sich aber hauptsächlich auf Zeitungsartikel und schriftliches Agitationsmaterial gestützt zu haben.<sup>138</sup> Entgegen der Aussagen bei Eberhard Koch<sup>139</sup>, wonach seit 1897 auch zwischen den Wahlen regelmäßig Versammlungen in Einbeck durchgeführt worden sind, zeigte die Berichterstattung des Kreisvertrauensmannes Nothdurft-Osterode, dass sich die SPD im Wahlkreis in einer Schwächephase befunden haben muss. Die Agitationstätigkeit zwischen September 1899 und Mai 1900 – insgesamt 12 Partei- und Volksversammlungen – beschränkte sich auf die Stadt und den Landkreis Osterode. In den Landkreisen Uslar, Northeim und Einbeck und in diesen Städten hatte es keinerlei Aktivitäten der Partei gegeben.<sup>140</sup> Auch im Wahlkampf berichtete der ‚Volkswille‘ aus Northeim ausschließlich über Versammlungen der Gegner und attackierte Artikel der GGZ.

Obwohl sich der ‚Volkswille‘ Anfang des Jahres 1900 bemühte, die „Machinationen“ im Wahlkampf des Jahres 1898 wieder zu Bewusstsein zu bringen, lagen die Ereignisse wohl schon zu lange zurück, um noch Leidenschaft entfachen zu können.<sup>141</sup> Zwei Jahre waren seit der Wahlanfechtung vergangen und dem Nachwahlkampf der SPD im 11. Reichstagswahlkreis scheint keine große Bedeutung beigemessen worden zu sein. Auch wenn der SPD-Kandidat, Schriftsetzer Fischer aus Hannover, in die Stichwahl kam, so hatte schon der erste Wahlgang gezeigt, dass die Wähler der SPD für diese Nachwahlen schlecht zu mobilisieren waren. In der Stichwahl lag das Ergebnis um etwa 2000 Stimmen unter dem der Stichwahl von 1898. In der Stadt Northeim erzielte die SPD 231 Stimmen, im Landkreis Northeim 611. Im 11. Wahlkreis insgesamt erhielt der Sozialdemokrat Fischer 4461 Stimmen gegenüber 8838 Stimmen für den Nationalliberalen Jorns: Eine deutliche Wahlschlappe für die SPD also.<sup>142</sup>

### **Der Wahlkampf 1903**

Die Reichstagswahlkämpfe der 90er Jahre waren ihrem Charakter nach nationale, thematisch an den Auseinandersetzungen im Reichstag orientierte Kampagnen gewesen. Die regionalen Parteigliederungen in der Provinz verstanden sich als die organisatorischen Träger dieser Kampagnen und richteten ihre Anstren-

---

<sup>138</sup> Vgl. Bischof, aaO, S. 13 f.

<sup>139</sup> Ebda., S. 74 f.

<sup>140</sup> Vgl. ‚Volkswille‘ vom 30.05.1900.

<sup>141</sup> Vgl. z. B. ‚Volkswille‘ vom 08.02.1900 und vom 22.05.1900.

<sup>142</sup> Zu den Zahlen vgl. Tabelle S. 145 b.

gungen auf eine möglichst gute Vorbereitung des Resonanzbodens für ihren jeweiligen Kandidaten. Ganz auf die angesprochene Thematik und die Persönlichkeit des zwischen den Kampagnen in den fernen Großstädten lebenden Kandidaten zugeschnitten, orientierten sich diese Wahlkämpfe an den Besonderheiten in unserer Region lediglich ad hoc und in erster Linie gezwungenermaßen, soweit sie den Machenschaften ihrer bürgerlichen Gegenkandidaten Rechnung tragen mussten. Die Kandidaten der bürgerlichen Parteien hingegen kamen in der Regel aus dem Wahlkreisgebiet, beherrschten – gestützt auf die kommunalen Machthaber und die Vertreter der Staatsgewalt – weitgehend das Feld und diktierten die konkreten Bedingungen des Wahlkampfes.

Nach der Jahrhundertwende änderte sich an dem skizzierten Sachverhalt prinzipiell zwar nichts. Es trat aber eine Akzentverlagerung ein, die besonders in Northeim dem Auftreten eines neuen Machtfaktors Rechnung trug: Der Wahlkampf des Jahres 1903 z. B. stand ganz im Zeichen eines Konflikts, der von einem Lohnkampf der Gewerkschaft der Maurer ausging.

Die Wirtschaftskrise der Jahre um die Jahrhundertwende wurde seit 1901 von einem erneuten konjunkturellen Aufschwung abgelöst. Mit dem Aufschwung der Wirtschaft verbesserten sich auch die Voraussetzungen für die Organisationsarbeit der Gewerkschaften. Im Regierungsbezirk Hildesheim stiegen die Mitgliederzahlen der gewerkschaftlichen Verbände seit 1901 kräftig an und überschritten 1903 mit 3.518 Organisierten den früheren Höchststand des Jahres 1897 (3018).<sup>143</sup>

## Die Maurer

Am 8. März 1903 meldete Wilhelm Grube der Polizeiverwaltung die Bildung des „Zweigvereins Northeim des Centralverbandes der Maurer Deutschlands“.

Die Gründung der Northeimer Zahlstelle war gut vorbereitet worden, denn die am 15.03. eingereichte Mitgliederliste verzeichnete bereits 115 Namen. Die Wohnungen der Mitglieder verteilten sich auf 14 Ortschaften, wobei Holtensen mit 31, Northeim mit 23, Hammenstedt mit 10 und Berka mit 7 die Mitgliederschwerpunkte stellten.

Am 29. März versammelten sich die Maurer im Lokal „Zur Altdeutschen“, beschlossen mehrheitlich den Anschluss ihrer Zahlstelle an den Zentralverband und einigten sich über ihre Lohnforderung, mit der sie nach den Osterfeiertagen an die Unternehmer herantreten wollten. Die Unternehmer warteten dies jedoch nicht ab, sondern setzten „...mehr wie einem halben Dutzend der tüchtigsten Maurer ... de(n) Stuhl vor die Thüre...“,<sup>144</sup> offenbar in der Erwartung, die Maurer einschüchtern und zur Aufgabe ihrer Lohnforderung bringen zu können. Unter den Entlassenen befand sich – mit Wilhelm Grube, Karl Gastorf, Theodor Müller, Adolf Böttcher und Ernst Kahle – der gesamte Vorstand der Northeimer Maurergewerkschaft. Die bei den Bauunternehmen Warnecke und Gebrüder Frankenberg beschäftigten Maurer legten daraufhin mehrheitlich die Arbeit nieder, verlangten von den Unternehmern die Wiedereinstellung ihrer Kollegen, präsentier-

<sup>143</sup> Vgl. Hirschfeld, aaO. Tabelle in Kapitel IV.

<sup>144</sup> ‚Volkswille‘ vom 10.04.1903. Zur Gründungsgeschichte der Maurerzahlstelle siehe StAN 441/70/61 und StAN 410/423/3 und 4, Bl. 7 – 11.

ten ihnen gleichzeitig ihre Forderungen und riefen den Gauvorsitzenden der Gewerkschaft in Hannover um Vermittlung an. Nachdem ein Vermittlungsversuch des Gauvorsitzenden Barnsdorf am 07.04. gescheitert war, beschloss eine Versammlung der Maurer am gleichen Tag den unbefristeten Streik. Unter dem Eindruck der Streikmaßnahmen und dem überwiegend gegen die Unternehmer gerichteten Druck der öffentlichen Meinung lenkten diese am 11.04. ein und versprachen neben der Wiedereinstellung der gemäßregelten Vorstandsmitglieder eine zehnpromzentige Lohnerhöhung.<sup>145</sup>

Für die den Unternehmerstandpunkt verfechtenden Kreise war diese Auseinandersetzung ein vom Sitz der Hauptverwaltung der Gewerkschaft in Hamburg ausgehendes Wahlkampfmanöver der SPD. In dieser Absicht versuchte die GGZ die Resonanz des Streiks herunterzuspielen und verwies darauf, „... daß fast sämtliche hier arbeitenden Maurer aus Holtensen sich unter den Streikenden befinden“<sup>146</sup> Der Hinweis auf die Holtensener Maurer als „Schürer“ der Lohnbewegung galt in der bürgerliche Öffentlichkeit offenbar als hinreichender Beweis für das verdeckte Wirken der Sozialdemokraten.

Deutlicher drückte sich die Northeimer Polizeiverwaltung in ihrem Bericht an den Regierungspräsidenten aus:

„Diese Lohnbewegung dürfte lediglich als Agitationsmittel der sozialdemokratischen Partei dienen, da dieselbe nach Kräften bestrebt ist, zu der bevorstehenden Reichstagswahl recht viele Anhänger für sich zu gewinnen.“<sup>147</sup>

Entsprechend begründete auch Carl Frankenberg das Vorgehen gegen den Vorstand der Maurergewerkschaft:

„Die ganze Haltung der Mitglieder dieses Vereins erschien unseres Erachtens ein Agitationsmittel der sozialdemokratischen Partei für die bevorstehenden Reichstagswahlen zu sein. Wir glaubten dieserhalb gegen diese Maßnahmen insofern vorgehen zu müssen, als wir in ihnen einen Einzug der socialdemokratischen Partei in unsere Arbeitsverhältnisse erblickten. Zunächst wurden von uns die mit der Leitung des Vereins beauftragten Maurergesellen gekündigt.“<sup>148</sup>

Sozusagen im öffentlichen Interesse wollten die Bauunternehmer ihre Maßreglungsaktion gewertet wissen. Mit diesen „patriotischen“, gegen die „gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ gerichteten Argumenten, erklärten sie auch ihr Einlenken. Als „Hauptgrund“ ihres Entgegenkommens führte Frankenberg an, man habe nicht durch einen wochenlangen Streik die Interessen der schon jahrelang in gutem Einvernehmen arbeitenden Maurergesellen schädigen wollen.

„Außerdem drohten uns die Gemüter dieser Leute den socialdemokratischen Bestrebungen zu verfallen, was für ein Fortbestehen eines gesunden Arbeitsverhältnisses...nicht fruchtbringend gewesen wäre.“<sup>149</sup>

---

<sup>145</sup> Vgl. ‚Volkswille‘ vom 16.04.1903

<sup>146</sup> GGZ zitiert nach ‚Volkswille‘ vom 16.04.1903.

<sup>147</sup> STAN, 410/413/4, Bericht vom 08.04.1903.

<sup>148</sup> AaO, Bl. 7.

<sup>149</sup> Ebda., Bl. 11.

Mehr als das öffentliche Interesse oder die Einkommenslage der beschäftigten Maurergesellen dürfte aber der Geschäftssinn der Handlungen der Bauunternehmer im Lohnkonflikt bestimmt haben.

In einem Punkt deckte sich die Einschätzung von bürgerlicher Presse, Polizeiverwaltung und Bauunternehmen mit der Realität: Der Sieg der Northeimer Maurer im Lohnkonflikt hatte stimulierende Auswirkungen auf den Wahlkampf der sozialdemokratischen Partei. Im Vergleich zur Nachwahl des Jahres 1900 steigerte die SPD ihre Stimmenzahl in Northeim von 231 auf 295. Im 11. Wahlkreis erhielt der SPD-Kandidat Hoffmann 5.130 Stimmen und kam dadurch in die Stichwahl mit dem nationalliberalen Kandidaten, der 5.450 Stimmen erhalten hatte.

Zur Stichwahl war es der SPD in Northeim nicht möglich, einen Versammlungssaal zu bekommen. Die Wirte wurden von Bürgern unter Druck gesetzt und „...erklärten schlank heraus: wir verdienen gern und würden unsern Saal gern geben, aber – wir werden dann von den Bürgern boykottiert“.<sup>150</sup>

Der sozialdemokratische Wahlkampfleiter, August Müller, wandte sich nach diesen Fehlschlägen an den Vorsitzenden der Northeimer Maurerzahlstelle und bewegte diesen, seine Scheune für eine Versammlung mit dem Reichstagskandidaten Hoffmann am 23.06. zur Verfügung zu stellen. Sobald die Versammlung polizeilich angemeldet war, wurde Wilhelm Grube unter Druck gesetzt und mit einer Strafandrohung dermaßen eingeschüchtert, dass er sein Wort im letzten Augenblick zurücknehmen wollte. Reichstagskandidat Hoffmann musste dem Maurer Grube schriftlich versichern, dass er die angedrohte Strafe auf sich nehmen werde, worauf dieser schließlich „...zum Entsetzen der ‚Gutgesinnten‘ in Northeim“ die Scheune für die Versammlung freigab. Zur Versammlung erschienen 300 bis 400 Leute, die in der kleinen Scheune keinen Platz fanden und zum größten Teil von der Straße aus den Ausführungen des Redners, Stadtverordneten A. Hoffmann aus Berlin, zuhören wollten. Der die Versammlung überwachende Polizeikommissar Krohn löste sie jedoch ohne Angabe von Gründen auf, worauf sich die „Volksmenge in mäßiger Weise“ entfernte.

„N. d. 23.6.03

Versammlungsbericht aus der vom 22. d. M. abends 8 Uhr, in der Scheune des Maurers Grube hieselbst stattgefundenen Versammlung der sozialdemokratischen Partei

Die Versammlung, an welcher sich ca. 3 - 400 Personen beteiligten, wurde abends 8 Uhr durch den Einberufer, den sozialdemokratischen Agitator Müller aus Einbeck eröffnet.

Der zu diesem Zweck dienende Raum war ein solcher von 2 \_ m Breite, ca. 6 m Länge und 2 \_ m Höhe. Fenster, oder sonstige zur Erleuchtung des Raumes dienende Oeffnung waren in diesem nicht vorhanden. Die zur öffentlichen Straße führende Scheunentür war geöffnet, wodurch ein matter Lichtschein in das Innere des Raumes fiel, welcher aber im übrigen dermaßen dunkel war, daß eine ordnungsmäßige Beaufsichtigung der an und für sich schon erregten Volksmenge nicht hätte erfolgen können.

In besagtem Versammlungsraum befanden sich ca. 100 Personen, während der größte Teil vor der Scheune auf der öffentlichen Straße Aufstel-

---

<sup>150</sup> ‚Volkswille‘, 02.08.1903.

lung genommen hatte. Der freie Verkehr war hierdurch vollständig gesperrt, dadurch erschien die öffentliche Sicherheit in hohem Maße gefährdet.

Der sozialdemokratische Reichstagskandidat Hoffmann aus Berlin hatte im Inneren dieses Raumes, auf einer hergestellten Erhöhung Aufstellung genommen und sprach von hieraus über die unten versammelte Menschenmenge hinweg. Die im Inneren der an und für sich schon auffälligen Scheune stehenden Personen waren teilweise am Rauchen, wodurch eine erhöhte Gefährdung der öffentlichen Sicherheit in feuerpolizeilicher Hinsicht herbeigeführt wurde. Die Menschenmenge stand dicht an dicht gedrängt und war es mir nicht möglich, irgendwelche Maßnahmen zur Vermeidung aufregender Zwischenfälle zu treffen.

Eine Auflösung dieser Versammlung war daher im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit sowie mit Rücksicht auf die ungesetzliche Lage und Beschaffenheit des hier in Frage kommenden Versammlungsraums unbedingt erforderlich.

Nachdem die Auflösung erfolgt war, entspannte sich die versammelte Volksmenge in mäßiger Weise, ohne zu irgendwelchen polizeilichen Einschreiten Anlaß zu geben.

Nach Verlauf einer halben Stunde war die öffentliche Ruhe und Ordnung wieder hergestellt.

gez. Krohn  
pol. Kommissär“

Dieses Mittel, zu dem die Polizei „im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit sowie mit Rücksicht auf die ungesetzliche Lage und Beschaffenheit des hier in Frage kommenden Versammlungsraums“ griff, verfehlte aber in doppelter Weise seine beabsichtigte Wirkung.<sup>151</sup> Erstens löste es Erbitterung und Entrüstung „... über die Unterdrückung der freien Aussprache...“ aus. August Müller telegraphierte am gleichen Abend eine Beschwerde nach Hildesheim, in der er dem Regierungspräsidenten mitteilte, der Polizist habe die Versammlung aufgelöst „... und die Angabe des Paragraphen und Gesetz verweigert“. Da er die Sache als Wahlprotest dem Reichstag unterbreiten werde, ersuche er sofort dem Beamten zu ‚rektifizieren‘ und ihm – Müller – nach Einbeck Bescheid zu erteilen. Der Regierungspräsident deckte den Polizeikommissar Krohn und wies die Beschwerde am 25. Juni ab.<sup>152</sup>

Hildesheim, den 25. Juni 1903  
Domhof No. 1

Der  
Regierungs-Präsident.  
I. No. I. II. 3033.

Die telegraphische Beschwerde vom 22. d. Mts., betreffend die Auflösung der am 22. d. Mts. abends 8 Uhr in der Scheune des Maurers Grube in Northeim stattgehabten Wählerversammlung muss ich als unbegründet zurückweisen. Die Auflösung war im Hinblick auf den unzulänglichen,

<sup>151</sup> StAN, Akte Versammlungen, 439/65/2.

<sup>152</sup> Vgl. ebda.

auch ungenügend beleuchteten Versammlungsraum sowie die Anstauung eines Teils der versammelten Personen auf der Strasse zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit notwendig.

An Herrn August Müller in Einbeck. Breil No. 20.

Zum Bericht vom 23. Juni d. Js. J. No. 2333.

Abschrift zur Kenntnisnahme

An die Polizei-Verwaltung  
in Northeim“

Unter dem Eindruck der als Schikane begriffenen Auflösung der Versammlung in der Kirchstraße bot der Ackermann Arnemann dem sozialdemokratischen Reichstagskandidaten seine Scheune in der Holzhäuserstraße als Ersatz an, sodass August Müller am Tag nach der fehlgeschlagenen Versammlung eine erneute Anmeldung für den Abend vor der Stichwahl einreichen konnte. Zu dieser am Mittwoch, dem 25.06., abends 8 Uhr abgehaltenen Wahlkampfveranstaltung bemerkte der Polizeibericht:

- „1. die Versammlung ist ordnungsmäßig verlaufen.
2. z. d. Akten.“

Zweitens bewirkte das Vorgehen der Polizei eine weitere Mobilisierung sozialdemokratischer Wähler: „... die Stimmen in Northeim stiegen zum Entsetzen der nationalliberalen ‚Staatsstützen‘ von 295 Stimmen der ersten Wahl auf 420.“<sup>153</sup>

Zur Demonstration der neuen, gefestigten Position in der Stadt Northeim kündigte August Müller als Kreisvertrauensmann der SPD im ‚Volkswillen‘ die Einberufung der „diesjährigen Kreiskonferenz“ nach Northeim an. Die Kreiskonferenz fand statt am 16. August (Sonntag), morgens 11 Uhr im Wohnwesen des „Genossen“ Otto Langnese, Neustadt. Am Nachmittag des gleichen Tages war im Rahmen einer Volksversammlung im Wohnwesen des Herrn Arnemann, Holzhäuserstraße, die Gründung eines Arbeiterbildungsvereins geplant.<sup>154</sup>

Ein Versammlungslokal zu finden, war der Partei „... dank der Treibereien (ihrer) Gegner...“ auch diesmal nicht gelungen. Dass sie aber trotzdem an einem Tag an zwei verschiedenen Orten in der Stadt größere Versammlungen abhalten konnte, feierte sie als Durchbruch in einer Stadt, die „... unsere Gegner für uneinnehmbar hielten...“. Neben dem Ackermann Arnemann, der seine Scheune zum zweiten Mal zur Verfügung stellte, zeigte sich auch der Handelsmann Otto Langnese dem öffentlichen Druck gegenüber immun.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Parteiorganisation des 11. hannoverschen Wahlkreises waren auf einer SPD-Konferenz Northeimer Delegierte anwesend. In einem Referat bezeichnete Adolf Hoffmann die zurückliegende Wahl als „... einen energischen Vorstoß der Sozialdemokratie auch in unserem Wahlkreise..., (der) die Gegner in Angst und Schrecken versetzt habe. Für uns gelte die Parole:

---

<sup>153</sup> ‚Volkswille‘, 02.08.1903. Im gesamten Wahlkreis erreichte Hoffmann 6.286 Wähler, für den nationalliberalen Gegenkandidaten stimmten 9.280 Wähler.

<sup>154</sup> Vgl. ‚Volkswille‘ vom 13.08.1903 und StAN 439/65/2.



der Kampf ist aus – es lebe der Kampf! Der Redner besprach dann die Aufgaben des neuen Reichstags“.<sup>155</sup>

Bezüglich des weiteren Kampfes im Wahlkreis beschloss die Konferenz die Bildung eines einheitlichen Wahlvereins für den gesamten Kreis, eine systematische Agitation für den ‚Volkswillen‘, (wobei man übereinkam, mit Northeim und Umgebung zu beginnen) und die Verbreitung von 6000 Exemplaren des Agitationskalenders.

Stärker als die Arbeit im Wahlkreis interessierten die Delegierten der Wahlkreis-konferenz die politischen Ereignisse im Reichstag, Reichstagsfraktion und auf der zentralen Parteiebene. Eine längere Diskussion führte zur Verurteilung Eduard Bernsteins (in der Vizepräsidentenchaftsfrage), die Adolf Hoffmann in Form einer Resolution mit auf den Weg gegeben wurde, „... eine länger und ausführliche Debatte...“ rief auch der Parteitag in Dresden hervor, einig wurden sich die Delegierten ebenfalls nach längerer Beratung, dass die Parteitage in Zukunft nach einem Delegiertenschlüssel beschickt werden sollten, der sich nicht an die Mitgliederzahl, sondern an der bei der letzten Reichstagswahl für die Partei erreichten Stimmenzahl in den einzelnen Wahlkreisen orientieren sollte. Von einer Stärkung der ländlichen Wahlkreise auf den Parteitagen versprachen sich die Sozialdemokraten im 11. Wahlkreis, dass sie „... bei der Agitation mehr berücksichtigt würden“.<sup>156</sup> Bemerkenswert fand der Berichtersteller des ‚Volkswillens‘ an der Konferenz noch, dass der Maurer Grube zur Sozialdemokratie übergetreten sei.

## **Eine bürgerliche „Hinrichtung“**

Sowohl im Lohnkonflikt als auch im Reichstagswahlkampf des Jahres 1903 konnten sich die Northeimer Arbeiter gegen Bürgerschaft und Stadtverwaltung durchsetzen. In beiden Fällen hatte sich der Maurer Wilhelm Grube exponiert.

Unmittelbar nach der aufgelösten Volksversammlung vom 22.06. setzten „die maßgeblichen Persönlichkeiten von Northeim“ zum Gegenschlag an. Da man nach Einschätzung des ‚Volkswillens‘ dem Ackermann Arnemann wegen dessen ökonomisch unabhängiger Stellung nicht beizukommen vermochte, konzentrierte sich „... die moderne ‚heilige Vehme‘ gegen den Maurer Grube. Er verfiel der gesellschaftlichen Ächtung und sah sich Maßnahmen ausgesetzt, die darauf abzielten, „... ihm zum guten Theil das Brod zu nehmen...“. Als „... eine bürgerliche ‚Hinrichtung‘“ bezeichnete der ‚Volkswille‘ den öffentlich vollzogenen Ausschluss des Maurers aus dem Handwerker-Bildungsverein.<sup>157</sup> Einen Tag nach der Stichwahl veröffentlichte die GGZ folgenden Hintergrundbericht:

„Der Maurer Grube, in dessen Räumlichkeiten in der Kirchstraße vor der Reichstagswahl eine sozialdemokratische Volksversammlung stattgefunden hatte, ist dieserhalb auf einstimmigen Beschluß des Vorstandes des

---

<sup>155</sup> ‚Volkswille‘ vom 22.08.1903.

<sup>156</sup> ‚Volkswille‘ vom 22.08.1903. In der Vizepräsidentenchaftsfrage ging es darum, ob die SPD den ihr im Reichstag zustehenden Platz im Präsidium einnehmen sollte. Als besonders problematisch sahen viele Sozialdemokraten die mit diesem Posten verbundenen höfischen Verpflichtungen an. Ausführlich hierzu: Koch, aaO, S. 86 f.

<sup>157</sup> Vgl. ‚Volkswille‘ vom 02.08.1903.

hiesigen Handwerker-Bildungsvereins aus dem Verein ausgeschlossen worden. Eine auf Sonnabend Abend einberufene und zahlreich besuchte außerordentliche Generalversammlung des Vereins, an welcher Grube dieserhalb appellierte, bestätigt mit 44 gegen 11 Stimmen (zwei unbeschriebene Zettel waren abgegeben) den obigen Beschluß. Das Vorgehen des Vereinsvorstandes dürfte in der Bürgerschaft mit Sympathie aufgenommen werden.“<sup>158</sup>

Die Charakterisierung dieses Vorgangs als „bürgerliche Hinrichtung“ und der Hinweis, dass man Grube mit dem Ausschluss auch materiell zu schaden beabsichtigte, verweist darauf, dass es im Handwerker-Bildungsverein – entgegen dem Vereinsnamen – nicht in erster Linie um Bildung gegangen ist.

Die Handwerker- und Arbeiterbildungsvereine wurden in vielen Städten nach der Abspaltung vom sozialdemokratisch orientierten Teil der Vereinsbewegung mehr und mehr Mittel zur Bindung eines Teils der Arbeiter an das Bürgertum. In Südniedersachsen fungierten sie als Verbindungsglieder des politisch nationalliberal orientierten Bürgertums zur ‚national gesinnten Arbeiterschaft‘. Mit ihren Geselligkeitsveranstaltungen waren sie Begegnungsstätten zwischen Bürgern und „gutgesinnten“ Arbeitern. Sie erfreuten sich finanzkräftiger Unterstützung durch Fabrikherren ebenso wie staatlichen Wohlwollens. Mit ihren vielfältigen Unterabteilungen (z. B. Liedertafeln, Feuerwehren) wurden sie in die bürgerliche Öffentlichkeit repräsentierende Vereinsgeflechte integriert. Neben diesem mehr ideellen, weil Ansprüchen nach gesellschaftlicher Anerkennung entsprechenden Funktionen, erfüllten diese Bildungsvereine aber auch handfeste Bedürfnisse nach Absicherung (Unterstützungskassen) und Protektion. So werden z. B. die Mitglieder des Northeimer Handwerkerbildungsvereins bei der Unterbringung ihrer Kinder in Lehrstellen und auf Arbeitsplätzen im direkten Kontakt zu den der städtischen Honoratiorenschicht entstammenden Vorstandsmitgliedern gewisse Vorteile gehabt haben, und manch einkömmlicher Arbeitsauftrag wird z. B. auch dem Maurer Grube in den schwierigen Wintermonaten zugeschoben worden sein. Mit auf diese Zusammenhänge dürfte auch die Mitgliederstärke der Handwerker- und Arbeiterbildungsvereine zurückzuführen sein, die die Mitgliederzahlen von SPD und Gewerkschaften in den südniedersächsischen Städten bis etwa 1903 bei weitem übertrafen.<sup>159</sup>

Dieser Zusammenhänge war sich auch der ‚Volkswille‘ bewusst, als er die Frage stellte, wie es zu erklären sei, dass die Mitglieder des Northeimer Handwerkerbildungsvereins den Ausschlussbeschluss ihres Vorstands auf der Generalversammlung mit 40 gegen 11 Stimmen bei 2 Enthaltungen bestätigten.

„Leute, die jahrelang mit der bittersten Not gekämpft haben und sozusagen richtige Vollblut-Proletarier sind, scheinen jetzt, nachdem sie wohlbestellte Landratsamt-Buchbinder geworden sind, die früheren Tage vergessen zu haben. Ebenso die 40 Mitglieder, die für den Ausschluss gestimmt haben. Wenn wir einmal ihre wirtschaftliche Lage untersuchen wollten, wir glauben, überraschende Resultate konstatieren zu können: Löhne von 10, 12, 15, höchstens 18 Mk. würden da nichts seltenes sein.“<sup>160</sup>

---

<sup>158</sup> GGZ vom 27.07.1903 zit. n. ‚Volkswille‘ vom 02.08.1903.

<sup>159</sup> Zur quantitativen Einschätzung der Entwicklung von bürgerlichen und proletarischen Vereinen vgl. A. V. Saldern, *Wilhelminische Gesellschaft und Arbeiterklasse*, IWK 1977, Heft 4, S. 493 f. die Zahlen auf nationaler Ebene.

<sup>160</sup> ‚Volkswille‘ vom 05.08.1903.

Das Verhalten der sozial aufgestiegenen Buchdrucker im Vorstand erklärte der ‚Volkswille‘ mit dem protektionistischen Grundzug des Vereins: Die Buchdrucker hatten sich durch ihren Aufstieg korrumpieren lassen. Dass aber auch die teilweise extrem niedrig entlohnten Mitglieder des Vereins bereit waren, dem Vorstand zu folgen und ihren sozialdemokratischen Kollegen in geheimer Abstimmung auszustoßen, warf ein Licht auf die besonders engen Abhängigkeitsverhältnisse in der Kleinstadt.

In diesem Sinn griff der Artikelschreiber des ‚Volkswillen‘ zu kurz, als er glaubte, die Frage nach den Gründen für das Verhalten der Vereinsmitglieder folgendermaßen „... leicht ... beantworten...“ zu können:

„Leute, die kaum je etwas Anderes als Northeims Felder gesehen haben, sind kaum in der Lage, sich ein selbständiges Urteil zu bilden, sie laufen eben mit.“<sup>161</sup>

Dass die Northeimer Bürgerschaft in der Lage war, bei der Abwehr konkreter Aktionen der ‚Sozialdemokratie‘ die Loyalität eines Teils der städtischen Arbeiterbevölkerung zu erzwingen, konnte angesichts von 420 SPD-Stimmen nicht mehr überzeugend mit provinziell rückständigen Bewusstsein und fehlender Urteilskraft erklärt werden. So zeigen denn auch die weiteren praktischen Maßnahmen Adolf Hoffmanns und der Einbecker Sozialdemokraten, dass sie die Schwäche der sozialdemokratischen Bewegung in Northeim als ein strukturelles Problem ansahen: Sie kündigten die Gründung eines „... Bildungsverein(s) ohne Ketzerrichter...“ an.<sup>162</sup>

## Der Volksbildungsverein

Wie schon erwähnt, fanden am 16.08.1903 in Northeim zwei Versammlungen der Arbeiterbewegung statt. Nach der Konferenz des SPD-Wahlkreises am Morgen referierte Reichstagskandidat Hoffmann nachmittags im Arnemann’schen Wohnwesen zu dem Thema: „Die wahre Volksbildung und deren Erdrosselung in Northeim.“ Der die Volksversammlung überwachende Polizist berichtete, dass ungefähr 50 Personen erschienen waren. Als Einberufer hatte August Müller aus Einbeck fungiert. Er leitete auch die Versammlung. Adolf Hoffmann begründete die Notwendigkeit der Bildung eines Volksbildungsvereins mit der mangelhaften Ausbildung der Volksschüler in den größten Teilen Preußens. Während der preußische Staat viele Millionen für Kanonen und Kasernen, für Pensionen der Minister und höheren Offiziere ausgabe, unterstützte er die Erhaltung der Volksschulen nur in mangelhafter Weise. Im Anschluss an das Referat wurden Unterschriften zur Gründung des Vereins gesammelt: 41 Personen unterstützten das Vorhaben durch Einzeichnung in die Liste.<sup>163</sup> Den provisorischen Vorstand bildeten die Herren Langnese und Böker.<sup>164</sup>

Stärker als der Referent hob der ‚Volkswille‘ den reaktiven Grundzug dieser Vereinsgründung hervor:

---

<sup>161</sup> Ebda.

<sup>162</sup> ‚Volkswille‘ vom 02.08.1903.

<sup>163</sup> Vgl. StAN 439/65/2 Versammlungen, Bericht vom 17.08.1903.

<sup>164</sup> Vgl. ‚Volkswille‘ vom 20.08.1903.

„Den Erfolg hatten sich die Macher des Handwerker-Bildungsvereins wohl nicht träumen lassen, als sie den Maurer Grube, eines der ältesten und verdientesten Mitglieder ... zum Verein hinausmaßregelten. ... Nun ist den Herren eine sehr deutliche Antwort erteilt worden...“<sup>165</sup>

Das von Adolf Hoffmann angesprochene Ziel einer Ergänzung der mangelhaften Volksschulbildung konnte der Verein nur durch Unterstützung des städtischen Bildungsbürgertums erreichen.<sup>166</sup> Eine solche Unterstützung war aber im polarisierten Klima des Jahres 1903 nicht zu erwarten. Der ‚Volkswille‘ unterstrich die demonstrative Absicht der Vereinsbildung als Gegenründung zum bestehenden Handwerkerbildungsverein, indem er in der Berichterstattung anfangs von der Gründung eines „Arbeiterbildungsvereins“ sprach. Diese Akzentuierung sollte wohl verdeutlichen, dass die Ausgrenzung des Maurers Grube aus der bürgerlichen Öffentlichkeit keine negativen Auswirkungen haben würde, weil die Arbeiterschaft Northeims durch die Bildung einer Gegenöffentlichkeit aus eigener Kraft in der Lage sei, gleichwertigen Ersatz zu schaffen und die Gemaßregelten aufzufangen.

Diese Akzentuierung wurde in den nachfolgenden Wochen aufgegeben. Der provisorische Vorstand bemühte sich mit Erfolg um weitere Einzeichnungen für einen „Volkbildungsverein“ und erreichte mit diesen Bemühungen über „100 Arbeiter und Handwerker“<sup>167</sup>,

Die Gründung des Vereins wurde am 13. September 1903 vollzogen. In seinem Referat hob August Müller junior noch einmal den Fall Grube hervor und „...

... betonte, man solle nicht auf die politische Gesinnung der Mitglieder sehen, denn die parteipolitischen Bestrebungen gingen den Verein nichts an, man könnte nur auf den Charakter der Person sehen, ob dieselbe auch für eine richtige Volksbildung eintrete. (...)

Als Vorsitzender wurde der Handelsmann Otto Langnese, Neustadt 242, und als Kassierer W. Grube, Kirchstraße 41, als Schriftführer Aug. Böker, Neustadt, gewählt. (...) Beschlossen wurde, daß der ‚Volkswille‘ als Publikationsorgan dienen sollte, da der Verleger der hiesigen Zeitung ein grimmiger Feind des Vereins ist.“<sup>168</sup>

---

<sup>165</sup> Vgl. ‚Volkswille‘ vom 20.08.1903.

<sup>166</sup> Einer solchen Kooperation entsprach das traditionelle Konzept der Arbeiterbildungsvereine. Bildungseinrichtungen innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung entstanden nach dem Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung auf der Basis der Ortskartelle zuerst in den großen Städten und erreichten nach 1910 auch die Kleinstädte. In den Großstädten verfügte die Arbeiterbewegung über das dazu notwendige intellektuelle Potential, entweder aus dem zur Arbeiterbewegung stoßenden Bürgertum oder aus dem meist aus Autodidakten bestehenden hauptamtlichen Funktionärskörpern im Pressewesen und in der Verwaltung der SPD, der Gewerkschaften, der Konsumvereine usw. (Zahlenangaben bei Grebing, Soz. Protest ..., und Klaus Schönhoven, Expansion und Konzentration, Stuttgart 1980, S. 221 ff. – In der Provinz waren hauptamtliche Funktionäre selten. Die Einbecker und Osteroder Sozialdemokratie verfügte vor 1918 nicht über ein Potential, das einen kontinuierlichen Bildungsbetrieb in Northeim erlaubt hätte. Koch, aaO, S. 84 ff zufolge schätzen die Einbecker theoretische Schulung außerdem gering ein.

<sup>167</sup> Vgl. ‚Volkswille‘ vom 22.08.1903.

<sup>168</sup> ‚Volkswille‘ vom 23.09.1903.

Die Betonung der parteipolitischen Neutralität des Volksbildungsvereins konnte angesichts der Besetzung des Vorstands und der notgedrungenen Wahl des Publikationsorgans nicht mehr als eine Geste sein. Für die bürgerliche Öffentlichkeit war der Volksbildungsverein eine Einrichtung der sozialdemokratischen Partei und wurde folgerichtig mit den gleichen Mitteln bekämpft. Dem Verein war vor der offiziellen Gründungsversammlung ein Versammlungslokal zugesagt worden. Wie sich aber kurz vor dem 13. September herausstellte, handelte es sich bei dieser Zusage um ein besonders übles Überrumpelungsmanöver des betreffenden Wirtes. Dieser hatte für den gleichen Tag und die gleiche Stunde Tanzmusik angemeldet. Die Gründungsversammlung konnte zwar noch rechtzeitig in die Wohnung Otto Langneses umdirigiert werden. Ohne Versammlungslokal war dem Verein aber die Grundlage entzogen. Die Northeimer scheinen sich der schlechten Zukunftsaussichten für das Wirken ihres Vereins auf der Versammlung am 13.09. auch bewusst gewesen zu sein, denn der Versammlungsbericht im ‚Volkswillen‘ legte das fehlende Vertrauen der Northeimer auf die eigene Kraft mit folgender Passage offen:

„Es waren auch mehrere Fremde und Gönner des Vereins aus Einbeck anwesend, und von diesen wurde hervorgehoben, daß sie von Einbeck aus alles daran setzen würden, um den Norheimern schon in kurzer Zeit ein Lokal zu erobern.“<sup>169</sup>

Die Gründungsversammlung scheint Auftakt und gleichzeitig Ende der Geschichte des Northeimer Volksbildungsvereins gewesen zu sein, denn es fehlen weitere Hinweise auf sein Wirken im ‚Volkswillen‘. Mit dem Scheitern des Volksbildungsvereins wurde es wieder still um die sozialdemokratische Partei in der Stadt. Wenn auch die Einbecker Gönner und Freunde ihren Northeimer Genossen zu helfen bereit waren, zwischen den Wahlkämpfen hatten sie Mühe, die bestehende Organisation in ihrer Stadt und im Wahlkreis aufrecht zu erhalten. Ohne hauptamtliche Funktionäre und ohne entsprechende finanzielle Mittel war nicht daran zu denken, von Einbeck aus ein Versammlungslokal in Northeim zu „erobern“. Denn auch in Einbeck, Osterode und Uslar, wo sich die SPD auf einen festen Stamm von Anhängern stützen konnte, wurde die Arbeit für die Partei von einem kleinen Kreis führender Funktionäre getragen. Die überwiegende Mehrheit der Parteimitglieder blieb passiv und ließ sich meist nur durch den Klang großer Rednernamen aus der Parteihierarchie zum Versammlungsbesuch bewegen.<sup>170</sup> Nach den strapaziösen Notwendigkeiten eines Reichstagswahlkampfes, zu dem sich viele Mitglieder unter großen persönlichen Opfern für die Verbreitung der Agitationsmaterialien im ausgedehnten Wahlkreisgebiet zur Verfügung stellten, schrumpfte der Kreis der Aktiven wieder zusammen, nicht zuletzt deshalb, weil der Kampf ums tägliche Brot und die Sorge um den Erhalt und die wirtschaftliche Absicherung der Familie trotz der langen Arbeitszeiten in den Fabriken und Werkstätten zu zusätzlichen Anstrengungen zwang.<sup>171</sup> Die wenigen aktiven Parteimitglieder hatten alle Hände voll zu tun, um die Anfeindungen und Schikanen der örtlichen Träger der Macht abzuwehren und ihre Organisationen zu einem Netz verschiedenartiger Vereine und Selbsthilfeeinrichtungen auszubauen. So entstanden z. B. in Einbeck ein Arbeitergesangverein, ein Arbeitersportverein

---

<sup>169</sup> Vgl. ‚Volkswille‘ vom 23.09.1903.

<sup>170</sup> Vgl. Koch, aaO, S. 88 f.

<sup>171</sup> Vgl. Grebing, aaO, S. 90 f. – zu den Arbeitseinkommen im Kaiserreich (Subsistenzgrenze). Eine Entschädigung von 4 Mark pro Tag für Flugblattverbreitung und Fahrgeld 4. Klasse konnte die regionale Parteiorganisation ihren Aktiven erst 1906 bewilligen (‚Volkswille‘ vom 31.07.1906).

(1893), die Konsumgenossenschaft (1898), der Theaterverein „Thalia“ (1901) und der Radfahrverein „Vorwärts“ (1907).<sup>172</sup>

Die fehlende Kontinuität in der Arbeit der Wahlkreisorganisation der SPD war Gegenstand der Beratungen der Kreiskonferenz im Juni 1906. Wie der Vertreter des Provinzialparteiorgans, Robert Leinert, in längerer Rede betonte, müsse der Ausbau der Organisation im 11. hannoverschen Wahlkreis entschieden vorwärtsgetrieben werden. Leinert wies dabei besonders auf Northeim hin und erläuterte in einzelnen Punkten, wie diese Organisationsarbeit am Besten zu bewerkstelligen sei.<sup>173</sup>

## **Die „Hottentottenwahlen“ 1907**

Anlässlich der SPD-Kreiskonferenz im Juni 1906 war Carl Deichmann, der Vorsitzende des ‚Deutschen Tabakarbeiterverbandes‘, zum neuen Kandidaten des 11. hannoverschen Reichstagswahlkreises nominiert worden. Adolf Hoffmann war 1904 Reichstagsabgeordneter geworden und stand als Kandidat nicht mehr zur Verfügung.<sup>174</sup> Schneller als im Juni erwartet werden konnte, stand die nächste Reichstagswahl an. Nachdem der Reichstag der Regierung die pauschale Nachbewilligung von Geldern für die Kolonialverwaltung verweigert hatte, wurde der Reichstag Anfang Dezember 1906 für aufgelöst erklärt und Neuwahlen für den 25. Januar 1907 angesetzt.<sup>175</sup> In den Auseinandersetzungen vor der Auflösung des Reichstags und im darauf entbrennenden Wahlkampf trat der 1904 in Berlin gegründete und in den Folgejahren mit einem Organisationsnetz bis auf die lokale Ebene in der Provinz unterbaute „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ zum ersten Mal in breiter Front in den Wahlkampf ein. Die staatstragenden „Kräfte“ und Parteien entfalteten einen auf die Aufstachelung nationalistischer Gefühle angelegten Wahlkampf, der nach der Erinnerung vieler beteiligter Sozialdemokraten nur mit dem des Jahres 1887 vergleichbar war, als mit dem Schreckgespenst eines drohenden französischen Angriffs die Wahlbeteiligung der Bevölkerung von 60,6 % auf 77,5 % gesteigert werden konnte. Die Wahlen des Jahres 1907, die wegen ihres politischen Hintergrunds als „Hottentottenwahlen“ in die Geschichte eingegangen sind, brachten durch ähnliche demagogische Wahlkampfmanöver ein Anwachsen der Wahlbeteiligung von 76,1 % auf 84,7 %.

## **Die Northeimer Tabakarbeiter werden aktiv**

Diesmal bestand ein enger Zusammenhang zwischen dem Reichstagswahlkampf der SPD und der Reorganisation der Northeimer Tabakarbeitergewerkschaft. Am 10.01.1907 meldete August Hartje eine Mitgliederversammlung der Tabakarbeiter an, die am 12.01. im Lokal der Witwe Heidelmann stattfand und elf Teilneh-

---

<sup>172</sup> Vgl. Koch, aaO, S. 82, Anm. 108; zu Münden Thom, aaO, zu Göttingen v. Saldern, Vom Einwohner ..., aaO,

<sup>173</sup> Vgl. ‚Volkswille‘ vom 31.07.1906.

<sup>174</sup> Vgl. ‚Volkswille‘ vom 31.07.1906.

<sup>175</sup> Zu diesem Vorgang zugrunde liegenden Verfassungsstruktur vgl. G. A. Ritter (unter Mitarbeit von Marith Niehus), Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch, München 1983, S. 24 f.

mer aufzuweisen hatte. Die Versammelten wählten einen Vorstand und berieten darüber, ob sie das Risiko einer Zahlstellengründung auf sich nehmen sollten, das in der obligatorischen Einreichung der Mitgliederliste bei der Polizei gesehen wurde. Man entschloss sich, in dieser Sache beim Gauvorstand anzufragen. Der Gauvorstand scheint die Northeimer Mitgliedschaft zur Gründung einer Zahlstelle ermuntert zu haben. Sie erfolgte am 27.01.1907 mit 20 Mitgliedern.<sup>176</sup>

Eines dieser Gewerkschaftsmitglieder, der Tabakarbeiter Karl Brockmann aus der Kirchstraße, übernahm die organisatorischen Aufgaben des Wahlkampfes. Um die Witwe Heidelmann als Wirtin des Verkehrslokals der Northeimer Gewerkschaften nicht dem Druck der Bürgerschaft auszusetzen, wählte man als Versammlungsform die „kombinierte Gewerkschaftsversammlung“. Unter dieser Bezeichnung beantragte Karl Brockmann am 12.01.1907 die Genehmigung zu einer Versammlung am Montag, dem 14.01., abends im Lokal „Zur Altdeutschen“ (Witwe Heidelmann). Als Referent zum Thema „Die wirtschaftliche Lage des arbeitenden Volkes, und die Lebensmittelverteuerung...“ meldete er Karl Deichmann als Vorsitzenden „des Taback Arbeiter Verbandes“. Thema und Form der Anmeldung dieser Versammlung im Wahlkampf wahrten streng den Eindruck einer Gewerkschaftsveranstaltung.<sup>177</sup>

Schon am 20.01. folgte die nächste Versammlung, die sich als „Oeffentliche Volks-Versammlung“ an ein breites Publikum wandte und dem Referenten Hugo Eberl-Bremen die Beantwortung der Frage: „Wen wählen wir zum deutschen Reichstag?“ übertragen hatte. Per Handzettel in DIN A4-Größe wurden hierzu „alle Einwohner“ freundlichst in die ‚Altdeutsche‘ eingeladen.<sup>178</sup> Die Polizeiakte meldet nichts weiter zu diesen Wahlkampfveranstaltungen. Sie scheinen aber überzeugend gewesen zu sein, denn die SPD konnte ihre Stimmenzahl von 295 auf 329 in der Stadt steigern, wenn auch – wegen der sprunghaft gestiegenen Wahlbeteiligung ihr Stimmenanteil von 23,2 % auf 22,8 % absank. Das gleiche Bild ergab sich nach der Auszählung auf der Wahlkreisebene. In einem Kopf-an-Kopf-Rennen hatte die SPD hier 1,3 % der Stimmen verloren. Trotzdem kam Karl Deichmann mit dem hauchdünnen Vorsprung von 43 Stimmen vor dem Kandidaten des konservativen Bundes der Landwirte in die Stichwahl mit dem Kandidaten der Nationalliberalen Partei. Obwohl der SPD-Kandidat einer erdrückenden Übermacht von 561 gegen 13.600 bürgerliche Stimmen gegenüberstand, wurden für die Stichwahl am 5. Februar noch einmal alle Kräfte mobilisiert. In einem Flugblatt appellierte Carl Deichmann an „... die Arbeiter und den kleinen Mann im Gewerbe und in der Landwirtschaft ...“ noch einmal „den kleinen Zeitverlust“ des Ganges an die Wahlurne auf sich zu nehmen, um sich gegen den volksfeindlichen Charakter der nationalliberalen Politik und für „... eine Hebung und Verbesserung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lage aller Bürger“ auszusprechen.<sup>179</sup>

---

<sup>176</sup> Zu den Einzelheiten der Gründung siehe Kap. IV.

<sup>177</sup> Vgl. StAN 439/65/2 Versammlungen. Brockmann beging allerdings den kleinen Schönheitsfehler, den Referenten bei der Polizei als ‚Genossen‘ anzukündigen.

<sup>178</sup> StAN 439/65/2 Versammlungen.

<sup>179</sup> Ebda.; Flugblatt „Auf zur Stichwahl“ (Dokument).

## **Auf zur Stichwahl!**

### **Wähler in Stadt und Land!**

Wie Ihr bereits wißt, blieb der Hauptwahlgang unentschieden; keine Partei vereinigte auf sich die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen, sodaß eine Stichwahl erforderlich ist zwischen den beiden Kandidaten derjenigen Parteien, die die höchste Stimmenzahl auf sich vereinigten.

Der Stichwahltag ist auf

**Dienstag, den 5. Februar 1907**

festgesetzt.

**Wähler in Stadt und Land!** Welche Parteien sind es nun, die die höchste Stimmenzahl erhielten und zwischen welchen entschieden werden muß? Auf der einen Seite ist es die **nationalliberale Partei**, die **reaktionär und volksfeindlich ist und bislang ein frevelhaftes Spiel mit den Interessen des Volkes trieb**

und auf der anderen Seite ist es die **sozialdemokratische Partei**, die, **wie ihr Wirken bis heute bewiesen hat, stets fortschrittlich und volksfreundlich gewirkt und gewillt ist, auch weiter nachdrücklichst in diesem Sinne zu wirken.**

"**Deichmann** oder Findel" lautet nun die Parole. Kann die zu treffende Entscheidung nun schwer fallen? Wir glauben nicht! Wir müssen vielmehr erwarten, daß allen Wählern, soweit sie dem Volke angehören, bekannt ist, daß sie am gewissenhaftesten und ihren Interessen gemäß am förderlichsten handeln, **wenn sie dem Kandidaten der Sozialdemokratie ihre Stimme geben.** Die Sozialdemokratie, und das sei noch einmal hervorgehoben, erstrebt eine Hebung und Verbesserung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lage **aller Bürger.**

Die **Sozialdemokratie** kämpft für die **Abschaffung der Klassenherrschaft, für gleiche Rechte und gleiche Pflichten** aller.

Niemandem soll ein Vorrecht eingeräumt werden, keiner minderen Rechtes sein. Der **Wille des gesamten Volkes** soll maßgebend sein in allen Fragen, die die Gesamtheit, die die Nation angehen; diese soll auch die Entscheidung haben über Krieg und Frieden.

**Alles durch das Volk, aber auch alles für das Volk!**

Was hat das Volk nun von der **nationalliberalen Partei** zu erwarten? Nichts als **Unterdrückung, Entrechtung und Vorenthaltung** seiner politischen und bürgerlichen Rechte und **Schädigung** seiner wirtschaftlichen Interessen.

Die **Nationalliberalen sind Feinde** des **allgemeinen Wahlrechts.** Sie haben das Reichstagswahlrecht verschlechtert, indem sie anstelle der dreijährigen die fünfjährige Legislaturperiode gesetzt haben. Sie sind die Hauptstützen für die Aufrechterhaltung der reaktionärsten, ungerechtesten Wahlsysteme in den Einzelstaaten. Sie sind, wie vielfache Äußerungen aus ihren Kreisen beweisen, dazu bereit, das bestehende Reichstagswahlrecht noch weiter zu verschlechtern, wenn nicht bereit, es dem Volke ganz zu rauben.



Die **Nationalliberalen sind Feinde** des Vereinigungsrechts, soweit die Arbeiter davon Gebrauch machen und lauern nur auf den Augenblick, wo sie es verschlechtern oder gar erdrosseln können. Sie haben am tollsten nach einem Zuchthausgesetz geschrieen.

Die **Nationalliberalen** sind stets für die härtesten **Ausnahmegesetze** gegen **Sozialdemokratie, Zentrum und Welfen**, eingetreten.

Die **Nationalliberalen sind Feinde** eines durchgreifenden Arbeiterschutzes und ihnen haben es die Bergleute zu verdanken, daß die bekannte Berggesetznovelle verstümmelt wurde.

Die **Nationalliberalen sind Feinde** einer Verbesserung der Arbeiterversicherungsgesetze, die dringend in Angriff zu nehmen ist.

Die **Nationalliberalen** sind wohl Freunde eines großen stehenden Heeres und einer großen Flotte, aber **Feinde** einer **gerechten** Verteilung der immer unerträglicher werdenden Lasten dieser Staatseinrichtungen; alle Lasten hierfür büden sie dem Volke auf in Form der indirekten Steuern auf die nötigsten Bedarfsartikel.

Die **Nationalliberalen sind Feinde** und die rücksichtslosesten **Untergraber** des **kleinen Handwerks** und der **kleinen Geschäftsleute**. Durch die von ihnen betriebene und gutgeheißene Zollpolitik haben sie nicht allein die Rohmaterialien verteuert, sondern auch die Nahrungsmittel, Futter- und sonstige Bedarfsartikel im Preise gesteigert und damit unwiderleglich gezeigt, daß ihre jetzt so "sehr gepriesene" Heimatpolitik weiter nichts ist, als eine gründliche Volksausplünderung zugunsten der Anzahl Großgrundbesitzer und Großindustriellen.

### **Wähler in Stadt und Land!**

Ueberlegt noch einmal und handelt! Laßt Euch nicht betören durch das heuchlerische Geschwätz der Nationalliberalen, die nur solange **die Arbeiter und den kleinen Mann im Gewerbe und in der Landwirtschaft helfen und schützen wollen, bis der Wahltag vorüber ist und die Stimmen für sich aus dem Volke eingefangen sind.**

Laßt Euch nicht beeinflussen durch gemeine und erlogene Anwürfe und nichtswürdige Verdächtigungen gegenüber der Sozialdemokratie, wie sie nunmehr in verdoppelter Auflage erfolgen werden, um Euch vor der Sozialdemokratie gruselig zu machen und zu bewegen, der volksfeindlichen nationalliberalen Partei die Stimme zu geben.

**Wähler in Stadt und Land!** Scheut nicht den kleinen Zeitverlust und tretet am Stichwahltag noch einmal an die Wahlurne und bekundet, daß Ihr nicht gewillt seid, Euch weiter als Staatsbürger minderen Grades behandeln zu lassen und wählt mutig Mann für Mann am Stichwahltag den Kandidaten

## Carl Deichmann

aus Bremen. Unerschrocken und unerschütterlich wird er eintreten für die Förderung des gesamten Volkswohles!

**Das sozialdemokratische Wahlkomitee.**

**Zur Beachtung!** Beim Hauptwahlgange haben in einer Reihe von Orten die Wahlvorsteher die Wahlgeschäfte nicht so gehandhabt, daß man ihnen nachsagen könnte, sie seien Freunde des **geheimen** Wahlrechts und gewillt gewesen, dem Sinne des Wahlgesetzes nach zu handeln. Wir verweisen deshalb auf folgende Bekanntmachung und knüpfen daran das dringende Ersuchen, die Herren **Wahlvorsteher** zu veranlassen, vor **Entleerung der Wahlurne eine Durchschüttelung der inliegenden Wahlkuverts vorzunehmen.**

### **Bekanntmachung für die Herren Wahlvorsteher.**

...15 Absatz des Reglements zur Ausführung des Wahlgesetzes für den Reichstag sind die von den Wählern abgegebenen Umschläge mit dem Stimmzettel vom Wahlvorsteher oder dessen Vertreter uneröffnet in die **Wahlurnen** zu legen. Bei der Reichstagswahl im Jahre 1903 ist die Beobachtung gemacht, daß ein Teil der Wahlurnen den an sie zu stellenden Anforderungen nicht entsprach. **Insbesondere dürfen die Wahlurnen nicht so beschaffen sein, dass aus ihnen die Umschläge in derselben Reihenfolge, wie sie hineingeworfen sind, entnommen werden können.** Die Herren Wahlvorsteher ersuche ich, am Wahltage nur eine solche Wahlurne zu benutzen, deren Beschaffenheit die Geheimhaltung der Abstimmung vollständig sicher stellt.

Der Landrat. J. V.: Dr. de Terra, Regierungsassessor.

**... nicht gewählt haben, können sich an der Stichwahl doch beteiligen.**

Abschrift:

Die Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie vertreten folgende Zeitungen:

**V o r w ä r t s**  
**Berliner Volksblatt.**

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.  
Die illustrierte Sonntags-Beilage: „**Die neue Welt**“.

Erscheint täglich außer Montags  
Preis vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., unter Kreuzband bezogen 2  
Mk. monatlich.  
Eingetragen in der Postzeitungs-Preisliste für 1897 unter Nr. 7437.

Expedition:  
**Berlin SW. 19, Beuth-Straße 3.**

---

**V o l k s w i l l e**

Organ für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung der  
Provinz Hannover.  
Mit der wöchentlichen Gratisbeilage: „**Die Neue Welt**“.

Erscheint jeden Wochentag Abends.  
**Preis monatlich 65 Pf. in das Haus gebracht, durch die Post bezogen vier-  
teljährlich 1,80 Mk. ohne Bestellgeld.**  
Eingetragen in der Postzeitungs-Preisliste für das Jahr 1897 unter Nr. 7413.  
Inserate kosten 15 Pf., Wohnungs-, Familien- und Versammlungsanzeigen und  
Arbeitsmarkt 10 Pf. pro kleinspaltige Petitzzeile. Offerten-Aannahme 10 Pf.

Expedition:  
**Hannover, Burg-Straße 9**

Verlag: Emil Horn in Northeim, Schaafstr. 199 - Druck von Max Bading, Berlin  
SW.

## **T e u e r u n g   u n d   H u n g e r s n o t .**

### **Männer und Frauen des arbeitenden Volkes!**

Ein Gespenst schleicht durch die Gaue unsres Vaterlandes: das Gespenst des Hungers! Hunderttausende von Arbeiterfrauen sehen mit banger Sorge dem kommenden Winter entgegen, der- das steht schon jetzt fest - die heute bereits kaum mehr zu ertragende Teuerung aller notwendigen Lebensmittel der breiten Volksmassen ins Ungeheuerliche steigern wird. Sprunghaft steigen von Woche zu Woche die Zuckerpreise in die Höhe; bald aus dieser, bald aus jener Gegend wird von einer Erhöhung der Milchpreise berichtet; gutes Gemüse ist kaum noch zu bezahlen, und Fleisch wird immer mehr zu einem seltenen Leckerbissen auf dem Tische des Arbeiters; die Preise für Obst haben vielfach eine schwindelnde Höhe erreicht; die Brote werden kleiner und kleiner; Mehl, Reis, Grieß nehmen beständig im Preise zu, und selbst die Kartoffeln, die Hauptspeise der Armen, sind vielfach kaum mehr zu bezahlen. Teurer als früher ist das Bier, teurer ist der Kaffee, der Tee, der Kakao, sogar das Salz ist um zwei Pfennig pro Pfund im Preise gestiegen. Weit teurer als noch vor drei Jahren sind die Streichhölzer, teurer sind die Beleuchtungsmittel, teurer sind die Zigarren. Kein Wunder, daß unter solchen Umständen das Auge des Arbeitsmannes, der Arbeiterfrau trüb, banger Sorge voll, in die Zukunft blickt; kein Wunder, daß mancher bleichen Lippe sich der Seufzer entringt: Was will das werden? Wo soll das noch hinaus?

Aber nicht müßiges Klagen, nicht hoffnungsloses Verzweifeln geziemt dem Armen! Es gilt, daß er klaren Auges zu erkennen trachtet, wo die Ursache all die Not liegt, die ihn und die Seinen drückt, und daß er dann mit eiserner Entschlossenheit den Kampf aufnimmt gegen seine Feinde, gegen die, die in frevelhafter Verblendung dies ganze Unglück über die Millionen des werktätigen Volkes heraufbeschworen haben.

Allerdings: Wilhelm II., der deutsche Kaiser, der König von Preußen, dem unter ausdrücklichem Hinweis auf die "allgemeine Teuerung" schon im Sommer 1910 eine jährliche Gehaltszulage von dreiundeinerhalben Million Mark von allen preußischen "Volksvertretern" mit alleiniger Ausnahme der Sozialdemokraten gewährt wurde, so daß er jetzt - von seinen riesenhaften Privateinkünften als größter Großgrundbesitzer Preußens, als Fabrikherr usw. einmal ganz abgesehen - allein in seiner Eigenschaft als König von Preußen über ein Jahreseinkommen von etwa zwanzig Millionen Mark verfügt, Wilhelm II. allerdings hat in einer Festrede dem Volke geraten, die gegenwärtige Teuerung als etwas Unabänderliches anzusehen, sie als eine "Schickung des Himmels" geduldig hinzunehmen. Aber das Volk - das sei hier mit aller Deutlichkeit gesagt -

**denkt gar nicht daran,**

diesem kaiserlichen Ratschlag Folge zu leisten! Es weiß natürlich sehr wohl, daß die außergewöhnliche Dürre dieses letzten Sommers die allgemeine Teuerung noch verschärft hat, aber es weiß auch ebenso gut, daß diese Dürre keineswegs die letzte Ursache dieser Teuerung ist.

Oder will wirklich jemand dem arbeitenden Volke einzureden versuchen, daß auch der verbrecherische Zollwuchertarif vom Dezember 1902, der die Aushungerung der breiten Volksmassen zugunsten einer Handvoll ostelbischer Junker in ein verruchtes System brachte, irgend etwas zu tun hat mit der - Dürre dieses

Sommers von 1911? Oder hat etwa die nun schon lange Jahre andauernde Sperrung der deutschen Grenzen, die die Einfuhr auch des gesunden ausländischen Viehes fast völlig verhindert, die es unsern Agrariern erlaubt, ohne jede Rücksicht auf die ausländische Konkurrenz die Fleischpreise bis zu unerträglichen Höhen hinaufzutreiben, hat sie irgendeinen Zusammenhang mit der - Trockenheit der letzten Monate? Und welche Wechselbeziehung besteht denn zwischen dieser Trockenheit und dem infamen System der sogenannten Einfuhrscheine? Allein schon durch dieses tolle System werden aus den Taschen der Ärmsten der Armen den Junkern und Börsianern im Jahresdurchschnitt

**etwa 100 Millionen bares Geld geschenkt,**

ganz zu schweigen davon, daß schon infolge der allgemeinen deutschen Wirtschaftspolitik der Zustand herbeigeführt worden ist, daß zum Beispiel die Tonne Roggen, die in Odessa (Rußland) im September d. J. 121 Mk. kostete, in Berlin mit 185 Mk. bezahlt werden mußte, hier also um nicht weniger als 64 Mk. teurer war, ein Verhältnis, das sich dann im Kleinverkauf natürlich noch weit ungünstiger gestaltet. Auch alles das hat, wie gesagt, mit der letzten Sommerdürre selbstredend auch nicht das allermindeste zu tun, ebensowenig wie die durch alle amtlichen Erhebungen immer von neuem erhärtete Tatsache, daß in dem freihändlerischen England fast alle Lebensmittel beträchtlich billiger sind (bei höheren Löhnen!) als in dem schutzzöllnerischen Deutschland! Weiter: Nicht die Dürre, sondern die

**arbeiterfeindliche, volksverräterische Politik der bürgerlichen Parteien und der Regierung**

ist schuld daran, daß auf jedem Pfund Salz 6 Pfg., auf jedem Pfund Kaffee 40 Pfg., jedem Pfund Tee 52 Pfg., jedem Pfund Zucker 7 Pfg., jedem Paket Streichhölzer 15 Pfg., jedem Liter Petroleum 6 Pfg., jedem Liter Bier 5 Pfg., jedem Achtel Branntwein 6 Pfg., jedem Pfund Tabak 59 Pfg. Steuer liegen usw. usw. Um wieviel wäre - trotz der Dürre! - das Los des arbeitenden Volkes in diesen Tagen erträglicher, wieviel besser vermöchte die Arbeiterfrau mit dem kargen Wirtschaftsgelde, das ihr Mann ihr am Wochenschlusse nach Hause bringt, auszukommen, wenn diese kolossalen Steuerbelastungen nicht vorhanden wären! Darüber, Ihr Arbeiterfrauen, denkt einmal recht ernsthaft und eindringlich nach! Und denkt weiter darüber nach, warum denn eigentlich alle diese Lasten dem arbeitenden Volke aufgebürdet worden sind! Nur deshalb, weil die Reichen sich beharrlich und hartnäckig weigern, zur Bestreitung der Reichsausgaben, die im wesentlichen doch nur ihrem Wohlergehen, nur dem Schutze ihrer Interessen dienen, einen irgendwie in Betracht kommenden Teil beizusteuern.

**Weil die Reichen nicht zahlen wollen, deshalb müssen die Armen jetzt hungern!**

Ihr Wohlleben - das ist Euer Hunger, ihr Reichtum - das ist Eure Not!

Diese Politik der Machhaber - nicht irgendeine "Fügung des Himmels" - hat es verschuldet, daß, nach Erhebungen, die nicht etwa von sozialdemokratischer Seite veranstaltet worden sind, im Sommer 1908 in deutschen Städten 22000, im Winter 36000 Volksschüler ohne Frühstück zur

... die Arbeiterfrauen in immer wachsenden Scharen zur Fronarbeit in die Fabriken treibt, da der Verdienst des Mannes trotz größten Fleißes nicht mehr ausreicht zur Ernährung der Familie! Sie also ist es, die die Mutter zwingt, die Erziehung ihrer Kleinen zu vernachlässigen! Sie verschuldet auch das namenlose Elend, das alljährlich die Schwindsucht, diese echte und rechte Proletarierkrankheit, über zahllose deutsche Arbeiterfamilien bringt! Diese Politik ist es, die alles das wieder verschlingt, was Ihr in opfervollen Kämpfen unter Darben und Hungern einem brutalen Unternehmertum abgerungen habt!

Und dann noch eins: Welche Zwecke sind es denn eigentlich, für die den arbeitenden Massen alle diese ungeheuren, ihre Lebenshaltung bis ins Unerträgliche verteuernenden Summen abgepreßt werden, die jetzt jährlich die gewaltige Höhe von rund anderhalb Milliarden Mark erreichen? Nun, der Zweck ist ein doppelter: Einmal soll diese verruchte Politik es ermöglichen, dem ostelbischen Junkertum, diesen alten Erbfeind des deutschen Volkes, diesem geschworenen Feinde seines Wohlergehens, seines Fortschrittes, seiner Freiheit, Jahr für Jahr

**Riesensummen in den Schoß zu werfen,**

und zweitens dient sie dazu, für das

**wahnwitzige, tolle Wettrüsten zu Wasser, zu Lande und in der Luft**

immer gewaltigere Summen zur Verfügung zu haben! Bedenkt, Ihr Arbeiter, bedenkt auch Ihr es, Ihr Arbeiterfrauen: damit zum Kampfe gegen Euch selbst, die man den "inneren Feind" nennt, trotzdem ohne Euren rastlosen Fleiß diese ganze Gesellschaft der Ausbeutung auch nicht einen einzigen Tag lang bestehen könnte, und damit zum Kampfe gegen Eure französischen und englischen Arbeitsbrüder, die man den "äußeren Feind" heißt, immer mehr Soldaten eingestellt, immer mehr Kanonen und Gewehre angeschafft werden können, darum müßt Ihr darben! Und damit Eure Todfeinde, die ostelbischen Junkern, ein Leben herrlich und in Freuden führen können, darum, Ihr Männer und Frauen des arbeitenden Volkes, müßt Ihr hungern, darum müßt Ihr zähneknirschend zusehen, wie Eure Kinder, Eure Lieblinge, blaß und blässer werden, wie Eure Säuglinge aus Mangel an geeigneter Pflege und an guter, gesunder Nahrung Mangel an geeigneter Pflege und an guter, gesunder Nahrung zu vielen Tausenden dahinsiechen und elend zugrunde gehen!

Und das alles solltet Ihr als unabänderlich hinnehmen, als "Schickung des Himmels" geduldig, ohne zu murren, ertragen?

**Nein und dreimal nein!**

Nicht um eine "Schickung des Himmels" handelt es sich hier, sondern um Schandtaten Eurer Feinde, gegen die es anzukämpfen gilt mit äußerster Anstrengung aller Eurer Kräfte!

Und da möchten wir besonders an Euch ein ernstes Wort richten, Ihr Frauen des arbeitenden Volkes! Millionen von Euch haben bisher die ganze Politik immer nur aufgefaßt als eine Sache, die die Frauen eigentlich gar nichts angeht, die "die das oben", die berufsmäßigen Politiker, die Minister, die Abgeordneten und Zeitungsschreiber nur ruhig unter sich ausmachen sollen! Viele von Euch haben es ihren Männern wohl gar schwer verdacht, wenn sie eine Arbeiterzeitung abonnieren wollten, wenn sie ihrem Verband oder der sozialdemokratischen Parteiorganisation beizutreten gedachten, wenn sie in Versammlungen gingen und der Wahl wegen eine ganze oder eine halbe Arbeitsstunde versäumten!

Nun, Ihr habt es eben bisher nicht besser gewußt. Solltet Ihr aber, nachdem Ihr dies alles gelesen und eingesehen habt, auch künftig noch ebenso handeln, dann, Ihr Arbeiterfrauen, würdet Ihr Euch nicht nur an den Interessen Eurer Männer, sondern auch an Euren eigenen Interessen und am Wohlergehen Eurer Kinder aufs schwerste versündigen!

... ihm zu leben, wollt Ihr vor allem in diesen schweren Tagen der furchtbaren Teuerung wirksam auf den Leib rücken, so müßt Ihr selbst Hand ans Werk legen!

Das gilt - wir wiederholen es - auch für Euch, ihr Arbeiterfrauen, und gerade für Euch! Die Regierung und alle bürgerlichen Parteien haben angesichts der furchtbaren Notlage völlig versagt! Die paar "Maßnahmen", die bisher getroffen worden sind, kleine Frachttarifiermäßigungen und dergleichen, sind gänzlich ungenügend! Da bleibt denn nichts andres übrig, als dass

**die Hungernden selbst auf dem Plan erscheinen!**

Vor zwanzig Jahren gaben unsre deutschen Agrarier einmal die Parole aus: Schreien wir, schreien wir, schreien wir! Und sie haben Erfolg gehabt mit ihrem Schreien, vollen Erfolg! Nun wohl: folgen wir ihrem Beispiel! Schreien auch wir - schreien wir, daß unsern Ausbeutern und Bedrückern die Ohren gellen, daß sie uns hören müssen - mögen sie nun wollen oder nicht!

Vielmillionenstimmig erschalle der Schrei der hungernden Massen:

**Oeffnung der Grenzen! Fort mit dem Räubersystem der Einfuhrscheine!  
Fort mit allen Brot- und Fleischzöllen! Nieder mit den indirekten Steuern!**

Deshalb hinein, Ihr Männer und vor allen Dingen auch Ihr Frauen des arbeitenden Volkes, hinein in die Protestversammlung gegen die Teuerung! Hinein in die politische Organisation der Sozialdemokratie, der einzigen Partei, die mit rücksichtsloser Entschlossenheit den Kampf führt gegen alles, was Euch hudelt und büttet! Hinein auch in die freien Gewerkschaften, die in diesen Zeiten der Teuerung der beste Schutzwall für Euch sind, in denen allein Ihr Euch durch Erkämpfung höherer Löhne einen gewissen Ausgleich wenigstens erringen könnt für die Verschlechterung Eurer Lebenslage, die die Teuerung mit sich gebracht hat! - Fort mit der arbeiterfeindlichen, besonders auch mit der sogenannten "unparteiischen" Presse auch aus der letzten Hütte der Armut! In jedes Arbeiterheim die Zeitung der Arbeiter, die treueste, zuverlässigste Freundin der Enterbten! Und vor allem:

**rüstet zur Reichstagswahl!**

Rüstet zum Tage der großen Generalabrechnung mit der ganzen Gesellschaft Eurer Feinde! Auch Ihr Frauen, denen die Machthaber immer noch das gleiche Wahlrecht vorenthalten, trotzdem Ihr ihnen gut genug seid zur Ausbeutung bis aufs Blut, zum Steuerzahlen, zum Gebären von immer neuen Arbeitssklaven und von immer neuem Kanonenfutter: auch Ihr könnt, auch Ihr müßt rüsten zur Reichstagswahl! Rüttelt Eure Männer auf, soweit sie noch lau und flau abseits stehen! Agitiert unablässig für den großen bevorstehenden Kampf! Denkt dran, daß die Agrarier und ihre schwarzen Verbündeten den heutigen verbrecherischen, mörderischen Zollwucher nicht nur bis aufs letzte aufrechterhalten, daß sie ihn vielmehr noch verschärfen und daß sie auch Obst-, Gemüse- und Milchzölle einführen wollen! Leben und Gesundheit Eurer Kinder ist der Preis, um den gerungen wird. Die heilige Liebe zu ihnen entflamme in Euch einen heiligen Haß gegen die Gesellschaft der Ausbeutung und Knechtung! Entrollt stolz deshalb auch vor Euren Arbeitsschwestern das herrliche rote Banner der Sozialdemokratie, das Banner der Brüderlichkeit und Menschenliebe, das Banner der Freiheit, das Banner der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt!

Verlag von Robert Leinert, Hannover. - Druck von E. A. H. Meister & Ko., Hannover

Abschrift:

## **An die Arbeiterschaft in Stadt und Land!**

Die letzten Reichstagswahlen sollten den Zweck haben, die Sozialdemokratie, das ist die Arbeiterpartei, niederzureiten. Es entstand die Blockpolitik, deren Ziel es war, alle sogenannten nationalen Forderungen der Regierung zu bewilligen. Dadurch sind die Schulden des Reichs auf fast 5000 Millionen Mark gestiegen.

Im Sommer 1909 ging der Block in Trümmer. Die Kraftprobe für die Blockpolitik war der

### **Steuerraub gegen die arbeitenden Klassen.**

500 Millionen Mark neuer Steuern sind im Sommer 1909 vom Reichstage bewilligt worden, davon 400 Millionen Mark für die Armen. Die gerechte Nachlaßsteuer wurde abgelehnt, weil dabei die Reichen nicht in der Lage sind, sich der Steuer zu entziehen. Der Block brach aber nur zusammen, weil man sich nicht einig werden konnte über die Besteuerung der Reichen. Den Junkern sind die Schnapsliebessgaben in Höhe von 46 Millionen Mark auf Ewigkeit zugeschanzt; die Reichen brauchen keine Erbschaftssteuer zu bezahlen. Einig war aber der Reichstag - mit Ausnahme der Sozialdemokraten - , daß die armen Leute 400 Millionen Mark für die Politik des Militarismus, des Marinismus und der Kolonialpolitik opfern und sich an der Lebenshaltung abdarben müssen.

Die Großindustriellen, Bankiers und Börsenleute sind empört, daß sie ein paar Millionen Mark aufbringen sollen infolge Besteuerung der Dividenden- und Zinscheinbogen. Sie gründeten den

### **Hansabund,**

um auf die Gesetzgebung einwirken zu können. Sie sammeln Geld und organisieren sich, damit nur solche Reichstagsabgeordneten gewählt werden, die den Wünschen der Börsengeldleute entsprechen. In seinen Zielen ist der Hansabund arbeiterfeindlich und steht in gleicher Linie mit dem habsüchtigen

### **Bund der Landwirte und dem Bauernbund.**

Diese leitet nur der Gedanke, auf Kosten des arbeitenden Volkes Geld zu verdienen durch die Gesetzgebung. Neben diesen drei Organisationen ist es noch der

### **Reichsverband gegen die Sozialdemokratie,**

der durch Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie versucht, die Arbeiter für deren schlimmsten Feinde einzufangen. Mit allen Mitteln werden die Arbeiter aufgefordert, für die Kandidaten der vorhergenannten Beutemacher einzutreten und bei Wahlen für diese zu stimmen.

Im Herbst 1909 erschien noch der Zentralverband deutscher Industrieller auf der Bildfläche mit dem Plane, einen

### **„Juliusturm“ der Scharfmacher**

zu errichten, einen industriellen Wahlfonds, aus dem ohne Ansehen der nationalen Partei alle unterstützt werden sollen, von denen anzunehmen ist, daß sie die Interessen der Industrie in wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen so vertreten, wie der Zentralverband der Scharfmacher es haben will. In der Gründungsversammlung am 15. Oktober in Berlin waren auch Vertreter aus Hannover zugegen, und der Handelskammersyndikus Nocke aus Hannover führte dort u. a. aus:



'Die hannoversche Industrie fühlt sich in den letzten Jahren von der dort herrschenden bürgerlichen Partei vernachlässigt und gründlich verletzt. In die Abhängigkeit des Bundes der Landwirte, der Beamten, der Arbeiter begibt man sich, die angebliche Abhängigkeit von der Industrie aber scheut man. Deswegen haben auch unsre Industriellen gesagt: Wir können zurzeit mit der Menge der Stimmen nichts ausrichten innerhalb einer Partei. Wohl aber werden wir unser Gewicht in die Waagschale werfen können, wenn man immer und immer wieder, wo Not am Mann ist, an die finanzielle Opferwilligkeit der Industrie appelliert; unsre Industrie bezahlt ja den größten Teil der Kosten der Wahlen; nicht nur in der Stadt, sondern auch in der Provinz Hannover. Darum begrüßen wir das Vorgehen des Zentralverbandes, durch das unsre Bewegung an Stoßkraft gewinnen wird. Schon das Bekanntwerden dieser Tatsache wird die maßgebenden Parteigrößen etwas gefügiger

Geheimer Kommerzienrat Meyer - Hannover stellte fest, daß 17 hannoversche Kreise für den Zentralverband in Betracht kommen. Ausgeschlossen seien nur die Stadt Hannover und Meppen.

Ihr Arbeiter und Arbeiterinnen! Bei den nächsten Wahlen kommen auf bürgerlicher Seite nur Vertreter der Großkapitalisten und Großgrundbesitzer in Betracht. So sind eure wütendsten Feinde am Werke, um gegen euch nach allen Seiten aufzutreten. Gegen solche Mächte können wir nur in einer großen geschlossenen Organisation auftreten. Als solche Organisation kann für die Arbeiter nur der

### **Sozialdemokratische Verein**

in Frage kommen. Der Sozialdemokratische Verein ist die beste Waffe gegen die genannten Arbeiterfeinde.

Darum wenden wir uns auch an dich, lieber Freund, mit der Bitte, Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins zu werden. Fülle den hierunter angebrachten Aufnahmeschein aus und gib ihn einem deiner Freunde. Das Mitgliedsbuch wird dir dann zugesandt.

Der Eintritt kostet nur 20 Pfg. und der Monatsbeitrag beträgt 40 Pfg.; beides ist gleich bei der Aufnahme zu bezahlen. Die Beiträge werden aus dem Hause geholt, so daß keinerlei Schwierigkeiten entstehen. Es ist nur nötig, daß du deiner Frau genau Bescheid sagst, damit sie, wenn der Kassierer kommt, auch den Beitrag bereit hält. Bist du unverheiratet, dann unterrichte deine Wirtin, gib ihr den Beitrag, damit der Kassierer keine unnützen Wege zu machen braucht.

**Beherzige diese kurzen Darlegungen und fülle den folgenden Schein aus.**

---

## **Sozialdemokratischer Kreisverein.**

### **Beitritts-Erklärung.**

Vor- und Zuname:

Beruf:

Wohnort:

Wohnung:

Straße Nr.

Vorderhaus,  
Hinterhaus, Etage:  
Seitenhaus

Falls in Logis, bei wem?

Es wird um genaue Ausfüllung und ganz besonders um genaue Angabe der Wohnung, ob Vorder-, Hinter- oder Seitenhaus, gebeten.

Das Eintrittsgeld beträgt 20 Pfg., der monatliche Beitrag 40 Pfg. - Das Eintrittsgeld und ein Beitrag, also 60 Pfg., müssen sofort bei der Aufnahme entrichtet werden. - Die Beiträge werden abgeholt.

Verlag von R. Leinert, Hannover. - Druck von E. A. H. Meister & Ko, Hannover

In Northeim trat wieder Karl Brockmann in Aktion und berief für den 1. Februar „... eine öffentliche kombinierte Gewerkschaftsversammlung ...“ ein, in der Carl Deichmann als Referent sprechen sollte.<sup>180</sup> Diese Versammlung im Lokal „Zur Altdeutschen“ wurde von Polizei-Sergeant Schulz überwacht. Laut Protokoll des Sergeanten begrüßte der Vorsitzende, Karl Brockmann, die 100 Erschienenen, „... zum größten Teil dem Arbeiterstande hiesiger Stadtangehörend(en) Personen und teilte ihnen mit, daß der Einbecker August Müller für den verhinderten Reichstagskandidaten als Referent eingesprungen sei. Vor dessen Vortrag über „die augenblickliche politische Lage“ sollte die Versammlung einen Vorstand wählen. Aus dieser Wahl gingen mit jeweils großer Stimmenmehrheit:

„... als Vorsitzender: Tabakarbeiter Brockmann,  
als Schriftführer: Handelsmann Otto Langnese  
und als Kassierer: Wendt, sämtlich von hier...“

hervor. An den Worten des Referenten Müller fand der Polizist nichts auszusetzen: „Die Ausführungen waren sachlich und ruhig. Bemerkenswerte Auslassungen sind nicht zu verzeichnen.“, schrieb Schulz in seinem Bericht. Nach dem Vortrag meldeten sich zwei Diskussionsredner. Der Zigarrenarbeiter Schnabel fiel dem Polizisten auf, weil er „in gehässigen Worten und in persönlichen Angriffen die hiesige Geistlichkeit scharf kritisierte.“ Schulz hielt diese Äußerungen in einem gesonderten Stenogramm fest.

„Der Maurer Grube von hier forderte die Anwesenden auf, künftighin nur bei Heidelmann zu verkehren und dies Geschäft in jeder Weise zu unterstützen. Man könne dann ruhig den Holzverkauf in ein anderes Lokal verlegen.“<sup>181</sup>

In der vier Tage später folgenden Stichwahl folgten die SPD-Wähler dem Appell ihres Kandidaten. Es wurden mit 6.320 für ihn abgegebenen Stimmen 709 mehr ausgezählt als im ersten Wahlgang. Sieger der Wahl blieb aber der Nationalliberale Findl, der 64,1 % der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigen konnte.

Beim Vergleich der sozialdemokratischen Wahlkämpfe von 1903 und 1907 fällt auf, dass sich beide Kandidaten in Northeim auf Gewerkschaften stützten. Während dem Kandidaten Hoffmann unvorhergesehen der „frische Geist“ unter den Arbeitern Northeims im Gefolge des Maurerstreiks zugute gekommen war<sup>182</sup>, scheint man 1907 mit der Mobilisierung der Tabakarbeiter die Schwäche der SPD in Northeim systematisch ausgeglichen zu haben.

Anders aber als im Wahlkampf des Jahres 1903, als der aus Berlin kommende Spezialist für die Landagitation den „Siegeslauf der Sozialdemokratie“ in der südniedersächsischen Provinz gefeiert und der ‚Volkswille‘ die Festung Northeim geräuschvoll für eingenommen erklärt hatte, gingen Deichmanns Tabakarbeiter in gewerkschaftlich stiller Art möglichst verdeckt vor. Deichmann, der 1863 als Sohn eines Zigarrenarbeiters in Uslar geboren worden war, hatte dort als Kind in

---

<sup>180</sup> StAN 439/65/2 Versammlungen, Flugblatt „Auf zur Stichwahl“.

<sup>181</sup> Ebda.; Bericht vom 04.02.1907.

<sup>182</sup> so der Tenor im ‚Volkswillen‘ vom 23.09.1903. Zur Biographie A. Hoffmanns (Beiname: „Zehn-Gebote-Hoffmann“) vgl. Biographisches Lexikon zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. vom IML beim ZK der SED, Berlin-Ost 1970, S. 216 f.

der Zigarrenfabrik gearbeitet, bis er 1884 nach Bremen ging.<sup>183</sup> Deichmann kannte also Land und Leute und wird die vorsichtige Taktik der „kombinierten Gewerkschaftsversammlung“ als für die besonderen Verhältnisse in Northeim angemessen gehalten haben.

### **Eine heimliche Parteigründung unter den Augen der Polizei**

Dass die regionale Parteiorganisation – gemäß ihrer Ankündigung in der Kreis-konferenz im Juni 1906 – im betont vorsichtigen Wahlkampf 1907 das Ziel der Stabilisierung der Sozialdemokratie in der Stadt Northeim verfolgte, verrät eine eingehende Analyse des Versammlungsprotokolls des Sergeanten Schulz. Ohne das Kind beim Namen zu nennen, war in der „öffentliche(n) kombinierte(n) Ge-werkschaftsversammlung“ am 1. Februar 1907 die Gründung eines Northeimer SPD-Wahlvereins in die Wege geleitet worden. Einige der Akteure dieser Wahl-veranstaltung sind uns ja schon von dem missglückten Organisationsversuch des Jahres 1903 her bekannt: August Müller aus Einbeck und die Northeimer Otto Langnese und Wilhelm Grube. Die Wahl eines Vorstands speziell für eine Ver-sammlung war im Versammlungswesen des Kaiserreichs nichts Ungewöhnli-ches.

„Northeim, den 4. Februar 1907

Bericht  
über die vom 1. Februar d. J. abends 8 Uhr im Saale der "Altdeutschen"  
stattfindenden öffentlichen Gewerkschafts-Versammlung.

Die Versammlung wurde um 8.40 Uhr durch den Vorsitzenden, Tabakar-beiter Karl Brockmann, Kirchstraße No. 11 wohnhaft eröffnet.

Anwesend waren etwa 100 Personen, zum größten Teil dem Arbeiter-stande hiesiger Stadt angehörend. Der Vorsitzende teilte mit, daß der so-zialdemokratische Reichstagskandidat Deichmann aus Anlaß der am heutigen Tage in Bremen stattfindenden Reichswahlen am Erscheinen verhindert sei, Genosse Müller aus Einbeck sei als Vertreter erschienen und habe sich bereit erklärt, über die augenblickliche politische Lage, ei-nen Vortrag zu halten. Vorerst solle jedoch zur Wahl eines Vorstandes geschritten werden.

Gewählt wurde als Vorsitzender: Tabakarbeiter Karl Brockmann, als Schriftführer: Handelsmann Otto Langnese und als Kassierer: Wendt, sämtliche von hier mit großer Stimmenmehrheit.

Der nun folgende Vortrag des ... Müller aus Einbeck erstreckte sich an Hand eines Zeitungsartikels der Göttinger Grubenhagenschen Zeitung ü-ber die augenblickliche politische Lage.

Die Ausführungen waren sachlich und ruhig. Bemerkenswerte Auslassun-gen sind nicht zu verzeichnen.

Nach Schluß des Vortrages wurde in die Diskussion eingetreten.

---

<sup>183</sup> Vgl. Koch, aaO, S. 37, Anm. 1a.

Es meldete sich zum Wort der Zigarrenmacher Schnabel von hier, der in gehässigen Worten und in persönlichen Angriffen die hiesige Geistlichkeit scharf kritisierte. Die diesbezügliche Redensarten sind durch Steno aufgenommen festgelegt.

Der Maurer Grube von hier forderte die Anwesenden auf, künftighin nur bei Heidelmann zu verkehren und dies Geschäft in jeder Weise zu unterstützen. Man könne darum ruhig den Holzverkauf in ein anderes Lokal verlegen.

Der Vorsitzende schloß hierauf 10.20 Uhr die Versammlung, dieselbe verlief ruhig und gab zum polizeilichen Einschreiten keine Veranlassung.

Unterschrift  
Pol. Kommissaer

Schulz  
Polizei.Sergeant

Was aber auffallen musste war die Wahl des Kassierers Wendt. Die Wahl eines Kassierers in der Versammlung ergab nur dann einen Sinn, wenn an einen organisatorischen Zusammenhalt über den Zweck der Versammlung hinaus gedacht war. Eine zweite Nuance im Vorfeld dieser Versammlung fällt auf. Im Unterschied zur ersten war diese zweite „kombinierte Gewerkschafts-Versammlung“ bei der Polizei als „öffentliche“ angemeldet worden. Sie zielte also auf eine Teilnehmerschaft über den Kreis der Mitglieder der einzelnen Northeimer Gewerkschaften hinaus und verlieh dem gewählten Vorstand eine breitere Legitimation. Vermutlich werden viele der Versammlungsteilnehmer das Geschehen ebenso ahnungslos wie der protokollierende Polizist verfolgt haben. Wahrscheinlich war (auch) der aggressive Auftritt des Zigarrenarbeiters Schnabel die spontane Aktion eines Ueingeweihten und den Regisseuren der Versammlung eher unangenehm, war er doch dazu geeignet, die Aufmerksamkeit der Northeimer Polizeiverwaltung auf den Bericht des Sergeanten zu lenken.<sup>184</sup>

Der Wortbeitrag des Maurers Grube, in dem zum ausschließlichen Verkehr im Verkehrslokal der Gewerkschaften aufgerufen wurde, drückte die Hoffnung aus, dass die Wahlkampfaktivitäten zu einer Stabilisierung der Arbeiterbewegung vor Ort führen würden. Das Druckmittel, der Witwe Heidelmann durch die Verlagerung des öffentlichen Holzverkaufs an die Existenzgrundlagen gehen zu wollen, war offensichtlich von der bürgerlichen Gegenseite im Verlauf des Wahlkampfes ins Spiel gebracht worden. Der Maurer Grube gab sich angesichts der Resonanz der drei Versammlungen zuversichtlich, diese Drohung durch die gewachsene Stärke der lokalen Arbeiterbewegung unterlaufen zu können. Auch das kann als Indiz dafür gewertet werden, dass man sich am 1. Februar 1907 in der Hoffnung bewegte, bald in der Lage zu sein, die ‚Karten auf den Tisch‘ legen zu können.

Tatsächlich bestätigte der ‚Volkswille‘ in einem Bericht über die Kreisgeneralversammlung im Herbst des Jahres, dass im Zuge der Reichstagswahl eine Northeimer Mitgliedschaft der SPD gegründet worden war.<sup>185</sup> Damit steht mit großer Wahrscheinlichkeit fest, dass wir mit dem Bericht des Polizei-Sergeanten Schulz über die Versammlung am 1. Februar 1907 das Gründungsdokument der SPD in Northeim vor Augen haben.<sup>186</sup> Es spiegelt treffend die repressiven Bedingungen,

---

<sup>184</sup> Schnabel war nicht Mitglied der kurz vorher eröffneten Zahlstelle der Tabakarbeitergewerkschaft: vgl. Mitgliederliste DOKUMENT, kapitel IV.

<sup>185</sup> Vgl. ‚Volkswille‘ vom 20.09.1907.

<sup>186</sup> Siehe Dokument ‚Polizeibericht‘ vom 04.02.1907.

mit denen sich die Arbeiterbewegung in der Provinz bis zum Ende des Kaiserreichs auseinander zu setzen hatte. In seinem konspirativen Gehalt weist es auch auf die selbst im südniedersächsischen Provinzmaßstab einzigartigen Besonderheiten in der Beamtenkleinstadt Northeim hin, wo den Arbeitern eine eigenständige politische Interessenvertretung verwehrt wurde, als die SPD im Reichsmaßstab schon lange die mit Abstand stärkste Mitgliederpartei geworden war. Die SPD-Wahlkreisorganisation bemühte sich wie nach der Wahlkampfstimmung des Jahres 1903 auch diesmal wieder, die Dinge in Northeim in Fluss zu halten. Karl Brockmann ersuchte am 21. Februar um die Genehmigung für

„ein(en) große(n), öffentlichen, wissenschaftliche(n) Vortrag, mit folgender Tagesordnung...:

- I. Der Aberglaube im Volke, eine Gefahr für unsere Gesundheit, und Leben. Referent Herr August Müller Einbeck
- II. Die Mitarbeit der Frau im Kampfe um die Gesundheit, und Leben. Referentin Frau Ida Müller, Einbeck“<sup>187</sup>

Leider gibt der Polizeibericht keine Auskunft darüber, wie stark der Zulauf zu diesen wissenschaftlichen Vorträgen war. Wie stets nach den Anstrengungen eines Reichstagswahlkampfes dürfte die Versammlungsbereitschaft der Northeimer Arbeiter zurückgegangen sein. Zudem traf die eben im Aufbau begriffene Northeimer Mitgliedschaft der SPD ein anderer schwerer Schlag:

Der Kassierer des Kreiswahlvereins, Habenicht aus Einbeck, musste den Delegierten der Generalversammlung im Herbst des Jahres bezüglich der Entwicklung der Partei in Northeim mitteilen:

„Der Genosse, der sich dessen angenommen, habe auch Bücher und Marken bekommen, sei aber einige Zeit nach der Wahl spurlos verschwunden, und er habe weder Bücher und Marken noch Geld wiedergesehen.“<sup>188</sup>

Untreue Kassierer in den Ortsvereinen der SPD und den Zahlstellen der Gewerkschaften waren in den ersten Jahrzehnten der Entwicklung zu Massenorganisationen keine Seltenheit. Sie trafen in größeren Städten aber nicht den Lebensnerv einer betroffenen Organisation.<sup>189</sup> In Northeim führte allerdings die Versammlungsmüdigkeit und die Erschütterung des Vertrauens in den gewählten Vorstand bald nach den Reichstagswahlen zum Zusammenbruch der lokalen Parteiorganisation.

Trotz guter Fortschritte beim Ausbau des Ortsvereinsnetzes der SPD im 11. Wahlkreis rührte sich dann in Northeim bis 1911 in dieser Hinsicht nichts mehr.

---

<sup>187</sup> StAN 439/65/2, Bl. 53. Laut Polizeibericht referierte Müller über die Zahlen 7 und 13 als Unglückszahlen, über Hexen und über die Kurpfuscherei. Nach dem Referat der Ehefrau Müller über Frauen- und Kinderkrankheiten und deren Behandlung, erklärte August Müller noch den Blutkreislauf und die Ursachen der Verdauungsstörungen.

<sup>188</sup> ‚Volkswille‘ vom 20.09.1907, zitiert nach Koch, aaO, S. 73, Anm. 72.

<sup>189</sup> Für die Gewerkschaften finden sich Berichte über solche Veruntreuungen in großer Zahl in den Berichten der Gauvorstände in den verschiedenen Jahrbüchern der Verbände.

## Carl Deichmann wird Reichstagsabgeordneter

In der Wahlkreisgeneralversammlung im August 1911 wurde festgestellt, dass „in Northeim wieder fest Fuß gefasst ist, hoffentlich für immer“.<sup>190</sup> Vermutlich bezog sich diese Aussage auf Bestrebungen der Einbecker Konsumgenossenschaft, in Northeim eine Filiale einzurichten. 1913 übernahm der Einbecker Heinrich Brandt die Leitung dieser Filiale, um dort den SPD-Ortsverein mit aufzubauen.<sup>191</sup> Die Intensivierung der Kontakte der Wahlkreisorganisation zur Northeimer Arbeiterbewegung im Herbst 1911 stand wiederum im Zusammenhang mit einem Reichstagswahlkampf.

Reichsweit stellte dieser Wahlkampf lediglich die ‚heiße‘ Phase einer langanhaltenden Kampagne gegen „Teuerung und Hungersnot“ dar, mit der die SPD in vielen großen Protestversammlungen Front gegen die Schutzzollpolitik des sogenannten „Bülowblocks“ gemacht hatte. Dieser Block, der seinen Namen der Politik des Reichskanzlers Bülow verdankte, war das politische Ergebnis der bürgerlichen Sammlungsbewegung im Reichstagswahlkampf des Jahres 1907 gewesen. Die Klammer, die das Bündnis der besonders in der Frage der Zoll- und Steuerpolitik zerstrittenen bürgerlichen Parteien zusammenhielt, war die einhellige Unterstützung der Flottenpolitik. Seit 1909 vertieften sich jedoch die Widersprüche in diesem Block bei wechselnden politischen Bündnisse der verschiedenen wirtschaftlichen Interessengruppen (Großagrarier, Schwerindustrie, Exportindustrie, Handel) dermaßen, dass das Vertrauen weiter Kreise der Bevölkerung in die Regierungspolitik stark abnahm. Die „nationale Sammlungsparole“, die von den bürgerlichen Parteien im Wahlkampf des Jahres 1911 noch einmal in der Vordergrund gestellt wurde, hatte unter den geschilderten Umständen seine Werbekraft weitgehend eingebüßt.<sup>192</sup>

Schon im Herbst 1910 hatte sich Carl Deichmann gezwungen gesehen, die Delegierten der Generalversammlung des Wahlkreisvereins eindringlich vor Prognosen bürgerlicher Zeitungen zu warnen. Diese schätzten die Oppositionsstimmung in der Bevölkerung 1910 so stark ein, dass sie der SPD im Fall einer Reichstagswahl einen grandiosen Sieg voraussagten. Die bürgerlichen Zeitungen prognostizierten ein Anwachsen der SPD-Reichstagsmandate von 43 auf 120. Ein Nachlassen der Werbetätigkeit vor dem Hintergrund solcher Einschätzungen – so hatte Carl Deichmann den Delegierten eingeschärft – dürfe auf keinen Fall eintreten.<sup>193</sup>

Deichmanns Befürchtungen, die Parteiorganisation könnte sich zu sicher fühlen und in ihren Aktivitäten erlahmen, bewahrheitete sich nicht. Gestützt auf eine große Zahl hauptamtlicher Funktionäre, deren Einsatz im Wahlkampf den Ausbau der Arbeiterbewegung in ihren verschiedenen Zweigen widerspiegelte, konnte die Kampagne durchgehalten und der Wahltag als „Tag der großen Generalabrechnung“ mit der Politik der Lebensmittelverteuerung als überzeugende Perspektive angeboten werden. Der Wahlkampf gestaltete sich zum „... Höhepunkt der politischen Arbeit der Sozialdemokratie im 11. hannoverschen Reichstagswahlkreis vor 1914...“ Allein in der Phase zwischen Haupt- und Stichwahl

---

<sup>190</sup> ‚Volkswille‘ vom 20.08.1911, zit. n. Koch, aaO, S 73, Anm. 72.

<sup>191</sup> Vgl. Koch, aaO, S. 65, Anm. 40. H. Brandt wurde 1918 Vorsitzender des Northeimer Arbeiter- und Soldatenrates.

<sup>192</sup> Vgl. Hans Ulrich Wehler, Das Deutsche Kaiserreich 1871 – 1918, Göttingen 1975, S. 103 f.

<sup>193</sup> Vgl. ‚Volkswille‘ vom 19.08.1910.

wurden im Wahlkreisgebiet in wenigen Tagen 30 sozialdemokratische Versammlungen durchgeführt, die von sieben Referenten bestritten wurden.<sup>194</sup>

In der Stadt Northeim wurde ebenfalls „... eine Steigerung der Aktivitäten der SPD ...“ spürbar.<sup>195</sup> Im Unterschied zu den beiden zurückliegenden Wahlkämpfen verzichtete die Wahlkreisorganisation diesmal allerdings darauf, Northeimer Sozialdemokraten oder Gewerkschaftsfunktionäre in die organisatorische Abwicklung des Wahlkampfes einzubeziehen. Im Prinzip zeichnete sich hiermit bezüglich Northeims eine Rückkehr zur Wahlkampforganisation der 90er Jahre ab. Die Tatsache aber, dass es 1911 auch in Northeim nicht mehr um die Eroberung von Versammlungslokalen ging, zeigte die Veränderung der Verhältnisse und die gewachsene Bedeutung der Arbeiterbewegung an.

Heinrich Röttger, Gewerkschaftssekretär in Einbeck und Vorsitzender des SPD-Wahlkreisvereins, beantragte am 23.10.1911 bei der Northeimer Polizei die Genehmigung für eine „öffentliche politische Versammlung“ am 29.10. im Gasthaus „Zur Bergmühle“.

In dieser Auftaktveranstaltung konnte Röttger in der ‚Bergmühle‘ 80 Zuhörer begrüßen. Das Referat „Erhöhung und Teuerung der Lebensmittel und die bevorstehende Reichstagswahl“ übernahm der Gewerkschaftssekretär Sebastian Prüll auch Hannover. Bevor der Referent zum eigentlichen Thema überging, sprach er „... über die Schuldenlast des deutschen Reiches und wie darin gewirtschaftet wird“. Der Redner schloss nach fast zweistündigem Vortrag „... mit der Mahnung an die Versammelten, ständig für die Sozialdemokratie zu agitieren, wo es auch sei, so würden sie auch anwachsen und der Wahltag würde ein Siegestag sein“. Nachdem Heinrich Röttger die Versammlung geschlossen hatte, wurde an die Teilnehmer beim Verlassen des Lokals ein Flugblatt mit Beitrittserklärung verteilt.<sup>196</sup>

Die nächste Versammlung erfolgte ‚Ende September‘. Parteisekretär Lau aus Hannover konnte in dieser Versammlung schon vor 200 Zuhörern reden. Am 09.01.1912 – drei Tage vor der Hauptwahl – stellte sich dann der Reichstagskandidat Carl Deichmann seinen Northeimer Wählern vor.<sup>197</sup> Die Versammlung mit Deichmann war „außerordentlich stark“ besucht und bestätigte den Erfolg der Kampagne gegen „Teuerung und Hungersnot“.

Die Gegner der Sozialdemokratie fanden sich in diesem Wahlkampf nicht zu einem einheitlichen Vorgehen zusammen.

Für die „Nationalliberale Partei“ kandidierte der Postdirektor Machens aus Osterode, für die „Mittelstandspartei“ der Zimmermann Kiel aus Moringen. Die Mittelstandspartei war eine Allianz verschiedener politischer Gruppierungen: dem reaktionären „Bund der Landwirte“, den „Welfen“, den „Konservativen“ und der „Wirtschaftlichen Vereinigung“. In der „Wirtschaftlichen Vereinigung“ fanden antisemitische und antikapitalistische Ohnmachtgefühle der kleinen Bauern, Handwerker und Krämer Ausdruck, die sich von der Politik der Nationalliberalen übergangen sahen. Im Wahlkampf kam es zu heftigen Polemiken zwischen den bür-

---

<sup>194</sup> Vgl. Koch, aaO, S. 94 und StAN 439/65/2 Wahlkampfflugblatt (Dokument). Zur Entwicklung der Lebensmittelpreise vgl. die Tabelle: G. Hohorst/J. Kocka/G. A. Ritter, Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch II, München 1978, S. 122

<sup>195</sup> Vgl. Bischof, aaO, S. 14.

<sup>196</sup> StAN 439/65/2 Bericht vom 30.10.1911 (Dokument)

<sup>197</sup> Vgl. Bischof, aaO, S. 14.

gerlichen Kandidaten, die die Auseinandersetzung mit der SPD in den Hintergrund treten ließen. Man begegnete sich auf der Ebene persönlicher Angriffe und bestritt sich gegenseitig die „Vaterlandstreue“.

Am 12.01.1912 erzielte zum ersten Mal in der Geschichte des 11. hannoverschen Reichstagswahlkreises ein Sozialdemokrat im 1. Wahlgang die relative Mehrheit. Der Vorsprung vor dem Nationalliberalen Machens war beträchtlich (Deichmann: 8.226; Machens: 6.177; Kiel: 5.990). Zusammengerechnet war der Vorsprung der bürgerlichen Kandidaten mit potentiell über 12.000 Stimmen aber immer noch ausreichend, wenn es gelang, die Wähler der Mittelstandspartei zur Stichwahl auf den vorher geschmähten Postdirektor Machens einzuschwören. Unter der Parole: „Das Vaterland ist in Gefahr!“ mobilisierten sämtliche bürgerlichen Zeitungen im Wahlkreis für den entscheidenden Wahlgang. Gleichzeitig konzentrierte man sich nun mit allen Mitteln darauf, den Kandidaten der SPD in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen. Je näher der Tag der Stichwahl rückte, um so wütender wurden die Attacken. Bezüglich der sozialdemokratischen Versammlungskampagne im Wahlkreis schrieb man in den Sollinger Nachrichten:

„Was dort an Verhetzung und persönlicher Beschimpfung ordinärster Art geleistet worden ist, spottet aller Beschreibung und stellt das Dagewese-  
ne in den Schatten.“

Im gleichen Artikel beschuldigte man Deichmann der Majestätsbeleidigung und rief nach einem neuen Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie.<sup>198</sup>

Auf einer Konferenz in Northeim hatten sich die Vertreter der bürgerlichen Parteien am 17.01.1912 darauf geeinigt, einen gemeinsamen Aufruf für den Kandidaten der Nationalliberalen Partei zu veröffentlichen. Zimmermeister Kiel rief am 20.01. in einer persönlichen Erklärung zur Stimmabgabe für Machens auf, doch scheinen die Mittelstandsparteien sich am 22.01. doch dazu entschlossen zu haben, ihren Vertrauensleuten Stimmenthaltung zu empfehlen, weil die Nationalliberalen im benachbarten 10. Wahlkreis ihrerseits den Kandidaten des Bundes der Landwirte nicht unterstützen wollten.<sup>199</sup>

## **Wählerverhalten 1881 bis 1912 – ein Klassenmodell**

Inwieweit diese Empfehlung zur Stimmenthaltung unmittelbar vor der Wahl noch Wirkung zeigen konnte bzw. inwieweit sich die bürgerlichen Wähler an solche Empfehlungen gebunden fühlten, lässt sich nicht sagen. Die Auszählung der Stimmen ergab für Machens eine Zunahme um 3.491 Stimmen: Er erhielt in der Stichwahl 9.668 der gültig abgegebenen Stimmen. Wahlsieger wurde mit 9.725 Stimmen der sozialdemokratische Kandidat Carl Deichmann. Der Sieg des SPD-Kandidaten war mit 57 Stimmen denkbar knapp, obwohl auch die SPD mit einer Steigerung um 1.499 Stimmen im Vergleich zum 1. Wahlgang einen kräftigen Zuwachs verbuchen konnte. Die zeitgenössischen Betrachter der Wahlergebnisse schrieben den Sieg des sozialdemokratischen Kandidaten in erster Linie der Zerstrittenheit des bürgerlichen Lagers zu. Die nachfolgende Analyse des Wäh-

<sup>198</sup> ‚Sollinger Nachrichten‘ vom 22.01.1912, zit. nach Koch, aaO, S. 99.

<sup>199</sup> Vgl. Koch, aaO, S. 100. Koch überschätzt unseres Erachtens die Auswirkungen dieser Empfehlung an die Vertrauensleute.



lerverhaltens im 11. hannoverschen Reichstagswahlkreis von 1881 bis 1912 macht aber deutlich, dass durch eine solche Interpretation der Wahlkampf der SPD und das Verhalten der SPD-Wähler unterbewertet wird.

Tabelle 1: Stichwahlen Mobilisierung  
(S = Stadt Northeim; WK = Wahlkreis)

(S = Stadt Northeim; WK = Wahlkreis)

Jahr	Hauptwahlstimmen	Stichwahlstimmen	% + -	Stichwahl Zwischen	% der abgegebenen Stichwahlstimmen	
					Nat.-Lib.	Welfen
1881 S WK	697 7992	861 12756	+ 19,4 + 37,3		50,4 44,2	49,4 55,8
1884 S WK	919 10699	1069 14590	+ 14,0 + 26,7	Nat.-Lib./Welfen		
1887 S WK	1087 15696	Keine Stichwahl				
1890 S WK	1905 15896 Wahlbeteiligungssprung durch SPD Ende Sozialistengesetz	1128 16147	+2,0 + 1,5	Nat.-Lib./Welfen		
1893 S WK	1145 15226	1146 15954	- + 4,6	Nat.-Lib./Welfen		
1898 S WK	1184 15127	1052 14527	- 11,4 - 4,0	SPD/BdL	SPD 41,4 43,1	Bürgerl. Kandidat 58,6 56,9
Nachwahl 1900 S WK	1128 14712	1117 13299	- 1,0 - 9,6	SPD/Nat.-Lib	20,7 33,5	79,3 66,5
1903 S WK	1274 16823	? 15566	? - 7,5	SPD/Nat.-Lib.	= 33,0 40,4	= 67,0 59,6
1907 S WK	1450 19211	1167 17608	- 19,5 - 8,3	SPD/Nat.-Lib SPD/Nat.-Lib.	28,2 35,9	71,8 64,1
1912 S WK	1604 20393	1640 19393	+ 2,2 - 4,9	SPD/Nat.-Lib 20393	34,2 50,2	65,8 49,8

Tabelle 1 zeigt eine auffällige Veränderung des Wählerverhaltens zu dem Zeitpunkt, als der Kandidat der SPD sich zum ersten Mal als Stichwahlkandidat durchsetzen konnte. Bis zu den Stichwahlen 1898 waren immer deutlich mehr Wähler im zweiten Wahlgang zur Urne gegangen als im ersten. Da sich die sozialdemokratischen Wähler – wie wir gesehen haben – sehr diszipliniert an die Empfehlung ihrer Partei gehalten haben, den „Welfen“ zu wählen, betraf dieses Verhalten hauptsächlich die bürgerlichen Wähler. Nach 1898 verkehrte sich das Wahlverhalten ins Gegenteil. Wie lässt sich dieses merkwürdige Phänomen erklären?

Solange der Kandidat der sozialdemokratischen Partei kein ernst zu nehmender Konkurrent der bürgerlichen Kandidaten war, solange sie also davon ausgehen konnten, dass ihre Kandidaten in die Stichwahl kommen würden, sparten sich viele bürgerliche Wähler den ersten Wahlgang. Es genügte unter diesen Umständen zum entscheidenden zweiten Wahlgang zu erscheinen. Mit der Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen seit 1890 schwächte sich diese Tendenz zwar ab, blieb aber erhalten<sup>200</sup>.

Seit 1898 stand dem bürgerlichen Kandidaten, der im ersten Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnte, stets ein sozialdemokratischer Kandidat in der Stichwahl gegenüber. In der polarisierten Klassengesellschaft des Kaiserreichs war es für die bürgerlichen Wähler selbstverständlich, dass in einer Kampf Abstimmung gegen einen Sozialdemokraten die im ersten Wahlgang maßgebliche partei- oder interessenpolitische Grundorientierung Nebensache wurde. Da das Stimmenpotential aller bürgerlichen Wähler zusammengenommen bis 1912 mehr als doppelt so groß wie das des SPD-Kandidaten war, machte sich ein daraus resultierendes Überlegenheitsgefühl im bürgerlichen Lager dadurch bemerkbar, dass viele dieser Wähler jetzt glaubten, sich den zweiten Wahlgang sparen zu können. Diese Tendenz ist in (Spalte 3) Tabelle 1 deutlich erkennbar.

Die sozialdemokratischen Wähler verhielten sich umgekehrt: Stets folgten sie den Aufrufen ihrer Kandidaten, auch zum zweiten Wahlgang ihre Stimmzettel abzugeben. Daraus und aus dem häufigen Ansteigen der sozialdemokratischen Stimmen im Verhältnis zur vorausgegangenen Hauptwahl<sup>201</sup>, erklärt sich zum Beispiel, dass der beschriebene Trend in der Stadt Northeim in der Stichwahl 1912 umgekehrt (+ 2,2 %) worden zu sein scheint. In Wirklichkeit behielten die bürgerlichen Wähler ihr Wahlverhalten tendenziell bei. Das Anwachsen der Stimmabgabe im Verhältnis zur Hauptwahl erklärt sich ausschließlich aus dem Umstand, dass die sozialdemokratischen Wähler die Chance zum Wahlsieg erkannten und noch einmal erfolgreich mobilisiert wurden.

Sicher ist dieses Klassenmodell des Wahlverhaltens eine Vereinfachung und berücksichtigt nicht, dass es zwischen den Wahlgängen Wähler gegeben haben mag, die sozusagen die Fronten wechselten.

Das mit dem Überlegenheitsgefühl erklärte Phänomen der Stimmenthaltung im bürgerlichen Lager tritt aber noch eindeutiger hervor, wenn wir die Stimmen der bürgerlichen Parteien zusammenfassen, sie – als Block betrachtet – den Wahlergebnissen der SPD gegenüberstellen und das Wahlverhalten in jeweils beiden Wahlgängen der Reichstagswahlen zwischen 1898 und 1912 innerhalb dieser beiden „Blöcke“ analysieren.

---

<sup>200</sup> Vgl. Tab. 1 und 4.

<sup>201</sup> Vgl. Tab. 3.

Tabelle 2: Stichwahlmobilisierung nach Blöcken (S= Stadt Northeim;  
WK = Wahlkreis)

	SPD				Bürgerliche	
	HW	StW	Diff.	Steigerung im Verhältnis zur Hauptwahl %	HW	StW
1898 S WK	237 4336	436 6261	+ 199 + 1925	~ + 45,6 ~ + 30,7	947 10863	616 826
1900 S WK	161 3714	231 4461	+ 70 + 747	~ + 30,3 ~ + 16,7	967 10998	775 883
1903 S WK	295 5130	420 6286	125 1156	~ + 29,8 ~ + 18,4	979 11693	928
1907 S WK	(329 5611	329 6320	+/- 0 + 790	+/- 0,0 ~ + 11,2	1121 13600	838 112
1912 S WK	410 8226	560 9725	+ 150 + 1499	~ + 26,8 ~ + 15,4	1194 12167	108 966

\* Die Klammerwerte sind nicht gesichert.

Tabelle 3: Ergebnisse der Reichstagswahlen (RTW) 1871 bis 1912 in absoluten Zahlen

RT-Wahl	SPD	Nat.-lib. Partei	Welfen	Freisinnige	Konservative, BDL	Zentrum
1871	- (341)	421 (3859)	103 (3114)			
1874	4 (623)	491 (5676)	103 (3039)			
1877	2 (743)	526 (4871)	67 (3488)			
1878	Welfen unterstützt!	415 (4200)	387 (4567)			
1881	- (219)	494 (3888)	203 (3894)			
Stichwahl	(-)	(5641)	(7115)			
1884	2 (566)	615 (5046)	302 (5087)			
Stichwahl		660 (6896)	409 (7694)			
1887	16 (930)	857 (10146)	214 (4620)			
1890	205 (3809)	673 (6298)	216 (5687)	11 (102)		
Stichwahl		715 (7539)	413 (8608)			
1893	199 (3320)	619 (6810)	264 (4193)	51 (729)	12	
Stichwahl		622 (8151)	524 (7803)			
1898	237 (4336)	657 (3727)	161 (2467)	52 (433)	77 (4164)	
Stichwahl	436 (6261) ((1325))				616 (8266) ((3080))	
1900	161 (3714)	775 (5281)	115 (2222)		77 (3496)	
Stichwahl	231 (4461) ((842))	886 (8838) ((3484))				
1903	295 (5130)	750 (5450)	194 (2066)		35 (4001)	(176)
Stichwahl	420 (6286) ((1444))	? (9280) ((3545))				
1907	329 (5611) ((1141))	838 (5791) ((2297))	206 (2241) ((726))		77 (5568) ((1731))	
Stichwahl	329	838	Welfen, BDL, Antisemiten			
1912	410 (8226)	990 (6177)	204 (5990)			
Stichwahl	560 (9725)	1080 (9668)				

iii Stadt Northeim  
 (iii) Wahlkreis Northeim-Einbeck-Uslar-Osterode  
 ((iii)) Kreis Northeim

Quelle: Zusammengestellt nach den veröffentlichten Wahlergebnissen in den lokalen Zeitungen.<sup>202</sup>

Tabelle 4:

Reichstagswahlergebnisse in relativen Zahlen (Hauptwahlen)

	SPD	Nat.-Lib.	Welfen	BdL	Freisinnige	Summe der abgegebenen gült. Stimmen
1884						
S	0,2	66,9	32,9			919
WK	5,3	47,2	47,5			10699
1887						
S	1,5	78,8	19,7			1087
WK	5,9	64,6	29,4			15696
1890						
S	18,5	61,0	19,6		1,0	1105
WK	24,0	39,6	35,8		0,6	15896
1893						
S	17,4	54,1	23,1	1,0	4,4	1145
WK	21,8	44,7	27,5	1,1	4,8	15226
1898						
S	20,0	55,5	13,6	6,5	4,4	1184
WK	28,7	24,6	16,3	27,5	2,7	15127
1900						
S	14,3	68,7	10,2	6,8		1128
LK						
WK	25,2	35,9	15,1	23,8		14712
1903						
S	23,2	58,9	15,2	2,7		1274
LK						
WK	30,5	32,4	12,3	23,8		16823
1907						
S	22,8	57,8	14,2	5,3		1450
LK	19,6	39,0	12,3	29,3		5895
WK	29,2	30,1	11,7	29,4		19211
1912						
S	25,6	61,7	12,7			1604
LK						
WK	40,3	30,3	29,4			20393

S = Stadt Northeim  
 LK = Landkreis Northeim  
 WK = Wahlkreis  
 BdL = Bund der Landwirte

<sup>202</sup> Vgl. Bischof, aaO, S. 141.

Tabelle 2 zeigt, dass die Ursache der Wahlniederlage des bürgerlichen „Blocks“ im Jahr 1912 nicht in erster Linie in der Zerstrittenheit der bürgerlichen Parteien gesehen werden kann. Sie lag vielmehr darin, dass die Sammlungsparole gegen die Sozialdemokraten – seit 1898 immer wieder gebraucht – 1912 nicht mehr und nicht wesentlich weniger Mobilisierungskraft als in den 14 Jahren davor besaß. In der Stadt Northeim scheint man die Gefahr eines sozialdemokratischen Wahlsiegs ernster genommen zu haben als im Wahlkreis insgesamt: Hier nahm die Wahlbeteiligung im bürgerlichen Block nur um 9,6 % ab. Die Abnahme im 11. Wahlkreis lag mit 20,5 % durchaus in den Grenzen der Vorjahre, sieht man vom Sonderfall der ‚Hottentottenwahlen‘ 1907 ab, als in der Stichwahl nur 17 % weniger bürgerliche Wähler den Gang zur Wahlurne antraten als in der Hauptwahl. Die Summen der in den Hauptwahlen abgegebenen gültigen Stimmen<sup>203</sup> zeigen zudem, dass die Wahlbeteiligung insgesamt im Laufe des betrachteten Zeitraums kontinuierlich angestiegen ist. Die absolute Zahl der 1912 abgegebenen Stimmen lag 1912 im Wahlkreis höher als 1907.

Der Wahlsieg der Wahlkreisorganisation der SPD ist also durchaus als eigenständige Leistung zu werten. Sie wurde durch das Verhalten der bürgerlichen Wähler lediglich insofern unterstützt, als hier lang eingeübte Gewohnheiten beibehalten wurden in einer Situation, in der der SPD-Kandidat zum ersten Mal mit einer realistischen Chance in den Stichwahlkampf eintrat. In dieser Situation gelang es der SPD mit ihrer Versammlungswelle im Wahlkreis Siegeszuversicht zu verbreiten. Auf dem hohen Niveau von 8.226 Stimmen in der Hauptwahl, gelang es noch einmal 1.500 Wähler zusätzlich aufzurütteln. In Northeim stieg die Stimmzahl von 410 auf 560 (+ 26,8 %).

Der bürgerliche Gegenkandidat konnte seine Stimmzahl in der Stadt Northeim von 990 auf 1.080 steigern. Er erreichte damit aber nur 90 % der Wähler des ersten Wahlgangs. Durch den hohen Mobilisierungserfolg der Sozialdemokraten waren in der Stadt zum ersten Mal seit 1898 wieder mehr Wähler zur Stichwahl gegangen als zur Hauptwahl (+ 2,2%).

Die SPD erreichte im Wahlkampf 1912 mit 560 Stimmen in der Stadt Northeim das absolut beste Ergebnis in der Zeit des Kaiserreichs. In relativen Zahlen ausgedrückt: 34,2 % wählten SPD, 65,8 % der Northeimer wählten den nationalliberalen Kandidaten. Ein besseres relatives Verhältnis hatte sich für die Sozialdemokratie in der Stadt nur 1898 ergeben (41,4 % : 58,6 %), als bei insgesamt geringerer Wahlbeteiligung für die SPD in der Stichwahl 436 Stimmen gezählt worden waren und die Northeimer Bürger sich für den Stichwahlkandidaten aus den Reihen des Bundes der Landwirte offenbar nicht entschieden einzusetzen bereit gewesen waren.

Für die Verhältnisse in der Stadt Northeim kann man vermuten, dass die Wahlen des Jahres 1912 die politischen Kräfteverhältnisse – entsprechend des damals geltenden restriktiven Wahlrechts (Frauen durften nicht wählen, Armenunterstützungsempfänger waren ausgeschlossen, das Wahlalter lag höher) – annähernd wiedergeben.

Die Partei, die 34 % der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte, war trotzdem nicht in der Lage, offen aufzutreten. Die SPD erreichte diesen hohen Wähleranteil, ohne einen Wahlverein am Ort zu haben. Wie viele Einzelmitglieder Mitgliedsbeiträge an die Parteiorganisation in Einbeck gelegentlich oder kontinuierlich abführten, wissen wir nicht. Wir wissen auch nicht, wie viele Northeimer offen

---

<sup>203</sup> Vgl. Tab. 4.

oder heimlich den ‚Volkswillen‘ lasen. Unter den ‚Leuten vom Bau‘, die allerdings vorwiegend in den Dörfern um Northeim herum lebten, wird man sich diese Freiheit genommen haben. Unter den Arbeitern bei der Reichsbahn und in den städtischen Versorgungsbetrieben war ein offenes Bekenntnis zur Sozialdemokratie vor 1918 undenkbar.

Ernst Meinshausen sagte in einer Befragung, dass sein Vater, der Arbeiter bei der Bahn war, sich als überzeugter Sozialdemokrat nicht öffentlich bekennen konnte, da er sonst seine Arbeit verloren hätte<sup>204</sup>. Hermann Schulze, der 1899 in Höckelheim als Sohn eines Eisenbahnarbeiters geboren wurde, erinnert sich:

„Jeder, der als Sozialdemokrat erkannt wurde, war fristlos entlassen aus dem öffentlichen Dienst. Mein Vater brachte immer den ‚Hannoverschen Volkswillen‘ von der Arbeit mit nach Hause. Den las ich von vorn bis hinten durch und wir diskutierten darüber! Meine Mutter jammerte und weinte darüber und sagte zu meinem Vater: ‚Bring bloß die Blätter nicht mehr nach Hause, du machst uns noch unglücklich, du verlierst deine Brotstühle!!!‘

Bei den Wahlen zum preußischen Parlament und bei den Reichstagswahlen habe ich die Stimmzettel, die mein Vater mir gab, abends bei Dunkelheit den Leuten in die Häuser getragen!!! Das führte dazu, dass ein Gendarm mich des Morgens aus der Schule holte. Ich musste mit nach Northeim. Die haben mich ausgefragt und angeschrien. Ich hatte so ‚ne Angst und habe geheult. Von einem Mann mit Schnurbart und Fahrrad – einer umgehängten Tasche unter der Jacke, habe ich die Zettel bekommen. Ich kenne ihn nicht und weiß auch nicht wie er heißt, habe ich gesagt!!! Bei uns zu Hause wurde alles durchsucht, aber nichts gefunden. Meine Mutter hatte alles aufgebrannt und mich haben sie dann auch wieder laufen lassen, nachdem ich eine Nacht im Hundeloch auf der Bank geschlafen hatte.“<sup>205</sup>

---

<sup>204</sup> Vgl. Bischof, aaO, S. 16; zur Biographie S. 160.

<sup>205</sup> SPD Abteilung Höckelheim (Hrsg.), Das ist mein Leben. Lebenserinnerungen von Hermann Schulze, o. O., o. J., S. 1.



## Kapitel III: Arbeiterkultur in Northeim

### Für König, Kaiser, Vaterland

Am 25.01.1925 feierte der Northeimer Arbeiter Turn- und Sportverein im Huchschen Saal ein Jubiläum. Der Turngenosse Uffel gab anlässlich der Feier bekannt:

„...daß der Turngenosse Karl Hartmann den Verein 25 Jahre als Vorsitzender geleitet habe und daß ihm die Turngenossen Ferd. Rasche und August Pinnecke ebenfalls 25 Jahre angehören. Diese drei Mitbegründer des Vereins wurden zu Ehrenmitgliedern ernannt und jedem als Anerkennung ein künstlerisches Diplom überreicht“.<sup>206</sup>

Diese Nachricht im Göttinger Volksblatt muss überraschen. Die Arbeiter Turn- und Sportvereine wurden nach 1890 in wachsender Zahl in den Groß- und Mittelstädten gegründet und hatten in ihren Reihen vorwiegend Sozialdemokraten und Gewerkschafter aufzuweisen. Sie wurden deshalb von den bürgerlichen Vereinen und städtischen und staatlichen Instanzen auch als sozialdemokratische Vereine bekämpft. Wie wir gesehen haben, zeichnete sich das Northeimer Bürgertum durch einen kompromisslosen Kampf gegen jeden Organisationsversuch aus, dem der Geruch sozialdemokratischer Urheberschaft anhaftete. Nach 1903 wurde ein Arbeiterbildungsverein durch Saalabtreibung unterdrückt. Ein sozialdemokratischer Turnverein soll – nach der Meldung im Volksblatt – aber seit 1900 ununterbrochen in Northeim bestanden haben. Haben wir es hier mit einer besonders geschickt geführten sozialdemokratischen Turnorganisation zu tun oder nahmen es die Sozialdemokraten Northeims in der Weimarer Republik mit ihrer Tradition nicht so genau?

Das nach dem Fall des Sozialgesetzes in den 90er Jahren reichsweit aufblühende Netz sozialdemokratischer Kulturvereine knüpfte an Wurzeln an, die zurückreichten zu den größtenteils von bürgerlicher Seite eingerichteten Arbeiterbildungsvereinen<sup>207</sup>. Offenbar entsprang der Wunsch nach Turnen, Singen, Wandern oder Philosophieren in eigenen Vereinen einem grundlegenden Bedürfnis auch der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, denn diese Kulturorganisationen entstanden weitgehend „von unten“, teilweise sogar gegen den Widerstand der SPD.<sup>208</sup> Viele führende Sozialdemokraten sahen in den neuen Vereinen anfangs eher eine lästige Konkurrenz und waren der Meinung, dass durch sie von den eigentlichen Aufgaben des Proletariats abgelenkt würde. Teilweise sahen sich Arbeitersportler geradezu in einem Zweifrontenkrieg gegen bürgerliche Verbände und die eigene Partei verstrickt.<sup>209</sup>

1893, im gleichen Jahr, in dem der Arbeiter-Turner-Bund als Zentralorganisation gegründet wurde, schrieb der Leipziger Parteitag der SPD vor:

---

<sup>206</sup> ‚Göttinger Volksblatt‘ vom 28.01.1925 (Bl. 34 f., Sammlung Kropp).

<sup>207</sup> Vgl. Hartmann Wunderer, Der Touristenverein „Die Naturfreunde“, in IWK 1977, Heft 4, S. 506 – 520, S. 506.

<sup>208</sup> Vgl. ders., Arbeitervereine und Arbeiterparteien, Frankfurt/Main, New York, 1980, S. 15.

<sup>209</sup> H. Wunderer, aaO, S. 32.

„Die politisch wie gewerkschaftlich organisierten Genossen müssen sich voll und ganz der Agitation zur Verfügung stellen und sollen nicht durch Zugehörigkeit zu Landsmannschaften oder Mitgliedschaften sogenannter Vergnügungsvereine, Klubs, etc. ihre Parteipflicht vernachlässigen.“<sup>210</sup>

Schon bald sah man in der SPD aber den praktischen Effekt – besonders der Arbeitersportvereine – und verstand sie als Hilfsorganisationen, als Sozialisationsagenturen der Sozialdemokratie in der Arbeiterklasse.<sup>211</sup> Neben der Förderung des Arbeitersports, als Mittel für die geistige und körperliche Selbstentfaltung des Proletariats, sah man in ihnen auch die Möglichkeit, Arbeiter aus den Vereinen der nationalistischen bürgerlichen „Deutschen Turnerschaft“ abzuführen und sie stetig im sozialistischen Sinn zu beeinflussen.<sup>212</sup>

Diese Äußerungen und Absichten drücken in erster Linie die Meinung der Führungspersonen in Partei und Sportbund aus. Was sich der einfache Arbeiterturner in Northeim oder Göttingen bei seiner Turnerei dachte, musste damit nicht übereinstimmen. Man hat die Entstehen einer „... eigenen Welt von Organisationen und Institutionen, in der der Genosse ‚von der Wiege bis zur Bahre‘ zu leben vermochte“, als Reaktion auf den Klassenkampf „von oben“ erklärt, mit dem die wilhelminische Gesellschaft die Industriearbeiterschaft politisch diskriminiert und ausgegrenzt habe.

„Die bestehenden bürgerlichen Vereine blieben dem Arbeiter im Kaiserreich ... in der Regel ebenso versperrt, wie der Zugang zu weiterführenden Bildungseinrichtungen ...“<sup>213</sup>

Diese Sichtweise greift jedoch zu kurz. Sie reduziert die Rolle der Arbeiter im Gründungsprozess dieser „eigenen Welt von Organisationen“. Sie erklärt auch nicht die Notwendigkeit der sozialdemokratisch orientierten Sportbewegung, den bürgerlichen Sportvereinen, die Arbeiter abspenstig machen zu müssen.

Hilfreicher ist es, den Vereinsgründungsboom der sozialdemokratischen Arbeiter nach 1890 als zweite Phase eines Emanzipationsprozesses zu verstehen, der in den 60er Jahren zur Loslösung der Arbeiter von den liberalen bürgerlichen Organisationen auch zur Neugründung von Arbeiterorganisationen geführt hatte (ADAV 1863, SAPD 1869, Hilfskassen, Gewerkschaften). Im Unterschied zu den 60er Jahren vollzog sich die zweite Phase des Emanzipationsprozesses nicht mehr auf parteipolitischer, sondern auf kultureller Ebene.<sup>214</sup> In diesem Prozess handelte es sich nicht immer um Notwendigkeiten, die aus der Ausgrenzung sozialdemokratisch orientierter Mitglieder aus bürgerlichen Vereinen folgten. So wurde z. B. der „Allgemeine Verband der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften“ 1902 durch Sozialdemokraten gespalten und auch der Aufbau sozialdemokratischer Sportorganisationen wurde von einer Austrittswelle aus den bürgerlichen Vereinen begleitet. „Von 1894 bis 1905 verließen 460 Vereine die ‚bürgerliche Deutsche Turnerschaft‘.“ Auf dem Parteitag der SPD 1908 in Nürnberg wurde beschlossen, dass ein Sozialdemokrat nicht Mitglied der „Deutschen Turnerschaft“ sein könne.<sup>215</sup>

---

<sup>210</sup> Ebda.

<sup>211</sup> Ebda., S. 33.

<sup>212</sup> H. Wunderer, aaO, S. 39.

<sup>213</sup> Ders., Arbeitervereine ..., aaO, S. 30 unter Berufung auf Saul, Littge, Wehler, Flechtheim und Ritter.

<sup>214</sup> Vgl. Adelheid von Saldern, Wilhelminische Gesellschaft, aaO, S. 471 und S. 503.

<sup>215</sup> Dies., aaO, S. 472 und S. 474.

Das bedeutet allerdings nicht, dass es nicht auch organisationsweite umgekehrte Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegeben hat.<sup>216</sup> Die Aktivitäten des Staates, der Kommunen und der bürgerlichen Verbände auf sozialem und kulturellem Gebiet zielten nach 1890 aber auf eine Eindämmung der sozialdemokratischen Arbeiterkulturbewegung durch Sammlung aller nicht sozialdemokratisch orientierten Arbeiter in bürgerlichen Vereinen. Im Rahmen der Intensivierung einer so konzipierten bürgerlichen Vereinsarbeit durch Ausbau bestehender und durch Gründung neuer bürgerlicher „(Arbeiter-)Vereine“ wurden vielerorts Mitglieder ausgeschlossen, die sich als Sozialdemokraten zu erkennen gaben. Die These, dass „die bestehenden bürgerlichen Vereine ... dem Arbeiter im Kaiserreich ... versperrt (geblieben seien)“, ist angesichts dieser vielfach mit staatlichen Mitteln subventionierten bürgerlichen Vereinsarbeit fragwürdig. Vergleicht man z. B. die Attraktivität der bürgerlichen „Deutschen Turnerschaft“ mit der des „Arbeiter-Turner-Bundes“, dann zeigt sich, dass viele Arbeiter proletarisch-klassenbewusste Freizeitorganisationen nicht für nötig hielten.

	1894	1903/05	1913
DT-Mitgliederzahlen	370.000	760.000	1.123.000
ATB-Mitgliederzahlen		70.000	186.000

Die Mitgliederzahlen der „Deutschen Turnerschaft“ geben den Blick auf ihre soziale Zusammensetzung zwar nicht frei, doch soll der Arbeiteranteil an ihrer Mitgliedschaft 1898/99 etwa 16 % betragen haben.<sup>217</sup>

Im Rahmen des Kampfes der „klassenfeindlich zueinander stehenden Organisationsblöcke“ um den Arbeiter blieb es im wilhelminischen Obrigkeitsstaat allerdings nicht bei einer Auseinandersetzung mittels Ideologien oder materiellen Anreizen.

„Hildesheim, den 20. November 1906

Der Regierungs-Präsident.  
!P. 90 S.  
Geheim

Im Regierungsbezirke Hannover sind in der letzten Zeit seitens der Sozialdemokratie mehrfach Versuche gemacht worden, durch Organisation der Jugend und durch Unterrichtserteilung jugendliche Personen für die Sozialdemokratie zu gewinnen. Insbesondere ist eine Beeinflussung der Jugend im sozialdemokratischen Sinne durch die Arbeiter-Turnvereine erfolgt, welche dem Arbeiter-Turnerbund in Leipzig angehören.

Wenn mir auch von Versuchen dieser Art im Regierungsbezirke Hildesheim bislang nichts bekannt geworden ist, so ist doch mit der Möglichkeit des Hervortretens derartiger Bestrebungen auch im hiesigen Bezirke zu rechnen.

Ich nehme deshalb Anlass, darauf hinzuweisen, dass die Erteilung von Unterricht (auch von Turnunterricht) von jugendlichen Personen, soweit

<sup>216</sup> So z. B. im Kyffhäuserbund, dem Zusammenschluss der Kriegervereine.

<sup>217</sup> Tabelle zusammengestellt nach A. v. Saldern, aaO, S. 493 f.; ebda., S. 492, Anm.

182, die Zahlenangabe zur sozialen Zusammensetzung des DT. Die kritisierte These hat ihren Sinn bestenfalls bezogen auf einen nicht definierten ausgegrenzten Bereich bürgerlicher Standesorganisationen. Sie ist in dieser pauschalen Form irreführend.

es sich um Privatunterricht handelt, der Allerhöchsten Kabinettsorder vom 10. Juni 1834 (Illing 8. Auflage Band III, Seite 1461) und der Ministerialinstruktion vom 31. Dezember 1839 (Illing a.a.O. S. 1462 ff) unterliegt, wobei nach dem Erlasse des Herrn Kultusministers vom 2. Juni 1906 -U III A. No. 1309- auf die Entgeltigkeit des Unterrichts kein entscheidendes Gewicht zu legen ist.

Die Polizeibehörden wollen den zu Eingang dieser Verfügung erwähnten Bestrebungen ihre Aufmerksamkeit zuwenden, und solche etwa zu ihrer Kenntnis gelangenden Fälle, in denen der Verdacht vorliegt, dass es sich um ... entgeltlichen oder unentgeltlichen Unterricht an jugendliche Personen handelt, welcher den Bestimmungen der Allerhöchsten Kabinettsorder vom 10. Juni 1834 und der Ministerialinstruktion vom 31. Dezember 1839 unterliegt, unverzüglich der Königlichen Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen mitteilen, dabei sich aber über die Persönlichkeit und über die politische Stellung derjenigen Person, welche den Unterricht erteilen will, und insbesondere darüber äussern, ob die betreffende Persönlichkeit der sozialdemokratischen Partei angehört. Im letztgedachten Falle wird die Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde zur Erteilung des Unterrichts stets versagt werden, da die nach § 14 der Instruktion vom 31. Dezember 1839 erforderliche sittliche Tüchtigkeit für Unterricht und Erziehung bei einem Anfänger der sozialdemokratischen Partei grundsätzlich zu verneinen ist.

Von einer Mitteilung des Inhaltes dieser Verfügung an die Herren Kreis- und Aufsichtsinspektoren ist abzusehen.

(gez:) Fromme.

An die Polizeibehörden des Regierungsbezirkes.<sup>218</sup>

Mit dem Reichsvereinsgesetz von 1908, das den Jugendlichen die Teilnahme an politischen Veranstaltungen und die Mitgliedschaft in politischen Vereinen verbot, wurde den Staatsanwälten eine Handhabe gegeben, um gegen die sozialdemokratischen Arbeiterbewegungskultureinrichtungen vorzugehen. „Ab 1910 setzte eine Ära neuer Verfolgungen ein, bedingt durch die Erfolge sozialdemokratischer Vorfeldorganisationen“<sup>219</sup>. Der Hebel im „Kampf um die Jugend“<sup>220</sup> lag in der „Politisierung“ der jeweiligen proletarischen Vereine. In Preußen bot aber auch vor Erlass des Reichsvereinsgesetzes die Kabinettsorder vom 10.06.1834 und die Ministerialinstruktion vom 31.12.1839 den Behörden die Möglichkeit, Jugendliche aus den Arbeiterturnvereinen zu verdrängen. So wies der Regierungspräsident in Hildesheim am 20.11.1906 in einer Geheimverfügung die Polizeibehörden des Regierungsbezirks an, ihre Aufmerksamkeit dem Arbeiter-Turnverein zuzuwenden und sich darüber zu äußern, ob Turnunterricht erteilende Personen der SPD angehörten.

---

<sup>218</sup> StAN 444 Varia 6 Geheimverfügung

<sup>219</sup> A. v. Saldern, *Wilhelminische ...*, aaO, S. 489.

<sup>220</sup> Klaus Saul, *Der Kampf um die Jugend zwischen Volksschule und Kaserne*, in: *Militär-geschichtliche Mitteilungen*, 1/1971, S. 105 ff. (zit. n. v. Saldern, aaO, S. 488, Anm. 155).

„Im letztgedachten Falle wird die Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde zur Erteilung des Unterrichts stets versagt werden, da die nach § 14 der Instruktion vom 31. Dezember 1839 erforderliche sittliche Tüchtigkeit für Unterricht und Erziehung bei einem Anhänger der sozialdemokratischen Partei grundsätzlich zu verneinen ist.“<sup>221</sup>

Unabhängig davon, ob den Behörden der Nachweis gelang, dass ein Turnwart SPD-Mitglied war oder nach 1908, dass der Verein ein politischer sei, waren die Mitglieder des Arbeiterturnerbundes Unannehmlichkeiten ausgesetzt. Oft blieb den Arbeiterturnvereinen in offen brüskierender Weise die städtische Turnhalle und der Sportplatz verschlossen und selbst ihre eigenorganisierten Veranstaltungen wurden mit Behinderung und Schikanen bedacht.<sup>222</sup>

Leider fehlt bisher eine umfassende Darstellung des Vereinswesens in der Stadt Northeim. Deshalb sind wir nicht in der Lage, die Aktivitäten der Northeimer Arbeiterschaft eindeutig einzuordnen. Möglicherweise ist das in der Literatur entworfene Bild der beiden verfeindeten Organisationsblöcke auch noch nicht ausreichend und zeichnet nur die großen Linien nach. Wenn man die bürgerlichen Arbeiter-Vereine als solche „für die Arbeiter“ versteht, in denen die Vorstände und Führungsfunktionen von Bürgerlichen besetzt gehalten wurden und die Vereine der Arbeiterkulturbewegung als Vereine „von Arbeitern“, in denen Mitgliedschaften und Vorstände der gleichen sozialen Schicht entstammten, dann hat es Arbeitervereine der zweiten Kategorie möglicherweise auch ohne Einbindung in den sozialdemokratischen Organisationsblock gegeben. Robert F. Weeler hat auf einen Aspekt aufmerksam gemacht, der gern übersehen wird: „Arbeiter haben sich – im Gegensatz zum Establishment der Arbeiterbewegung und den die Arbeiterbewegung erforschenden Wissenschaften – dem Sport mit Leidenschaft gewidmet.“<sup>223</sup> Unabhängig von der Sichtweise der Führungseliten in den beiden Blöcken bot der Sport einen Ausgleich für die im Zuge der industriellen Arbeiterorganisation sinkende Befriedigung und Selbstbestätigung durch Arbeit.

„Für viele Arbeitskräfte bot sich der Sport an, diese Leere auszufüllen. Durch sportliche Betätigung kann das Individuum direkt ein Gefühl der Selbstachtung und der persönlichen Vervollkommnung entwickeln, das es bei der Arbeit nicht findet.“<sup>224</sup>

Voraussetzung für eine sportliche Betätigung (bzw. kulturelle Betätigung in Vereinen überhaupt) war, dass mehr und mehr Arbeiter dazu genügend Geld und Energie besaßen. In der ländlich geprägten vorindustriellen Gesellschaft hatte es eine klare Trennung zwischen Arbeit und Freizeit nicht gegeben. Verstädterung und Industrialisierung stellten die Rahmenbedingungen für einen Prozess dar, in dem sich die Entstehung eines formalen Freizeitbegriffs in dem Maß vollzog, in dem es der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft gelang, durch Streiks, Wahlen und parlamentarische und außerparlamentarische Aktionen Druck auf die herrschende Klasse auszuüben und dadurch eine Verbesserung der Lebensbedingungen zu erreichen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit und

---

<sup>221</sup> StAN 444 Varia 6 Geheimverfügungen Bl. 69 DOKUMENT, vgl. auch v. Saldern, Vom Einwohner ..., aaO, S. 205 f.

<sup>222</sup> Vgl. A. v. Saldern, Wilhelminische ..., aaO, S. 490.

<sup>223</sup> Robert F. Weeler, Organisierter Sport und organisierte Arbeit: Die Arbeitersportbewegung, in G. A. Ritter (Hrsg.), Arbeiterkultur, Königstein 1979, S. 58 – 73.

<sup>224</sup> Weeler, aaO, S. 59.

eine langsame Steigerung der realen Einkommen waren unabdingbare Voraussetzungen für die Entfaltung der Arbeiterkulturbewegung.<sup>225</sup>

Vor 1918 waren Arbeitszeiten und Einkommen jedoch regional sehr unterschiedlich. Für die Verhältnisse in Northeim können wir uns hier darauf beschränken, auf die Beschreibungen im 1. und 4. Kapitel zu verweisen. Neben niedrigen Löhnen und langen Arbeitszeiten wurde die ‚Freizeit‘ der Northeimer Arbeiter zusätzlich noch durch den Zwang zur Nebenerwerbstätigkeit eingeschränkt.<sup>226</sup> Sport trieben unter diesen Umständen in der Stadt wohnende Handwerksgesellen und Arbeitnehmer der Eisenbahnbetriebe. Die Mehrzahl der Arbeitskräfte in Stadt und Landkreis blieb eingebunden in vorindustriell ländliche Lebensweisen. Für die Entfaltung eigenständiger Arbeiterkulturvereine waren die Bedingungen in Northeim also denkbar schlecht.

Folgt man einer rückblickenden Einschätzung aus dem Jahr 1927, dann galt diese Feststellung für das gesamte Gebiet des 13. Turnkreises. Der 13. Turnkreis des Arbeiter-Turner-Bundes umfasste das Gebiet Nordhessen, Waldeck und Südhannover:

„Ein Gebiet, welches durchweg von Arbeitern bewohnt wird, aber trotzdem sehr schwer zu bearbeiten ist.“<sup>227</sup>

Der 13. Turnkreis wurde 1902 auf einem Bezirksturntag in Hann. Münden gebildet. Bis dahin gehörten die im Kreisgebiet agierenden „Freien Turnerschaften“ zum 9. Turnkreis Frankfurt a. M. Der 13. Turnkreis umfasste 1902 zwei Bezirke und seit 1904 drei Bezirke. Die im Zweijahresrhythmus stattfindenden Kreisturntage waren Festtage und dienten der Demonstration der Leistungsfähigkeit des Arbeitersports. Nach dem Rückblick aus dem Jahr 1927 entwickelte sich der ATB im 13. Kreis folgendermaßen:

Mitgliederbewegung im 13. Turnkreis des ATB (ATSB)

		Vereine	Mitglieder
Bezirksturntag Hann. Münden	1902		514
1. Kreisturntag Göttingen	1905	15	858
	1906	31	1.398
2. Kreisturntag Nordhausen	1907	41	1.777
3. Kreisturntag Niederrhein	1909	42	2.192
4. Kreisturntag Melsungen	1911	?	?
5. Kreisturntag Harleshausen	1913	?	?
	1914	60	?

(Nach NAZ vom 08.07.1927)

<sup>225</sup> Vgl. Weeler, aaO., S. 58 f. Weeler betrachtet die Entwicklung der Arbeitersportbewegung auf internationaler Ebene im Zeitraum von 1860 – 1945. Zur Entwicklung der Löhne und Arbeitszeiten allgemein vgl. F. W. Henning, Die Industrialisierung in Deutschland 1800 bis 1914, Paderborn 1979, S. 27 u. S. 193 und Hohorst u. a. (Hrsg.), Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch II, aaO, S. 107.

<sup>226</sup> Vgl. auch Tabelle Berufs- und Betriebszählung 1907. Zum Vergleich der Löhne, siehe für Göttingen: B. Quantz, Zur Lage der Bauarbeiter in Stadt und Land, Göttingen 1911, S. 2 f.

<sup>227</sup> Neue Arbeiter-Zeitung vom 08.07.1927, Das 9. Kreisturnfest...

Der erste Arbeiterturnverein im späteren 13. Turnkreis wurde 1893 in Wehlheiden (Kassel) gegründet, im gleichen Jahr gründeten auch die Einbecker Sozialdemokraten einen Arbeitersportverein<sup>228</sup>. Es folgten Vereinsgründungen in Kassel, 1894 in Göttingen<sup>229</sup>, 1897 in Hann. Münden, 1910 in Uslar<sup>230</sup>.

### „Hoffnung“ und „Freundschaft“

In Northeim wurde 1892 der „Athletenclub Hoffnung“ gegründet. Die Athleten trafen sich zu ihren Übungen im Huchschen Saal. Im Vorstand des Jahres 1893 war August Ehlers Vorsitzender, 1895 zeichnete als Schriftwart Ohnesorge. Ob der Club „Hoffnung“ 1895 wieder einging, wissen wir nicht. 1896 gab es jedenfalls Bestrebungen, einen „Athleten Akrobaten Klub Freundschaft“ zu gründen. Der Zimmergeselle Fritz Mecke scheint die treibende Kraft gewesen zu sein, denn als dieser am 29.04.1896 nach Hannover verzog, meldeten seine Vorstandskollegen Beuchel und Brandt der Polizei, dass sie wegen Meckes Wegzug von der Gründung Abstand nähmen<sup>231</sup>. Dann nahm aber ein anderer Zimmermann die Sache in die Hand. August Wagener, der 1. Vorsitzende der im April 1900 gegründeten Zahlstelle des Centralverbandes der Zimmerleute, reichte erneut Statuten zur Gründung des „Athletenclub Hoffnung“ ein und meldete als Vorstandsmitglieder:

„Ernst Keil	1. Vorsitzender
Wilhelm Steinhoff	2. Vorsitzender
August Wagener	Kassierer
K. Hillebrecht	Schriftführer
August Brandt	Schriftführer“

Auch der zweite Vorsitzende, Wilhelm Steinhoff, war von Beruf Zimmermann, von August Brandt können wir das nur vermuten. Die Northeimer Zimmergesellen spielten im Gründungsprozess eines Arbeitersportvereins in der Stadt also eine herausragende Rolle. Der „Athletenclub Hoffnung“ scheint dann einige Jahre unbehelligt seinem Vereinszweck nachgekommen zu sein und stabilisierte seine Mitgliederzahl bis 1899 auf 35. In diesem Jahr witterte ein anonymes Denunziant Sozialdemokraten am Werk und erstattete beim Stationsvorsteher Rode Anzeige. Der Stationsvorsteher fragte daraufhin bei der Polizeiverwaltung an, ob die an ihn ergangene anonyme Anzeige – einige Beamte und Arbeiter der Bahn gehörten dem Athleten Verein an und dieser Verein habe sozialdemokratische Agitatoren in seinen Reihen – begründet sei und ob es zweckmäßig erscheine, „seinen“ Arbeitern und Beamten den Austritt aus dem Verein „anzuraten“.

Die Polizeiverwaltung ermittelte daraufhin und überprüfte die ihr vorliegende Mitgliederliste. Als Sozialdemokraten konnte sie aber lediglich den Lohgerber G. Amaser, der beim Lohgerber Nahme arbeitete, ausmachen. 10 der 35 Mitglieder des Vereins standen 1899 im Dienst der Eisenbahnverwaltung. Diese Ermitt-

<sup>228</sup> Vgl. NAZ vom 08.07.1927 und Koch, aaO, S. 82, Anm. 108.

<sup>229</sup> Vgl. A. v. Saldern, Vom Einwohner ..., aaO, S. 204.

<sup>230</sup> Vgl. zu Münden, G. Christmann/D. Kropp, Arbeiterbewegung in Hann. Münden von 1918 bis 1936, Göttinger Beiträge zur universitären Erwachsenenbildung, Sonderheft 1, Göttingen 1984, S. 48; zu Uslar vgl. Koch, aaO, S. 82. Laut ‚Mündener Tageblatt‘ vom 27.01.1906 gab es 1906 schon eine FT in Uslar, außerdem in Osterode und Nordhausen.

<sup>231</sup> StAN A II 213/13 (31).

lungsergebnisse teilte die Polizei dem Stationsvorsteher Rode mit. Ob dieser daraufhin „seinen Arbeitern und Beamten“ den Austritt aus dem Verein anriet, wissen wir nicht.

### **Turnverein „Atlas“**

Am 01.01.1900 trat der Turnverein „Atlas“ die Nachfolge des Athletenvereins „Hoffnung“ an, der – möglicherweise wegen Mitgliederschwunds – in finanzielle Schwierigkeiten geraten war.<sup>232</sup> Zum Vorstand des Turnvereins gehörten:

August Ehlers  
W. Bierwirth  
H. Scheel (Turnwart)  
A. Wagener (Cassierer)  
A. Dunemann (Schriftführer)

Die Vorstandsmitglieder eingeschlossen hatte der Verein zum Gründungszeitpunkt 25 Mitglieder. Die Umwandlung des Athletenvereins in einen Turnverein sollte wahrscheinlich die Mitgliederbasis verbreitern helfen. Die Kontinuität in den Bemühungen der Northeimer Arbeiter um die dauerhafte Einrichtung eines Sportvereins deutete die Wahl August Ehlers zum Vorsitzenden an. Ehlers war 1893 Vorsitzender der „Hoffnung“ gewesen. Die Vertrauensposten des Kassierers und Schriftführers besetzten 1900 mit A. Wagener und A. Dunemann Vorstandsmitglieder der frisch gegründeten Zahlstelle der Gewerkschaft der Zimmerleute. Auch Fritz Mecke war aus Hannover zurückgekommen und zum 1. Kassierer der Gewerkschaft gewählt worden.

Der Turnverein erbte vom Athletenclub nicht nur Turngeräte, sondern auch dessen Schulden.

### **Der Turnverein Jahn**

Was den Turnverein am 04.05.1901 unter dem Vorsitzenden August Wagener bewogen hat, den Namen des Vereins von „Atlas“ in „Jahn“ zu verändern, war nicht aufzuhellen<sup>233</sup>. Der Bezug auf die Tradition der Turnerbewegung von 1848 war bürgerlichen wie proletarischen Turnvereinen eigen. Die sozialdemokratischen Turnvereine warfen der bürgerlichen „Deutschen Turnerschaft“ (bzw. dem Bürgertum insgesamt) vor, die revolutionären Bestrebungen des Jahres 1848 verraten zu haben und erklärten sich selbst sozusagen zu Rechtsnachfolgern des „Turnvater Jahn“. Die Northeimer Arbeiterturner profilierten sich aber keineswegs als Sozialdemokraten und standen offenbar auch nicht in Kontakt mit den Funktionären des ATB. Jedenfalls gehörten sie mit dem Turnverein Jahn nicht zum

---

<sup>232</sup> Vgl. StAN All 212/13/15, Bl. 13 (Dokument). Zur Gründung des Turnvereins Atlas: StAN, All 213/13/3, B. 30 ff.

<sup>233</sup> Vgl. StAN, All 212/13/15 (Dokument) zur Finanzlage, zur Namensänderung All 213/13 (31), Bl. 30 ff.



Organisationsnetz des 13. Turnkreises des ATB<sup>234</sup>. Die Northeimer Arbeiterturner durften die städtische Turnhalle benutzen, konnten also aus der Sicht der Northeimer Obrigkeit mit der SPD bzw. dem ATB nicht in Verbindung gebracht werden.

Der Turnverein Jahn litt zwischen 1900 und 1907 an Mitgliederschwund. Zumindest vorübergehend scheint der Turnbetrieb eingestellt worden oder dem Verein die Genehmigung zur Benutzung der städtischen Turnhalle entzogen worden zu sein. Am 01.06.1907 fragte Karl Wagner (Entenmarkt 5) beim Magistrat

„im Auftrage des Vorstandes von Turnverein Jahn ... mal ... (an) ... um Genehmigung der Turnhalle, da wir ja in der Turnhalle ja schon geturnt haben. Da der Verein jetzt wieder 40 Mitglieder zählt und wir gern wieder turnen möchten, so bitten wir den Wohlgeborenen Magistrat der Stadt Northeim um Genehmigung“.<sup>235</sup>

Die Genehmigung wurde am 26.07.1907 erteilt. Besondere Gunst seitens der städtischen Kollegien erfreute sich der Arbeiterturnverein aber nicht. Als der Verein 1909 – Zeichen seiner seit 1907 neugewonnenen Stabilität – das Fest der Fahnenweihe begehen wollte, richtete Carl Hartmann im Namen des Vorstands an den Bürgermeister die Bitte um unentgeltliche Überlassung eines Fuhrwerks Buschwerk zur Ausschmückung des Festplatzes. Der Bürgermeister sagte ihm das zu unter der Bedingung, dass der Verein den Fuhrlohn übernehme. Mit Schreiben vom 28.05. wurde dem Verein darüber hinaus aber auch noch eine Lustbarkeitssteuer in Rechnung gestellt. Der Vorsitzende Hartmann beklagte sich darüber mittels Eingabe beim Magistrat und wies darauf hin, dass es sich bei dem Fest der Fahnenweihe um ein „sogenanntes Volksfest“ gehandelt, vergleichbar „... u. a. Bundesschießen, Schützenfeste(n), pp.“ Zu welchen ja auch weder Geld für das nötige Laub noch Lustbarkeitssteuern erhoben würden.<sup>236</sup> Der Konflikt zog sich hin bis die städtischen Kollegien am 07.09. beschlossen, dass „... aus Anlaß eines Vorfalles mit dem Turnverein Jahn...“ in Zukunft alle festgebenden Vereine die entsprechenden Kosten aufzubringen hätten. Unter dem Mantel der Gleichbehandlung aller Vereine schoben die Stadtväter dem Turnverein Jahn also die Schuld für eine Verschlechterung der Festbedingungen in die Schuhe und hielten ihre finanziellen Forderungen aufrecht.

1914 befand sich der Turnverein Jahn erneut in finanzielle Schwierigkeiten und im Konflikt mit dem Magistrat. Über die Zahlung von 5 Mark (für Gas und Reinigung der Turnhalle), die der Verein der Stadt schuldig bleiben musste, kam es zum Bruch. Der Turnverein Jahn durfte die städtische Turnhalle nicht mehr benutzen, holte daraufhin seine Gerät dort ab, um „getz auf einem Saale zu Turn(en)“. Wegen der vielen „Zöglinge“ und Schulkinder in seinen Reihen, sah der Vorstand keine Möglichkeit aus der Finanzmisere herauszukommen und wandte sich an den Regierungspräsidenten mit der Bitte um finanzielle Unterstützung.

„Northeim (Hann.), den 12. Juni 1914

An  
De Königlicher Regierungs-Präsident

<sup>234</sup> Vgl. Mündener Tageblatt vom 17.01.1906. Einen Arbeiterturnverein „Jahn“ gab es im Gebiet des 13. Turnkreises in Oberode bei Hann. Münden (vgl. MT vom 10.01.1906).

<sup>235</sup> StAN All 212/13/15, Bl. 1718.

<sup>236</sup> AaO, Bl. 7 f., Eingabe vom 16.07.1909.

zu  
Hildesheim

Der Turnverein Jahn in Northeim fühlt sich veranlasst an die Königliche Regierung einen Bericht zu erstatten welches uns auch hoffentlich statgeben wird. Da uns die Turnhalle verwiesen ist über einen kleinen Betrag von 5 M so hat der Vorstand des Turnvereins Jahn veranlaßt gefühlt die Geräte aus der Turnhalle zu entfernen und getz auf einem Saale zu Turn. Da mit das wir die deutsche-Turnerschaft treu und fest halten und für König Kaiser Vaterlande denn es ist doch eine Ausbildung für die Jugen die zum Militär eintreten müssen denn das haben wir schon öfter erfahren durch unser Turner die aus unserer Turnverein gezogen sind und gedinet habe und sind heute den Turnverein dankbar dafür eine kleine erleicherung für das Soldaten Leben.

Und bitte es nicht zu vergessen das wir eine ganze reige Zögling haben und Schulkinder dabei die auch nicht in der Lage sind die Beträge zu zahlen und der Turnverein auch nicht so stark ist zu einer herbeischaffung noch einige Geräte die uns noch fehlen tut. So hat sich der Vorstand des Turnverein Jahn veranlaßt gefühlt sich an die Königliche Regierung zu verwenden und bitte dem Turnverein Jahn doch eine kleine Beihülfe zu leisten und denn Turnverein Jahn in Northeim doch 50 – 80 M genehmigen zu Wollen.

Der Turnverein Jahn besteht seit 1900 erst der Verein hat von dem führen Atleden Verein Adlaß sämtliche Turngeräte und schulden ein getreten und doch mit Groß mühe gearbeitet habe aber bis heute noch nicht regel können so möcht der Vorstand bitte um eine kleine unter stützung damit es jedoch etwas besser wird.

Unser Antrag gehorsam statt zu geben Bitte freundlich der  
Vorstand des Turnverein Jahn Northeim  
Der Vorstand.  
(L.S.)

Der Regierungspräsident.  
I.IV.1467

Hildesheim, den 17. Juni 1914

Urschr. G.R. dem Vorsitzenden des Kreisausschusses für Jugendpflege  
Herrn Landrat

in

Northeim (Hann.)

zur Äußerung.

G.F. ist auch anzugeben, welche Beihilfe von der Stadt und dem Kreise  
gewährt wird.

Im Auftrage.

(gez:) Kilburger.

Der Landrat.  
J. No 5652.  
U.u.R. mit 1. Anl.  
an

Northeim (Hann.), den 15. Juni 1914

den Magistrat

in

Northeim

Mit dem Ersuchen um gefl. Aeußerung, ob seitens der Stadt beabsichtigt wird dem Verein eine Beihilfe zu überweisen; verneinendenfalls, ob und eventl. welche Bedenken dortseits gegen die Gewährung eines Staats- und Kreisbeihilfe bestehen.

(gez:) Krichelldorff.  
Geheimer  
Regierungsrat.

Not. 20.6.

Northeim (Hann.), den 20. Juni 1914.

Urschr. nebst 1 Anlage an  
den Herrn Landrat

hierselbst

mit der Mitteilung ergebenst zurückgesandt, dass wir mit dem Turnverein Jahn aus Anlass der Bezahlung des Gasgeldes sowie der Vergütung an die Schulwärterin für die Reinigung der Turnhalle in Differenzen geraten sind. In Rücksicht auf dieses Vorkommnis sind wir gegenwärtig nicht in der Lage, dem Verein eine Beihülfe bei den städtischen Kollegien zu erwirken. Gegen die Gewährung einer Staats- pp-Beihülfe sind von uns Bedenken nicht vorzubringen.

D.M.<sup>237</sup>

In der Bittschrift gab man sich einen betont patriotischen Anstrich und hob die Bedeutung der Vereinsarbeit im Sinne vormilitärischer Schulung hervor. Der Hinweis: „Da mit das wir deutsche – Turnerschaft treu und fest halten und für König Kaiser Vaterlande ...“ ist nicht so zu interpretieren, dass der Arbeiterturnverein organisatorisch der „Deutschen Turnerschaft“ angeschlossen war. In diesem Fall wäre der Verein sicherlich in den Genuss, der seit 1908 reichlich fließenden staatlichen Fördermittel gekommen. Mit Erlass des preußischen Kultusministers vom 18.01.1911 ist eine Million Mark zur Unterstützung der bürgerlichen Jugendpflege bereitgestellt worden. Seit 1908 wurde eine „Centralstelle für Jugendpflege“ ausgebaut, die sich mit der Zusammenfassung aller Vereine zu lokalen Jugendpflegeverbänden beschäftigte und solche Bestrebungen finanziell unterstützte.<sup>238</sup> Auf das Gesuch des Turnvereins hin fragte der Regierungspräsident beim Magistrat der Stadt Northeim und beim Landrat als dem „Vorsitzenden des Kreisausschusses für Jugendpflege“ an, ob dem Turnverein Jahn Beihilfen von Stadt und Kreis gewährt würden oder in Zukunft überwiesen werden sollten und ob seitens der Stadtverwaltung Bedenken geltend gemacht würden, dem Verein eine „Staats- und Kreisbeihilfe“ zu zahlen.<sup>239</sup> Die Stadt lehnte die Zahlung einer Beihilfe unter Verweis auf den bestehenden Konflikt ab, machte beim Landrat Bedenken gegen eine staatliche Unterstützung aber nicht geltend.<sup>240</sup> Ob der Verein 1914 noch in den Genuss einer staatlichen Unterstützung gekommen ist,

<sup>237</sup> Siehe Text des S. abgedruckten (Dokuments).

<sup>238</sup> Vgl. v. Saldern, *Wilhelminische...*, aaO, S. 491 f.; dies. – *Auf dem Weg...*, aaO, S. 127 f.

<sup>239</sup> StAN All 212/13/15, Schreiben vom 17.06.1914.

<sup>240</sup> StAN, aaO, Bl. 14, Schreiben vom 20.06.1914.

geht aus der zu Rate gezogenen Akte nicht hervor. Mit dem Ausbruch des Weltkrieges wird die Vereinstätigkeit zum Erliegen gekommen sein.

Man wird aufgrund des vorgestellten Quellenmaterials davon ausgehen dürfen, dass der Arbeiterturnverein Jahn vor 1914 zwischen den beiden beschriebenen Organisationsblöcken gestanden hat. Besonderer Beliebtheit seitens der bürgerlichen Kreise in der Stadt Northeim hat er sich als eigenständiger Arbeiterverein nicht erfreut. Er wurde aber auch nicht – wie die sozialdemokratisch orientierten „Freien Turnerschaften“ des ATB in anderen südniedersächsischen Städten – bekämpft.<sup>241</sup> Man wird den Northeimer Turnverein Jahn als Beispiel für die Beharrungskraft „kultureller Eigenständigkeiten auf lokaler Ebene“ anführen können, die im Kaiserreich von den Mahlsteinen der Sammlungsbewegung der hegemonialen bürgerlichen Kultur und den ebenfalls mit hegemonialen Anspruch betriebenen Organisationsbemühungen einer sozialdemokratischen Gegenkultur nicht erfasst wurden.<sup>242</sup>

Die im vorgestellten Dokument zum Ausdruck gebrachte politische Haltung des Vorstandes des Northeimer Arbeitervereins zeigt mit ihrer starken Affinität zum patriotischen Pathos und Militarismus der bürgerlichen Sportbewegung aber deutlich, dass mit der organisatorischen Selbstständigkeit – mit dem ‚Unter-sich-bleiben-wollen‘ der Arbeiter – kaum eine kulturelle Eigenständigkeit verbunden gewesen sein konnte.<sup>243</sup>

Man könnte vermuten, dass die Meinungsäußerung der Northeimer Arbeiterturner ihrer politischen Heimatlosigkeit oder einer taktischen Schlitzohrigkeit im Umgang mit den Behörden geschuldet war. Es wird wohl nach wie vor schwierig bleiben, sich ein Bild von der Gedankenwelt der Arbeiter im Kaiserreich zu machen. Eine krasse Außenseiterposition scheinen die Northeimer Arbeiterturner aber selbst im sozialdemokratischen Provinzzusammenhang nicht eingenommen zu haben.

Allgemein lässt sich für die Sozialdemokraten in der südniedersächsischen Provinz zwar sagen, dass sie grundsätzlich pazifistisch eingestellt waren: Der Hurrapatriotismus der bürgerlichen Krieger- und Turnvereine war den Sozialdemokraten fremd.<sup>244</sup> Allerdings richtete sich die Kritik der Sozialdemokratie an Militarismus und Marinismus gegen den damit verbundenen ungeheuren finanziellen Aufwand, die undemokratische Struktur der Streitkräfte und die schlechten Lebensbedingungen der Rekruten und einfachen Soldaten. Die Ablehnung des Krieges blieb abstrakt, weil ein Verteidigungskrieg im Unterschied zum Angriffskrieg akzeptiert wurde. Mit einer solchen Unterscheidung war aber wohl jedes einfache Parteimitglied überfordert. Auch die Einstellung zum Nationalstaat und zum Nationalismus war an der Parteibasis widersprüchlich und ließ viel Raum für

---

<sup>241</sup> Vgl. z. B. den Prozess gegen die Freie Turnerschaft Münden im Jahre 1913: ‚Volks-wille‘ vom 16.04.1913 und MT vom 24. und 25.01.1913.

<sup>242</sup> Vgl. hierzu: H. Grebing, aaO, S. 106.

<sup>243</sup> Zu den grundsätzlichen Schwierigkeiten vgl. H. J. Steinberg, Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie, Hannover 1969, S. 129. Zur Einstellung sozialdemokratischer Arbeiter zur Armee vgl. G. A. Ritter, Staat ..., aaO, S. 30 ff., zur Stimmung vor Kriegsausbruch S. 81. Zur Einstellung der Hannoverschen SPD-Partei-führung vor Kriegsausbruch vgl. F. Boll, Massenbewegung in Niedersachsen 1906 – 1920, Bonn 1981, S. 151 ff. Zum Patriotismus vgl. H. Grebing, aaO, S. 132 f.

<sup>244</sup> Vgl. A. v. Saldern, Auf dem Weg ..., aaO, S. 115.

patriotische Gefühle.<sup>245</sup> 1913, als die bürgerliche Sammlungsbewegung im „Kampf um die Jugend“ ihren Höhepunkt mit paramilitärischem Drill, Nachtmärschen und häufigen „Kriegsspielen“ zusteuerte und die sozialdemokratische Jugendarbeit in Göttingen durch interne Streitigkeiten zusammengebrochen war, musste sich einer der Göttinger Parteigrößen, Wilhelm Stegen, gegen die Kritik aus den eigenen Reihen zur Wehr setzen, selbst führende Genossen hätten ihre Kinder zum „Jugenddeutschlandbund“ geschickt.<sup>246</sup>

Eine vollständige Erfassung der kulturellen Bestrebungen der Northeimer Arbeiterschaft im wilhelminischen Obrigkeitsstaat konnten wir in dieser Dokumentation nicht leisten. Anknüpfungspunkt für weitere Bemühungen in dieser Richtung befinden sich in der Arbeit Manfred Bischofs.<sup>247</sup>

---

<sup>245</sup> A. v. Saldern, aaO, S. 64 f. Vgl. hierzu auch Wolfram Wette, Gustav Noske, Düsseldorf 1987, S. 68 ff. und S. 135 ff. Wette geht auch auf die schwer fassbare Unterscheidung zwischen Militarismus und Wehrhaftigkeit ein.

<sup>246</sup> Vgl. ‚Volkswille‘ vom 24.07.1913.

<sup>247</sup> Vgl. Bischof, aaO, S. 10 f. zu Arbeitervereinen in Northeim. Den letzten Überblick zum Forschungsstand gibt Friedhelm Boll (Hrsg.), Arbeiterkulturen zwischen Alltag und Politik – Beiträge zum europäischen Vergleich in der Zwischenkriegszeit, Düsseldorf 1986. Dort besonders für weitergehende Fragen und Begriffsbestimmungen die Beiträge von Boll, Mühlberg und v. Saldern.

## Kapitel IV: Die Freien Gewerkschaften

Wir wollen in diesem Kapitel die Gründungsgeschichte einzelner Gewerkschaften in Northeim dokumentieren. Soweit wir dabei nationale und regionale Bezüge einbringen, gehen wir davon aus, dass diese zum Verständnis der Ereignisse in Northeim unumgänglich sind. Um Missverständnisse zu vermeiden, müssen wir darauf aufmerksam machen, dass unsere Dokumentation drei wichtigen Einschränkungen folgt:

1. Betrachten wir den Zeitraum zwischen 1890 und 1914, setzen also im Wesentlichen erst mit dem Zeitpunkt ein, als die Gewerkschaften zur Massenbewegung wurden.
2. Greifen wir aus der Vielfalt berufsbezogener Vereine und Gewerkschaften den engeren Bereich der „Freien Gewerkschaften“ heraus.
3. Gehen wir auf der Basis der im Northeimer Stadtarchiv vorhandenen Archivalien auf die einzelnen „Freien Gewerkschaften“ in unterschiedlicher Intensität ein.

### Beginn der „modernen Gewerkschaftsbewegung“

#### Rahmenbedingungen

Der Gewerkschaftshistoriker Theodor Cassau hat das Jahr 1895 „als das eigentliche Geburtsjahr der modernen Gewerkschaftsbewegung“ bezeichnet. Er stand dabei unter dem Eindruck eines enormen Wachstums der Freien Gewerkschaften zwischen 1895 und 1903. In diesen Jahren stieg der Mitgliederbestand der Verbände der Freien Gewerkschaften um 600.000, d. h., er nahm um fast das Dreieinhalbfache des Bestands von 1895 zu. Dieser Mitgliederschub vollzog sich vor dem Hintergrund einer günstigen Wirtschaftskonjunktur und erhöhter Streikaktivität der Gewerkschaften.<sup>248</sup> In der Forschung ist es zwar immer noch umstritten, seit wann man von der „modernen deutschen Gewerkschaftsbewegung“ sprechen kann, doch wird man zumindest der Auffassung Ulrich Engelhardts folgen können, dass Begriff und Erscheinung der Gewerkschaftsbewegung „... unlösbar mit der Entstehung der (privat)kapitalistischen Industrielwirtschaft...“ verbunden sind.<sup>249</sup> Das „eigentliche“ Entstehungsstadium der Gewerkschaften sieht Engelhardt in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts, dem Jahrzehnt, das den „Schwerpunkt der ersten Industrialisierungsphase“ bildete.<sup>250</sup>

---

<sup>248</sup> Vgl. K. Schönhoven, Expansion ..., aaO, S. 107 f. Das Zitat bei Theodor Cassau, Die Gewerkschaftsbewegung. Ihre Soziologie und ihr Kampf, Halberstadt 1930, S. 2.

<sup>249</sup> Ulrich Engelhardt, Die Anfänge der deutschen Gewerkschaftsbewegung (1848 bis 1870), S. 10, in: E. Matthias/Klau Schönhoven (Hrsg.): Solidarität und Menschenwürde, Bonn 1984, S. 9 – 24.

<sup>250</sup> U. Engelhardt, aaO, S. 10. Anders – unter Betonung der Tradition der alten Gesellenverbände – Klaus Tenfelde, Zur Bedeutung der Arbeitskämpfe für die Entstehung der deutschen Gewerkschaften, S. 25 ff., in: Matthias/Schönhoven, Solidarität ..., aaO, S. 25 – 38. Allerdings plädiert er etwas überraschend (S. 27) dafür, von einem „Neuansatz“ in den 1850er Jahren auszugehen. In den weiter zurückreichenden Organisationen der Tabakarbeiter, der Buchdrucker und der Arbeiterverbrüderung sieht er das sich bereits

Die erste Bewegung unter den Arbeitern in den 30er und 40er Jahren des 19. Jahrhunderts hat Werner Conze mit einem angestauten starken Strom verglichen, der in der 48er Revolution die bisher hemmenden Dämme durchbrach.

„Als vom Beginn der 50er Jahre an dieselben Dämme noch einmal für ein Jahrzehnt errichtet wurden, verstärkte sich der Anstau von neuem, bis Gesetzgebung und liberalere Praxis der deutschen Staaten erneut die Abflussmöglichkeiten für die angestaute Flut geschaffen wurden.“<sup>251</sup>

In einigen deutschen Staaten wurde die Koalitionsverbote bereits Anfang der 60er Jahre aufgehoben. 1869 folgte der Norddeutsche Bund. In § 152 der Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes wurde verfügt:

„Alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Gewerbetreibende, gewerbliche Gehilfen, Gesellen oder Fabrikarbeiter wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter, werden aufgehoben.“

Trotzdem blieb vielen Arbeitern das Koalitionsrecht verwehrt, entweder ausdrücklich durch Sondergesetze wie den Landarbeitern und dem „Gesinde“ oder durch Disziplinarvorschriften wie den Arbeitern und Angestellten bei den Eisenbahnunternehmungen. Bezüglich eines Juristenstreits darüber, für wen 1869 die Koalitionsverbote aufgehoben wurden waren und für wen nicht, bemerkte Dieter Schneider:

„Ob nun Rechtsgrundlage für ein Koalitionsverbot oder nicht, die Eisenbahnverwaltungen waren mächtig genug, ihren Beschäftigten bis weit in das 20. Jahrhundert hinein die Koalitionsfreiheit zu entziehen. Teils geschah das über Disziplinarvorschriften, teils über aufgezwungene Verträge, die vorschrieben, bestimmten Organisationen nicht beizutreten oder sie zu verlassen.“<sup>252</sup>

Auch in Bereichen, in denen den Arbeitern offiziell die Bildung von Koalitionen erlaubt war, hörte der vielfältige Druck durch staatliche und kommunale Behörden und durch Unternehmern nie auf. 1874 wurde in Preußen eine Art Unterdrückungsfeldzug gegen die Gewerkschaften inszeniert, bis dann 1878 mit dem Sozialistengesetz alle Arbeiterkoalitionen, die sich zur Sozialdemokratie bekannten oder ihr willkürlich zugerechnet wurden, grundsätzlich verboten wurden.

Nach dem Auslaufen des Sozialistengesetzes im Oktober 1890 bildete besonders das Vereinsgesetz die Grundlage für den Kampf gegen die Gewerkschaften. Bis 1899 war es politischen Vereinen verboten, miteinander in Verbindung zu

---

entfaltende „Urbild der gewerkschaftlichen Verbandsstruktur“. Siehe auch : Ulrich Borsdorf (Hrsg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaften, Köln 1987, S. 15 – 20.

<sup>251</sup> Werner Conze, Der Beginn der deutschen Arbeiterbewegung, S. 332, in: G. A. Ritter (Hrsg.), Deutsche Parteien vor 1918, Köln 1973, S. 331 – 341.

<sup>252</sup> Hauptvorstand der ÖTV (Hrsg.), Dieter Schneider/Hartmut Simon (Bearbeiter), Neunzig Jahre Zentralorganisation der Gemeinde- und Transportarbeiter, ÖTV Magazin Nr. 9/10 Sept./Okt., Stuttgart 1986, S. 4. Dort S. 3 – 9 ein knapper Aufriss zum Thema Koalitionsrecht im kaiserlichen Obrigkeitsstaat. Grundlegend zu Koalitions-Vereins- und Streikrecht bis 1914: Klaus Saul, Staat, Industrie, Arbeiterbewegung im Kaiserreich, Düsseldorf 1974, vgl. auch W. Heine, zitiert nach ÖTV-Magazin, aaO, S. 9, Schönhoven, Expansion ..., aaO, S. 74 ff.

treten. Politische Vereine mussten Statuten und Mitgliederverzeichnisse bei den Behörden einreichen und setzten damit ihre Mitglieder einer großen Gefahr aus. Häufig wurden solche Listen Unternehmern zugespielt, die dann politisch missliebige Arbeiter um ihre Arbeitsplätze brachten. Grundsätzlich wurden Gewerkschaften als „gewerbliche Koalitionen“ angesehen, waren den Beschränkungen politischer Vereine also eigentlich nicht unterworfen. Aber auch nachdem das Reichsgericht in einem Grundsatzurteil vom 10.11.1887 in diesem Sinn entschieden hatte, blieb die Rechtsprechung widersprüchlich und lief in der Praxis darauf hinaus, die Polizeibehörden darüber entscheiden zu lassen, ob Vereine politische Zwecke verfolgten. Dem einzelnen Polizeibeamten wurde damit die Macht verliehen, eine örtliche Gewerkschaftsfiliale zumindest vorübergehend zu schließen oder die Gründung eines Zweigvereins von der Einreichung von Mitgliederlisten und Statuten abhängig zu machen.

Größere Bewegungsfreiheit brachte das Reichsvereinsgesetz vom 19.04.1908, das es auch Frauen möglich machte, sich politisch zu betätigen. Das Koalitionsrecht der Arbeiter blieb bis zum Ausbruch des Weltkrieges 1914 trotzdem

„noch durchaus prekär, in seiner rechtlichen Grundlage bestritten, in seiner Ausführung von der Willkür der Behörden abhängig“.<sup>253</sup>

Der Aufbau gewerkschaftlicher Organisationen litt neben der staatlichen, kommunalen und unternehmerischen Repression lange Jahre auch unter den Streitigkeiten innerhalb der politischen Arbeiterbewegung. So waren die „Lassalleaner“ anfangs grundsätzlich gegen die Gründung von Gewerkschaften eingestellt und bildeten ihre „Arbeiterschaften“ erst, als die „Eisenacher“-Richtung der Sozialdemokratie unter dem Einfluss von Marx und Engels begonnen hatte, gewerkschaftliche Berufsorganisationen aufzubauen. Es kam Anfang der 70er Jahre des 19. Jahrhunderts zu teilweise heftigen Konkurrenzkämpfen, Gründungen und Gegengründungen, bis nach der Vereinigung der beiden sozialistischen Arbeiterparteien 1878 in Gotha auch die konkurrierenden sozialistischen Gewerkschaften zusammenfanden.<sup>254</sup> Aber auch in der vereinigten sozialdemokratischen Arbeiterpartei gab es starke Kräfte, die den Wert gewerkschaftlicher Organisationen äußerst gering einschätzten und die Vorrangigkeit der parteipolitischen Organisation hochhielten. Erst der SPD-Parteitag von 1906 stellte die Gleichrangigkeit der gewerkschaftlichen mit der politischen Organisation der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ausdrücklich fest.<sup>255</sup>

Besonders schwer taten sich nach 1890 Gewerkschaften, die sich die Organisation von ungelernten und angelernten Arbeitern zum Ziel setzten. Der Aufbau solcher Gewerkschaften wurde nötig, weil die Freien Gewerkschaften in vielen Industriezweigen Verbände gelernter Arbeiter blieben. Noch nach der Jahrhundertwende weigerten sich viele Berufsverbände, Ungelernte aufzunehmen und nahmen diesen in vielen Branchen jede Organisationsmöglichkeit. Selbst die Anfang der 90er Jahre gegründeten Industriegewerkschaften der Metallarbeiter und Holzarbeiter, die den Einschluss ungelernter Arbeiter in ihre Organisationsbemühungen propagierten, blieben im Kern Organisationen gelernter Arbeiter.<sup>256</sup>

<sup>253</sup> W. Heine, zitiert nach ÖTV-Magazin, aaO, S. 9

<sup>254</sup> Vgl. Dieter Fricke, aaO, S. 642 ff. – Beispielhaft hat D. Schneider die Streitigkeiten zwischen den Tischlerorganisationen beschrieben in HZ Nr. 10, 1968.

Vgl. G. Christmann, Holzarbeiterbuch.

<sup>255</sup> Der Text der ‚Mannheimer Resolution‘ ist abgedruckt bei H. Grebing, Arbeiterbewegung, sozialer Protest..., aaO, S. 162.

<sup>256</sup> Vgl. hierzu Klaus Schönhoven, Expansion ..., aaO, S. 35 und S. 55. Zu den Grenzstreitigkeiten vgl. ÖTV-Magazin Nr. 9/10 1986, S. 59 ff.



Für viele Arbeiter dürften auch die heftigen Grenzstreitigkeiten zwischen einzelnen Gewerkschaften unverständlich gewesen sein, in denen eifersüchtig darüber gewacht wurde, dass die einmal abgesteckten Organisationsreservate der jeweiligen Verbände respektiert wurden.

Allgemein galt, dass Arbeiter, die in ländlichen Gegenden lebten und arbeiteten oder dorthin nach Fabrik- oder Arbeitsende regelmäßig zurückkehrten, nur selten für die Gewerkschaftsbewegung gewonnen werden konnten. Niedriger Bildungsstand, dörfliche Wohnweise und entsprechende gegenseitige Abhängigkeiten und vor allem die große persönliche Bedürfnislosigkeit, die von Gewerkschaftsfunktionären in den 90er Jahren mit Blick auf die Arbeitskollegen auf dem platten Land immer wieder festgestellt wurde, waren die Ursachen für ein Desinteresse an gewerkschaftlicher Organisation. Bearbeiteten solche ländlichen Arbeiter im Nebenerwerb noch ein Stück Land, waren sie noch schwerer organisierbar. Die sogenannten „Mondscheinbauern“ gingen meist jedem Risiko aus dem Weg, das sie über den Verlust des Arbeitsplatzes in die Gefahr bringen konnte, das eigene Land verlassen zu müssen.<sup>257</sup>

Für gelernte Handwerker im nordwestdeutschen Raum wird man diesen Befund etwas relativieren müssen. Um die Jahrhundertwende lag der Mitgliederschwerpunkt der Gewerkschaften noch eindeutig in diesem Raum und fast jeder Handwerker kam in den Junggesellenjahren durch die Wanderschaft in Berührung mit gewerkschaftlich organisierten Berufsgenossen. Northeim lag im Leinetal als „Station“ am wichtigen Nord-Süd-Wanderweg und auch die Wanderbewegungen von Ost nach West führten oft durch diese Kleinstadt.

## Mitgliederbewegung in Südniedersachsen

Ein Überblick über die Mitgliederbewegung der „freien“ Gewerkschaften in Südniedersachsen im Jahrzehnt um die Jahrhundertwende bietet die folgende Tabelle:

<sup>258</sup>

	1896	1897	1898	1899	1900	1901	1902	1903	1906
Rgbz. Hildesheim	2.167	3.018	2.829	2.486	2.430	2.781	2.952	3.518	7.891
Kr. Osterode a. H.	206	792	537	361	344	467	511	636	616
Kr. Duderstadt	66	57	42	21	27	47	50	32	29
Stk. Göttingen	209	290	277	258	275	310	307	408	1.296
Lk. Göttingen	34	33	32	32	33	32	43	71	103
Kr. Münden	100	67	96	72	96	221	157	189	388
Kr. Uslar	25	54	40	30	100	35	51	116	601
Kr. Einbeck	35	97	25	11	24	34	30	78	285
Kr. Northeim	37	37	44	36	27	22	15	20	335
Kr. Zellerfeld	18	27	14	34	41	74	27	31	13
Kr. Ifeld	-	-	-	33	23	-	-	83	15

Als allgemeine Tendenz lässt sich der Tabelle entnehmen, dass die freien Gewerkschaften zwischen 1896 und 1900 in Südniedersachsen eine Schwäche-

<sup>257</sup> Vgl. Klaus Schönhoven, Expansion, aaO, S. 86 f.

<sup>258</sup> Paul Hirschfeld, Die Freien Gewerkschaften in Deutschland, Jena 1908; Tabelle III. Verbreitung der Gewerkschaften in den einzelnen Verwaltungsbezirken 1896 – 1905 und 1906.

phase erlebten. In Osterode, Göttingen und Hann. Münden stiegen die Mitgliederzahlen seit 1900 wieder an. In diesen Städten und besonders in den anderen Kleinstädten Südniedersachsens erfolgte der Durchbruch zur Massenbewegung aber erst zwischen 1903 und 1906.

Andere Richtungsgewerkschaften, wie die liberale Hirsch-Duncker'schen und die christlichen Gewerkschaften, konnten neben den sozialdemokratisch orientierten „Freien Gewerkschaften“ kaum Fuß fassen. Der Versuch, in Northeim eine Hirsch-Duncker'sche Gewerkschaft ins Leben zu rufen, scheint noch vor der Jahrhundertwende gescheitert zu sein. Anfang 1898 feierte ein solcher liberaler Gewerkverein in der Stadt sein Stiftungsfest; in der Zeit danach fand sich jedoch in der Lokalpresse kein Beleg für seine weitere Existenz<sup>259</sup>. Christliche Gewerkschaften hatten wegen des verschwindend geringen Anteils der Katholiken an der Bevölkerung keine Entfaltungsmöglichkeit. Eine Ausnahme bildete in dieser Hinsicht in Südniedersachsen lediglich der Landkreis Duderstadt. Aus der landwirtschaftlichen Überschussbevölkerung des katholischen Eichsfeldes kamen viele Überlandgänger – auch Speckgesellen genannt – die besonders im Bauwesen der umliegenden Städte Arbeit fanden. In Göttingen konnte sich so nach dem Bauarbeiterstreik des Jahres 1904 eine christliche Bauarbeitergewerkschaft etablieren, in Münden gab es einen allerdings unbedeutenden „katholischen Gesellenverein“<sup>260</sup>. In Northeim ist von der Existenz christlicher Gewerkschaften im Untersuchungszeitraum nichts bekannt geworden. Lediglich im benachbarten Nörten registrierte der Gauvorsitzende des freigewerkschaftlichen Maurerverbandes 1904 Ansätze einer christlich orientierten Gewerkschaft unter den dort lebenden Bauarbeiten.<sup>261</sup>

Die Beschränkung auf die freigewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen bringt die Aussparung einer Beschäftigungsgruppe mit sich, die – wie bereits ausgeführt – in Northeim von ganz entscheidender Bedeutung gewesen ist: die der Eisenbahner. Zwar stellten sie spätestens mit Anfang unseres Jahrhunderts die stärkste nichtlandwirtschaftliche Beschäftigungsgruppe und unterhielten auch ein reges und vielfältiges Vereinsleben. Aber die gewerkschaftsfeindlichen Disziplinarmassnahmen und Knebelungsverträge der kaiserlichen Eisenbahnverwaltung vermochten den freigewerkschaftlichen Verband der deutschen Eisenbahner ganz allgemein im Stande eine Mauerblümchen zu halten; am 30.06.1901 z. B. kam er im Reich auf ganze 797 Mitglieder<sup>262</sup>. Keines davon lebte in Northeim. Hier bedürfte es erst des Hilfsdienstgesetzes von 1916, der offiziellen staatlichen Anerkennung der freien Gewerkschaften als Kooperationspartner, um den Eisenbahnern andere Organisationsperspektiven zu eröffnen als die staatsfrommen Gesselligkeitsvereine.

---

<sup>259</sup> Vgl. Bischof, aaO, S. 11. Laut A. v. Saldern, Vom Einwohner..., aaO, S. 164, hatten die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften in Göttingen 1920 etwa 20 Mitglieder.

<sup>260</sup> Vgl. A. v. Saldern, ebda.

<sup>261</sup> Vgl. Jahrbuch 1905 des Deutschen Maurerverbandes.

<sup>262</sup> Vgl. Buß, Hans-Joachim: Dreimal Stunde Null, Frankfurt/M. 1973, S. 84 ff.

## Die freien Gewerkschaften in Northeim

In Northeim wurden in unserem Darstellungszeitraum folgende „freie“ Gewerkschaften gegründet:

Im November 1886	ein „Unterstützungsverein der Tabakarbeiter“ <sup>263</sup>
Am 14.12.1892	der „Verband der Schneider- und Schneiderinnen und verwandter Berufsgenossen Deutschlands“ <sup>264</sup>
Am 18.01.1893	„Verein Deutscher Schuhmacher“ <sup>265</sup>
Am 27.05.1893	„Deutscher Tischlerverband“, dann „Deutscher Holzarbeiter Verband“ <sup>266</sup>
Am 13.04.1900	„Centralverband der Zimmerleute“ <sup>267</sup>
Am 08.03.1903	„Centralverband der Maurer“ <sup>268</sup>
Am 07.05.1905	„Verband der Baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands“ <sup>269</sup>
Im Dezember 1905	„Verband der vereinigten Dachdecker p. p. Deutschlands“ <sup>270</sup>

Einen ersten Überblick über die Bedeutung der einzelnen Verbände mag die folgende Aufstellung ihrer Mitgliederzahlen geben:

<sup>271</sup>	1896	1903	1906
Tabakarbeiter	17	5	-
Schneider/innen	7	12 (1898)	-
Buchdrucker	-	-	11
Holzarbeiter	13	15	14
Maurer	-	(125)	(215)
Zimmerer	-	(24)	70
Bauarbeiter	-	-	70
Dachdecker	-	-	15
Schuhmacher	11 (1893)		

Wann und ob die in der Tabelle aufgeführten Buchdrucker in Northeim eine Zahlstelle ihres Verbandes gründeten, ist den Akten im Stadtarchiv nicht zu entnehmen.

Sie waren möglicherweise aber ebenso wie drei organisierte Maler, die 1913 im Rahmen eines reichsweit durchgeführten Arbeiterkampfes in Northeim gesperrt wurden, Einzelmitglieder der nächstgelegenen Zahlstelle ihrer Organisation.

<sup>263</sup> Vgl. StAN 441/69/48.

<sup>264</sup> Vgl. StAN 440/68/40 u. 41.

<sup>265</sup> Vgl. StAN 441/69/45.

<sup>266</sup> Vgl. StAN 441/69/44.

<sup>267</sup> Vgl. StAN 440/68/39.

<sup>268</sup> Vgl. StAN 441/70/61.

<sup>269</sup> Vgl. StAN 441/70/65.

<sup>270</sup> Vgl. StAN 441/70/66.

<sup>271</sup> Vgl. StAN 410/413/3 u. 4 gewerbliche Arbeitseinstellungen, Streiks und Aussperrungen pp.



## Labile Unterstützungsvereine und Zahlstellen

### Unterstützungsverein deutscher Tabakarbeiter

Neben der Organisation der Buchdrucker gilt allgemein die Gewerkschaft der Zigarrenmacher als traditionsreichste Arbeitsorganisation. Bereits 1848 hatten die Zigarrenarbeiter eine „Association der Tabakarbeiter Deutschlands“ aufgebaut und mit der Gründung des „Allgemeinen Deutschen Zigarrenarbeitervereins“ im Jahr 1865 gehörten sie auch zu den Pionieren der „modernen“ Gewerkschaftsbewegung.

Das überdurchschnittliche Engagement der Tabakarbeiter in der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung basierte auf der hohen Anzahl von Betrieben in Großstädten – Zentren waren Leipzig, Hamburg und Bremen – und auf der besonders kommunikationsfreundlichen Struktur der Arbeitsabläufe in den Tabakmanufakturen. Als die Tabakindustriellen nach den Streiks zu Beginn der 1890er Jahre ihre Betriebe verstärkt in ländlichen Regionen anzusiedeln begannen und die Tabakarbeiter in verstreut liegenden Einzelwerkstätten produzieren mussten, stagnierte die Gewerkschaftsentwicklung.<sup>272</sup>

Nachdem die Tabakarbeiter 1878 durch das Sozialistengesetz gezwungen worden waren, ihre Gewerkschaft aufzulösen, begannen sie Anfang der 80er Jahre vielerorts mit dem Aufbau sogenannter Fachvereine und strebten bald eine neue Zentralisation an. Diese Reorganisationsbemühungen erreichten Northeim – von Bremen aus kommend über Einbeck und Uslar – im Jahr 1886.

Verstärkt wurden die klassenbewussten Northeimer Tabakarbeiter durch den aus Hamburg ausgewiesenen Tabakarbeiter Bornemann, der zusammen mit zwei ebenfalls vom Sozialistengesetz betroffenen Genossen in Northeim einen Zigarrenladen mit angeschlossener Manufaktur betrieb.<sup>273</sup>

Mitgliederstark war die Northeimer Zahlstelle aber vermutlich nie. Die Wolf'sche Zigarrensortiererei – als größter Tabakbetrieb der Stadt – beschäftigte überwiegend Frauen, die allgemein als schwer organisierbar galten. Die wenigen männlichen Beschäftigten des Betriebes gehörten bis 1912, sofern sie sich überhaupt organisierten, als Einzelmitglieder einer gesonderten Gewerkschaft der Zigarrensortierer an.<sup>274</sup>

Die Gründung der Northeimer „Mitgliedschaft“ des Unterstützungsvereins deutscher Tabakarbeiter meldete W. Engelhardt am 06.11.1886 der Polizeibehörde.

Wilhelm Bornemann tauchte namentlich im Zusammenhang der Gründung der Mitgliedschaft nicht auf, wahrscheinlich sind die beiden unterstrichenen Scheelke und Schumacher die mit ihm aus Hamburg ausgewiesenen Tabakarbeiter.<sup>275</sup>

„Eing. 8/11.86

---

<sup>272</sup> Vgl. Klaus Schönhoven, aaO, S. 30 f.

<sup>273</sup> Vgl. Kapitel II.

<sup>274</sup> Vgl. hierzu W. Buschak, Von Menschen, die wie Menschen leben wollten, Köln 1985, S. 142. Eine Zahlstelle des Verbandes der Zigarrensortierer hat es in Northeim nicht gegeben.

<sup>275</sup> Demnach wäre Scheelke identisch mit dem von W. Lechte erwähnten „Schiele“ aus Hamburg, vgl. hierzu Kapitel II.

Northeim, 6. November 1886

Einer löblichen Polizeibehörde in Northeim zeige ich hierdurch ergebenst an, daß sich hierorts eine Mitgliedschaft des in Northeim Bremen domizilierten Unterstützungsvereins deutscher Tabakarbeiter gebildet hat. Charakter, Zweck und Satzungen des Vereins gehen aus den beigelegten Statuten hervor. Danach verfolgen der Verein und seine hiesige Mitgliedschaft keine politischen Zwecke. Mit der Führung der örtlichen Geschäfte sind vom Vorstand in Bremen folgende Personen beauftragt worden:

Folgende sind

Vorsitzender	W. Engelhardt
Stellvertreter	C. Dempewolf
<u>Kassierer</u>	G. Scheelke,
Stellvertreter	W. Mönnig
Schriftführer	C. Behrens
Stellvertreter	<u>G. Schumacher</u>

Die Northeimer Polizei reagierte noch am gleichen Tag mit einer Anfrage bei der Polizei Bremen, die ihr bereits drei Tage später ein Antwortschreiben zukommen ließ:

„Freie Hansestadt Bremen  
Einstweilen ad acta!

Bremen, den 11. November 1886

Die Polizei-Direktion  
an  
die städtische Polizeiverwaltung

in Northeim  
Prov. Hannover

Auf das gefällige Schreiben vom 8/11. d. M., betreffend den Unterstützungsverein deutscher Tabakarbeiter, beehren wir uns ergebenst mitzuteilen, daß hier bis jetzt nichts hat bewiesen werden können, daß der Verein oder einzelne Mitglieder desselben sozialdemokratische Bestrebungen verfolgen. Dagegen ist ein großer Teil sowohl des Vorstandes, als auch der Mitglieder dieses Vereins verdächtig, dieser Partei überhaupt anzugehören.

IV.

Der Polizeirat

(Unterschrift)“

Die Bemerkung „Einstweilen ad acta!“ entschied über den Weiterbestand des Northeimer Tabakarbeiterfachvereins. Was unter der Polizeidrohung „Einstweilen ...“ unter den Bedingungen des Sozialistengesetzes zu verstehen war, zeigt ein Auszug aus dem Statut von 1887:

Statut  
des  
,Unterstützungsverein deutscher Tabakarbeiter’.

§ 1. Der Verein führt den Namen ,Unterstützungs-Verein deutscher Tabakarbeiter’ und hat seinen Sitz in Bremen.

§ 2. Der Zweck des Vereins ist die Hebung der materiellen und intellektuellen Lage seiner Mitglieder.

Der Förderung dieses Zweckes dienen:

- a. Erzielung günstiger Arbeitsbedingungen.
- b. Vornahme statistischer Ermittlungen.
- c. Arbeitsvermittlungen.
- d. Unentgeltliche Lieferung des ‚Gewerkschafter‘.

Ferner kann die Vereinsleitung gewähren:

- e. Reiseunterstützung
- f. Einen Unterstützungsbeitrag an verheirathete Mitglieder beim Ableben ihrer Eehälfte.
- g. Unterstützung an solche Mitglieder, welche durch ihr Eintreten nach § 2 Absatz a arbeitslos geworden sind.

In Fällen, wo bei Arbeitseinstellungen Unterstützung beantragt wird, hat der Ausschuß sich von Folgende leiten zu lassen:

In Erwägung, daß Lohnstreiks, welche die Löhne zu erhöhen bezwecken, auch wenn sie Erfolg haben, nur einen höchst geringen Vortheil für die Tabakarbeiter selbst haben, in Erwägung ferner, daß der Verein voraussichtlich nicht in der Lage sein wird, derartige Lohnstreiks zu unterstützen, beschließt die Generalversammlung, es allen Delegierten zur Pflicht zu machen, in ihren Kreisen gegen die Veranstaltung von solchen Lohnstreiks von Seiten der Mitglieder zu wirken, sowie ferner den Ausschuß zu beauftragen, oben gekennzeichnete Lohnstreiks, welche von Mitgliedern beantragt werden, nicht zur Vereinssache zu machen.

Die von der Vereinsleitung an die Mitglieder zu gewährende Unterstützung ist eine freiwillige. Ein Recht der Klage steht den Mitgliedern dem Verein gegenüber nicht zu.“

Der defensive Grundzug des § 2 des Statuts des Unterstützungsvereins deutscher Tabakarbeiter in Bezug auf die Durchführung und Unterstützung von Streiks illustriert den schmalen Handlungsrahmen der zentralisierten Gewerkschaft.

Für den 17.01.1887 meldete der Vorsitzende der Northeimer „Mitgliedschaft“ eine Versammlung „auf der Schneider-Herberge“ an. Der Hauptvorstand hatte einen Fragebogen geschickt, den man beantworten sollte. Am 09.08. dieses Jahres konnte die Bildung einer „Zahlstelle“ in Northeim angemeldet werden. Nach § 13 der Statuten war das dann möglich, wenn eine „Mitgliedschaft“ mindestens 10 Mitglieder an einem Ort vorweisen konnte. Der Vorsitzende des Verbandes, Johann Hermann Junge, meldete der Polizei in Northeim von Bremen aus folgenden Vorstand (Rubrik 08.08.1887):

08.08.1887	Nov. 1887	08.05.1889	13.07.1889
1.Bevollmächtigter Heinrich Krakenberg		Carl Bergmann	W. König
2.Bevollmächtigter Wilhelm Rosenow	August Drewing	Wilhelm Bornmann	
3.Bevollmächtigter Hermann Paulke	Wilhelm Bornmann	Franz Breudel	
1.Kontrolleur Johann Scheelke	Wilhelm Knoke	Franz Ibel	
2.Kontrolleur Wilhelm Rufe		Heinrich Sander	
3.Kontrolleur Richard Sievert		Heinrich Gebhard	





Vom Vorstand der im November 1886 gemeldeten Mitgliedschaft war am 08.08.1887 nur noch Johann Scheelke übriggeblieben.<sup>276</sup> Eineinhalb Jahre später wurden wiederum völlig neue Vorstandsamen gemeldet. Diese Vorgänge deuten auf eine sehr hohe Fluktuation in der Mitgliedschaft der Northeimer Zahlstelle hin. Im Oktober 1889 führte August Meier, Zigarrenarbeiter der F. W. Bornemannschen Zigarrenfabrik den Schriftwechsel mit der Polizeibehörde. In einem Schreiben vom 07.10. dieses Jahres meldete er regelmäßige Vereinsversammlungen für jeden ersten Montag im Monat an. Aus seinem Schriftwechsel lässt sich schließen, dass der im Mai gewählte, im Juli veränderte Vorstand schon wieder funktionsunfähig gewesen war und er, Meier, am 4. November zum 3. Bevollmächtigten gewählt werden sollte.

Wie lange die Mitgliederversammlungen der organisierten Tabakarbeiter in Northeim noch durchgeführt wurden, lässt sich der Polizeiakte nicht entnehmen. Zum 1. Mai 1890 und im Oktober des Jahres – aus Anlass des Falls des Sozialistengesetzes – profilierten sich die Tabakarbeiter als klassenbewusste Vorhut der Northeimer Arbeiterschaft, indem sie am 1. Mai die Arbeit ruhen ließen, einen Demonstrationzug zu initiieren versuchten und bei beiden Gelegenheiten die rote Fahne aufzogen. Dann jedoch verstummen die Informationsquellen viele Jahre. Das Versiegen der Nachrichten über die Northeimer Tabakarbeiter fällt zeitlich zusammen mit einer schweren Krise des Tabakarbeiterverbandes und einer Krise der freien Gewerkschaften insgesamt. Zu einem mehrere Jahre anhaltenden wirtschaftlichen Konjunkturabschwung, der Ende 1890 einsetzte, kamen die eben schon angedeuteten Standortverschiebungen der Tabakindustrie und eine damit einhergehende Veränderung der Beschäftigtenstruktur. Je mehr sich die Filialen der großen Bremer und Hamburger Tabakfabriken nach Süden verschoben, um so mehr wurden Frauen als Arbeitskräfte angeworben. Mit deren Organisierung tat sich der Tabakarbeiterverband sehr schwer.<sup>277</sup> Verheerend wirkte sich in dieser Phase außerdem die Serie von Niederlagen aus, die die Gewerkschaften 1890 bis 1892 hinnehmen mussten. Eine Aussperrung von 3.000 Hamburger Tabakarbeiter dauerte von November 1890 bis zum März 1891 und endete mit einem Sieg der Unternehmer, obwohl die ‚Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands‘ diesen Arbeitskampf durch eine großangelegte Spendenaktion zur Sache der ‚modernen‘ Arbeiterbewegung gemacht hatte.<sup>278</sup> Der Tabakarbeiterverband verlor bis 1893 über ein Viertel seiner Mitglieder. Dieser „Einbruch“ der Organisation hat seine negativen Auswirkungen auf die Kommunikationsmöglichkeiten zwischen den einzelnen Ebenen gehabt; den Einzelmitgliedern, die der Verband zwischen 1890 und 1907 in Northeim gehabt hat, widmete die Polizeiverwaltung keine Aufmerksamkeit mehr. Es ist aber fraglich, ob es in diesem Zeitraum überhaupt zu Mitgliederversammlungen oder sonstigen Aktivitäten gekommen ist.

1906 führte der Tabakarbeiterverband mit der Einführung der teils ehrenamtlichen, teils festbesoldeten Gauleiter eine Reorganisation des Verbandslebens durch. Northeim gehörte zum Arbeitsgebiet des Gauleiters Ferdinand Husung in Nordhausen, der sich als ehrenamtlicher Funktionär angesichts des schwer bzw. kaum zu bearbeitenden katholischen Eichsfeldes um die Northeimer nicht kümmern konnte.

---

<sup>276</sup> Diese Aussage gilt unter dem Vorbehalt, dass man sich in Bremen mit der korrekten Wiedergabe der Namen schwer tat und G. Scheelke und Johann Scheelke dieselbe Person war.

<sup>277</sup> Siehe hierzu auch die Ausführungen in Kapitel I.

<sup>278</sup> Vgl. Schönhoven, aaO, S. 98 f.

Am 10. Januar 1907 meldete August Hartje „eine Mitgliederversammlung des Zentral-Verbandes deutscher Tabakarbeiter – Zahlstelle Northeim für den 12. Januar, abends 8 \_ Uhr in dem Lokal der Wittwe Heidelmann ‚Zur Altdeutschen‘ an“. Wie der überwachende Polizei-Sergeant Schulz protokollierte, wurde vor Eintritt in die Tagesordnung „die Verlesung der Quartalsabrechnung“ vorgenommen. Diese Verlesung deutet auf organisatorischen Zusammenhalt der Tabakarbeiter Northeims vor 1907 hin, ohne dass wir sagen könnten, für welchen Zeitraum diese Aussage gültig ist. Die elf zur Versammlung erschienenen Mitglieder wählten den Cigarrenmacher Hartje zum Vertrauensmann, den Cigarrenmacher Georg Beckmann zum 1. und den Cigarrenarbeiter Heinrich Plenge zum 2. Controlleur. Auch die Anschaffung eines Einnahmebuches zur Eintragung der Mitglieder-Beiträge wurde genehmigt. Es folgte eine Aussprache über die Eröffnung einer Zahlstelle und die eventuelle Einsendung einer Mitgliederliste. Zu diesem Punkt wollte man aber noch den Gau-Vorstand befragen.

Die offizielle Anmeldung der Zahlstelle bei der Polizei erfolgte am 27.02.1907:

„Sämtliche Vorgänge beifügen und besondere Akte anlegen!

Northeim, den 27. Februar 1907

An die

‚Städtische Polizeiverwaltung‘

zu

Northeim

- |    |   |   |
|----|---|---|
| 1) | Bescheinigung ausstellen u. übersenden              | Unterzeichneter melde hiermit, die Gründung einer Zahlstelle des ‚Deutschen Tabak-Arbeiter-Verbandes‘, Sitz Bremen, am hiesigen Orte, bei oben genannter Behörde an.  |
| 2) | 13.4.<br>13.7.<br>12.10.<br>28.2.07<br>v.d.R.<br>P. | Versammlungen finden regelmäßig, am zweiten Sonnabend eines jeden Quartals, abends 8 _ Uhr im Lokale der Wittwe Heidelmann am Markt hierselbst, statt. Außer der angesetzten Zeit stattfindende Versammlungen unterziehen sich besonderer, polizeilicher Anmeldung.<br><br>Mittgliederverzeichnis ist nachstehend beigefügt.<br>Ich bitte nun daher um Zustellung der Bescheinigung, dieser stattgefundenen Anmeldung.<br>Achtungsvoll<br>August Hartje.“ |

Unter den 20 Mitgliedern befanden sich bekannte Namen:

„Mitglieder der Zahlstelle, wie folgt.

August Hartje, Vertrauensmann, Hagenstr. N. 29.

Georg Beckmann	Heinrich Plenge	Kontrolleure
Georg Fürchtenicht	Karl Brockmann	
Heinrich Brandfass	Albert Reinbold	
August Niemeyer	August Arnemann	
Heinrich Dempewolf	Karl Dempewolf	
Friedrich Fricke	Ernestine Fricke	
Karl Querfurt	Wilhelm Grunert	
Karl Voges	Wilhelm Salomon	
Ludwig Lüer	Wilhelm Ente	

## August Blumenhagen

So hatte Karl Dempewolf schon dem Fachverein angehört, Karl Querfurt sollte später zum Senator gewählt werden. Ernestine Fricke war die erste Frau, die in der Northeimer Arbeiterbewegung namentlich Erwähnung fand.

Die Aktivierung bzw. Reaktivierung der organisierten Tabakarbeiter Northeims geschah im Zusammenhang mit dem Reichstagswahlkampf 1907: Carl Deichmann, der Vorsitzende des Tabakarbeiterverbandes, kandidierte im 11. hannoverschen Reichstagswahlkreis. Der gebürtige Uslarer wurde in seinem Wahlkampf auch von den Northeimer organisierten Tabakarbeitern unterstützt.<sup>279</sup>

Die Zahlstellengründung von 1907 hatte Bestand. Die letzte Meldung, die wir der Polizeiakte entnehmen können, kündigte eine Versammlung für Sonntag, dem 10.01.1909 bei „Wittwe Heidelmann“ an. In dieser Versammlung, die von August Hartje angemeldet wurde, ging es um „... Stellungnahme zur Mehrbelastung des Tabaks durch neue Steuern und deren Folgen...“. Dieses Thema beschäftigte seit 1908 gleichermaßen Tabakfabrikanten wie –arbeiter. Hermann Schmidt, der Nachfolger Ferdinand Husung im Amt des Gauleiters, beschrieb die Lage im 4. Gau des DTV folgendermaßen:

„Das Jahr 1909 stand noch im Zeichen des allgemeinen wirtschaftlichen Niedergangs, der für die Tabakarbeiter noch besonders durch die Annahme der Tabaksteuer verschärft wurde. ...überall wurde von Seiten der Arbeiter Sturm gegen diese Pläne gelaufen. Trotz alledem gelangte die Steuer zur Annahme ... überall versuchen die Fabrikanten, die ohnehin schon traurigen Lohnverhältnisse der Tabakarbeiter zu verschlechtern und glauben, dass gerade die jetzige Zeit die geeignete dazu sei.“<sup>280</sup>

Überall kam es daraufhin zu Streiks und Aussperrungen. Im Gebiet des 4. Gaus gingen viele dieser Arbeitskämpfe – nicht zuletzt wegen der überragenden Bedeutung der Tabakarbeiterinnen auf dem Eichsfeld – für die Arbeiter verloren: Wo immer in diesen Jahren im Gebiet des 4. Gaus Tabakarbeiter in den Streik traten, mussten sie damit rechnen, dass die Fabrikanten entweder von dort Streikbrecher(innen) anwarben oder kurzfristig sogar Filialbetriebe im Eichsfeld eröffneten.

In Northeim erfahren wir von einem ersten Tarifvertrag in der Tabakbranche aus dem Jahr 1910. In ihm wurde die wöchentliche Arbeitszeit bei der Firma August Hartje auf 56 Stunden festgelegt und ein Minimallohn von 9,- Mark pro Mille bei bestimmten Tabakqualitäten anerkannt.<sup>281</sup>

Durch den mit August Hartje abgeschlossenen Tarifvertrag konnte der Tabakarbeiterverband in Northeim eine Orientierungsmarke setzen. Der Fabrikant, der uns als Zahlstellenmitbegründer des Jahres 1907 bekannt ist, half so, die Arbeitsbedingungen in Northeim in die von der Gewerkschaft allgemein gewünschte Richtung zu lenken: Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und Mindestlöhne. Mit der Festlegung der Wochenarbeitszeit auf 56 Stunden war bei der damals üblichen 6-Tage-Woche der Einstieg in den 8-Stunden-Arbeitstag vorbereitet: Die tägliche Arbeitszeit bei Hartje lag jetzt laut Tarifvertrag bei 9,3 Stunden pro Tag. Die Festlegung eines Mindestlohns war im zunehmenden Maße von unterbezahlten und heimarbeitenden Frauen bedrohten Lohngefüge der

---

<sup>279</sup> Vgl. hierzu Kapitel II, S.

<sup>280</sup> Jahresbericht DTV 1909, S. 46 und 49.

<sup>281</sup> DTV Jahresbericht für 1910, S. 34.

Branche ebenfalls von grundsätzlicher Bedeutung. Leider verfügen wir bisher nicht über die Beschäftigtenzahlen bei Hartje, sodass wir nicht einschätzen können, ob diesem Tarifvertrag eine über den Symbolwert hinausgehende Bedeutung zukam. Die Grenzen dessen, was tarifvertragsmäßig damals überhaupt als möglich angesehen wurde, legten die Arbeiter der Nordhäuser Kautabakfabrik der „Großeinkaufs Gesellschaft Deutscher Konsumvereine“ (GEG) in Auseinandersetzung mit der Geschäftsleitung dieser der „modernen“ Arbeiterbewegung zugerechneten Gesellschaft fest.<sup>282</sup>

Auch bei der Firma Sontag und Duisenberg stellten die Arbeiter Lohnforderungen im Produktionsbereich „Zigarren“. In der zur gleichen Firma gehörenden Kautabakfabrik versuchten die Arbeiter eine Lohnreduzierung zu verhindern und stellten Ausgleichsforderungen.

Der Lohnkonflikt in der Zigarrenfabrikation führte am 02.07.1910 zum Streik. Der amtliche Streikbericht führte dazu aus:

„Die Arbeiter haben die Arbeit niedergelegt, weil 1 Arbeiter der Abteilung der Zigarrenfabrikation wegen nicht zufriedenstellender Arbeit entlassen worden ist. Zugleich haben einige der streikenden Arbeiter, denen die Anfertigung zweier neuer Sorten übertragen ist, hierfür einen höheren Lohn gefordert, als sie für die Herstellung der übrigen Zigarren erhalten haben. Eine bestimmte Summe haben sie dabei nicht angegeben.“

In der Abteilung Kautabakfabrikation wurde weitergearbeitet, nachdem die Firmenleitung den Ausgleichsforderungen entgegengekommen war und die Wochenlöhne zwischen 2 und 2,6 Mark angehoben hatte.<sup>283</sup> In der Kautabakabteilung wurden zu diesem Zeitpunkt 2 Männer und 3 Frauen beschäftigt. Die Gewerkschaft buchte die Auseinandersetzung in dieser Abteilung als erfolgreichen Arbeitskampf.<sup>284</sup> In der Zigarrenfabrikation arbeiteten 12 Männer und 4 Frauen.

Drei Frauen schlossen sich dem Streik nicht an. Vergleicht man die Zahlenangaben des amtlichen Berichts mit denen der Gewerkschaftsberichterstattung, lassen sich diese nicht zur Deckung bringen. Möglicherweise zählt die Polizei in dem elf Wochen dauernden Arbeitskampf angeworbene Streikbrecher stillschweigend mit. Schwieriger ist eine Würdigung des Ergebnisses dieses Streiks. Hierzu berichtete der Tabakarbeiterverband:

„Es gelang der Firma einige Arbeitswillige zu bekommen. Der Streik wurde für beendet erklärt, nachdem die Firma, nach vorangegangener Unterhandlung, sich bereit erklärt hatte, auf alle halb und ganz schrägen Fassons sofort eine Lohnzulage von 25 Pfg. zu zahlen und bei besserer Geschäftslage die Löhne nach den Wünschen der Arbeiter regeln zu wollen.“<sup>285</sup>

Aus der Sicht der Gewerkschaft bedeutete dieses Ende des Arbeitskampfes am 26.09.1910 einen „teilweisen Erfolg“<sup>286</sup>. Gemessen an den im dokumentierten amtlichen Streikbericht aufgeworfenen Fragen ließ der Gewerkschaftsbericht einige wichtige Antworten vermissen. Wenn man davon ausgeht, dass die Maßregelung des Wortführers im Zusammenhang mit den Lohnforderungen Auslöser

---

<sup>282</sup> Vgl. hierzu DTV Jahresbericht 1913, s. 36 ff.

<sup>283</sup> AaO, S. 68.

<sup>284</sup> AaO, S. 70.

<sup>285</sup> AaO, S. 61.

<sup>286</sup> Vgl. aaO, S. 66.

des Streiks gewesen war, lässt sich die Beurteilung des Ergebnisses dieses Arbeitskampfes nicht von der Frage lösen, ob dieser wieder eingestellt wurde. Auch die Frage, wie viele der am Arbeitskampf Beteiligten in den Genuss der Lohnzulage kamen, wurde nicht beantwortet. Es steht zu befürchten, dass es der Firmenleitung gelungen war, mit Hilfe von Streikbrechern die Produktion weiterzuführen, sodass der „teilweise Erfolg“ der Gewerkschaft lediglich auf dem Papier stand. Beide Abschlüsse des Jahres 1910 dürften den Handlungsspielraum einer mitgliederschwachen, im haus- bzw. kleinindustriellen Bereich operierenden Zahlstelle weitgehend ausgeschöpft haben.

Die Zahlstelle konnte ihren im Jahr 1907 erreichten Bestand von 20 Mitgliedern bis zum Kriegsausbruch in etwa halten. Eine Kraftprobe mit den Unternehmern ging sie nach 1910 nicht mehr ein.

287

Mitgliederbewegung der DTV Zahlstellen im Bereich des 11. Hannoverschen RT-Wahlkreises

Jahr	Northeim	Einbeck	Uslar	Moringen	Osterode	Herzberg
1907	20					
1910	13 (3)	8 (3)	8	14 (1)	46 (22)	60 (20)
1912	12 (4)	5 (1)	14	14 (1)	45 (22)	54 (20)
1914	7 (4)	4 (1)	15	18 (2)	29 (9)	36 (11)

## Verband der Schneider und Schneiderinnen

Die Initiative zur Gründung der Northeimer Zahlstelle des Verbandes scheint vom Vorstandsvorsitz in Flensburg ausgegangen zu sein. Von dort war ein hektographiertes Formular geschickt worden, in das die Northeimer neben dem Ort und dem Datum (14.12.1892) die Namen des 1., 2. und 3. Bevollmächtigten, Ernst Nolte, August Kirchhoff und Heinrich Grube eintrugen. Formell wurden diese Funktionäre von den Mitgliedern in Vorschlag gebracht und vom Vorstandsvorsitz ernannt.

Ernst Nolte (geb. am 28.01.1866 in Hammenstedt), 1890 in den Schneiderverband eingetreten, und Johann Kohnen (geb. am 15.05.1848 in Finbel), der ebenfalls seit diesem Jahr Gewerkschaftsmitglied war, scheinen die Zahlstellen-gründung vorbereitet zu haben. Letzterer war mit 44 Jahren mit Abstand das älteste Gründungsmitglied. Neben dem ersten und zweiten Bevollmächtigten, die 25 bzw. 26 Jahre alt waren, gab es nur noch ein weiteres Mitglied in dieser Altersgruppe. 9 der 15 Gründungsmitglieder waren jünger als 21 Jahre.

Bei einer solchen Mitgliederstruktur war eine hohe Fluktuationsrate unvermeidlich.<sup>287</sup> Als im Herbst 1894 der Vorstand neugewählt wurde, zeigte sich, dass ihm keines der Gründungsmitglieder mehr angehörte. 1895 veranstalteten die Northeimer Schneider ein Herbstvergnügen „... verbunden mit Abendunterhaltung und Ball“. Dann scheint die Zahlstelle eingegangen zu sein.

<sup>287</sup> Zusammengestellt nach den Tabellen in den Jahrbüchern des DTV, in Klammern (= davon weiblich).

<sup>288</sup> Vgl. Schönhoven, aaO, S. 167 f.

Sie wurde im Mai 1898 wiedergegründet. Der in Flensburg amtierende Vorsitzende des Schneiderverbandes, Friedrich Holzhäuser, bestätigte mit Formular vom 09.05.:

„Heinrich Borcherd (Neustadt 226), Wilhelm Lohrengel (Schafstraße) und Franz Schwehm (Breitestr. 45) als Zahlstellenvorstand.“ Als Franz Schwehm am 23.01.1899 die Zahlstelle bei der Polizei anmeldete, tat er das bereits als 1. Bevollmächtigter. Neu im Vorstand war zu diesem Zeitpunkt August Beye.

Am 1. Februar forderte die Polizei Franz Schwehm auf, neben den Statuten auch ein „vollständiges Mitglieder-Verzeichnis“ nachzuliefern, das er für den 24. Januar vorzulegen angekündigt habe. Offensichtlich war Franz Schwehm davon ausgegangen, er komme um das Einreichen einer solchen Liste herum. Am 24.01. hatte er mit folgender Stellungnahme reagiert:

„Der löbl. Behörde zur Kenntniß, dass Unterzeichneter kein Mitglieder-Verzeichnis einzureichen gedenkt. Am besten ist es, die Filiale hier am Orte aufzulösen. Ein Grund hierzu lässt sich leicht finden.

Franz Schwehm.“

Ob ein Mitgliederverzeichnis eingereicht werden musste oder nicht war davon abhängig, wie die jeweilige Polizeibehörde den § 2 des Vereinsgesetzes von 1850 auslegte. Franz Schwehm scheint im Vorfeld der Aufhebung des Koalitionsverbots politischer Vereine der Meinung gewesen zu sein, die Rechtslage sei schon in seinem Sinne geklärt.<sup>289</sup> Am 02.02. reichte der Bevollmächtigte der Schneider dann aber doch eine Liste mit 12 Namen ein, aus der hervorgeht, dass 9 der verzeichneten Gesellen in Northeim lebten, 2 in Edesheim und 1 Geselle in Lindau. Die Polizei fügte den Namen aufgrund eigener Nachforschungen die Namen der jeweiligen Meister bei.

Ein Vergleich der Mitgliederlisten von 1892 und 1899 zeigt, dass kein Name in beiden Listen auftaucht. Kein Mitglied der ersten Zahlstellengründung konnte also 1899 für Kontinuität sorgen.

## Zweigverein deutscher Schuhmacher

Die Zahlstelle der Schuhmachergewerkschaft umfasste in Northeim zum Zeitpunkt der Gründung 11 Mitglieder. Wilhelm Leifheit, Hermann Bruns und August Minow bildeten am 18.01.1893 den ersten Vorstand. Am 03.05. wechselte die junge Gewerkschaft das Versammlungslokal. Statt „bei Robert Bartels“ traf man sich jetzt im Gasthaus „Zur Linde“ bei August Heise am Höckelheimerthor. Wichtiger als die Zahlstelle der Gewerkschaft scheint für die Schustergesellen die Mitgliedschaft in der „Zentral Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandter Berufsgenossen Deutschlands“ gewesen zu sein. Der 1. und der 2. Bevollmächtigte der Zahlstelle wechselten 1894 in die gleichen Funktionen im Kassenvorstand über. Die Vorstände überschritten sich personell:

Zahlstelle	Zentral Kranken- und Sterbekasse
------------	----------------------------------

<sup>289</sup> Vgl. hierzu A. v. Saldern, Vom Einwohner ..., aaO, S. 156, die die Aufhebung des Verbindungsverbots politischer Vereine 1899 ansiedelt; Kulemann, aaO, S. 100, spricht vom 01.01.1906.

1.	Bevollmächtigter	August Müller	Wilhelm Leifheit
2.	Bevollmächtigter	August Minow	Hermann Bruns
3.	Bevollmächtigter	Richard Wiehmann	Richard Wiehmann
1.	Revisor	Ernst Dehne	August Minow
2.	Revisor	Max Teichmann	August Dahlmann
3.	Revisor	-	August Müller

Auch unter den Schuhmachergesellen Northeims scheint eine hohe Fluktuation geherrscht zu haben. Schon im folgenden Jahr musste der Vorstand neu gewählt werden. Heinrich Jost meldete eine entsprechende Versammlung für den 23.10. im Lokal der Witwe Jürgens an. Schuhmacherkränzchen wurden im Huch'schen Saal abgehalten.

### Zweigverein deutscher Holzarbeiter

Wenige Monate bevor sich verschiedene Berufsorganisationen der in Holzindustrie und –handwerk Beschäftigten in Kassel zusammenfanden, um mit dem Deutschen-Holzarbeiter-Verband (DHV) eine Gewerkschaft nach dem Industrieverbandsprinzip zu gründen, rührten sich in Northeim die Tischler: Am 27.05.1893 meldete der Tischler Heinrich Otto (?) im Namen eines provisorischen Vorstands die Gründung einer Zahlstelle des deutschen Tischlerverbandes an.

„L.n. 1618O. 27/5 93  
Northeim, d. 25. Mai 1893

Geehrter Herr Bürgermeister

Unterzeichneter teilt ihnen mit das sich hier am Orte eine Zahlstelle des Deutschen Tischler (ber: durchgestrichen) verbandes gegründet hat, und bittet unter beifügung der Statuten die Genehmigung des Vereins. Die Sitzungen des Vereins finden vom montag ab alle vierzehn Tage statt. In der Resteration Herrn August Heise Höckelheimerthor. Nun sehe ich die Genehmigung baldigst entgegen.)

Heinrich Ott  
Der Provesorische  
Vorstand  
Neustadt 243

Dem Gründungsdokument zufolge wollten sich die Tischler regelmäßig zweimal im Monat bei August Heise (Restaurant am Höckelheimer Tor) treffen.

Da die Tischler die zahlenmäßig stärkste Gruppierung im DHV waren und in Northeim auch blieben, wurde die Umbenennung von Tischlerverband im DHV zu einem formellen Akt, der mit der Vorstandswahl am 19.02.1894 seinen Abschluss fand.<sup>290</sup>

Die Diskussionen auf den Verbandstagen der Holzarbeiter zwischen 1893 und 1902 zeigen, dass es in kleinen Verwaltungsstellen das Gefühl gegeben hat, gegenüber den großen Zahlstellen benachteiligt zu werden.

<sup>290</sup> 1885 gehörten dem DHV an: 20.651 Tischler, 2.044 Drechsler, 943 Bürstenmacher und 876 Stellmacher. Vgl. Protokoll des 1. ordentl. Verbandstages des DHV Erfurt 1895, Stuttgart 1895, S. 16.

Obwohl die kleinen Städte und Ortschaften auf der Suche nach Arbeit oft nur Durchgangsstationen waren, eine hohe Fluktuationsrate wegen des hohen Anteils der jungen, ledigen Holzarbeiter also unvermeidlich war, wurde häufig der Anspruch gestellt, dass jetzt – nachdem man sich organisierte hatte – auch etwas „passieren“ müsse.

Die folgende Tabelle der Veränderungen in den Vorstandsfunktionen zeigt deutlich, dass es auf der geschätzten Basis einer 15-köpfigen Mitgliedschaft in der Zahlstelle sozusagen zugegangen sein muss wie in einem Taubenschlag:



Funktion	19.02.1894	02.04.1894	02.07.1894	22.09.1894	16.02.
Bevollmächtigter	Karl Friedrich	August Breuer		Wilhelm Munck	Herma
Kassierer	Wilhelm Munck		W. Armbrecht		
Schriftführer	August Breuer	Josef Hein		Paul Dix	
Revisor	Heinrich Rhonn	Paul Dix		Carl Schneider	
Revisor	Clemens Weber	Friedrich Böttcher		Hack	
Revisor		Wilhelm Albrecht	Carl Schneider	Söckel	

Viermal wurde 1894 der Vorstand gewählt und von den Vorstandsmitgliedern zu Anfang des Jahres war im Herbst nur noch ein Kollege vorhanden. Im Februar 1895 scheint auch Wilhelm Munck, der 1894 als einziges Vorstandsmitglied in allen vier Vorständen geblieben war, aus dem Vorstand ausgeschieden zu sein; die Meldungen an die Polizei beschränkten sich seit Anfang 1895 auf Angaben zu Veränderungen im Amt des Bevollmächtigten.

Nach 1895 machte sich im Amt des Bevollmächtigten eine größere Stabilität bemerkbar: Nach Hermann Horl, der zwei Jahre lang Vorsitzender der Zahlstelle war, folgte 1897 August Marx. Nach einer Unterbrechung 1898, als Richard Rolf und Wilhelm Bornemann den Vorsitz innehatten, wurde 1899 wieder August Marx gewählt, der dieses Amt dann bis 1906 verwaltete.

In Northeim gab es im Kernbereich der Holzarbeiterorganisation unter den Tischlereien nur Kleinbetriebe. In solchen handwerklichen Kleinbetrieben erschwerte eine Vielzahl von Faktoren die gewerkschaftliche Arbeit: Es bestanden enge berufliche und soziale Bindungen zwischen dem Meister, der Meisterfamilie und den Gesellen und Lehrlingen, die Konflikte nicht so leicht zum Ausbruch kommen ließen und insgesamt integrativ wirkten:

Im Vergleich zu den industriellen Großbetrieben bestand hier kein anonymes Arbeiter-Unternehmer-Verhältnis. Man arbeitete in der gleichen Werkstatt, saß bei den Mahlzeiten zusammen, der Geselle hatte Einblick in die Situation des Betriebes und konnte dessen wirtschaftliche Lage meist genau einschätzen.<sup>291</sup>

Kristallisationspunkt der Auseinandersetzung zwischen Meistern und Gesellen war zwischen 1890 und 1914 in vielen Handwerksbereichen das sogenannte „Kost- und Logiswesen“. Der Zwang, beim Meister Kost und Logis zu nehmen, unterwarf die Lehrlinge und Gesellen auch in ihrer schmal bemessenen Freizeit noch der Kontrolle der Meisterfamilie. Anders als bei einer Trennung von Arbeitsstelle und Wohnung, war die Einhaltung festgelegter Arbeitszeiten z. B. durch die Übernahme häuslicher Pflichten kaum kontrollierbar. Der Abzug von Kost- und Logisgeld vom Lohn schmälerte zudem den Bewegungsspielraum des Gesellen, da er unter diesen Bedingungen oft nur über sehr wenig Bargeld verfügen konnte. Die Tischler standen beim Kampf gegen das Kost- und Logiswesen nicht in vorderster Front, da in den größeren Städten bei ihnen kein Kost- und Logiszwang mehr bestand.<sup>292</sup> Das Fortleben solcher Zwänge in kleinen Provinzstädtchen zeigt in diesem Zusammenhang eher die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung an.

In Northeim ist ein solcher Konfliktfall aus dem Jahr 1894 überliefert. Der am 02.07.1894 gewählte dritte Vorstand dieses Jahres, in dem August Breuer als Vorsitzender bestätigt worden war, unternahm einen Vorstoß gegen Missstände im Logiswesen. Dieser Vorstoß war – so lässt der Vorgang und seine Handhabung schließen – eine reine Northeimer Angelegenheit. Die Intervention der Zahlstellenmitglieder richtete sich nicht an die Meister, sondern an die Polizeibehörde. Ob es davor Versuche gegeben hatte, das Thema im Gespräch mit den Meistern zu regeln, wissen wir nicht. Die Nachforschungen der angerufenen Polizeibehörde ergaben, dass man sich in einer Mitgliederversammlung der Holzar-

---

<sup>291</sup> Vgl. hierzu: Schönhoven, aaO, S. 28 ff.; der Abriss der Situation im Handwerk folgte Schönhovens Darstellung, S. 36 ff.

<sup>292</sup> Vgl. hierzu: DHV (Hrsg.), Die Lage der Deutschen Holzarbeiter nach statistischen Erhebungen für das Jahr 1897, Stuttgart 1899, S. 8 und S. 25 f. Von den erfassten 120.873 Personen betraf das Thema nur 1.244 (~ 1,3 %).

beitergewerkschaft zur Einreichung einer Anzeige entschlossen hatte, die dann anonym abgegeben wurde.

Die Polizei musste über den Vergleich der Handschrift der Anzeige mit den bei der Behörde durch die Meldepflicht schon vorliegenden Schriftproben auf den Schreiber der Anzeige schließen und identifizierte auf diesem Wege August Breuer als Urheber.

„T No. 2012 Pr II/7 94

Wir bitten die hiesige Polizei-Behörde die (Einschub: Geselle) Schlafstuben der hiesigen Tischlermeister zu unternehmen und die darin (gestrichen: m) befindlichen Übelstände abzuhefen. Es befinden sich Schlafstuben, in welchen fünf bis sechs (im vergangenen Sommer sogar 7 – 8) Personen logieren, welche aber so klein sind, dass sich eine höchst ungesunde und übelriechende Luft befindet, welche am allerwenigsten dazu beiträgt die Gesundheit der darin schlafenden Personen zu fördern. So befindet sich in der Neustadt beim Tischlermeister Marienhagen die Schlafkammer über dem Viehstalle. Ferner sind die Betten so spärlich, dass fremde zugereiste Gesellen, mit anderen Gesellen in einem Bett schlafen müssen, ohne daß dieselben vom Meister zur Untersuchung geschickt werden, so ist es der Fall gewesen das fremde zugereiste Gesellen ansteckende Krankheiten (Krätze) weiter verbreitet haben, welches auch der Herr Doktor Harms bestätigen kann. Wir ersuchen daher die Polizei-Behörde diesen Übelständen abzuhefen, und die Meister zu zwingen, entweder der Gesundheit entsprechende Schlafzimmer zu schaffen oder die Gesellen außer Logis zu geben.

Northeim, d. 10.7.1894 Die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes

(Bemerkung am Rand des Briefes „Hier hat der Geselle A. Breuer geschrieben.“)

Es vergingen 21 Tage bis man den Tischlergesellen Breuer in der Angelegenheit vorlud, um ihm „energische“ Vorhaltungen zu machen.

War schon mit der Art, wie die Sache eingefädelt worden war, die eigene Schwäche demonstriert worden, so offenbarte der vorgeladene Vorsitzende der Zahlstelle unter dem auf ihn ausgeübten polizeilichen Druck vollends den Dilletantismus der Aktion. Laut Polizeibericht entschuldigte sich August Breuer für die Anzeige mit der Begründung:

„... er selbst habe die Schlafräume nicht gesehen, habe dagegen den Angaben der bei Marienhagen arbeitenden Gesellen Glauben geschenkt. Auch habe er nicht aus eigenem Antrieb die Anzeige eingereicht, sondern es sei in der Versammlung der Holzarbeitergesellen die Einreichung der Anzeige beschlossen worden, worauf er dieselbe als Schriftführer entworfen und eingereicht habe“.

Die Polizei hatte ihren Gegner in dieser Angelegenheit nicht mehr unter den Tischlermeistern in der Stadt gesehen. Sie hatte sich darauf beschränkt, die Schlafkammer bei Tischlermeister Marienhagen zu besichtigen. Diese Besichtigung hatte der Behörde ausgereicht, um „die völlige Grundlosigkeit“ der Anzeige insgesamt feststellen zu können. Eine Konsultation des Doktor Harms, der von den Gesellen als Zeuge genannt worden war, hatte die Polizei unter den gegebenen Umständen nicht mehr für nötig gehalten.

Es lässt sich leicht vorstellen, welche Auswirkungen die gescheiterte Initiative der Holzarbeiterzahlstelle auf die Gesellen bei Meister Marienhagen gehabt haben wird. August Breuer wurde in den vierten Zahlstellenvorstand des Jahres 1894 nicht mehr wiedergewählt. Möglicherweise zogen er und einige bei Marienhagen beschäftigten Gesellen es auch vor, die Stadt zu verlassen.

Zwischen 1896 und 1914 bewegten sich die Jahresdurchschnittszahlen des Mitgliederbestandes der Northeimer Zahlstelle des DHV zwischen 13 und 22.

#### Mitgliederentwicklung im DHV im Bereich des 11. hann. Reichstagswahlkreises

Jahr	Northeim	Einbeck	Uslar	Osterode	Lauterberg
<sup>293</sup> 1896	13	27	-	18	
<sup>294</sup> 1899	18	26	-	70	216
<sup>291</sup> 1903	15	11	-	110	
<sup>291</sup> 1906	14	18	27	147	
<sup>295</sup> 1910	13	56	52	57	(1909) 223 + Gau Erfurt
<sup>292</sup> 1914	22	32	45	53	

Für die Handlungsspielräume der Holzarbeiter sagen solche Jahresdurchschnittszahlen nicht sehr viel aus. Verfolgt man die Mitgliederentwicklung der Zahlstelle Northeim in den einzelnen Quartalen, werden extreme Schwankungen in Abhängigkeit von der Jahreszeit sichtbar. Im Frühjahr und Sommer wanderten offensichtlich viele Gesellen nach Northeim. Im Winter reduzierten die Meister regelmäßig die Arbeit, die Gesellen wanderten wieder ab und nur wenige ortsansässige Tischler blieben zurück. Bis zum Jahr 1913 waren alle in Northeim lebenden Gesellen im Deutschen Holzarbeiterverband organisiert. Sie trafen sich regelmäßig im Saal des Herrn Körber und wurden von Göttingen aus mit Referenten versorgt.<sup>296</sup>

Die Northeimer Zahlstelle gehörte zu den kleinen Zahlstellen im Holzarbeiterverband. Die ortsansässigen Mitglieder einer solchen kleinen Zahlstelle konnten sich eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und ihrer Löhne meist nur auf dem Verhandlungsweg – sozusagen im Windschatten nahegelegener großer und kampfstarker Zahlstellen – erhoffen. Nach der Jahrhundertwende profitierten die Mitglieder kleinerer Zahlstellen von der Ausbreitung des Tarifvertragswesens, dessen Grundlage die Herstellung von zeitlich befristeten sicheren Arbeitsverhältnisse für beide Seiten war.

Ein abschließender Blick auf die Statistik der Entwicklung der Arbeitszeiten und durchschnittlichen Löhne in der Region soll diese Zusammenhänge verdeutlichen:

<sup>293</sup> Nach Hirschfeld.

<sup>294</sup> HZ Nr. 4, 28.01.1900, 3. Quartal 1899.

<sup>295</sup> Jahrbücher des DHV, Gauberichte 3. Quartal des Jahres, Gau Hannover

<sup>296</sup> Vgl. ‚Volkswille‘, 25.07.1913.

O r t	Durc hsch nittli- che Dau- er der wö- chent lichen Ar- beits- zeit in Stun- den	Durc hsch nittli- cher Wo- chen ver- dient in Mark	D i f f e r e n z
	11111111 88998899 99009900 37263726	11111111 88998899 99009900 37263726	11111111 88998899 99009900 37263726  - 1 9 0 6
U s l a r	- - - 6 0 , 1	- - -	1 7 , 1 2
N o r t h e i m	- 6 6 6 2 1 0 , , , 6 1 9	- 1 1 1 2 4 7 , , , 6 9 4 3 0 6	4 , 8 3
O s t e r r o d e	6 6 6 5 0 1 0 9 , , , , 5 1 3 9	1 1 1 1 3 4 6 8 , , , , 3 6 2 3 3 4 6 2	4 , 9 9
E i n b e c k	6 6 - 6 4 1 0 4 , , , , 0 4 0 5 5 4 5 5	1 1 - 1 4 4 - 1 , , , , 5 4 5 5	4 , 8 , 3 7 1 6
G ö t	6 6 5 2 0 0 8 7 , , , , , , , ,	1 1 1 1 5 5 9 0 , , , , , , , ,	4 , 8

t i n g e n	0	0	2	2	7	9	0	7	3
					7	3	2	6	
K a s s e l	6	5	5	5	1	1	2	2	5
	0	6	8	6	7	8	0	4	,
	,	,	,	,	,	,	,	,	8
	0	6	7	4	6	9	3	8	7
					1	6	2	3	
H a n n o v e r	6	5	5	5	1	2	2	2	5
	0	7	7	5	9	1	1	6	,
	,	,	,	,	,	,	,	,	3
	0	8	5	2	8	4	8	8	8
					6	3	6	1	

Zusammengestellt nach DHV (Hg.), *Arbeitszeit und Löhne in der Holzindustrie*, Stuttgart 1908, S. 305 f.

Zwischen 1893 und 1906 blieb die Verkürzung der Arbeitszeiten in den Kleinstädten deutlich hinter dem Niveau der Großstädte zurück. Während sich 1906 in der Provinzhauptstadt der Durchschnittswert auf 55,2 Stunden pro Woche belief, mussten in Northeim noch 60,9 Stunden gearbeitet werden. Trotzdem ging der allgemeine Trend zur Verkürzung der Arbeitszeit auch an den Northeimer Tischlern nicht vorbei. Im Laufe eines Jahrzehnts war die durchschnittliche Arbeitszeit um 1,5 Stunden pro Woche gesunken. Auch bei den Löhnen zeigt die Tabelle, dass die Northeimer Mitglieder des Holzarbeiterverbandes nicht von der allgemeinen Entwicklung abgekoppelt worden waren. Auf insgesamt niedrigerem Lohnniveau, das ja immer im Zusammenhang mit den jeweiligen Lebenshaltungskosten in den verschiedenen Städten gesehen werden muss, legten die Northeimer sogar überproportional zu.<sup>297</sup> Absolut gesehen erhöhten sich die Northeimer Löhne mit 4,83 M. zwischen 1897 und 1906 um genauso viel wie die der Göttinger und um 52 Pfennig mehr als die der Einbecker Holzarbeiter.

## Gewerkschaften am Bau

### Zweigverein des Zentralverbands der Maurer Deutschlands

Die ersten Jahre nach dem Fall des Sozialistengesetzes brachten der Gewerkschaftsbewegung nicht den erhofften stürmischen Mitgliederzulauf. Schwere Streikniederlagen einzelner Verbände in der wirtschaftlich schwierigen Zeit zwischen 1890 und 1893 sorgten für einen unter Gewerkschaften allgemein verbreiteten „Katzenjammer“, der durch teilweise katastrophale Mitgliederrückgänge

<sup>297</sup> Auf diesen Zusammenhang machte 1903 der Gauvorsteher Becker auf einer Streikversammlung der Göttinger Tischler aufmerksam, vgl. ‚Volkswille‘ 07.03.1903.

verstärkt wurde. Nach den Bergarbeitern wurden davon am härtesten die Bauarbeitergewerkschaften getroffen. Der Maurerverband verlor bis 1894 über 61 % seiner 1890 gemeldeten Mitglieder.

Der Zimmererverband büßte zwischen 1890 und 1893 5.000 Mitglieder ein (-38,5 %), konnte sich als kleinere Gewerkschaft aber schneller erholen als der Maurerverband und erreichte bis 1900 einen Organisationsgrad von fast 27 %. Der Dachdeckerverband bewegte sich auf einem Niveau von ungefähr 500 Mitgliedern, um sich 1895 mit einem Anstieg auf über 1.500 Mitglieder zu stabilisieren. Ähnliches gilt für die anderen kleinen Berufsverbände der Steinsetzer, Stuckateure und Maler. Der 1891 gegründete Bauhilfsarbeiterverband verlor bis 1893 ein Drittel seiner 2.500 Gründungsmitglieder. Bei diesem Verband wirkte sich die ‚Kinderkrankheit‘ der modernen Gewerkschaften besonders schwerwiegend aus: War schon unter den Handwerkern und Facharbeitern eine so hohe Fluktuationsrate zu verzeichnen, dass ein Holzarbeiterfunktionär sich zu der Bemerkung veranlasst sah, man könne die Mitgliederbewegung nur von oben – sozusagen „im Fluge“ – betrachten, so traf das bezogen auf die ungelerten Arbeiter noch viel mehr zu. Die Bauhilfsarbeiter z. B. waren meist Saisonarbeiter, wurden im Sommer angeheuert und im Winter regelmäßig entlassen. Ihr Interesse für die Gewerkschaftsbewegung war unter diesen Umständen gering, zumal ihnen der Weg in die Facharbeiterverbände verschlossen blieb.<sup>298</sup>

Im Bereich der Bauarbeitergewerkschaften musste sich der drastische Mitglieder-rückgang besonders demoralisierend auswirken, weil er nicht auf einen Konjunktur-einbruch in der Baubranche zurückgeführt werden konnte. Die Lage änderte sich erst ab etwa 1895, seit dem erneut einsetzenden Mitglieder-aufschwung vor dem Hintergrund verstärkter Arbeitskämpfe. Es gehörte aber zu den leidvollen Erfahrungen fast aller Verbandsvorstände, dass die Begeisterung für die Gewerkschaft kurz vor Streikausbrüchen in den einzelnen Orten stieg und sich nach Beendigung des Arbeitskampfes als Strohfeuer entpuppte. In den Gewerkschaften reagierte man auf diese Gegebenheiten mit dem Ausbau des Agitationsapparates und des Unterstützungswesens, außerdem mit der Verschärfung der Bestimmungen bezüglich der Bezugsberechtigung von Unterstützungsgeldern in Abhängigkeit von der Dauer der Mitgliedschaft.

Die Effektivität dieser Maßnahmen hing entscheidend davon ab, auf welchen Funktionärsstamm sich die Verbandsleitungen stützen konnten. Die Delegierten des Maurerverbandes beschlossen auf ihrem Verbandstag 1895, die Mitgliederwerbung auf eine breitere Grundlage zu stellen. Neben örtlichen Vertrauensleuten sollten jetzt regionale Agitationskommissionen diese Arbeit übernehmen und den Verbandsvorstand unterstützen. In den einzelnen Verbänden war man in Bezug auf die Qualität der Arbeit dieser Kommission recht unterschiedlicher Meinung. Bei den Zimmerern und Malern z. B. glaubte man, dass „... ihr Fortbestand der Ausbreitung des Verbandes mehr hinderlich als förderlich zu werden drohte“ und löste einzelne Kommissionen wieder auf.<sup>299</sup> Die Mitglieder der Agitationskommissionen waren anfangs ehrenamtlich tätige „Feierabendfunktionäre“, deren Idealismus die Schwächen ihrer Arbeit nicht immer wettmachen konnte. Oft wa-

---

<sup>298</sup> Die angegebenen Zahlen sind der Tabelle von G. A. Ritter/K. Tenfelde entnommen: Vgl. deren Aufsatz „Der Durchbruch der Freien Gewerkschaften Deutschlands...“, in: H. O. Vetter (Hrsg.), Vom Sozialistengesetz..., aaO, S. 61 – 120, S. 120. Die allgemeine Darstellung folgt K. Schönhoven, Expansion..., aaO, S. 102, der sich auf Fritz Paepflow, Zur Geschichte der deutschen Bauarbeiterbewegung, Berlin o. J. (1932) stützt. Zur Entwicklung der Organisationen der Bauhilfsarbeiter und ihrem Verhältnis zum Maurerverband vgl. auch K. Anders, aaO, S. 116 ff.

<sup>299</sup> S. Nestriepke, zit. n. Schönhoven, Expansion ..., aaO, S. 203

ren sie mit den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten nicht vertraut und gingen daher schablonenhaft vor. Andere fähige Funktionäre wurden durch Maßregelungen dazu gezwungen, den Arbeitsplatz zu wechseln und ihre Werbetätigkeit vor Ort einzustellen. Häufig bedeutete der Fortzug eines solchen Organisors das Ende einer gewerkschaftlichen Zahlstelle.

Die großen Agitationsreisen der (vor 1900 wenigen) besoldeten Hauptvorstandsmitglieder, waren unter diesen Umständen „jedes Mal ein Ereignis“ für den besuchten Ort<sup>300</sup> und setzten je nach Geschick des prominenten Redners und der organisatorischen Vorarbeit der meist jungen Zahlstellen emotionale „Pflöcke“, die im Sinne wuchtiger Demonstrationen lange nachwirkten und die lokale Organisation stabilisierten konnten. Eine Kleinstadt wie Northeim konnte von solchen Agitationsreisen in diesen Jahren allerdings unmittelbar nicht profitieren, weil sich der große organisatorische und finanzielle Aufwand solcher Kundgebungen nur in größeren Orten und Städten lohnte. Mittelbar aber – durch den Aufbau stabiler Ortsvereine in den größeren umliegenden Städten und einer hauptamtlich gestützten Verbandsinstanz, die zwischen Hauptvorständen und Lokalverwaltungen angesiedelt wurde - verbesserte sich um die Jahrhundertwende allmählich auch die Ausgangslage für aktionsbereite Gewerkschafter in den Landstädtchen und kleinen Orten. Aus den Agitationskommissionen heraus bildeten die mitgliederstarken Verbände nach 1900 mit den Gauvorständen und fest angestellten Gauvorstehern neue Verwaltungsinstanzen, die vor allem die Agitationsarbeit dezentralisierten und intensivierten.

In Südniedersachsen gingen die Impulse unter den Maurern von den Gauvorständen in Kassel und Hannover aus. In der Umgebung von Northeim konnte sie sich dabei anfangs lediglich auf die „Zweigvereine“ in Osterode und in Einbeck stützen. Der Einbecker Maurerzweigverein hatte 1890 50 Mitglieder gehabt, war bis 1893 im Niedergang und entstand erst 1900 mit 22 Mitgliedern wieder. In diesem Jahr wurde auch in Clausthal ein Zweigverein mit 44 Mitgliedern gegründet, der aber fürs erste keinen Bestand hatte. Im Gaubezirk Hannover konnte unter den südniedersächsischen Städten lediglich Osterode einen kontinuierlich existierenden Zweigverein aufweisen, wenngleich auch dieser 1893 kurzfristig eingegangen war. 1894 bis 1896 stiegen hier die Mitgliederzahlen von 65 auf 133 an, um dann bis 1899 wieder auf 8 abzusinken. Das Jahr 1900 brachte dem Osteroder Maurerverein mit 71 Mitgliedern eine neue Aufschwungphase.<sup>301</sup> Insgesamt belegt das Auf und Ab der Mitgliederentwicklung des Osteroder Zweigvereins dessen Instabilität und so können wir davon ausgehen, dass von dort keine organisatorischen Impulse an die Northeimer Maurer ausgehen konnten. Neben den besonders unter Bauarbeitern vor 1900 ausgeprägten „lokalistischen“ Tendenzen<sup>302</sup> spricht für diese Annahme auch folgender Umstand:

Die Eichsfelder und die Northeimer Maurer waren den klassenbewussten Osteroder Maurern damals ein Dorn im Auge, denn sie galten als potentielle Streik-

---

<sup>300</sup> Jahrbuch 1912, hrsg. vom Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Hamburg 1913, S. 48, zit. nach Schönhoven, aaO, S. 205.

<sup>301</sup> Vgl. Zentralverband der Maurer Deutschlands, Berichte der Gauvorstände für das Jahr 1904, Hamburg 1905, Tabelle S. 144.

<sup>302</sup> Lokalistische Organisationen lehnten den Anschluss an die auf dem Halberstädter Gewerkschaftskongress 1892 beschlossene Organisationsform der zentralisierten Berufsverbände ab, zumeist weil Voraussetzung der Vereinigung im Zentralverband die Beschränkung auf wirtschaftliche Ziele war. Vgl. hierzu ausführlich: Dirk H. Müller, Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918, Berlin 1987.



brecher und Lohndrücker.<sup>303</sup> Zahlstellen anderer Bauarbeiterverbände ließen sich für die Jahre 1900 in unserem Untersuchungsgebiet bisher nicht nachweisen. Die Osteroder Zimmerer lehnten den Aufbau einer dem Zimmerverband angeschlossenen Zahlstelle sogar ab und organisierten sich in der dortigen Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes.

Bis zum Jahr 1902 waren die Gauvorstände in Kassel und Hannover noch sehr stark damit beschäftigt, die Organisation in den beiden Gauvororten zu stabilisieren. Dabei scheint die Gauorganisation in Kassel größere Anlaufschwierigkeiten gehabt zu haben. Während man in Hannover schon 1900 zur Anstellung eines festbesoldeten Gauvorstandsvorsitzenden schritt, konnten die Kasseler Maurer sich erst 1903 auf die Arbeit eines Hauptamtlichen stützen.<sup>304</sup>

„Auf den Zweigverein Kassel entfällt ... der größte Theil der Thätigkeit des Gauvorstandes. Bis zur Neuformation unseres Verbandes waren die jetzigen Mitglieder des Gauvorstandes zum größten Theil Vorstandsmitglieder der Zahlstelle Cassel. Dieses Verhältnis hat sich auch bis zum heutigen Tage, wenn auch wohl formell, so doch in der That wenig geändert; es wird im Zweigverein Cassel ohne Mitthun des Gauvorstandes nichts unternommen.“

Die einzige systematisch vorbereitete Aktion des Gauvorstandes, die sich 1902 auf Anregung mehrerer Kollegen aus dem Kreis Göttingen „... auf die Agitation unter den in diesem Orte arbeitenden Maurern ...“ richtete, scheiterte an der Un- erfahrenheit der Agitatoren.<sup>305</sup>

Für den Gauvorstand Hannover resümierte Louis Barnstorf das Agitationsjahr 1902: „Alles in Allem hat die Agitation ... mehr der Erhaltung des bisherigen Bestandes gegolten.“<sup>306</sup> Es sei gelungen, einige Zweigvereine zu gründen und a- ndere vor dem Untergang zu bewahren:

„Der Zweigverein Einbeck war schon auf fünf Mitglieder zusammengeschrumpft. Durch eine rührige Agitation des Gauvorstandes und einiger dortiger Kollegen ist zwar die Mitgliederzahl auf 57 gestiegen, aber jetzt schon wieder auf 21 zurückgegangen.“

Schuld an solchen Entwicklungen in einzelnen Zweigvereinen sei die mangelhafte Arbeit der Zweigvereinsvorstände. Der „Grundstein“ werde nicht verteilt, die Beitragskassierung erfolge nicht regelmäßig und der häufige Wechsel in den Zweigvereinsvorständen schwäche die Organisation. So viel Verständnis man dafür haben könne, dass ein Zweigvereinsvorsitzender nicht „in den Geruch als Kleber ... kommen möchte“, so sei die ständige Vorstandsneuwahlerei „... ein Hauptgrund, weshalb in manchen Orten die Organisation nicht vorwärtskommen will“.<sup>307</sup>

---

<sup>303</sup> Zentralverband der Maurer, Berichte der Gauvorstände f. d. J. 1903, Hamburg 1904, S. 112.

<sup>304</sup> Vgl. die Kurzbiographie G. Thönes und Louis Barnstorfs, in: Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, hrsg. Vom Vorstand des Vereins, 3. Jahrgang, Berlin 1914, S. 325 und 416.

<sup>305</sup> Zentralverband der Maurer Deutschlands, Berichte der Gauvorstände für das Jahr 1902, Hamburg 1903, S. 26 ff., Zitat S. 27.

<sup>306</sup> Zentralverband der Maurer, aaO, S. 58.

<sup>307</sup> Ebda., S. 57 f. Der „Grundstein“ war die Gewerkschaftszeitung der Maurer.

Besonders hart ging der Gauvorstandsvorsitzende mit den wandernden großstädtischen Gesellen ins Gericht. In den letzten Jahren seien wegen der großen Arbeitslosigkeit in Hannover sehr viele Kollegen außerhalb ihres Wohnorts der Arbeit nachgegangen:

„Es ist nun fast stets beobachtet worden,“ rügte Louis Barnstorf, „dass sich diese Kollegen von den am Orte wohnhaften, resp. dort arbeitenden Kollegen immer in recht weiter Entfernung gehalten haben. ... In manchen, ja sehr vielen Fällen ist die Eingebildetheit, die Überhebung der großstädtischen Kollegen schuld, welche glauben, eine höhere Stufe von Kultur erklommen zu haben und über die Kleinstädter oder Dörfler hinwegsehen zu dürfen. Dies muß anders werden! Bei jeder sich bietenden Gelegenheit erwächst für jedes Mitglied die Pflicht, für die Organisation zu wirken, allenthalben neue Mitglieder zu gewinnen und neue Zweigvereine zu gründen.“

Konkret bedeutet dies, dass man sich im Zweigverein vor Ort zumindest als Gast zu melden oder den Verkehr mit den Mitgliedern am jeweiligen Ort in jeder Weise kollegial gestalten zu helfen habe. Dort, wo keine Organisation bestehe, müsse man sich selbstverständlich bemühen, Wege für eine Zweigvereinsgründung zu ebnen. Dieses Agitationsprogramm für die wandernden Kollegen koppelte Barnstorf an den für 1903 bevorstehenden Reichstagswahlkampf der sozialdemokratischen Partei:

„In diesem Jahre muß auf dem Gebiet der Agitation für den Verband ganz was Besonderes geleistet werden. In diesem Jahre ist Reichstagswahlkampf; wohl ein großer Theil unserer Kollegen wird thatkräftig mit eingreifen... Hierbei wird sich auch wohl Gelegenheit bieten, für die Ausbreitung und Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation zu agitieren.“<sup>308</sup>

Die Perspektive, den Reichstagswahlkampf gleichzeitig zur Agitation für den Verband zu nutzen, scheint im Verlauf des Jahres 1903 aber in den Hintergrund getreten zu sein. Wichtiger wurde die Hausagitation. Die Agitation, berichtete Louis Barnstorf, sei „... ganz besonders ... betrieben worden in Detmold, Einbeck, Northeim am Deister, welche auch von gutem Erfolge begleitet war. ... die Hausagitation dürfte allerorts die wichtigste sein.“<sup>309</sup>

Da diese Form der Agitation vorzugsweise im Winter angewandt wurde, wenn die Maurer sich wegen Arbeitsmangels in ihren Wohnorten aufhielten, werden wir hier den ersten Grund dafür gefunden haben, dass die nachfolgend geschilderten Ereignisse des Frühjahrs 1903 für die Northeimer Öffentlichkeit überraschend kamen: Die Hausagitation verlief sozusagen im Verborgenen. Ansprechbar wurden die Maurer in Northeim und den umliegenden Dörfern im Winter 1902/03 wohl vor allem, weil sich die Baukonjunktur belebt hatte. Seit der Jahrhundertwende drängte die Bebauung über die engen Grenzen der Northeimer Stadtmauern hinaus. In Einbeck zeichnete sich ein Bauboom ab „wie nie zuvor“. In den meisten Städten und Orten des hannoverschen Gaubezirks belebte sich die Bautätigkeit durch kommunale und staatliche Investitionen.<sup>310</sup> Die Löhne der

<sup>308</sup> Zentralverband der Maurer, aaO, S. 57 f.

<sup>309</sup> Ebda., Berichte der Gauvorstände für das Jahr 1903, Hamburg 1904, S. 113. Da sich auf der Landkarte ein „Northeim am Deister“ nicht finden lässt, werden wir es mit einem Fehler des Setzers zu tun haben: Gemeint ist Northeim am Wieter.

<sup>310</sup> Vgl. Günter Merl, Northeim in alten Ansichten, Zaltbommel 1984; Einleitung und Berichte der Gauvorstände für 1903, aaO, S. 109 ff.

Northeimer Maurer lagen mit durchschnittlich 26 Pfennig pro Stunde so erheblich unter dem Niveau der umliegenden Städte, dass sich der Gedanke durchsetzen konnte, die Zeit für eine Änderung der Dinge nahe auch für sie.

## Die Maurer im Streik

Das Zentrum der Bewegung unter den Maurern lag in Holtensen (31 Mitglieder), Northeim (23 Mitglieder) und Hammenstedt (10 Mitglieder). 7 Maurer aus Berka zeichneten die Mitgliederliste, jeweils 4 aus Edesheim, Hohnstedt und Suterode; jeweils 3 Mitglieder hatten der junge Maurerverbandszweigverein in Höckeheim, Lageshausen und Hollenstedt, weitere Mitglieder in Hillerse, Gillersheim, Elfeshausen, Bühle, Wulften, Denkershausen und Sudheim.<sup>311</sup> Die weite Verbreitung der Mitgliedschaft auf den Dörfern zeigte den Erfolg der winterlichen Hausagitati-on an. Auch über die Besetzung der Vorstandsposten hatten sich die Maurer geeinigt, bevor sie ihre erste Versammlung für den 29. März 1903 in der Wirt-schaft der Witwe Heidelmann anmeldeten. In dieser Versammlung beschlossen die Maurer den Anschluss an den Zentralverband der Maurer Deutschlands, nahmen neue Mitglieder auf und einigten sich auf folgende Forderungen, mit denen ihre Verhandlungsführer nach Ostern an die Maurermeister herantreten sollten:

- Abschaffung des Tagelohns
- Erhöhung der Löhne von 22 – 25 Pfennig auf 30 – 35 Pfennig bei 10-stündiger Arbeitszeit<sup>312</sup>

Wilhelm Grube, der Vorsitzende des Northeimer Zweigvereins, hat in einem Schreiben an die Polizei, das den Eingangsstempel vom 16. April trägt, als Grün-dungsdatum des Zweigvereins den 08.03.1903 angegeben. Bis zum 29. März scheint es gelungen zu sein, die organisatorischen Vorbereitungen der beabsich-tigten Lohnbewegung geheim zu halten. Im Vorstand des Zweigvereins waren – neben Grube – Karl Gastorf aus Holtensen als 2. Vorsitzender, Theodor Müller aus Northeim als Kassierer, Adolf Böttcher aus Holtensen als stellvertretender Kassierer und Ernst Kahle aus Hammenstedt als Schriftführer vertreten. Die Vor-standsmitglieder wurden den Unternehmern spätestens durch die Versammlung am 29.03.1903 bekannt. Nicht einschätzen konnten sie zu diesem Zeitpunkt of-fensichtlich die Mitgliedsstärke des Zweigvereins und die Qualität der Vorberei-tungen auf die Lohnbewegung. Wie Carl Frankenberg, der Mitinhaber der Firma „Gebrüder Frankenberg“, später bei der Polizei zu Protokoll gab, hielten sie den Vorgang anfangs für ein Wahlkampfmanöver der sozialdemokratischen Partei anlässlich der bevorstehenden Reichstagswahlen. Man hatte „... einen Einzug der sozialdemokratischen Partei in unsere Arbeiterverhältnisse ...“ verhindern wollen und aus diesem Grund „... die mit der Leitung des Vereins beauftragten Maurergesellen gekündigt“. Carl Frankenberg, der diesen Willkürakt hinter politi-schen Motiven verstecken wollte, berichtete weiter:

„Durch diesen Schritt erzielten wir nicht den gewünschten Erfolg, vielmehr legten ein großer Teil unserer gesamten Arbeiterschaft die Arbeit nieder, um auf diese Weise eine Rücknahme der ausgesprochenen Kündigungen zu erzwingen. Gleichzeitig traten dieselben auch nunmehr mit der beab-sichtigten Lohnforderung hervor, die wir ... mit Rücksicht auf das brutale Vorgehen (!) ablehnen mußten. Eine seitens des Vereins gebildete Lohn-kommission war zu diesem Zweck in unserem Comptoir vorstellig gewor-den. Wir ließen uns jedoch mit dieser in keinerlei Verhandlungen ein, er-

---

<sup>311</sup> Vgl. StAN, 441/70/61 Zweigverein Northeim des Centralverbandes der Maurer Deutschlands, Bl. 1.

<sup>312</sup> Vgl. StAN, 441/70/61, aaO, Bl. 11.

klärten derselben vielmehr, daß in Folge ihrer Contractbrüchigkeit die Arbeit nunmehr bis nach Ostern ruhen sollten.“<sup>313</sup>

Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich die Dinge ohne Einwirkung von außen entwickelt. Die Northeimer Polizeiverwaltung hatte erhebliche Probleme, die Vorgänge zu interpretieren und neigte anfangs zur politischen Sichtweise Frankenberg's. Auch bemühte sie sich in ihren ersten Berichten an den Regierungspräsidenten, den Eindruck zu erwecken, der Streik sei auf Veranlassung des Vorstandsvorstandes der Maurer in Hamburg veranlasst worden. Diese Darstellung stellte die Ereignisse auf den Kopf und wurde fallengelassen<sup>314</sup>. Die „Göttingen-Grubenhagensche Zeitung“ präsentierte diese Lesart gleichwohl der bürgerlichen Öffentlichkeit.<sup>315</sup>

Nachdem den Zweigvereinsvorstandsmitgliedern gekündigt worden war, legten am 04. April 100 Maurer spontan die Arbeit nieder. Vom Streik waren die Betriebe der Gebrüder Frankenberg, des Maurermeisters Heinrich Warnecke und des Maurermeisters Hansmann in Hillerse betroffen. Die Unternehmer reagierten auf den Solidaritätsstreik mit der Aussperrung aller Beschäftigten. Insgesamt waren von dieser Maßnahme 359 Personen betroffen. Die Aussperrung scheint nicht konsequent durchgeführt worden zu sein. Die Demonstration des unternehmerischen „Herr-im-Hause“-Standpunkt kalkulierte den Umstand ein, dass in der Karwoche und über die Osterfeiertage die Baustellen auch ohne den Arbeitskampf weitgehend geruht hätten. Außerdem war die Arbeit vieler Bauhilfsarbeiter unmittelbar an die Tätigkeit der Maurergesellen gebunden.

Nach dem Scheitern des Verhandlungsversuches der Lohnkommission bat der Vorstand des Zweigvereins den Gauvorstand in Hannover um Hilfe. Nach dem Streikreglement des Maurerverbandes war die Unterstützung eines jeden Streiks von der vorherigen Genehmigung durch den Vorstandsvorstand abhängig und wurde in der Regel erst vom vierten Streiktag an ausgezahlt. Im Fall eines Abwehrstreiks oder eines „Sympathiestreiks“ galten allerdings besondere Bestimmungen (§§ 4 und 7). Im Northeimer Fall zielten die Maßnahmen der Unternehmer darauf ab, „... die Sache noch im Keime ersticken zu können, indem man so einige Organisationslüsterne hinausmaßregelte ...“.<sup>316</sup> Es ging also weniger um eine etwaige Erhöhung der Löhne als um die Grundsatzfrage, ob sich die Arbeiter in den Northeimer Baubetrieben gewerkschaftlich organisieren durften bzw. konnten. Die daraufhin eingeleiteten Schritte des Gauvorstandes ließen keinen Zweifel daran aufkommen, welche Bedeutung dem Arbeitskampf der Northeimer Maurergesellen in Hannover und Hamburg beigemessen wurde. Louis Barnstorf kündigte für den 7. April sein Kommen an. Der Northeimer Maurergeselle Karl Küsel meldete bei der Polizei für den gleichen Tag um 15:30 Uhr in der Gaststätte „Zur Altdeutschen“ eine Mitglieder-Versammlung an.

Gauvorsteher Barnstorf versuchte zuerst in Verhandlungen mit den Unternehmern einzutreten, um den Konflikt auf diese Weise beizulegen. Im „Geschäftslokal“ der Gebrüder Frankenberg traf er niemanden an. Daraufhin ging Barnstorf zum Maurermeister Warnecke, der sich den Forderungen der Maurer gegenüber ablehnend verhielt.

---

<sup>313</sup> StAN, 441/70/61, Bl. 7 – 11.

<sup>314</sup> Vgl. aaO, Bl. 4

<sup>315</sup> Vgl. Berichte der Gauvorstände 1903, aaO, S. 111 und ‚Volkswille‘ vom 16.04.1903.

<sup>316</sup> Vgl. Berichte der Gauvorstände, ebda., der ironische Kommentar des Gauvorstehers Barnstorf.

In der Mitgliederversammlung des Northeimer Maurerzweigvereins wurde daraufhin einstimmig beschlossen den Streik aufzunehmen. Man war entschlossen den Arbeitskampf bis zur Erfüllung aller aufgestellten Forderungen durchzuhalten. Zur Unterstützung des Kampfwillens wurden die Bestimmungen des Status weiter ausgelegt: Jeder Streikende sollte eine fortlaufende Unterstützung von 10 Mark pro Woche und für jedes Kind zusätzlich 1 Mark pro Woche erhalten. Damit wurde von einer Koppelung der Höhe der Unterstützung an die Dauer der Verbandszugehörigkeit und an die Höhe des Mitgliedsbeitrags abgesehen und die Geschlossenheit aller am Kampf beteiligten Maurer unterstrichen.<sup>317</sup>

Streikposten bezogen vor den Neubauten der Stadt Stellung und sperrten „in scharfer Weise“ den Zugang zu den Baustellen. Streikbrecher wurden auf diese Weise „... an der Ausführung der Arbeiten gehindert“. Auch der Northeimer Bahnhof wurde durch Streikposten besetzt, die die Aufgabe übernahmen, den Zuzug fremder Arbeiter zu verhindern. Diese Maßnahmen der Streikleitung beschränkten sich auf das Gebiet der Stadt Northeim. Sie wurden ruhig und diszipliniert durchgeführt und boten der Polizei keine Handhabe zum Eingreifen.

Die entschlossene Art der Streikführung zeigte sofort Wirkung: Die Unternehmer mussten erkennen, dass sie die Lage falsch eingeschätzt hatten und an eine Unterdrückung des Zweigvereins nicht mehr zu denken war. Sie waren auf einen vorbereiteten Gegner gestoßen, der sein Vorgehen nach einem taktischen Kalkül exakt auf ihre Fehler abgestimmt hatte: Die öffentliche Meinung hätte auf die Maßregelung der Vorstandsmitglieder kaum reagiert, wenn dieser Willkürakt sofort die gewünschte Wirkung gezeigt hätte. Bei einer Verhärtung der Fronten aber – wie sie sich jetzt abzeichnete -, musste die moralische Position der Unternehmer vor dem Hintergrund des extrem niedrigen Lohnniveaus in ihren Betrieben ins Wanken kommen.<sup>318</sup> Zudem handelte der Vertreter des Zentralverbandes der Maurer und mit ihm die Northeimer Streikleitung bei aller Entschlossenheit besonnen und behielt offensichtlich Trümpfe „in der Hand“. Darüber zum Beispiel, dass sich der Streik über das Stadtgebiet hinaus auf die Baustellen im Landkreis ausdehnen würde, falls es nicht zu einer schnellen Verhandlungslösung käme, war sich Carl Frankenberg „ohne Zweifel“ im Klaren.

Die Gebrüder Frankenberg lenkten ein. Carl Frankenberg berichtete der Polizei über den Fortgang der Dinge:

„Wir erklärten uns zur Entgegennahme der geplanten Verhandlungen bereit, weshalb unter Heranziehung der übrigen Arbeitgeber mit dieser Lohncommission, an der sich auch der Gau-Vorsitzende Barnstorf beteiligte, eine gemeinschaftliche Sitzung am Sonnabend, dem 11. d. Mts. (des Monats) Nachmittags 2 Uhr im Geschäftslokal des Maurermstr. Warnecke stattfand. In dieser Sitzung wurden seitens der Lohncommission folgende Bedingungen gestellt:

- 1) Zurücknahme der von uns erfolgten Kündigungen der Leiter des Zweig-Vereins
- 2) Mindestlohn für Maurer per Stunde 30 Pfg.
- 3) Mindestlohn für eben ausgelernte Maurer pro Stunde 20 Pfg.
- 4) Wöchentliche Lohnzahlung.

<sup>317</sup> Vgl. Berichte der Gauvorstände 1903, ebda.

<sup>318</sup> Vgl. ‚Volkswille‘ vom 16.04.1903.

Diese Bedingungen wurden von uns insofern zugebilligt, als wir uns mit der unter Nr. 1 gestellten Bedingung einverstanden erklärten. Die unter Nr. 2 ablehnten und hierfür eine 10 % Lohnerhöhung bewilligten. Die Punkte 3 u. 4 wurden ebenfalls abgelehnt.“<sup>319</sup>

Die Sitzung der Lohnkommission und der Gauvorsitzenden mit den Unternehmern und Maurermeistern dauerte nur wenige Minuten und beschränkte sich auf die Entgegennahme des Unternehmerangebotes, denn schon um 14:30 Uhr eröffnete Wilhelm Grube eine Mitgliederversammlung des Maurerzweigvereins bei der Witwe Heidelmann.

Louis Barnstorf unterbreitete den Versammelten das erzielte Angebot und erläuterte, falls das Angebot angenommen werde, könne die Arbeit am Dienstag, 14. April, wieder aufgenommen werden.

„Ferner würden die Streikenden gebeten, behufs weiterer Auseinandersetzung sich noch heute Abend bei ihren Arbeitgebern zu melden.“

Polizeisergeant Giesecke, der die Streikversammlung überwachte, protokollierte:

„Nach längerer Besprechung der gewährten Bewilligung waren die Mitglieder des Zweigvereins mit der Einstellung des Streiks einverstanden und beschlossen am Dienstag, den 14. April or. die Arbeit wieder aufzunehmen.“

Louis Barnstorf appellierte an die Mitglieder, dem Verband auch ferner treu zu bleiben. Die Versammlung wurde um 15:45 Uhr geschlossen.<sup>320</sup>

Die Maurergesellen hatten zwar nicht alle Forderungen durchsetzen können, in der Lohnfrage war ihr Erfolg allerdings unübersehbar: Das Lohnniveau erhöhte sich von 2 bis 2,5 Mark auf 2,73 bis 3,00 Mark pro Tag. Für die Zukunft bedeutender war, dass sich die gewerkschaftliche Organisation eindrucksvoll behaupten konnten. Die Einbindung des Gauvorsitzenden in die Verhandlungen mit den Unternehmern signalisierte, dass die Northeimer Maurer den Anschluss an die Entwicklung des Tarifvertragswesens im Gau Hannover gefunden hatten.

Der Northeimer Streik war der erste des Jahres 1903 im Gau Hannover. Entgegen der in der GGZ veröffentlichte Sichtweise, demzufolge der Konflikt von außen in die Stadt getragen worden war, kann davon ausgegangen werden, dass der Gauvorstand in Hannover nicht mit einem Auftakt der Lohnbewegung in Northeim gerechnet hatte. Es widersprach den Prinzipien des Zentralverbandes der Maurer mit eben erst für den Verband gewonnenen „Rekruten“ in den Kampf zu ziehen. Der Gauvorstand operierte grundsätzlich eher vorsichtig und musste zudem seine Aufmerksamkeit auf die Stadt Hannover richten, wo eine Aussperung „mit großem Geräusch in Szene gesetzt ...“ worden war. Der Arbeitskampf in Hannover dauerte sieben Wochen. Die dort von den Unternehmern angestrebte Lohnreduktion von 50 auf 45 Pfennig konnte abgewehrt werden. Auch der Ausgang der übrigen Arbeitskämpfe im Gaugebiet zeigte, dass sich der Zentralverband der Maurer 1903 nicht in der Offensive befand. In Hameln, Elze, Detmold und Nienburg konnten auf dem Verhandlungsweg nur geringfügige Lohnerhöhungen erreicht werden. In Alfeld, Lübbecke und Osterode gingen Streiks

---

<sup>319</sup> Bericht Carl Frankenberg, StAN, aaO, Bl. 10.

<sup>320</sup> Bericht des Polizeisergeanten Giesecke über die Versammlung der Maurer am 11.04.1903, aaO.

verloren. In den beiden erstgenannten Orten brachen daraufhin die Zweigvereine zusammen, nur der Zweigverein in Osterode blieb auch nach dem verlorenen Streik stabil. In Einbeck forderten die Maurer eine Lohnerhöhung um 5 Pfennig. Die Unternehmer machten „... ein kleines Angebot und meinten, alles auf einmal ginge nicht, das bauende Publikum könnte sonst beunruhigt werden“. Die Einbecker Maurergesellen verzichteten daraufhin auf die „Durchführung der Forderung“ und gaben sich mit einem Lohnzuschlag von durchschnittlich 2 Pfennig zufrieden.<sup>321</sup> Nichts deutet darauf hin, dass die Maurergesellen in Stadt und Landkreis Northeim sich bei einsichtigem Vorgehen der Unternehmer anders verhalten hätten als ihre Einbecker Kollegen.

Der schroffe Konfrontationskurs der Unternehmer aber hatte alle Maurergesellen in eine Haltung gezwungen, die in der Grundsatzfrage keine Kompromisse zuließ. Die Erfahrung, dass die Macht der Unternehmer dann an Grenzen stieß, wenn sich die Arbeiter geschlossen solidarisch verhielten, hatte in Northeim unter den Maurergesellen langanhaltende Nachwirkungen.

Wie die nachfolgende Darstellung der Mitgliederentwicklung zeigt, war auch in Northeim die Einstellung der Maurer zu ihrer Gewerkschaft von Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten geprägt. Im Unterschied zu anderen Gewerkschaften am Ort nahmen die Schwankungen der Mitgliederzahlen in der Folgezeit aber nie Formen an, die den Bestand des Zweigvereins infrage gestellt hätten. Louis Barnstorfs Appell, dem Zentralverband auch nach dem Streik die Treue zu halten, wurde weitgehend gefolgt. Waren in der Mitgliederliste vom 16.04.1903 115 Namen verzeichnet und am Streik laut Bericht der Polizei 100 Gesellen beteiligt, so verbuchte die Gauverwaltung des Zentralverbandes der Maurer im Jahresdurchschnitt 1903 noch 91 Mitglieder in Northeim, im Durchschnitt des Jahres 1904 sogar 99 Mitglieder.

#### Mitgliederbewegung<sup>322</sup>

Zweigverein	1904				1905		
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal
Einbeck	136	129	125	125	96	93	92
Northeim	64	82	92	157	157	201	215
Osterode	162	168	181	164	164	170	190
Gau Hannover	3.990	4.190	4.356	4.555	4.837	5.450	5.871

Die Aufschlüsselung der Mitgliederbewegung nach Quartalen zeigt, dass in Northeim Anfang des Jahres 1904 ein starker Mitgliederverlust eingetreten war. Ein Teil der Mitglieder wird nach der Lohnerhöhung im April 1903 der Organisation den Rücken gekehrt haben, um die Beiträge zu sparen. Der Reichstagswahlkampf des Jahres 1903 und die Auseinandersetzungen um den Handwerkerbildungsverein und den Arbeiterbildungsverein mögen dazu beigetragen haben, dass der Vorstand des Zweigvereins der Maurer der Gewerkschaftsarbeit nicht

<sup>321</sup> Berichte ... für das Jahr 1903, S. 112.

<sup>322</sup> Zusammengestellt nach : Berichte der Gauvorstände für das Jahr 1905, S. 135.



die nötige Sorgfalt widmen konnten, da der Vorsitzende des Zweigvereins, Wilhelm Grube, ja im Brennpunkt dieser politischen Auseinandersetzungen stand. Zwar hatte er der Polizeiverwaltung am 02.05.1903 mitgeteilt, dass sich die organisierten Maurer an jedem ersten Sonntag im Monat um 15:00 Uhr im Lokal „Zur Altdeutschen“ treffen sollten. Wir können aber davon ausgehen, dass viele dieser Maurerversammlungen ausfielen oder schlecht besucht waren.<sup>323</sup>

Anfang 1904 schieden Wilhelm Grube und sein Stellvertreter, Karl Gastorf, aus dem Vorstand des Zweigvereins aus. An ihrer Stelle wurden August Honroth und August Jahn gewählt. Das Schriftführeramt übernahm anstelle Ernst Kahles der Northeimer Karl Küsel. Welche Aktivitäten der neue Vorstand entfaltete, wissen wir nicht. Die Mitgliederzahlen stiegen bis zum Herbst 1904 kontinuierlich an, im 4. Quartal sprunghaft von 92 auf 157 Mitglieder: Die Maurer bereiteten sich auf eine neue Lohnrunde vor.<sup>324</sup> Vor Eintritt in die Lohnbewegung kam es im Januar 1905 zu einer erneuten Umbildung des Zweigvereinsvorstandes: anstelle der Vorsitzenden Honroth und Jahn wurden Karl Küsel als Vorsitzender und Ernst Schrader als Stellvertreter gewählt. An die Stelle des Kassierers Theodor Müller trat Louis Solling.<sup>325</sup> Demnach war vom ersten Vorstand 1903 lediglich Adolf Böttcher aus Holtensen als stellvertretender Kassierer in seiner Funktion geblieben.

### **Lohnrunde 1905: eine ‚normale‘ Tarifrunde**

Am 28.01.1905 reichte auf Beschluss des Zweigvereins der Maurer Wilhelm Grube als Verhandlungsführer der Lohnkommission den Northeimer Bauunternehmern folgenden Forderungskatalog ein:

- „I.) Der Lohn beträgt 35 Pfg. pro Stunde
- II.) Wochenlohnzahlung auf der Baustelle
- III.) Wochenschluss ist Freitagabend
- IV.) Der Vertrag soll Gültigkeit haben vom 1. April 1905 ab.“<sup>326</sup>

Was die Bauunternehmer von den Forderungen der Arbeiter hielten, erfuhr die Öffentlichkeit durch einen Kommentar der GGZ am 5. Februar:

„Für die Meister dürfte die Forderung, falls sie diese bewilligen, eine stattliche Mehrausgabe betragen, und glauben wir nicht, dass diese so ohne weiteres darauf eingehen werden, um so mehr als die Forderung von 5 – 7 Pfennigen mehr pro Stunde ziemlich erheblich sind.“

Der hannoversche ‚Volkswille‘ griff den Kommentar der GGZ am 08.02. auf, um eine Attacke gegen die parteiische Berichterstattung der bürgerlichen Presse zu richten. Den bisherigen Lohn der Northeimer Maurer bezeichnete das sozialdemokratische Blatt als „Lumpenlohn“<sup>327</sup>. In beiden Zeitungskommentaren wurde

---

<sup>323</sup> Vgl. StAN 441/70/61. Es fehlen Versammlungsberichte. Zu den Auseinandersetzungen vgl. Kapitel II.

<sup>324</sup> Vgl. Berichte der Gauvorstände für das Jahr 1904, aaO, S. 142.

<sup>325</sup> Polizeilich gemeldet wurde der neue Vorstand erst im März 1905: Vgl. StAN 441/70/61 Bl. 18. K. Küsel zeichnete schon am 16.02.1905 als Vorsitzender.

<sup>326</sup> Bericht über die Versammlung am 19.02.1905, aaO, Bl. 16 f.

<sup>327</sup> Vgl. ‚Volkswille‘ Nr. 33 vom 08.02.1905.

auf die Nebenforderungen der Maurer nicht eingegangen. Der GGZ-Kommentar ließ zwischen den Zeilen erkennen, dass die Unternehmer verhandlungsbereit seien, die Forderung aber als überhöht eingeschätzt werde. Ein Arbeitskampf zeichnete sich demnach nicht ab, auch wenn sich der Northeimer Zweigverein darauf vorbereitet hatte. Die Lohnkommission traf sich am 18.02.1905 im Geschäftslokal des Maurermeisters Warnecke. Auf Unternehmerseite nahm außer Warnecke noch Maurermeister Frankenberg an der Sitzung teil. In beiderseitigem Einvernehmen wurde folgender Vertragsentwurf aufgesetzt:

„Der Lohn beträgt für die Arbeitsstunde für Gesellen bis zum 1. April 1906 ‚32 Pfennig‘, und zwar erhalten diesen Lohn mindestens 6/10 der bei dem Meister beschäftigten Gesellen. Punkt 2 und 3 unseres Antrages wird nach einereingehenden Erörterung untergegen.“<sup>328</sup>

Der Kompromiss erreichte eine Erhöhung der Löhne zwischen 2 und 4 Pfennige und sicherte einen Stundenlohn von 32 Pfennigen für die Mehrheit der Gesellen. Eine Regelung der Löhne der Junggesellen wurde dadurch ausgeklammert, allerdings wurde den Meistern durch die 6/10-Klausel auch der Weg verlegt, die vereinbarte Lohnhöhe durch vermehrten Einsatz von Lehrlingen und eben erst Ausgelernten zu unterlaufen. Die vereinbarte Vertragsregelung nahm aus Sicht der Maurer erhebliche Abstriche in der angestrebten Lohnhöhe in Kauf, zielte in der Substanz aber auf die Vereinbarung von Mindestlöhnen. Art und Ort der Lohnauszahlung wurden wie schon im Jahr 1903 als Problem benannt, doch scheint in dieser Frage ebenso wenig Konfliktstoff gelegen zu haben, wie in der Frage der Arbeitszeit.

Der Vertragsentwurf wurde am 19. Februar der Mitgliederversammlung des Zweigvereins im Lokal der Witwe Heidelmann vorgelegt. Anwesend waren 35 „ältere Maurer, die in der Mehrheit aus Dörfern der Umgegend waren“<sup>329</sup>. Nachdem Wilhelm Grube für die Lohnkommission Bericht erstattet hatte, kam es zu einer kurzen Debatte, die der beobachtende Polizist in seinem Protokoll als „belanglos“ bezeichnete. 28 Mitglieder stimmten für Annahme des Vertrages, 5 stimmten dagegen. Auswärtige Redner waren zu dieser Versammlung nicht erschienen.

Die Lohnrunde des Jahres 1905 war ohne Vermittlung durch den Gauvorstand des Maurerverbandes durchgeführt worden. Von der Kampfbereitschaft der Gesellen hatten sich die Unternehmer 1903 überzeugen können, so dass sich die Verhandlungen des Jahres 1905 sicher vor diesem Hintergrund reibungslos abwickelten. Trotz der Unzufriedenheit einiger – vermutlich jüngerer – Mitglieder des Zweigvereins mit dem Verhandlungsergebnis, erhielt er nach Vertragsabschluss weiteren Zulauf. Die Mitgliederzahl wuchs bis zum 3. Quartal 1905 auf 215 an und blieb im Durchschnitt des Jahres 1906 auf diesem Niveau.

Der Vertragsabschluss im Februar 1905 war für alle Maurermeister in Northeim und Umgebung bindend und brachte dem Northeimer Zweigverein des Zentralverbands der Maurer Deutschlands die endgültige Anerkennung als Tarifvertragspartei. Inwieweit die „älteren Maurer“ bei den einzelnen Meistern Einfluss darauf nehmen konnten, wer unter die 6/10-Klausel fallen sollte, ist nicht bekannt. Da davon auszugehen ist, dass sie im Zweifelsfall ihr Wort für Mitglieder

---

<sup>328</sup> Bericht über die Versammlung am 19.02.1905, StAN, aaO, Bl. 21. Dem Wort „untergegen“ ist kein eindeutiger Sinn zuzuordnen. Vermutlich wurden die beiden Antragspunkte zurückgestellt oder informell geregelt.

<sup>329</sup> Bericht über die Versammlung am 19.02.1905, aaO, Bl. 16.

des Zweigvereins in die Waagschale warfen, könnte hierhin die Erklärung liegen, dass sich der Mitgliederschwund nach dem Vertragsabschluss des Jahres 1903 nicht wiederholte.<sup>330</sup> Laut Bericht des Gauvorstandes über die Erfolge der Lohnbewegung in den einzelnen Städten betrug die Lohnerhöhung in Northeim 5 Pfennig pro Stunde und war für 205 Maurer abgeschlossen worden.<sup>331</sup> Diese Zahlen treffen jedoch nicht zu: Da der Vertrag bis zum 1. April 1906 Gültigkeit hatte und wir im Bericht des Gauvorstands für das Jahr 1906 von einer Lohnbewegung in Northeim nichts lesen, wird der Vertrag stillschweigend um ein Jahr verlängert worden sein.

## **Krise, Konjunktur und Mitgliederbewegung**

Seit 1907 machten sich die Folgen einer allgemeinen Wirtschaftskrise bemerkbar, die bis 1909 andauerte. Besonders hart wurde dadurch die Mitgliederentwicklung in den Verbänden des Baugewerbes getroffen. 1908 mussten die Verbände den Verlust von über 10 % ihrer Mitglieder verkraften. Der Gauvorsitzende in Hannover beklagte sich mit bitteren Worten über die „Unlust an der Organisation“ in Krisenzeiten. Nach der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung 1909/10 folgte in den Jahren 1911/12 eine Hochkonjunktur, die im Bereich der Schwerindustrie boomartige Ausmaße annahm. Der Abstieg in ein neues Konjunkturtief, der in einigen Branchen bereits im Herbst 1912 begann und sich dann im Laufe des Jahres 1913 verstärkt fortsetzte, machte sich auf dem Arbeitsmarkt entscheidend bemerkbar und damit auch auf die Mitgliederbewegung der Gewerkschaften. Wieder trug es die Bauarbeiter am empfindlichsten. Trotz Einführung der Arbeitslosenunterstützung hatte der Bauarbeiterverband (am 09./10.02.1910 durch Zusammenschluss der Maurer mit den Bauhilfsarbeitern entstanden) einen Mitgliederrückgang von 9.000 zu verzeichnen.<sup>332</sup>

Auch in Südniedersachsen folgte die Mitgliederentwicklung in den Zweigvereinen der Maurer dem Auf und Ab der Konjunktur. Im Vergleich zu 1906 hatte der Zweigverein Northeim 6 Monate vor Beginn des großen Arbeitskampfes 1910 ungefähr 25 % weniger Mitglieder, in Göttingen etwa 40 % und in Osterode annähernd 30 %. (Allerdings waren die Zahlstellen Herzberg und Bad Lauterberg Ende des Jahres 1906 vom Zweigverein in Osterode unabhängig geworden, so dass der Vergleich für Osterode möglicherweise verfälscht ist.) In Hann. Münden hatte sich der Mitgliederbestand fast um 50 % verringert. Lediglich der Zweigverein Einbeck hatte seine Mitgliederzahl von 92 im Jahr 1906 auf 192 Ende des Jahres 1909 steigern können. Setzt man voraus, dass der Beschäftigungsgrad 1910 mit dem des Jahres 1906 vergleichbar war, dann befanden sich die südniedersächsischen Maurerzweigvereine in einer vergleichsweise schwachen Position, als die Unternehmer zu einem reichsweit organisierten Arbeitskampf ansetzten.

---

<sup>330</sup> Zu dem Problem der gewerkschaftlichen „Eintagsfliegen“ s. Ulrich Borsdorf (Hrsg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaften von den Anfängen bis 1945, Köln 1987, S. 229 f. und K. Schönhoven, Expansion ..., aaO, S. 151 f.

<sup>331</sup> Vgl. Berichte ... für das Jahr 1905, aaO, Tabelle S. 139.

<sup>332</sup> Vgl. Schönhoven, aaO, S. 137 – 145 und K. Anders, aaO, S. 316 f., zur Organisationsentwicklung S. 111 ff.

## Die große Aussperrung in Südniedersachsen

Seit 1905 schaltete sich in die Auseinandersetzungen zwischen Maurern, ihrer Gewerkschaft und Maurermeistern und Bauunternehmern zunehmend der „Arbeitgeberbund“ ein. Louis Barnstorf bezeichnete ihn 1905 ironisch als „Schrittmacher“ des Maurerverbandes und berichtete von der gedrückten Stimmung auf dem Arbeitgeberverbandstag in Gronau. Er berichtete aber andeutungsweise auch von der Sammlungsbewerbung unter den Arbeitgebern, die ihren Ausdruck in einem Appell gefunden hatte, keine Verträge mit Gültigkeit über den 31.03.1908 hinaus zu schließen.<sup>333</sup>

1906 berichtete Barnstorf ausführlich über das Wachsen des „Nordwestdeutsche(n) Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe“. Im März 1906 waren in diesem Verband 13 Ortsverbände mit 434 Mitgliedern zusammengeschlossen. Er breitete sich schnell aus und bildete Kreis- und Landesverbände.<sup>334</sup>

Die lokalen und regionalen Arbeitgeberverbände waren reichsweit zusammengefasst im „Deutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe“. Seit 1907 rüstete der Arbeitgeberbund zu einer großen Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften. Die Generalversammlung des Bundes beschloss in diesem Jahr, dass alle 1908 abzuschließenden Tarifverträge längstens bis zum 31. März 1910 Geltung haben dürften. 1908 fanden die Tarifverhandlungen zum ersten Mal unter Mitwirkung der zentralen Verbände auf Reichsebene statt. Da keine Einigung zustande kam, wurde von drei Unparteiischen ein Schiedsspruch gefällt.<sup>335</sup> Am 11. November 1909 legte der Arbeitgeberbund den Gewerkschaften einen Mustervertrag vor, der deutlich machte, dass aus der Sicht der Unternehmer der Zeitpunkt für die große Machtprobe mit den Gewerkschaften gekommen war. Die Hauptabsicht des Arbeitgeberbundes war, den Tarifvertrag zu einem Kampfmittel gegen die Arbeiterschaft umzugestalten. Der Vorstand des Bundes gab den Unterverbänden die Weisung, über eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht zu verhandeln und Lohnerhöhung nicht zu bewilligen.

Damit war in den bisher örtlichen Verhandlungen überlassenen Fragen jede Verständigung ausgeschlossen und die Weichen für eine große Aussperrung gestellt. Der Arbeitgeberbund wollte u. a. die Einführung von Durchschnitts- und Staffellöhne gekoppelt an die Begriffe ‚gelernt‘ und ‚tüchtig‘, um das gewerkschaftliche Prinzip der Mindestlöhne unterlaufen zu können, die Ausschaltung der Gewerkschaften bei Regelungen der Akkordarbeit, das Verbot der Agitation während der Arbeitspausen, die Anerkennung der Arbeitgeberarbeitsnachweise und das Einfrieren der Arbeitszeiten auf mindestens 10 Stunden täglich. Der auf Reichsebene abzuschließende Vertrag sollte eine Laufzeit von fünf Jahren haben. Dass all diese Unternehmerforderungen für die Gewerkschaften unannehmbar sein würden, war auch vielen Unternehmern klar. So kam es vor der Verabschiedung des Vertragsmusters auf der letzten Hauptversammlung des Arbeitgeberbundesvorstandes vor der Aussperrung zu Widerspruch in den eigenen Reihen und einige der Hauptforderungen wurden nur mit knappen Mehrheiten verabschiedet. Der Vertreter der magdeburgischen Arbeitgeber sagte:

---

<sup>333</sup> Vgl. Berichte ... für das Jahr 1905, aaO, S. 134 f.

<sup>334</sup> Vgl. Berichte ... für das Jahr 1906, aaO, S. 115 f. U. A. gehörte Einbeck mit 35 Mitgliedern und Maurermeister Kreppler als Vorsitzenden dazu.

<sup>335</sup> Vgl. hierzu und zum Geschehen auf der zentralen Ebene K. Anders, aaO. S. 158 – 174.

„Wir dürfen nicht einfach diktieren. Die Arbeiter sind auch Menschen, man kann es begreifen, wenn sie sich gegen die Diktatur wenden...“<sup>336</sup>

Der Aussperrungsbeschluss wurde am 08.04.1910 gefasst und bekannt gegeben. Am 15. April sollten alle Baubetriebe geschlossen werden. In Ausnahmefällen sollten nichtorganisierte Bauarbeiter in ihren bisherigen Betrieben weiterbeschäftigt werden können.

Das Ziel des Arbeitgeberbundes, „auf den ersten Hieb mehr als zweihunderttausend Arbeiter ...“ auszusperrn, wurde nicht erreicht. Hamburg, Berlin und Bremen schlossen sich nicht an, auch in vielen kleinen Orten wurde weitergearbeitet. Die Höchstzahl der von den Gewerkschaften unterstützten Ausgesperrten (inklusive Unorganisierter) betrug 161.336.

Die öffentliche Meinung war überwiegend auf der Seite der Ausgesperrten. Hochschullehrer und Künstler veranstalteten Geldsammlungen. Die von der Generalkommission der Gewerkschaften durchgeführten Sammlungen erbrachten 1.253.371 Mark. Die Zentralverbände der Maurer, Bauhilfsarbeiter und Zimmerer, der christliche Maurerverband und der Fabrikarbeiterverband zahlten an die Ausgesperrten bis zum 15. Juli fast 10 Millionen Mark an Unterstützungsgeldern.

Am 27. Mai kamen unter dem Vorsitz von drei Unparteiischen die Verhandlungskommissionen im Reichstagsgebäude zusammen. Es wurde vereinbart, einen „Hauptvertrag“ als Muster für alle örtlich abzuschließenden Tarifverträge zu erarbeiten. Verfahrensfragen wurden in einem Mantelvertrag festgelegt. Die Zentralorganisationen sollten über die Annahme bis zum 6. Juli entscheiden, die örtlich ausgehandelten Verträge sollten den Zentralvorständen bis zum 30. Juni zur Genehmigung vorgelegt worden sein. Die Unparteiischen entschieden in vielen Fragen gegen die Unternehmerforderungen. Die Vertragsdauer wurde auf drei Jahre festgelegt, für Verletzungen des Reichstarifs durch Eigenmächtigkeiten örtlicher Organisationen sollten die Zentralverbände nicht haftbar gemacht werden können. Für die Vertragsdauer wurden in einem Stufenplan Lohnerhöhungen von 5 Pfennig pro Stunde vereinbart. In einigen Städten wurde die Arbeitszeit auf 9 \_ Stunden reduziert, der 10-Stunden-Arbeitstag wurde als Regel festgeschrieben. Die am Arbeitskampf beteiligten Gewerkschaften werteten die Vertragsergebnisse als Abwehrerfolg. Die Delegierten der bis auf den 6. Juni einberufenen außerordentlichen Verbandstage nahmen die Vorschläge der Schlichter mit wenigen Gegenstimmen an. Die Generalversammlung des Arbeitgeberbundes tagte am 6. Juni in Leipzig. Sie nahm die Vorschläge ebenfalls an und erklärte die Aussperrung offiziell zum 15. Juli als beendet. Die Regelung strittiger Einzelfragen wurde einem Schiedsgericht in Dresden übertragen.

Der Gau Hannover, zu dem seit 1907 auch die Zweigvereine des aufgelösten Gaus Braunschweig und seit 1908 die Zweigvereine Hann. Münden und Göttingen aus dem ehemaligen ‚Gau Kassel‘ gehörten, fiel bei der Aussperrung des Jahres 1910 in den Zuständigkeitsbereich des ‚Nordwestdeutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe‘<sup>337</sup>. In etlichen Städten wurde nicht ausgesperrt, so z. B. nicht in Bünde, Detmold, Herzberg und Bad Lauterberg<sup>338</sup>. In einigen Städten befanden sich die Zweigvereine seit März bzw. Anfang April in Angriff-

---

<sup>336</sup> Zitiert nach: K. Anders, aaO, S. 116.

<sup>337</sup> Der ‚Volkswille‘ nennt den ‚Westdeutschen Arbeitgeberverband‘; vgl. die Ausgabe vom 20.04.1910.

<sup>338</sup> Vollständig im Jahrbuch 1910, Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes (Hrsg.), Hamburg 1911, S. 294 ff.

streiks, so in Burgdorf, Pyrmont und Walsrode.<sup>339</sup> Im Gaugebiet Hannover wurde die große Aussperrung weisungsgemäß am 15. und am 16. April begonnen, nur in Stadtoldendorf begann der Arbeitskampf erst am 30. April. Die folgenden Zahlenangaben beziehen sich auf das Ausmaß der Aussperrung unter den Maurern. Für die Zimmerer und Bauhilfsarbeiter als ebenfalls unmittelbar vom Arbeitskampf betroffene Bauarbeitergruppen lagen zuverlässige Zahlen nicht vor. Wir stützen uns nachfolgend zunächst auf das Zahlenmaterial, das der Maurerverband – wie gesagt lediglich bezogen auf seine Facharbeitergruppe – zusammengestellt hat und beziehen danach mit dem ‚Volkswillen‘ eine Quelle ein, die zumindest die Gruppe der Bauhilfsarbeiter in ihrer Betrachtung einschloss.

---

<sup>339</sup> Vgl. Jahrbuch 1910, aaO, S. 247 f.

Die große Bauarbeitersperrung 1910 in Südniedersachsen

	1 Zahl der betei- ligten Orte	2 Ende des Ar- beits- kampfes	3 Dauer ein- schließ- lich Sonn- tage	4 Mögliches Ausmaß		5 Tatsächli- ches Ausmaß		6 Beteiligte und in Mitleiden- gezogene	7 Einge- zeichnet in die Streik- liste	8 bei Be- ginn des Arbeits- kampfes	9 bei Be- ginn des Arbeits- kampfes
				Be- trie- be	Ge- sel- len	Be- trie- be	Ge- sel- len				
Einbeck	4	28.06.	73	6	199	6	199	199	192	192	1
Göttingen	4	21.06.	66	26	480	20	425	425	348	309	3
Hann. Münden	2	20.06.	65	10	98	5	56	56	56	56	5
Northeim	15	18.06.	63	7	185	4	174	174	174	161	1
Osterode	6	25.06.	71	10	140	10	120	160	160	140	1
	31			59	1102	45	975	1014	930	858	9

## **Ausmaß der Aussperrung in Südniedersachsen**

In Südniedersachsen beteiligten sich von 59 Maurermeistern und Bauunternehmern 45 an der Aussperrung. Von 1102 beschäftigten Maurern wurden 974 ausgesperrt, 40 weitere wurden in Mitleidenschaft gezogen. Die nicht an dem Arbeitskampf beteiligten 14 Betriebe beschäftigten insgesamt 138 Maurer. Klammert man Hann. Münden aus, dann lässt sich sagen, dass die Unternehmer sehr diszipliniert in den Kampf zogen, wo sie von ihrer Organisation dazu aufgerufen wurden.

In Einbeck wurde die Aussperrung am konsequentesten durchgeführt. Hier waren alle infrage kommenden sechs Betriebe geschlossen und alle Maurer ausgesperrt. Vollständig wurde der Arbeitskampf auch von den Osteroder Unternehmern aufgenommen. In beiden Städten scheinen sich Arbeiter und Unternehmer besonders erbittert gegenüber gestanden zu haben. In Einbeck dauerte der Arbeitskampf zehn Tage, in Osterode acht Tage länger als z. B. in Northeim. Der Einbecker Zweigverein des Maurerverbandes nahm mit Ausbruch des Arbeitskampfes keine Mitglieder mehr auf und ließ auch keine Einzeichnung von Unorganisierten in die Streikliste zu. In Einbeck wurden auch zehn Gesellen zum Abreisen veranlasst, ein weiteres Indiz dafür, dass sich die organisierten Maurer mit allen Mitteln auf einen langen und harten Arbeitskampf einstellten.

In Göttingen folgten sechs Unternehmer dem Aussperrungsbeschluss des Arbeitgeberbundes nicht, jedoch scheint es sich dabei um kleine Betriebe gehandelt zu haben (insgesamt 55 Maurer), die größeren Betriebe mit zusammen 425 beschäftigten Maurern stellten die Arbeit ein. Am schwächsten war der Einfluss des Arbeitgeberbundes in Hann. Münden. Hier wurde in fünf von zehn Betrieben weitergearbeitet, die Zahl der Ausgesperrten lag nur geringfügig über der der in Arbeit stehenden Maurer. Damit im Zusammenhang steht vermutlich, dass fast die Hälfte der Ausgesperrten (25) während des Arbeitskampfes „anderweitig beschäftigt“ werden konnte.

In Northeim sperrten vier der sieben infrage kommenden Betriebe aus. In den drei nicht im Arbeitskampf stehenden Betrieben waren allerdings lediglich neun Maurer beschäftigt. 174 Maurer in 15 Orten waren laut Statistik des Maurerverbandes in Northeim und Umgebung vom Arbeitskampf betroffen. Zwei Gesellen reisten ab und zwölf konnten anderweitig in Arbeit gebracht werden.

Eine Statistik des ‚Volkswillen‘, die fünf Tage nach Ausbruch des Arbeitskampfes einen Überblick über die Lage im Gaubezirk Hannover des Maurerverbandes ermöglichen sollte, lieferte ein etwas anderes Bild.

Demnach waren in Bielefeld und Braunschweig, in Osterode und Sarstedt die Mehrheit der Maurergesellen und Bauhilfsarbeiter noch in Arbeit. Auch den Polieren war – dieser Statistik zufolge – nur in geringem Ausmaß gekündigt worden. In Göttingen sollen drei ausgesperrten 31 weiterbeschäftigte Poliere gegenübergestanden haben, in Osterode betrug dieses Verhältnis 9:10. In Osterode waren am 20.04. laut ‚Volkswille‘ 150 Maurergesellen ausgesperrt, 225 aber noch in Arbeit. Die Lage war verwirrend und die Berichte aus dem ‚Volkswillen‘ offensichtlich nicht zuverlässig. Den Unternehmerorganisationen war daran gelegen, die Geschlossenheit ihres Vorgehens zu demonstrieren, der gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Presse kam es mehr darauf an, die Risse im Kampfbündnis der Arbeitgeber zu zeigen.



Karl Anders zufolge hatte der Arbeitgeberverbund 60.000 Mark in seiner Kampf-  
kasse und bekam 270.000 Mark Unterstützung vom „Verein deutscher Arbeitge-  
berverbände“. Da von diesem Betrag auch die Organisation des Arbeitskampfes  
bestritten wurde, können die Unterstützungsleistungen an die einzelnen Unter-  
nehmer nur gering gewesen sein.<sup>340</sup> An eine Unterstützung der Unorganisierten  
durch die Unternehmer war unter diesen Umständen wohl kaum zu denken. Be-  
sonders die kleinen, finanzschwachen Baubetriebe werden unter dem Arbeits-  
kampf schwer zu leiden gehabt und vermutlich nach Wegen gesucht haben, den  
Druck der Unternehmerorganisationen zu unterlaufen. Um entscheiden zu kön-  
nen, was Anspruch und was Wirklichkeit in diesen acht Wochen dauernden Ar-  
beitskampf gewesen ist, bedürfte es genauerer Untersuchungen als wir sie im  
Rahmen dieser Darstellung leisten konnten.

In ihrer Nachweisung über die Aussperrung 1910 berichtete die Northeimer Poli-  
zeiverwaltung dem Regierungspräsidenten am 24.06., dass keiner der fünf Nort-  
heimer Betriebe, die am Arbeitskampf beteiligt waren, völlig zum Stillstand ge-  
kommen sei. Von den in diesen Betrieben beschäftigten 462 Arbeiter habe die  
„Höchstzahl der während der Dauer der Aussperrung gleichzeitig ausgesperrten  
Personen“ betragen.<sup>341</sup> Darüber wie lange diese 279 gleichzeitig ausgesperrt  
waren, gibt die Akte keine Auskunft. Auffällig ist auch, dass laut Statistik im  
,Volkswillen' in Northeim lediglich ein Bauhilfsarbeiter ausgesperrt gewesen sein  
soll. Über die Zahl der nichtausgesperrten Bauhilfsarbeiter lag der Zeitung keine  
Information vor.

Geht man von einem Bauzyklus aus, der je nach den Witterungsbedingungen im  
März oder April mit vorbereitenden Maßnahmen und Ausschachtungsarbeiten  
begann, dann passen unsere Indizien in folgendes, zwar hypothetisches, aber  
plausible Bild: Da zu Beginn des Arbeitskampfes wohl kaum ein Unternehmer  
von der Vorstellung ausgegangen ist, dass im Jahr 1910 überhaupt keine Bauten  
ausgeführt werden sollten, wurde wie gewöhnlich mit den Ausschachtungsarbei-  
ten begonnen, Fundamente gelegt und Kanalisations- und Tiefbauarbeiten aus-  
geführt. Die Maurer konnte man zu diesem frühen Zeitpunkt größtenteils entbeh-  
ren, also aussperren, die Zimmerer ebenso. Statistisch gesehen konnten in ei-  
nem Bauunternehmen also die Mehrheit der Beschäftigten über den gesamten  
Zeitraum des Arbeitskampfes ausgesperrt sein. Die Frage war nur, wann welche  
Arbeitergruppe schwerpunktmäßig davon betroffen war. In den Städten war eine  
Kontrolle der Bautätigkeit relativ leicht auszuführen, in einem ländlichen Gebiet –  
das in unserem Fall vom Weserbergland bis zum Harz reichte – war das eine  
andere Sache.

„Die Höhe des Verlustes an Arbeitslohn kann nicht angegeben werden,“  
trug denn auch der berichterstattende Polizist in das Nachweisungsform-  
ular ein, „weil die meisten Arbeiter aus den umliegenden Ortschaften  
stammen und die hiesigen Arbeiter während der Zeit der Aussperrung an-  
derweitig Arbeit angenommen und verrichten haben.“<sup>342</sup>

Die Statistik des Maurerverbandes weist für die Maurer in Northeim einen Verlust  
von 8.026 Arbeitstagen und 27.099 Mark Arbeitslohn aus. Im Durchschnitt gingen  
damit jedem der ausgesperrten Maurer, die nicht „anderweitig“ in Arbeit kamen,  
169 Mark Arbeitslohn verloren.

---

<sup>340</sup> K. Anders, aaO, S. 168 und 170.

<sup>341</sup> Vgl. StAN 410/413/3 und 4 gewerbliche Arbeitseinstellungen, Streiks und Aussperrun-  
gen pp, Bl. 24.

<sup>342</sup> StAN 410/413/3, aaO.

In Vorbereitung auf die große Kraftprobe mit dem Unternehmerverband hatten die Gewerkschaften auf ihren Verbandstagen am 4. April beschlossen, die für die Zahlung von Unterstützungsgeldern übliche Ausfallzeit von drei Tagen auf 14 Tage zu verlängern. Alle nicht ausgesperrten Bauarbeiter sollten – je nach Stundenlohn – einen Sonderbeitrag von 20 Pfennig bis 1 Mark pro Tag an die Verbandskassen leisten. Im Maurerverband wurde ein wöchentlicher Unterstützungsbeitrag zwischen 8 und 18 Mark festgelegt, für jedes Kind im schulpflichtigen Alter sollten die betroffenen Familien zusätzlich 1 Mark pro Woche erhalten.<sup>343</sup> Geht man von dem mittleren Satz von 13 Mark pro Woche aus, dann bekam eine Familie mit drei Kindern unter diesen Bedingungen im Aussperrungszeitraum 96 Mark Unterstützung. Man kann sich leicht vorstellen, was der Verlust von fast 10 Mark pro Woche bei einem Wochenlohn von 22,20 Mark (60 Stunden x 0,37 M in der Spitze) für eine Familie bedeutet haben mag, falls sie ihren Lebensunterhalt ausschließlich von diesem Einkommen bestreiten musste. Zudem musste das in der Saison erarbeitete Einkommen gestreckt werden, da ein Maurer in den Frostmonaten in der Regel keine Arbeit hatte. Viele Maurerfamilien werden also im Frühjahr und Sommer 1910 noch mehr als sonst davon abhängig gewesen sein, dass sie bei den Kaufleuten anschreiben lassen konnten.

Welche Ausweichmöglichkeit die Northeimer Maurergesellen und ihre Kollegen in den umliegenden Dörfern in dieser verzweifelten Lage benutzten, um ihre Hauskassen aufzubessern, lässt sich nur vermuten. Über das Ausmaß der „Schwarzarbeit“ und der Aushilfsarbeit in anderen Gewerbebranchen gibt es keine Unterlagen.

Nach dem Streikreglement des Maurerverbandes musste jeder im Arbeitskampf stehende Maurer im Besitz einer Streiklegitimationskarte sein<sup>344</sup>, um in den Genuss der Unterstützungszahlungen zu kommen. § 17 des Reglements besagte:

„Streikende, die am Streikorte und der nächsten Umgegend wohnen, haben sich täglich zweimal, und zwar einmal Vormittags zwischen 8 und 12 Uhr und Nachmittags zwischen 2 und 6 Uhr, zur Kontrolle zu melden. Weit entfernt Wohnende haben sich einmal täglich zu melden. Die Kontrollmeldung wird durch einen Stempel auf der Streikkarte vermerkt.“<sup>345</sup>

Eine Arbeitserlaubnis konnte dem einzelnen Maurergesellen während eines Arbeitskampfes nach § 12 des Reglements nur durch Beschluss der Mitgliederversammlung des Zweigvereins erteilt werden. In diesem Fall musste er als Legitimation eine Arbeitskarte haben und wurde für die Tage, die er in Arbeit stand, nicht unterstützt. Darüber hinaus musste er für jeden Arbeitstag einen Extrabeitrag zur Unterstützung seiner im Kampf stehenden Kollegen leisten.<sup>346</sup> Die Kontrolle des Arbeitskampfgeschehens lag bei der örtlichen Streikleitung, die zusammen mit dem Zweigvereinsvorstand wöchentlich mindestens zwei Sitzungen durchzuführen hatte. Die Streikleitung war am Mittwoch jeder Woche zur Vornahme einer Bautenkontrolle verpflichtet.<sup>347</sup> Angesichts dieses umfangreichen Kontrollsystems und des moralischen Drucks, der auf die einzelnen Gesellen und auf die Organe des Zweigvereins wirkte, wird man der oben zitierten Stellung-

<sup>343</sup> Vgl. K. Anders, aaO, S. 168.

<sup>344</sup> DOKUMENT, Anders, S. 133

<sup>345</sup> Zentralverband der Maurer Deutschlands (Hrsg.), Statut, Streikreglement und Kartellvertrag, Hamburg o. J., S. 34.

<sup>346</sup> Vgl. aaO, §§ 24 – 27, S. 36 f.; § 12, S. 33.

<sup>347</sup> Vgl. aaO, §§ 14 – 16, S. 33 f.

nahme der Northeimer Polizeiverwaltung mit Skepsis begegnen müssen. Es war andererseits aber auch nicht ausgeschlossen, den formalen Anforderungen des Reglements zu genügen und trotzdem in eingeschränktem Umfang sein Einkommen aufzubessern. Die Grenze zwischen Nachbarschaftshilfe und Verletzung des Reglements z. B. war schwer zu ziehen, wenn das Entgelt nicht in barer Münze, sondern Naturalien geleistet wurde; eine Meldung um 8:30 und eine um 18:00 Uhr schloss nicht die Arbeit in der dazwischen liegenden Zeit aus, wenn sich die Mitglieder des Zweigvereins auf eine lediglich buchstabengetreue Verhaltensweise einigten. Auf den Dörfern und in der Kleinstadt wird in diesen Wochen manche Anschreibschuld und manche Schuld bei den Bauern durch Arbeit ausgeglichen worden sein.

Vom eigentlichen Arbeitskampfgeschehen lässt sich außer folgender Beschreibung im ‚Volkswillen‘ nichts berichten.

„Der Kampfplatz im ganzen Baugewerbe ist als äußerst ruhig zu bezeichnen, ein Beweis dafür mit welcher Ruhe und Besonnenheit die ausgesperrten Arbeiter diesen Kampf führen. Die ganze Sache ist als reiner Abwehrkampf zu betrachten, da es sich nur um das Tarifmuster handelt.“<sup>348</sup>

An dieser Situation zu Beginn der Aussperrung sollte sich nichts ändern: „Die Aussperrung hat zu polizeilichen Maßnahmen keinen Anlass gegeben“, berichtete die Northeimer Polizeiverwaltung abschließend am 24. Juni.

Nachdem auf Spitzenebene am 27. Mai und auf der Ebene der Zentralvorstände der am Geschehen beteiligten Verbände am 6. Juni durch die Annahme des Haupt- und des Mantelvertrages der Weg dazu freigemacht worden war, setzten umgehend die örtlichen Verhandlungen ein. Da in der Lohnfrage als Regelfall ein Stufenplan für drei Jahre vorgesehen war, der in diesem Zeitraum eine Erhöhung der Löhne um insgesamt 5 Pfennig vorsah und in der Arbeitszeitfrage der 10-Stunden-Tag mehr oder weniger festgeschrieben worden war, wurde in den einzelnen Städten und Orten hauptsächlich um Einstufungsprobleme und Streitfragen untergeordneter Bedeutung gerungen. Für Northeim entschied das Schiedsgericht in Dresden am 15. Juni, dass die Löhne sofort um 1 Pfennig, am 01.04.1911 um 2 Pfennig und am 01.04.1912 um weitere 3 Pfennig angehoben werden sollten. In Northeim war auch die Frage strittig, ob die Junggesellenzeit weiterhin bei entsprechend niedriger Entlohnung auf zwei Jahre ausgedehnt bleiben sollte. In diesem Punkt setzten sich die Unternehmer durch. Die Arbeit wurde in Northeim am 18. Juni 1910 wieder aufgenommen, es folgten Hann. Münden am 20., Göttingen am 21., Osterode am 25. und Einbeck am 28. Juni.

## Entwicklung der Löhne 1908 – 1916

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Löhne der Bauhilfsarbeiter und der Maurer im Zeitraum zwischen 1908 und 1916. Die Tarifverträge des Jahres 1910 liefen im April 1913 aus. Laut Karl Anders sollen die neuen Tarifverträge mit Lohnerhöhungen von 4,87 bis 6,79 Pfennig und weitere Arbeitszeitverkürzungen ohne Streik und Aussperrung abgeschlossen worden sein.<sup>349</sup>

<sup>348</sup> ‚Volkswille‘ vom 20.04.1910.

<sup>349</sup> K. Anders, aaO, S. 174.

Entwicklung der Löhne der Maurer und Bauhilfsarbeiter 1908 - 1916<sup>350</sup>

	Maurer	M	H	M	H	J 1 + 2		M	H	J	
	1908	1912		1913/14				1914/15			
Einbeck	38 – 40	45	37	46	38	- 17	- 7	47	39	- 17	
Göttingen	44	49									
Hann. Münden	47	52	43	54	45	-	-	55	46	-	
Northeim	37	42	32	44	-	-10	- 7	45	-	- 10	
Osterode	36	41		43	34	- 7,5	-	44	36	- 7,5	

M = Maurer

H = Hilfsarbeiter

J 1 + 2 = Junggesellen (Lohnabzüge im 1. und 2. Gesellenjahr

Ü = Überstunden

N = Nacht

SF = Sonn-/Feiertag

<sup>350</sup> Zusammengestellt nach den Jahrbüchern des Maurerverbandes und des Bauarbeiterverbandes.

Wie unsere Tabelle zeigt, sind solche Aussagen mit Vorsicht zu behandeln. Anders kam es darauf an, die „neue vernünftige Ordnung“ der auf Reichsebene zentralisierten Tarifverhandlungen heraus zu streichen. Aus dieser Sicht gab es „... einige Anpassungsschwierigkeiten innerhalb der Organisation ...“; da durch den Zentralvertrag die Möglichkeit abgeschnitten war, eine örtliche Baukonjunktur auszunutzen.<sup>351</sup>

In Northeim – wie in Südniedersachsen überhaupt – lagen die Lohnerhöhungen weit unter der von Anders angegebenen Marke. Bis zum Ausbruch des Krieges erhöhten sie sich jährlich nur um einen Pfennig. Das Lohngefüge in der Region – bzw. der Abstand der Löhne in den einzelnen Städten – wurde mit dem Arbeitskampf des Jahres 1910 sozusagen eingefroren. Zwischen 1910 und 1916 erhöhte sich der Lohn in allen südniedersächsischen Städten um 8 Pfennig. Entscheidend für die Höhe der Stundenlöhne war das Niveau, das sich bis zu den Verhandlungen des Jahres 1908 in den lokalen Auseinandersetzungen und Verhandlungen zwischen Gesellen und Meistern herausgebildet hatte. An der Spitze der Lohnskala rangierte mit 47 Pfennig 1908 Hann. Münden, das sich im ‚Wind Schatten‘ der nahen Großstadt Kassel in diese Position gebracht hatte. Die Northeimer rangierten mit 37 Pfennig 1908 und 45 Pfennig 1916 mit Osterode niedriger als in Hann. Münden und 1 Pfennig höher als in Osterode. Nachdem der Streik des Jahres 1903 den Anschluss an die Tarifentwicklung der Region gebracht hatte, konnten die Northeimer Maurergesellen ihre Position in den folgenden Jahren auf dem Verhandlungsweg behaupten. Das Problem der Junggesellenlöhne war allerdings nie energisch angepackt worden, sodass sich die Gesellen im ersten Jahr nach Beendigung der Lehre mit 10 Pfennig weniger, im zweiten Jahr mit 7 Pfennig weniger Stundenlohn begnügen mussten als die älteren Gesellen. Die Extreme in der Junggesellenfrage bildeten die Verhältnisse in Hann. Münden, wo ein Junggeselle den vollen Lohn bekam und Einbeck, wo im ersten Jahr eine Mindereinnahme von 17 und im zweiten eine solche von 7 Pfennig pro Stunde hingenommen werden musste. Vermutlich wurde über solche Besonderheiten der Lohnregelung der lokale Arbeitsmarkt reguliert. Möglicherweise waren die Einbecker Junggesellen auf diesem Hintergrund wanderfreudiger als ihre Mündener Kollegen.

Große Unterschiede deuteten sich auch in der Höhe der Überstundenzuschläge und sonstigen Zuschläge an. In der extrem witterungsabhängigen Baubranche war das tatsächliche Einkommen ebenso abhängig von diesen Zuschlägen wie vom eigentlichen Tariflohn. Wenn man davon ausgeht, dass in den Sommermonaten am Bau sehr viele Überstunden geleistet wurden, was wegen des 12-stündigen Regelarbeitstages (inklusive 2 Stunden Pausen) und der langen An- und Abmarschwege zu den Bausellen vorzugsweise an Sonn- und Feiertagen möglich war, dann werden die Northeimer Maurergesellen trotz 2 Pfennig niedriger Stundenlöhne ein höheres Jahreseinkommen gehabt haben als ihre Einbecker Kollegen: Der Zuschlag für eine Überstunde an einem Wochentag lag 1 Pfennig höher, der Zuschlag für Überstunden an Sonn- und Feiertagen sogar um 10 Pfennig über den Einbecker Zuschlägen.

Daneben war das Einkommen der Bauarbeiter von zusätzlichen Vereinbarungen abhängig, die in ihrer Relevanz schwer einzuschätzen sind. Die Mündener Maurer z. B. erhielten täglich einen Stundenlohn zusätzlich, wenn der Weg zu ihrer Baustelle mindestens 3 km weit war. Wurde eine Übernachtung notwendig, erhielten sie zusätzlich zu diesem „Landgeld“ auch „Kost und Logis“. Mussten sie länger als eine halbe Stunde auf die wöchentliche Löhnung warten, wurde die

---

<sup>351</sup> Vgl. Ebda.

Wartezeit als Arbeitszeit gerechnet: Es gab kaum ein Tarifgebiet, in dem nicht zusätzliche Vereinbarungen für die vielen verschiedenen Arbeitergruppen wie Maurer, Zementfacharbeiter, Zementarbeiter, Hilfsarbeiter und Träger existiert hätten. Da gab es neben den Überstundenzuschlägen Zuschläge für „schwarze und Feuerungsarbeiten“ und für „Wasserarbeit“, Zuschläge für „Höhenarbeit“, für „Putzarbeiten“, für „Arbeiten in geschlossenen Räumen“, für „Werkzeugabnutzung“ und dergleichen mehr. Kompliziert waren auch die Bestimmungen über die Akkordarbeit. In dieser Frage ebenso wie in der Frage der 1910 heiß umkämpften „Durchschnitts- oder Staffellöhne“ zeigt ein Blick in die Tarifsammlung von 1914, dass sich die Unternahmervorstellungen weitgehend durchgesetzt hatten. In Einbeck z. B. relativiert sich das um 2 Pfennig höhere Lohnniveau im Vergleich zu Northeim weiter, da eine Zusatzvereinbarung festhielt, der Lohn sei „Durchschnittslohn“ und könne „1 Pfennig darüber und auch 1 Pfennig darunter gezahlt werden“.<sup>352</sup>

Ein insgesamt einheitlicheres Bild vermitteln die Übersichtstabellen bezüglich der Bestimmungen über die Arbeitszeit. Hier wichen 1914 lediglich die Städte Braunschweig und Hannover (Linden und Badenstedt) mit 9,5 Stunden von der Norm des 10-Stunden-Arbeitstages ab. Die Wochenarbeitszeit in Braunschweig betrug 56,5, die in Hannover 57 Stunden. Eine Besonderheit gab es in Osterode: Dort soll die Wochenarbeitszeit 59 Stunden betragen haben. Für die Wintermonate, in denen die Arbeit am Bau ja normalerweise ruhte, gab es ein umgekehrtes Regelwerk. Für den Winter wurden Mindestarbeitszeiten festgelegt: Die „kürzeste tägliche Arbeitszeit im Winter“ betrug im Bezirk Hannover 1913 7 Stunden. Ausnahmen gab es mit 7,5 Stunden in Alfeld, Goslar, Gronau, Soltau und Walsrode, mit 8 Stunden nur in Osterode. Im Winter war die Mittagspause, die im Sommer einheitlich 1,5 Stunden dauerte, um eine halbe Stunde reduziert.<sup>353</sup> Das knappe Tageslicht musste ausgenutzt werden. Vermutlich fiel aus diesem Grund im Winter auch die halbstündige Frühstückspause weg, die für die Sommermonate festgelegt war.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die zentralen Regelungen, die seit der großen Aussperrung des Jahres 1910 galten, angesichts der vielfältigen Sonderregelungen nur eine begrenzte Wirksamkeit auf die Verhältnisse vor Ort hatten. Sie brachten mit der Verlängerung der Vertragslaufzeiten von einem auf drei Jahre große Vorteile für die Unternehmer. Dass die längeren Laufzeiten in Phasen des konjunkturellen Abschwungs auch eine gewisse Schutzfunktion für die Arbeiter hatten, kann nicht bestritten werden. Angesichts der enormen Teuerungsraten seit 1910<sup>354</sup> und angesichts der Tatsache, dass die Folgen der Krise 1912/13 durch Massenentlassungen auf die Schultern der Arbeiterfamilien abgewälzt wurden, sind diese Vorteile aber als gering einzuschätzen.

Immerhin wurde durch die Anerkennung des Tarifvertrages als Prinzip der einzelne Bauarbeiter Willkürakten des Unternehmers weitgehend entzogen. Die vertraglichen Bestimmungen und Vertragszusätze legten Normen fest, auf die sich der einzelne Arbeiter beziehen konnte und die Löhne und Arbeitsbedingungen auch in Zeiten verschärfter Konkurrenz im Sinne von Mindestansprüchen kontrollierbar machten.

---

<sup>352</sup> Vgl. hierzu Jahrbuch des Bauarbeiterverbandes für 1914, aaO, Tabelle S. 338 ff. und Zusatzbemerkungen, S. 359 ff.; hier findet sich für viele Städte die Bemerkung, der Lohn sei „Staffellohn“ und könne 2 Pfennig weniger betragen.

<sup>353</sup> Vgl. die Tabellen ebda.

<sup>354</sup> Vgl. hierzu G. Hohorst/J. Kocka/G. A. Ritter, Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch II, München 1975, S. 122 f.

Einbrüche in das Lohngefüge und in die Arbeitsbedingungen, wie sie in früheren Krisenzeiten in großem Ausmaß vielerorts hingenommen werden mussten, konnten jetzt verhindert werden.

In Südniedersachsen ging es in den wenigen und – gemessen an der Zahl der Beteiligten – kleinen Arbeitskämpfen nach 1910 denn auch um Versuche, in zurückgebliebenen Betrieben eine Anpassung an die Norm zu erreichen. So mussten 1912 z. B. in Göttingen 73 Hilfsarbeiter streiken, um die Wochenarbeit von 64 Stunden abzuschaffen und die Löhne von 31 auf 33 Pfennig zu heben.<sup>355</sup>

In Northeim ist es in unserem Darstellungszeitraum zu keinen weiteren Auseinandersetzungen gekommen, die in den statistischen Quellen des Bauarbeiterverbandes einen Niederschlag gefunden hätten. Aus der ‚Streikakte‘ der Polizeiverwaltung ist zu entnehmen, dass am 4. März 1913 im Zuge einer reichsweiten Aussperrung im Malergewerbe 3 von 10 Northeimer Malergesellen von ihren Meistern der Stuhl vor die Tür gesetzt wurde.<sup>356</sup>

Eine Besonderheit der Northeimer Zahlstelle des Bauarbeiterverbandes soll zur abschließenden Betrachtung der Mitgliederentwicklung zwischen 1910 und 1914 überleiten.

In den tabellarischen Übersichten zu den Tarifverträgen von 1913 finden sich für Northeim kaum Angaben zu den Löhnen der Hilfsarbeiter. Die Statistik des Jahres 1912 weist aus, dass im Lohngebiet Northeim neben 147 Maurergesellen lediglich 3 Hilfsarbeiter beschäftigt gewesen sein sollen.

Die Differenz der Hilfsarbeiterlöhne zu denen der Northeimer Maurer war erheblich: Sie betrug bei 32 Pfennig Stundenlohn 10 Pfennig. Ein Vergleich des zahlenmäßigen Verhältnisses von Maurern und Hilfsarbeitern in Northeim (147:3, das entsprach 2 %) zu dem in anderen Städten

Hannover	(	2.847	:	618	entsprach	22 %)
Hildesheim	(	625	:	279	entsprach	45 %)
Hann. Münden	(	103	:	45	entsprach	44 %)
Nörten	(	62	:	14	entsprach	23 %)
Clausthal	(	96	:	0	entsprach	0 %)
Seesen	(	223	:	0	entsprach	0 %)

zeigt, dass im Normalfall den beschäftigten Maurern eine bestimmte Anzahl Bauhilfsarbeiter zugeordnet gewesen ist (Handlanger, Ausschachtungsarbeiter). Je nach den örtlichen Baukonjunkturen und Schwerpunktprojekten (z. B. Straßenbau, Kanalisation, usw.) schwankte dieser Anteil zwischen 22 % und 45 %. Andererseits gab es Tarifgebiete, in denen trotz teilweise hoher Beschäftigungszahlen bei den Maurern keine Hilfsarbeiter beschäftigt waren.

Dies ist ohne spezielle Kenntnisse zur Geschichte des Bauwesens nicht zu verstehen. Vermutlich befand sich der Bausektor nach der Jahrhundertwende in einem tiefgreifenden Umstrukturierungsprozess, der neue Qualifikationsstruktu-

<sup>355</sup> Vgl. Jahrbuch 1913, aaO, S. 37. dort und S. 326 – 328 weitere Beispiele.

<sup>356</sup> Vgl. StAN, 410/413/3, aaO, Bl. 30. Von einer Zahlstelle des Malerverbandes in Northeim ist nichts bekannt geworden. Die nächsten Malerzahlstellen gab es Hirschfeld zufolge 1906 in Göttingen und Hildesheim.

ren, neue Berufe und mit dem Aufkommen der Elektromotoren die Mechanisierung von Teilbereichen (Mischmaschinen, Elektrostampfer) der Bauarbeit brachte. Gegossene Fundamente, gegossene Fenster- und Türstürze, Betonwangen, Betonröhren, Betontreppen und Zementziegel wurden gebräuchlich.<sup>357</sup> Im Northeimer Tarifgebiet gab es 1913 neben dem Maurerlohn nur noch den gleichrangigen des „Zementfacharbeiters“ (ebenso in Uslar und Nörten) als statistische Größe.<sup>358</sup> Möglich, dass der Begriff ‚Hilfsarbeiter‘ zunehmend durch neue Berufsbezeichnungen verdrängt wurde, möglich auch, dass in Krisenzeiten die Maurer gesellen verstärkt Hilfsarbeitertätigkeiten wie Mörtelmachen und Steinetragen mit übernahmen. All das liefert aber noch keine ausreichende Erklärung für das oben beschriebene Phänomen.<sup>359</sup>

Mitgliederentwicklung des Bauarbeiterverbandes 1911 – 1914 (Jahresdurchschnitte)

	Maurer- verband	Bauarbeiterverband			
	1910	1911	1912	1913	1914
Einbeck	192	220	273	233	145
Göttingen	331	798	881	791	749
Hann Münden	98	176	170	149	117
Herzberg	?	79	75	69	61
Lauterberg	?	38	41	55	40
Northeim	174	177	129	157	124
Osterode	160	375	400	408	331
Uslar	?	68	64	?	112
Seesen	188	207	220	214	182

Die Tabelle zeigt die Mitgliederstärke der einzelnen Zweigvereine des Maurerverbandes zum Zeitpunkt der Aussperrung 1910.<sup>360</sup> Der große Mitgliederzuwachs des Jahres 1911 erklärt sich in erster Linie dadurch, dass der schon 1910 beschlossene Zusammenschluss von Maurern und Hilfsarbeitern zum Bauarbeiterverband verwaltungstechnisch erst 1911 vollzogen wurde. Im Zeichen der Hochkonjunktur konnten fast alle Zweigvereine ihre Mitgliederzahlen halten oder wie Einbeck, Göttingen, Osterode und Seesen erheblich steigern. Die Ausnahme bildete hier Northeim: Der Zweigverein verlor im Jahresdurchschnitt von 1913 48 Mitglieder im Vergleich zu 1911. Der Zweigverein Northeim des Maurerverbandes hatte seine Mitgliederzahl als einziger Zweigverein in Südniedersachsen durch den Anschluss der Bauhilfsarbeiter nicht steigern können. 1913 mussten fast alle Zweigvereinsvorstände teilweise erhebliche Mitgliederverluste melden. Ein tieferes Absacken dieser Zahlen hat vermutlich die Arbeitslosenunterstützung des Bauarbeiterverbandes verhindert. Die Einführung dieser Unterstützung war auf dem ersten Verbandstag des Deutschen Bauarbeiterverbandes in Jena (13. –

<sup>357</sup> Vgl. die knappen Andeutungen bei K. Anders, aaO, S. 119.

<sup>358</sup> Auf die Veränderungen der Technik in dieser Zeit machte Georg Henne (sen.), Hann. Münden, aufmerksam.

<sup>359</sup> K. Anders gibt an, die Betonarbeiter seien von den Gesellen als gleichrangige Kollegen respektiert worden, vgl. ebda.

<sup>360</sup> Die Zahlen für Göttingen und Münden sind nicht exakt, da sie sich auf die ausgesperrten Organisierten und auf beschäftigte Maurer beziehen.



18. Januar 1913) beschlossen worden und wurde umgehend wirksam.<sup>361</sup> In Northeim stieg in diesem Krisenjahr die Mitgliederzahl, vermutlich durch den Beginn des Baus der Scharnhorstkaserne, wieder an. Auch in Lauterberg und Osterode konnten leichte ‚Gewinne‘ verbucht werden. Die Zahlen des Jahres 1914 sind durch den Kriegsausbruch beeinflusst und müssten für das 3. und 4. Quartal gesondert betrachtet werden. Die Jahresdurchschnittswerte sind wenig aussagekräftig.

## **Dachdecker, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter**

### **Zweigverein des Verbandes der vereinigten Dachdecker pp. Deutschlands**

Die Dachdecker gründeten im Dezember 1905 einen Zweigverein des Dachdeckerverbandes. In einer Versammlung am 16.12. 1905, an der zehn Dachdecker teilnahmen und in der die Gründung beschlossen wurde, wurde Heinrich Dörnte zum Vorsitzenden gewählt. Woher die Impulse zu dieser Gründung kamen, lässt sich nicht feststellen. Jedoch ist auffällig, dass im Regierungsbezirk Hildesheim 1905 bzw. 1906 solche Zahlstellen Gründungen in Peine, Hildesheim, Goslar und Göttingen, also alle im gleichen Zeitraum, vorgenommen wurden.<sup>362</sup> Hinter dieser Gründungswelle stand vermutlich die Arbeit eines hauptamtlichen Funktionärs des Zentralverbandes. Die Akten vermelden keine weiteren Aktivitäten der Zahlstelle Northeim.<sup>363</sup>

### **Zahlstelle des Centralverbandes der Zimmerleute**

Die Zahlstelle des Centralverbandes der Zimmerleute wurde am 13.04.1900 bei der Northeimer Polizeiverwaltung angemeldet. Der Anmelder betonte schriftlich:

„Machen hauptsächlich noch aufmerksam das politische Angelegenheit streng ausgeschlossen sind und der Verband nur den Zweck hat seine Mitglieder bei Arbeitslosigkeit und Krankheit zu unterstützen.“<sup>364</sup>

Der Verein hatte 22 Gründungsmitglieder. Der Vorstand setzte sich aus folgenden Kollegen zusammen:

- |                   |              |
|-------------------|--------------|
| - 1. Vorsitzender | A. Wagner    |
| - 2. Vorsitzender | H. Drechsler |
| - Schriftführer   | A. Dunemann  |

---

<sup>361</sup> Vgl. K. Anders, aaO, S. 313 und Jahrbuch 1913, aaO, S. 37. Heftige Kritik an der Einführung der Arbeitslosenunterstützung war im Gaubezirk Hannover offenbar im Vorfeld besonders aus den kleinen Landstädten gekommen, die jetzt besonders stark von der Arbeitslosigkeit betroffen waren.

<sup>362</sup> Vgl. Hirschfeld, aaO, Tabellen u. A. v. Salden, Vom Einwohner..., aaO, S. 166.

<sup>363</sup> Vgl. StAN 441/70/65 Zweigverein des Verbandes der vereinigten Dachdecker pp. Deutschlands und die Akte „Versammlungen...“.

<sup>364</sup> StAN 440/68/39 Zahlstelle des Centralverbandes der Zimmerleute.

- 1. Kassierer            Fr. Me(c)ke
- 2. Kassierer            A. Baumgarten

Die Northeimer Zimmerer pflegten intensiv den Kontakt untereinander und beschränkten sich auf die der Polizeiverwaltung gegenüber betonten Unterstützungstätigkeiten.

Sie gehörten zu den treibenden Kräften bei der Gründung der verschiedenen Arbeiterturn- und Sportvereine. In den ersten Jahren ihres Bestehens entwickelte die Zahlstelle keine nach außen gerichteten Aktivitäten. Die Folgen der Wirtschaftskrise zu Beginn des neuen Jahrhunderts boten dafür kaum Möglichkeiten und die Organisation des Centralverbandes war schwach ausgeprägt. Das änderte sich in der allgemeinen Aufschwungphase der Gewerkschaftsbewegung ab 1903.

Zwischen 1903 und 1906 verzeichnete der Centralverband einen Mitgliederzuwachs von 86,4 %. Auf Beschluss der 15. Generalversammlung des Verbandes (1903) wurden Gaubeamte für Gegenden eingesetzt, „wo die Organisation bisher nicht die notwendige Entwicklung gefunden hat“. Hier wurde die Gründung von Zahlstellen energisch vorwärtsgetrieben. Zwischen 1903 und 1906 erfolgten solche Gründungen in 200 Orten.<sup>365</sup>

In Northeim reichte am 1. Mai 1903 August Dunemann die Statuten des Centralverbandes bei der Polizeiverwaltung ein. Neben ihm, als Vorsitzenden, meldete er als weitere Mitglieder eines provisorischen Vorstandes Fritz Mecke als Kassierer und Gustav Armbricht als Schriftführer. Die Werbetätigkeit unter den Berufskollegen hatte zu 24 Einzeichnungen in die Mitgliederliste geführt. Diese Vorarbeiten scheinen mit der Gauorganisation in Hannover abgesprochen gewesen zu sein, denn am 1. Mai meldete August Dunemann für den folgenden Tag eine Versammlung an, zu der der Zimmermann Finsel aus Hannover als Referent eingeladen war.

Die Versammlung am 2. Mai wurde zu einer Enttäuschung. Da nur acht Mitglieder erschienen waren, verzichtete der aus Hannover angereiste „Agitator des betr. Verbandes“ auf sein Referat. Auch die Vorstandswahl musste unterbleiben. Man beließ es bei der Bestätigung des provisorischen Vorstands und verschob die Wahlen auf die nächste Versammlung. Der Vorstand der Zahlstelle versuchte in den folgenden Wochen, die Zimmerergesellen wachzurütteln und es kam Ende Juni und Anfang Juli 1903 zu drei kurz hintereinander einberufenen Versammlungen bei der Witwe Heidelmann.<sup>366</sup> In den arbeitsreichen Sommermonaten scheint der Versammlungsbesuch jedoch schwach gewesen zu sein, denn erst nach einer Versammlung am 2. Oktober teilte August Dunemann der Polizei mit, dass sich die Zimmerleute jetzt „... regelmäßig jeden ersten und dritten Sonntag im Monat ...“ versammeln wollten, und zwar im Lokal der Witwe Heidelmann am Markt.<sup>367</sup>

Doch schon ein halbes Jahr später, im April 1904, richtete Dunemann ein Schreiben an die Polizei, in dem er erklärte:

<sup>365</sup> Vgl. Schönhoven, Expansion ..., aaO, S. 133.

<sup>366</sup> Vgl. StAN 440/68/39 Versammlungsanmeldungen für den 21.06., 28.06. und 04.07.1903. Diese Versammlungswelle stand möglicherweise im Zusammenhang mit dem Reichstagswahlkampf.

<sup>367</sup> Vgl. aaO, Schreiben A. Dunemanns vom 23.10.1903.

„... dass die Zahlstelle Northeim des Verbandes deutscher Zimmerleute vom 15.04.1904 als aufgelöst zu betrachten ist“.<sup>368</sup>

Der Anstoß zur Wiedergründung der Northeimer Zahlstelle ging von Hannover aus: Am 06.07.1905 meldete der Zimmerer August Wiegand (Hannover) für den 08.07. eine Versammlung der Northeimer Zimmerleute an. Polizeimeister Gärtig kommentierte zu dem Vorgang:

„Eine gleiche Anmeldung ist bereits durch den Zimmerpolier Richard Heisig, Hinter der Mauer 457, erfolgt.

Tagesordnung: 1) Gründung einer Zahlstelle der vereinigten Zimmerer Deutschlands.

2) Vortrag des Genossen Wiegand – Hannover über das Thema: ‚Wie stellen wir uns zu dem Zentral-Verbande der Zimmerer Deutschlands?‘“

Zur Versammlung erschienen 16 Zimmerleute. 13 von ihnen unterzeichneten eine Liste zum Zweck der Gründung einer Zahlstelle, die eher wegen der geringen Beteiligung auf den nächsten Sonnabend verschoben wurde. Der Referent aus Hannover machte darauf aufmerksam, dass zur Erreichung höherer Löhne eine geschlossene Organisation notwendig sei.

Zur Gründungsversammlung am 15.07.1905 erschienen im Lokal der Witwe Heidemann 34 Zimmerleute aus folgenden Orten:

Northeim	5	Hillerse	5	Holtensen	5
Hammenstedt	6	Sudheim	3	Wachenhausen	3
Berka	2	Sonderhausen	1	Edesheim	1
Bühle	1	?	2		

Den Vorstand stellten die Northeimer Richard Heisig (Vorsitzender), Ernst Koch (Kassierer) und Hermann Albrecht (Schriftführer).

Die Northeimer Zimmerleute strebten eine Lohnbewegung an. Nach dem Erfolg ihrer Maurerkollegen in den Verhandlungen des Frühjahrs waren die Zimmererlöhne offensichtlich ins Hintertreffen geraten, weil die Unternehmer sich nicht genötigt gefühlt hatten, diese mit anzuheben.

Im Winter 1906 erhöhte sich die Mitgliederzahl der Zahlstelle auf 40. Die Zimmerer wählten einen neuen Vorstand: Karl Paare aus Hammenstedt wurde 1. Vorsitzender, Wilhelm Steinhoff Stellvertreter, Wilhelm Meinshausen Schriftführer, August Take Stellvertreter, Ernst Koch wurde als Kassierer bestätigt, August Vohs Stellvertreter, Heinrich Böttcher und Friedrich Hengst wurden als Revisoren gewählt.

<sup>368</sup> AaO, Schreiben Dunemanns vom 16.04.1904. Im Unterschied zu den früheren Schreiben fügte er diesem Schriftstück nach der Unterschrift die Berufsbezeichnung „Zimmerpolier“ bei.

## Ein Streikbeschluss

Im März 1906 verständigten sich die Zimmerer darauf, bei den Meistern wegen höherer Löhne vorstellig zu werden. Die Verhandlungen gestalteten sich schwierig und die Meister schienen wenig geneigt, auf die Forderungen der Gesellen einzugehen. Daraufhin versammelten sich die Gesellen am Samstag, dem 7. April, und berieten das weitere Vorgehen.

„Es wurde beschlossen, die Arbeit vorläufig einzustellen, und wurde eine Commission von 6 Personen gewählt, welche am Montag, den 9. d. Mts. bei den Zimmermeistern Paul + Frankenberg um eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 35 Pfg. pro Stunde anstreben sollen. Falls die Meister nicht mit dieser Forderung einverstanden sind, soll ein allgemeiner Streik stattfinden.“

Die Verhandlungen der Lohnkommission mit den Meistern fand frühmorgens statt und führte zu keinem zufriedenstellenden Ergebnis, denn eine auf 09:30 Uhr einberufene Versammlung der Zimmerleute beschloss, die Arbeitgeber zu einem weiteren Gespräch am Donnerstag, dem 12.04., morgens 08:00 Uhr, im Lokal der Witwe Heidelmann einzuladen. Zu einer Einigung kam es am darauf folgenden Montag (15.04.1906). Es scheinen jedoch Zweifel über den Wert der Vereinbarung bestanden zu haben, denn August Paare rief die Zimmerergesellen zu einer Versammlung am 21.04. abends 18:30 Uhr zusammen, in der er den circa 30 Anwesenden einleitend erklärte:

„... daß er sie heute Abend zusammenberufen hätte, um von ihnen zu erfahren, ob die seitens der hiesigen Zimmermeister Klapproth-Frankenberg und Paul unterm 15. d. Mts. bewilligten Lohnerhöhungen pro Stunde von 30 bis 33 Pfennigen bei der heutigen Lohnauszahlung ausbezahlt worden seien.“<sup>369</sup>

In der Aussprache stellte sich heraus, dass nur 17 Mitglieder Lohnerhöhungen erhalten hatten. Die Zimmerer regten sich am meisten darüber auf, dass bei der Firma Klapproth und Frankenberg die Lohnerhöhungen nicht erfolgt waren. August Paare stellte die Mitglieder der Zahlstelle daraufhin vor die Alternative, entweder die gezahlten Löhne zu akzeptieren oder durch eine Kommission die versprochenen Lohnerhöhungen am Montag, dem 23.04., nochmals bei den Meistern einzufordern und im Verweigerungsfall eventuell die Arbeit erneut niederzulegen.

Leider geht aus den Akten nicht hervor, wie die Auseinandersetzung weitergeführt wurde. Auch in der Streikakte finden sich keine Hinweise auf diesen Arbeitskampf. 1910, als der Regierungspräsident an eine Veränderung der Art der Berichterstattung über Arbeitskämpfe dachte und deshalb bei den einzelnen Polizeiverwaltungen Stellungnahmen einforderte, wurde ihm aus Northeim geantwortet:

„Im hiesigen Bezirke sind nur 2 Arbeitseinstellungen im Jahre 1903 und 1910 erfolgt ...“<sup>370</sup>

---

<sup>369</sup> AaO, Polizeibericht über die Versammlung am 21.04.1906.

<sup>370</sup> StAN 410/413/3, aaO, Bl. 65.

Der ganze Vorgang im April 1906 ist rätselhaft. Es gab einen Streikbeschluss und zwei Versammlungen, die an Wochentagen und während der Arbeitszeit stattfanden, die also als Streikversammlungen angesehen werden müssen. Hatte es sich um einen Teilstreik gehandelt? Hatten die Gesellen nach den morgendlichen Versammlungen die Arbeit wieder aufgenommen und sich mit vagen Versprechungen ohne schriftliche Fixierung der Abmachungen zufrieden gegeben? Einiges in den knappen Angaben über diese Lohnrunde spricht dafür, dass die Verhandlungskommission der Zimmerer äußerst ungeschickt vorgegangen war. In der Versammlung, die am 21.04. über das weitere Vorgehen entscheiden sollte, waren die leer ausgegangenen Gesellen in der Minderheit. Vermutlich verliefen weitere Verhandlungen im Sande.

Die Polizei überwachte weiterhin jede Regung der Organisation. Bis zum 04.08.1906 kamen die Zimmerer nicht mehr zusammen. In der Versammlung am 04.08. mussten sich die Zahlstellenmitglieder eine 20-minütige Standpauke des Vorsitzenden über die pünktliche Bezahlung der Verbandsbeiträge anhören.

Die letzte Meldung in der Polizeiakte datiert von Anfang Mai 1907. Der Zimmermann August Baumgarten meldete eine Versammlung für den 25. Mai an. Zu dieser Versammlung wollten sich die Zimmerleute eine halbe Stunde nach Feierabend um 18:30 Uhr treffen, ebenso wie zu den übrigen Zahlstellenversammlungen jeden Sonnabend nach dem ersten im Monat im Lokal der Witwe Heide mann.

### **„Die baugewerblichen Hilfsarbeiter“**

Die meisten der im 19. Jahrhundert entstandenen Gewerkschaften lehnten die Aufnahme ungelernter Arbeiter strikt ab. Der Handwerksge selle blickte oft mit Verachtung auf den ungelerten Bauhilfsarbeiter herab und die gewerkschaftliche Solidarität bewegte sich bis weit nach der Jahrhundertwende in vielen Gewerbe zweigen in den Grenzen überkommenen Standesbewusstseins.<sup>371</sup> Der 1891 gegründete Bauhilfsarbeiterverband litt zudem darunter, dass unter den häufig nur kurzfristig und an wechselnden Arbeitsplätzen beschäftigten Hilfsarbeitern das Interesse für eine kontinuierliche Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft nur schwer zu wecken und zu erhalten war. Wer seine Energien im täglichen Kampf um eine Arbeitsmöglichkeit, billigen Wohnraum und ausreichende Nahrung aufbrauchte, konnte sich Investitionen in langfristig angelegten Hoffnungen nur schwer leisten.<sup>372</sup> Die Mitgliederzahlen des Verbandes schwankten auf Reichsebene bis 1896 zwischen 1.600 und 2.700 und erreichten mit ungefähr 18.000 erst nach der Jahrhundertwende ein Niveau, das es erlaubte, besoldete Beamte mit der Mitgliederwerbung und -betreuung zu beauftragen. Der Verbandstag 1903 beschloss die Einteilung des Reichsgebietes in sieben hauptamtlich verwaltete Bezirke. Zwischen 1903 und 1907 konnte der Verband, begünstigt durch die gute Baukonjunktur, eine Verdreifachung seiner Mitgliederzahlen registrieren, musste dann im nachfolgenden Krisenjahr 1908 große Mitgliederver-

---

<sup>371</sup> Vgl. hierzu Schönhoven, Expansion ..., aaO, S. 35 f., S. 55 f., S. 59 und Grebing, Sozialer Protest ..., aaO, S. 91 f.

<sup>372</sup> Vgl. Schönhoven, aaO, S. 102 und ders. in: Borsdorf (Hrsg.), aaO, S. 230.

luste hinnehmen und zählte 1910/11, als die organisatorische Verschmelzung mit dem Maurerverband durchgeführt wurde, 72.000 Mitglieder.<sup>373</sup>

Der Gau VI des Bauhilfsarbeiterverbandes umfasste die Provinz Sachsen rechts der Elbe, die sächsischen Fürstentümer rechts der Elbe ohne Lippe sowie den Regierungsbezirk Hildesheim und die Kreise Hameln, Springe, Hannover Stadt und Land und Linden. Die am 30. April 1905 in Halle tagende Gaukonferenz sprach sich für Betreibung einer nachhaltigen Hausagitation aus. Zwischen Beschlussfassung und Realität klaffte eine große Lücke, denn nach den Feststellungen des Gauvorstandes wurde dem Beschluss nur in zwei Zweigvereinen Folge geleistet. Im gesamten Gaugebiet gab es Ende 1904 35 Zweigvereine mit 5.017 Mitgliedern. Die Mitgliederfluktuation war allerdings so enorm, dass sie selbst dem in dieser Hinsicht Kummer gewöhnten Gauvorstand „... doch etwas stark ...“ zu sein schien. Als Gründe gab der Gauvorstand die mangelnde Arbeit der Kassierer und Zeitungsausträger an und den Umstand, dass in vielen Zweigstellen „... nichts als persönlicher Streit in den Versammlungen verhandelt ...“ werde.<sup>374</sup>

In Südniedersachsen gab es 1903 nur einen Zweigverein in Göttingen mit 29 Mitgliedern. Im weiteren Umkreis gab es in Hildesheim eine kleine Zweigstelle mit 11 Mitgliedern und in Hannover und Kassel Zweigvereine mit 300 und 201 Mitgliedern. In Kassel und Hannover hatte es auch 1896 schon Zahlstellen der Bauhilfsarbeiter gegeben. Bis 1906 hatte sich das Zweigstellennetz in Südniedersachsen nicht wesentlich erweitert. Der Göttinger Zweigverein zählte jetzt 120 Mitglieder und in Northeim gab es – laut Hirschfeld – einen Zweigverein mit 15 Mitgliedern<sup>375</sup>. Der Göttinger Zweigverein hatte im Jahr 1904 einen größeren Arbeitskampf durchgestanden, der vom 16.04. bis 16.05. dauerte. In 18 Betrieben in Göttingen und Umgebung beteiligten sich 162 Bauhilfsarbeiter daran, obwohl nur 64 bis Streikbeginn organisiert waren. Der Arbeitskampf endete mit einem Teilerfolg. Auf dem Hintergrund dieser Erfolge hatte sich Valentin Pohl, der Göttinger Vorsitzende des Zweigvereins des Bau- und Erdarbeiterverbandes, hohes Ansehen verschafft, das er seit 1906 auch in der Parteiarbeit einsetzte.<sup>376</sup>

Von Göttingen aus betrieb der Zweigvereinsvorstand seine Agitation auch in Richtung Northeim, wo sie nach den Lohnbewegungen der Northeimer Maurer und Zimmerer im März und April 1905 auf vorbereiteten Boden fiel.

Ernst Arnemann, der am 5. Mai 1905 eine öffentliche Versammlung der Bau- und Erdarbeiter für Sonntag, den 7. Mai im Heidelmannschen Saal ankündigte, verfügte zu diesem Zeitpunkt schon über einen Stempel des Zweigvereins Northeim.

Polizeisergeant Sebode, der diese Versammlung zu überwachen hatte, gibt uns einen Einblick in den Gründungsakt:

---

<sup>373</sup> Zu den Zahlenangaben vgl. D. Fricke, Die deutsche Arbeiterbewegung 1869 – 1914, Berlin 1976, S. 696, H. O. Vetter (Hrsg), aaO., S. 120 f., Schönhoven, Expansion ..., aaO, S. 113 u. 131 und Anders, aaO, S. 119.

<sup>374</sup> Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des 9. Verbandstages des Verbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands, Hamburg 1907, S. 9 f., 1905 – 1906 standen 13.027 Neuaufnahmen 9.390 Austritte gegenüber.

<sup>375</sup> Vgl. Hirschfeld, aaO, Tabellen.

<sup>376</sup> Vgl. Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands, Protokoll der achten Generalversammlung, Hamburg 1905, S. 28 f. und A. v. Saldern, Vom Einwohner ..., aaO, S. 173.

„Um 3 \_ Uhr nachmittags (es war ein Sonntag) eröffnete der Vorsitzende, Arbeiter Ernst Arnemann hieselbst, die, aus 30 Mitgliedern bestehende Versammlung. Die Tagesordnung war:

I Die Notlage der Bau- und Erdarbeiter und deren Organisation

II Die Gründung eines Zweigvereins

Nachdem der Referent Vladius (richtig Valentin) Pohl aus Göttingen die Notlage der Arbeiter geschildert wurde, die Gründung eines Zweigvereins beschlossen und folgende Personen in den Vorstand gewählt:

- |    |    |               |          |                                |
|----|----|---------------|----------|--------------------------------|
| 1) | I  | Vorsitzender  | Arbeiter | Ernst Arnemann, hieselbst      |
| 2) | II | „             | „        | Heinrich Linne, „              |
| 3) |    | Kassierer     | „        | August Beulshausen „           |
| 4) |    | Schritfführer | „        | Otto Bornemann, aus Nörten     |
| 5) |    | Revisoren     | „        | Karl Otto, “ “                 |
|    |    |               | “        | Daniel Förstermann, hieselbst. |

Ferner wurde beschlossen, daß nächsten Sonnabend, den 13. d. Mts. 6 \_ Uhr abends, und dann alle 14 Tage Sonnabend 6 \_ Uhr abends, eine regelmäßige Versammlung stattfinden solle. Schluss der Versammlung 6 \_ Uhr.

Northeim, den 7. Mai 1905

Sebode Polizeisergeant

Ges. Gärtig

8.5.05 P. K.“

Im Unterschied zu den Zweigvereinsgründungsversuchen der Northeimer Zimmerleute, verlief die Gründungsversammlung der Hilfsarbeiter wohlorganisiert und reibungslos. Die Northeimer dominierten im Vorstand, doch zeigt die Wahl der Nörtener Arbeiter Otto Bornemann zum Schritfführer und Karl Otto zu einem der beiden Revisoren die Leine-aufwärts gerichtete Organisationsarbeit der erfahrenen Göttinger Kollegen. Aufgrund des Beschlusses der Gründungsversammlung meldete der Vorsitzende, Ernst Arnemann, die regelmäßigen Versammlungen für das Jahr 1905 pauschal an und erhielt auch die notwendige polizeiliche Bescheinigung.

Damit begannen aber auch die Schwierigkeiten. Zugleich mit Erteilung der Genehmigung der Versammlungen wies die Polizeiverwaltung darauf hin, dass sie nach § 2 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 auf die Einreichung der Statuten des Verbandes und einer Mitgliederliste (Name, Stand, Wohnung) bestehe und gab Ernst Arnemann dazu drei Tage Zeit.

Dieser versuchte die Anordnung der Polizei zu unterlaufen, indem er am 14. Mai mitteilte, die Zahlstelle habe 32 Mitglieder, der Vorsitzende sei er und die Statuten werde er in den nächsten Tagen einsenden. Erneut ermahnt, antwortete er am 24. Mai bezüglich der Mitgliederliste, er werde dieselbe am Schluss der nächsten Mitgliederversammlung anfertigen. Ernst Arnemann hatte sich aber zwischenzeitlich über die Rechtslage informieren lassen, denn am nächsten Tag teilte er der Polizeiverwaltung mit:

„Ich Endeunterzeichneter habe mich lang und breit wegen unserer Sache betreff Einsendung der einzelnen Mitglieder ... erkundigt. Und ist mir wiederholt gesagt, daß wenn ich den Verein nicht politisch angemeldet ich auch Ihrer Aufforderung nicht Folge zu leisten hätte. In unserem Verein wird meines Wissens keine Politik getrieben. Und sollten die löblichen Polizeiverwaltung die Güthe haben, mir auf 1 Stunde das frei Colagionsrecht

(gemeint: Coalitionsrecht) von 1888 zur Verfügung zu stellen. So bitte ich mir doch gütigst Nachricht geben zu wollen.

Mit aller Hochachtung  
Ernst Arnemann<sup>377</sup>

Formal befand sich Ernst Arnemann im Recht.<sup>378</sup> In vielen Städten stellte die Polizeiverwaltung die Observierung der Gewerkschaften in diesen Jahren auch ein. Faktisch war es aber ins Belieben der einzelnen Polizeibehörden gestellt, ob sie die Gewerkschaften wie politische Vereine behandelten oder nicht. Die Northeimer Polizei machte am 31. Mai darauf aufmerksam, dass jedes einzelne Vorstandsmitglied des Zweigvereins bestraft werden könne, falls die angeforderten Unterlagen nicht innerhalb von acht Tagen eingereicht würden. Ernst Arnemann scheint es nicht gelungen zu sein, die Mitgliederliste anzufertigen. Eine auf Ende Mai angesetzte Versammlung der Bauhilfsarbeiter musste wohl ebenso ausfallen wie die Versammlung am 6. Juni, über die der überwachende Polizist berichtete:

„Die Versammlung hat wegen ungenügender Beteiligung von Mitgliedern (9:) nicht stattgefunden.“<sup>379</sup>

Am 10. Juni wurde Ernst Arnemann vom Polizeisergeanten Kühnewendt eine Strafverfügung über 15 Mark, ersatzweise 3 Tage Haft, zugestellt. Bei Stundenlöhnen zwischen 20 und 26 Pfennig wird kaum ein Bauhilfsarbeiter damals in der Lage gewesen sein, eine solche Summe aufzubringen. In der Akte befindet sich eine Mitgliederliste, die von Ernst Arnemann unterzeichnet wurde. Der größte Teil der dort verzeichneten Mitglieder war zwischen dem 14. und 16. April dem Zweigverein beigetreten.

Bis zum 25.08.1905 scheint es nicht mehr gelungen zu sein, eine beschlussfähige Versammlung des Northeimer Zweigvereins zustande zu bringen. Die Versammlung am 25.08. (Freitag) abends 8 Uhr wurde von Bauarbeiter Albert Büschel angemeldet und wird auf die Initiative des Göttinger Zweigvereinsvorsitzenden ‚Valentin Pohl‘ zurückzuführen sein, der den Versuch unternahm, die desolaten Verhältnisse in Northeim zu bereinigen. Der im Mai gewählte Vorstand des Zweigvereins Northeim war offensichtlich auseinandergefallen und die Zweigstelle handlungsunfähig geworden. Mit Heinrich Linne befand sich nur noch ein Mitglied des alten Vorstandes in der Versammlungsleitung. Der Einberufer ‚Albert Büschel‘ fungierte als Vorsitzender, Valentin Pohl aus Göttingen als provisorischer Schriftführer. Anwesend waren insgesamt 13 Personen. Die Tagesordnung lautete:

- „1. Wahl eines Schriftführers
2. Wie verbessern wir unsere Löhne?
3. Verbandangelegenheiten
4. Verschiedenes.“

Über diese Versammlung berichtete der überwachende Polizist Kühnewendt, dass der erste Punkt – Wahl eines Schriftführers – wegen der geringen Beteiligung verschoben werden musste. Unter Punkt 3 erfahren wir aus seinem Bericht, dass Ernst Arnemann der Unterschlagung von Vereinsgeldern verdächtigt wurde.

---

<sup>377</sup> StAN 441/70/65.

<sup>378</sup> Vgl. die einleitenden Bemerkungen zu diesem Kapitel S.

<sup>379</sup> StAN 441/70/65



„Dem Vorsande wurde aufgegeben, die Angelegenheit nochmals genau zu prüfen, um zum Termin in dieser Sache am 30. d. Mts. genaue Rechnung abgeben zu können.“

Valentin Pohl hielt das Referat:

„Derselbe sprach in ausführlicher Weise über die schlechten Verhältnisse der Bauarbeiter und hob hierbei besonders hervor, daß diese lediglich auf den geringen Verdienst zurückzuführen sei. Er empfahl den Mitgliedern fleißig zu agitieren um in einer geschlossenen Masse mit einer viel größeren Mitgliederzahl wie bisher den Arbeitgebern entgegen treten zu können und ihnen Forderungen zu stellen. Pohl brachte in Vorschlag für das Jahr 1906 den Arbeitgebern eine Forderung einzureichen. Zu diesem Zwecke möge der Vorstand in einer der nächsten Vorstandsitzung(en) einen Lohn tarif ausarbeiten.

Die Anwesenden nahmen diesen Vorschlag an und beschlossen den Arbeitgebern folgende Forderungen zu stellen: für Parterrarbeiter einen Stundenlohn von 25 Pfennig und für Stein- u. Kalkträger einen solchen von 30 Pfg. Sodann wurde die Beschaffenheit der Baubuden und Abortanlagen auf hies. Baustellen besprochen.

Der Arbeiter Pohl sprach sich dahin aus, daß sich diese Anlagen, auf den meisten Baustellen hier am Orte, in einem derartigen Zustande befänden, wie es kaum anzunehmen sei. Der Arbeiter sei auf Grund dieser Übelstände gezwungen, moralisch zu versumpfen. Er empfahl auf jeder Baustelle einen Baudelegierten zu wählen, der für die Beseitigung derartiger Übelstände zu sorgen hätte.

Der Bauarbeiter Brinkmann aus Göttingen brachte hierauf zur Sprache, daß auf einer Baustelle, hier am Orte, überhaupt kein Abort vorhanden sei und die Arbeiter seien gezwungen ihre Notdurft auf freiem Felde, wo wiederholt in der Nähe 10 – 12 Rübenmädchen gearbeitet hätten, zu verrichten, dieser Zustand bespottete aller Beschreibung. Auch sei es Sache der Polizei, sich um derartige Angelegenheiten zu kümmern, aber von dieser gäbe es Schutz in diesen Verhältnissen nicht, er ‚Brinkmann‘ sei der Ansicht, er befinde sich hier in Rußland.“

Die Göttinger Bauarbeiter Pohl und Brinkmann versuchten, den jungen Northeimer Zweigverein zu stützen, indem sie ein konkretes Arbeitsprogramm entwickelten.

Der Bauarbeiter Brinkmann bediente sich bei seinen Ausführungen eines in Göttinger Arbeiterkreisen beliebten Tricks: Auf dem Umweg über den protokollierenden Polizisten brachte man indirekt Beschwerden bei der Stadtverwaltung an, weil man sich sicher sein konnte, dass diese Überwachungsprotokolle dort aufmerksam gelesen wurden. Der Bezug auf Russland gab dieser Beschwerde eine besondere Note: Die Arbeiter hatten sich in Russland in vielen Städten mit Streiks und Revolten gegen die bedrückenden Verhältnisse erhoben.

Ende November 1905 erscheint ein neuer Name in den Polizeiakten: Wilhelm Höpfner bemühte sich, der vor sich hinsiehenden Gewerkschaft Impulse zu geben. Neben ihm und Heinrich Linne scheint Georg Dörnte vom Entenmarkt zu einem 1906 gewählten Vorstand gehört zu haben. Er reichte das „Statut und Streikreglement“ des Verbandes ein. Aber auch unter Höpfners Vorsitz mussten

viele der angekündigten Versammlungen ausfallen. Mit 15 Mitgliedern im Jahresdurchschnitt 1906 war an eine Auseinandersetzung mit den Bauunternehmern nicht zu denken. Am 5. Januar 1907 trug Polizeisergeant Sebode in die Akte ein:

„Der Zweigverein des Baugewerks-Arbeiterverbandes ist hier aufgelöst. Der Vorsitzende Arbeiter Wilhelm Höpfner ist von hier nach Dortmund verzogen. Der Verein ist völlig eingegangen.“<sup>380</sup>

Eine letzte Spur findet sich in der Akte ‚Versammlungen‘: Ernst Arnemann meldete am 26.04.1909 eine Bau- und Erdarbeiterversammlung an. Ob sich die Bauhilfsarbeiter vor der großen Aussperrung des Jahres 1910 noch einmal organisierten, um diesem Arbeitskampf nicht schutz- und unterstützungslos gegenüberzustehen?

---

<sup>380</sup> Aao, Bl. 21 und letzte Eintragung in der Akte.

# Materialien, Quellen – und Literaturliste

## 1. Materialien

### Stadtarchiv Northeim

Akte	A II	213/13
Akte	A II	212/13/15
Akte	R XIIIb	Fach 86 d
Akte		400/28/21
Akte		400/28/22
Akte		400/28/26
Akte		400/28/27
Akte		409/411/25
Akte		410/413/3 u. 4
Akte		410/413/21
Akte		424/62/2
Akte		424/62/3
Akte		435/90/4
Akte		435/90/6
Akte		439/65/2
Akte		439/66/32
Akte		440/68/39
Akte		440/68/40 u. 41
Akte		441/69/44
Akte		441/69/45
Akte		441/69/48
Akte		441/70/61
Akte		441/70/65
Akte		441/70/66
Akte		444 varia 6

### Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover

- 80. Hild. II/I, Akte 571
- - Hann. Des. 12 a I 104 Vol. 6

### Statistik des Deutschen Reiches

- Neue Folge Bd. 109, Berufs- und Betriebszählung vom 14. Juni 1895, Berlin 1897
- Neue Folge Bd. 209, Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907, Berlin 1910,
- Neue Folge Bd. 211, Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907
- Neue Folge Bd. 117/118, Gewerbliche Betriebsstatistik
- Neue Folge Bd. 218, Gewerbliche Betriebsstatistik, Berlin 1909

Jahresberichte der Handelskammer zu Göttingen, 1876

Jahresberichte der Handelskammer zu Göttingen, 1877

Jahresberichte der Handelskammer zu Göttingen, 1879

Jahresberichte der Handelskammer zu Göttingen, 1880

Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, hrsg. vom Vorstand des Vereins,  
3. Jahrgang, Berlin 1914

Göttingen Grubenhagensche Zeitung

Münder Tageblatt

Göttinger Volksblatt

Sollinger Nachrichten

Neue Arbeiter-Zeitung (Organ des KPD-Bezirktes Niedersachsen)

ÖTV-Magazin

Holzarbeiter-Zeitung

Volkswille, Organ für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung der Provinz Hannover, Jahrgang 1903

Deutscher Holzarbeiter Verband (Hrsg.)

DHV (Hrsg.), Protokoll des 1. ordentlichen Verbandtages des DHV in Erfurt, Stuttgart 1895

DHV (Hrsg.), Jahrbuch 1910, Berlin 1911

DHV (Hrsg.), Jahrbuch 1914, Berlin 1915

DHV (Hrsg.), Arbeitszeit und Löhne in der Holzindustrie, Stuttgart 1908

DHV (Hrsg.), Die Lage der Deutschen Holzarbeiter nach statistischen Erhebungen für das Jahr 1897, Stuttgart 1899

Deutscher Tabakarbeiter Verband (Hrsg.),  
Jahresbericht für das Jahr 1906, Bremen 1907  
Jahresbericht für das Jahr 1909, Bremen 1910  
Jahresbericht für das Jahr 1910, Bremen 1911  
Jahresbericht für das Jahr 1913, Bremen 1914

Zentralverband der Maurer Deutschlands (Hrsg.)  
Statut, Streikreglement und Kartellvertrag, Hamburg, o. J.

Zentralverband der Maurer Deutschlands (Hrsg.)

- Berichte der Gauvorstände für das Jahr 1902, Hamburg 1903
- Berichte der Gauvorstände für das Jahr 1903, Hamburg 1904
- Berichte der Gauvorstände für das Jahr 1904, Hamburg 1905
- Berichte der Gauvorstände für das Jahr 1905, Hamburg 1906
- Berichte der Gauvorstände für das Jahr 1906, Hamburg 1907

Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes (Hrsg.)

- Jahrbuch 1910, Hamburg 1911
- Jahrbuch 1912, Hamburg 1913
- Jahrbuch 1914, Hamburg 1915

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands (Hrsg.)

- Protokoll über die Verhandlungen des 9. Verbandstages, Hamburg 1897
- Protokoll der achten Generalversammlung, Hamburg 1905



## 2. Literatur

- ALLEN, William Sheridan, „Das haben wir nicht gewollt!“, Die nationalsozialistische Machtergreifung in einer Kleinstadt 1930 – 1935, Gütersloh 1965
- ANDERS, Karl, Stein für Stein – Die Leute von Bau – Steine – Erden und ihre Gewerkschaften 1869 – 1969, Frankfurt/M. 1969
- Arbeit und Leben Niedersachsen (Hrsg.), Geschichte und Kulturarbeit, Heft 1, Hannover 1983
- Biographisches Lexikon zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. vom IML beim ZK der SED, Berlin-Ost 1970
- BIRKER, Karl, Die deutschen Arbeiterbildungsvereine 1840 – 1870, Berlin 1973
- BISCHOF, Manfred, Gründung, Zerschlagung und Wiederaufbau der Northeimer SPD (1918 – 1949), (Masch. Examensarbeit, unveröffentl.), Göttingen 1974
- BOLL, Friedhelm (Hrsg.), Arbeiterkulturen zwischen Alltag und Politik – Beiträge zum europäischen Vergleich in der Zwischenkriegszeit, Düsseldorf 1986
- DERS., Massenbewegungen in Niedersachsen 1906 – 1920, Bonn 1981
- BORSZDORF, Ulrich (Hrsg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaften von den Anfängen bis 1945, Köln 1987
- BRAUNEL/u. a. (Hrsg.), Buch und Bibliothek Nr. 9, 1984
- BROSZAT, Martin/u. a. (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit IV, München/Wien 1981
- BUSCHAK; Willi, Von Menschen, die wie Menschen leben wollten, Köln 1985
- BUß, Hans Joachim, Dreimal Stunde Null – Gewerkschaft am Schienenstrang, Frankfurt a.M. 1973
- CASSAU, Theodor, Die Gewerkschaftsbewegung. Ihre Soziologie und ihr Kampf, Halberstadt 1930
- CHRISTMANN; Gottfried, Die SPD in Norden (Masch. Examensarbeit, unveröffentlicht), Göttingen 1978
- CHRISTMAN, G./KROPP, D. Arbeiterbewegung in Hann. Münden von 1918 bis 1936, Göttinger Beiträge zur universitären Erwachsenenbildung, Sonderheft 1, Göttingen 1984
- CONZE, Werner, Der Beginn der deutschen Arbeiterbewegung, in: RITTER, G. A. (Hrsg.), Deutsche Parteien ..., S. 331 – 341

- EGGELING, Hans-Henning, Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Northeim i. Hann.,  
Northeim 1960
- ENGELHARDT, Ulrich, Die Anfänge der deutschen Gewerkschaftsbewegung (1848 bis  
1870), in: MATTHIAS/SCHÖNHOFEN (Hrsg.), Solidarität und Menschenwürde,  
S. 9 – 23
- EICKHOFF, Ruth, Wie sie lebten – wie viel sie verdienten, Wissenswertes über  
die Lebens- und Einkommensverhältnisse der Einwohner der Stadt Northeim  
nach Aufzeichnungen der Klassensteuer-Rolle für das Jahr 1871,  
Semesterarbeit (Masch., unveröffentlicht), Göttingen 1960
- FRICKE, Dieter, Die deutsche Arbeiterbewegung 1869 – 1914 (Handbuch), Berlin  
(Ost) 1976
- GREBING, Helga, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung – ein Überblick,  
München 1974
- DIES., Arbeiterbewegung – Sozialer Protest und kollektive Interessenvertretung  
bis 1914,  
München 1985
- DIES., Arbeiterbewegung und sozialer Wandel im industriellen Kapitalismus – Zu  
Versuche einer europäischen Vergleichsperspektive, in: Tel Aviver Jahrbuch  
für deutsche Geschichte XVI 1987, S. 82 – 95
- HARDACH, Gerd, Deutschland in der Weltwirtschaft 1870 – 1970,  
Frankfurt a. M./New York 1977
- HAUMANN, Heiko (Hrsg.), Argument – Sonderband 94, Berlin 1982
- HENNING, F. W., Die Industrialisierung in Deutschland 1800 – 1914, Paderborn  
1979
- HIRSCHFELD, Paul, Die Freien Gewerkschaften in Deutschland, Jena 1908
- HOHORST, G./KOCKA, J./RITTER, G. A., Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch II,  
München 1978
- HUEG, A., Northeim im Wandel der Zeit, Northeim 1928
- KOCH, Eberhard, Die Geschichte der SPD in Einbeck und Uslar (Masch. Examensarbeit),  
Göttingen 1976
- KÖRBER, Friedrich Wilhelm, Beiträge zur Geschichte der Northeimer Bürgerschaft  
vor 100 Jahren, Eine wirtschafts- und sozialgeschichtliche Auswertung  
auf Grund einer Personenstands-Nachweisung aus dem Jahre 1867,  
Semesterarbeit (Masch. Unveröffentl.), Göttingen 1960
- KLÖNNE, Arno, Die deutsche Arbeiterbewegung, Düsseldorf/Köln 1981
- KULEMANN, W., Die Berufsvereine, Zweiter Band, Jena 1908

- Künstlerhaus Bethanien (Hrsg.), Wohnsitz Nirgendwo, Berlin 1982
- LUCAS, Erhard, Arbeiterradikalismus, Frankfurt a. M. 1976
- MATTHIAS, Erich/SCHÖNHOFEN, Klaus (Hrsg.), Solidarität und Menschenwürde – Etappen der deutschen Gewerkschaftsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart., Bonn 1984.
- MERL, Günter, Northeim in alten Ansichten, Zaltbommel 1984
- MÜLLER, Dirk H., Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918, Berlin 1987
- DERS., Der Syndikalismus in der deutschen Gewerkschaftsbewegung vor 1914, in MATTHIAS/SCHÖNHOFEN, Solidarität ..., S. 57 – 68
- NESTRIEPKE, Siegfried, Die Gewerkschaftsbewegung 3 Bde., Stuttgart 1922/23
- PAELOW, Fritz, Zur Geschichte der deutschen Bauarbeiterbewegung, Berlin (1932)
- PEZOLD von, Johann Dietrich (Hrsg.), Geschichte des Männerturnvereins von 1860 bis 1906, Hann. Münden 1985
- QUANTZ, Bernhard, Zur Lage der Bauarbeiter in Stadt und Land, Göttingen 1911
- RITTER, Gerhard A. (Hrsg.), Deutsche Parteien vor 1918, Köln 1973
- RITTER, Gerhard A./NIEHUS, Marith, Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch, München 1983
- RITTER, Gerhard A./TENFELDE K., Der Durchbruch der Freien Gewerkschaften Deutschlands zur Massenbewegung 1890 – 1914, in VETTER, H. O., Vom Sozialistengesetz ..., S. 61 – 120
- RITTER, Gerhard A., Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch, München 1980
- DERS., Arbeitskultur, Königstein 1979
- SAUL, Klaus, Staat, Industrie, Arbeiterbewegung im Kaiserreich, Düsseldorf 1974
- SAUL, Klaus, Der Kampf um die Jugend zwischen Volksschule und Kaserne, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 1971, S. 150 ff.
- SALDERN von, Adelheid, Auf dem Weg zum Arbeiterreformismus, Frankfurt a. M. 1984
- DIES., Vom Einwohner zum Bürger – Zur Emanzipation der städtischen Unterschicht Göttingens 1890 – 1920, Berlin 1973
- DIES., Auf dem Weg zum Arbeiterreformismus, Frankfurt a. M. 1984



- DIES., Wilhelminische Gesellschaft und Arbeiterklasse, in: IWK 1977, Heft 4, S. 493 ff.
- SCHÄFER, Wolfgang (Hrsg.), Eure Bänder rollen, nur wenn wir es wollen! – Arbeiterleben und Gewerkschaftsbewegung in Südniedersachsen (Beiträge zur Geschichte der IG Chemie – Papier – Keramik zwischen Harz und Weser 1899 – 1979, Göttingen 1979)
- SCHEFFLER, Jürgen, Die Vagabundenfragen, in: Wohnsitz Nirgendwo, S. 59 ff.
- SPD Abteilung Höckelheim (Hrsg.), Das ist mein Leben. Lebenserinnerungen von Hermann Schulze, o. O., o. J.
- SCHNEIDER, Dieter/SIMON, Hartmut (Bearbeiter), Hauptvorstand der ÖTV (Hrsg.), Neunzig Jahre Zentralorganisation der Gemeinde- und Transportarbeiter, ÖTV Magazin Nr. 9/10, Stuttgart 1986
- SCHÖNHOFEN, Klaus Expansion und Konzentration – Studien zur Entwicklung der Freien Gewerkschaften im Wilhelminischen Deutschland 1890 bis 1914, Stuttgart 1980
- STEINBERG, H. J., Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie, Hannover 1969
- TENFELDE, Klaus, Proletarische Provinz – Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900 – 1945, in BROSZAT, M. u. a. (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit IV
- TENFELDE, Klaus, Zur Bedeutung der Arbeitskämpfe für die Entstehung der deutschen Gewerkschaften, in: MATTHIAS/SCHÖNHOFEN (Hrsg.), Solidarität ..., S. 25 – 38
- THOM, Jürgen, Die Geschichte der SPD in Münden von 1945 bis 1953 unter Berücksichtigung der Entwicklung der Arbeiterbewegung in Münden von den Anfängen an. (Masch. Examensarbeit, unveröffentl.), Göttingen 1974
- VETTER, H. O. (Hrsg.), BORSDORF U. /HEMMER, H. O. (Bearbeiter), Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung, Köln 1975
- WEELER, Robert F., Organisierter Sport und organisierte Arbeit: Die Arbeitersportbewegung, in: RITTER, G. A. (Hrsg.), Arbeiterkultur, Königstein 1979
- WEHLER, Hans Ulrich, Das Deutsche Kaiserreich 1871 – 1918, Göttingen 1975
- DERS., Der Bauernbandit als neuer Heros, in: Die Zeit Nr. 39, 18.09.1981
- WETTE, Wolfram, Gustav Noske, Düsseldorf 1987
- WUNDERER, Hartmut, Der Touristenverein „Die Naturfreunde“, in: IWK 1977, Heft 4, S. 506 – 520
- DERS., Arbeitervereine und Arbeiterparteien, Frankfurt a. M./New York 1980

<a href="#">Alltagsgeschichte – Lokalgeschichte</a>	3	
<a href="#">„Sozialdemokratie“ und „SPD“</a>		5
<a href="#">Der Kreis Northeim</a>		7